



ISS Lagebild

& Strategie Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2025





Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Hersteller, Herausgeber:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903548-07-7
Juni 2025

Druck:

ReproZ W25-xxxx
Stiftgasse 2a
1070 Wien

ISS Lagebild 2/25

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2025



Vorwort

In Anbetracht der gegenwärtigen, sich fast täglich verändernden Entwicklungen entlang der derzeit im Fokus stehenden und im wahrsten Sinne des Wortes „brandaktuellen“ Konfliktlinien und Krisenherde erscheint die Verfassung eines Vorworts für eine sich mit sicherheitspolitischen und strategischen Fragestellungen beschäftigende Publikation überaus schwierig. Wechselnde Parameter, neu zu gewichtende und teilweise erratisch anmutende Faktoren sowie sonstige Unwägbarkeiten haben nicht nur enorme Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft, sondern erschweren auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit denselben. Dies gilt verständlicherweise auch für das „Lagebild“ des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik, welches sich – seinem bewährten periodischen Zyklus folgend – in seiner aktuellen Ausgabe „2/25“ mit der ersten Jahreshälfte 2025 zu beschäftigen hat. Und diese erste Jahreshälfte hatte es wirklich in sich. Hatte man im Jahr 2022 mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bereits eine Art Zeitenwende angedeutet, so bleibt heute – rund dreieinhalb Jahre später – nur mehr die nüchterne Feststellung, dass der Februar 2022 in seiner zeitgeschichtlichen Bedeutung eher als der Beginn eines Epochenwandels von viel größerer Dimension einzuschätzen ist – zu umfassend stellen sich jene seither eingetretenen Ereignisse in ihrer Dynamik und ihren Implikationen dar. Wie also damit umgehen – das übliche Dilemma der Abwägung zwischen wohl recherchierten wissenschaftlichen Analysen, Ableitungen und Einschätzungen einerseits und der anzustrebenden Aktualität ihrer Veröffentlichung andererseits. Eine Verschiebung des Redaktionsschlusses bzw. des Erscheinungstermins des „Lagebild 2/25“ war letztlich dann aber keine Option, ist es doch die wichtigste periodische Publikationsreihe des Instituts. Sie fasst in den projektierten zwei Jahresausgaben jeweils die wichtigsten sicherheitspolitischen Entwicklungsstränge zusammen, bewertet diese und formuliert, soweit möglich bzw. realistisch, Entwicklungstendenzen. Und diese sollten durchaus die Perspektive und Status quo des Juni 2025 zum Ausdruck bringen, um dann in weiterer Folge auch die tatsächlich (oder eben nicht) eingetretenen Veränderungen und Brüche darstellen zu können. Eine zeitliche Verschiebung oder gar Sistierung der Frühjahrsausgabe hätte daher einen ungewollten Kontinuitätsbruch, eine Stockung im Forschungsprozess geschaffen, welche es zu vermeiden gilt. Für die (etwaige) Nicht-Berücksichtigung sicherheitspolitischer Ereignisse nach dem Redaktionsschluss (16. Juni 2025) darf also um Nachsicht und Verständnis ersucht werden, diese werden in der nächsten Ausgabe des Lagebilds einfließen.

Die Auswahl der Beiträge im „Lagebild 2/25“ spiegelt dementsprechend die wichtigsten weltpolitischen Veränderungen in der ersten Jahreshälfte 2025 wider, wobei eine Berücksichtigung aller Krisenherde und sicherheitspolitisch relevanten Vorgänge den Umfang des Heftes natürlich gesprengt hätte. Daher galt es, eine Selektion und Gewichtung vorzunehmen, aber auch Querschnittsthemen anzusprechen. Neben einer allgemeinen Charakterisierung der sicherheitspolitischen Lage fanden vor allem Einschätzungen zum indopazifischen und südamerikanischen Raum sowie den (volatilen) transatlantischen Beziehungen Europas Berücksichtigung. Das Schwergewicht wurde dabei auf die aktuellen Entwicklungen in den USA gelegt.

Um diesbezügliche Folgerungen besser einschätzen zu können, wird zusätzlich zu den Inhalten dieser Publikation auf unsere diesjährige „**Wissenschaftliche Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik**“, welche von 17. bis 19. September im Festsaal der Landesverteidigungsakademie abgehalten wird, mit ihrem thematischen Schwerpunkt („Zentrum und Peripherie – Wohin (mit) EUropa?“) verwiesen.

Den Autorinnen und Autoren, denen es für die Verfassung der Beiträge ganz besonders zu danken gilt, wurden im Sinne guten wissenschaftlichen Arbeitens jene für einen sachlichen Diskurs notwendigen Freiräume gewährt. Die in den Beiträgen vorgenommenen Ableitungen, Bewertungen und Darstellungen entsprechen daher ausschließlich den Einschätzungen der Autorinnen und Autoren und spiegeln nicht offizielle Standpunkte bzw. Einschätzungen der LVAk bzw. des BMLV wider. In diesem Sinne darf ich die geneigte Leserschaft um wohlwollende Aufnahme des „Lagebild 2/25“ ersuchen, wünsche im Namen der Angehörigen des Instituts einen schönen Sommer und eine spannende Lektüre.

Hofrat Dr. Mario Christian Ortner

Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Akteure und Mächte

Jahresmitte 2025

- 04 Geopolitik**
Umbrüche und neue Konflikte
Gunther Hauser
- 33 Narzissmus & politische Macht**
Fehlentwicklung oder Bedingung?
Andreas Wenzel
- 53 Weißbuch der EU**
Strategische Festlegung der GSVP
in Zeiten geopolitischer Ungewissheiten
Rastislav Báchora
- 59 Die transatlantische Allianz
am Ende?**
Die NATO in Den Haag „and beyond“
Otto Naderer
- 65 Europa allein**
Ukraine-Unterstützung, Nachrüstung und
die Abschreckung Russlands ohne
US-amerikanische Unterstützung
Gustav C. Gressel
- 78 Hybride Bedrohungen**
Daniel Hikes-Wurm
- 83 USA**
Wohin (steuert die) Weltmacht?
Andreas Wenzel
- 95 Indopazifik**
Die Umgestaltung globaler Netzwerke &
Machtstrukturen durch
staatskapitalistische Geopolitik
Barbara Farkas
- 112 Lateinamerika**
Der in Vergessenheit geratene Hinterhof
der USA erlebt eine Renaissance
Alexander Panzhofer



Strategie
&
Sicherheitspolitik

Geopolitik

Umbrüche und neue Konflikte

von Gunther Hauser

Die *internationale Ordnung* erfährt derzeit zahlreiche gravierende Veränderungen. So ist die Anzahl an staatlich geführten bewaffneten Konflikten derzeit so hoch wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Zudem trägt die US-Administration unter Donald J. Trump nicht immer zur Konfliktlösung bei, sondern verschärft diese – sowohl bei internationalen Kriegen und Konflikten als auch in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Trump ließ im Fall Iran als Druckmittel die militärische Karte sprechen, mit dem Ziel, nicht nur einen Waffenstillstand zwischen Israel und dem Iran zu erzielen, sondern auch den Weg für diplomatische Gespräche zu eröffnen.

Die europäischen Träume, sich voll und ganz auf die USA bei der internationalen Konfliktbewältigung zu verlassen, sind nun endgültig vorbei. Die EU-Staaten sind mit der Ukraine im Abwehrkrieg gegen die Russische Föderation nun auf sich alleine gestellt. Dass die EU die Lücken des Ausbleibens der amerikanischen Waffenhilfe an die Ukraine schließen kann, ist nicht zu erwarten. Eine Fortsetzung des russischen Krieges gegen die Ukraine gilt daher als unausweichlich.

Europa bleibt nur mehr der Weg, sich wirtschaftlich resilienter zu organisieren und in eine koordinierte gemeinsame Verteidigung gezielt zu investieren mit dem Ziel der Abschreckung gegenüber der Russischen Föderation bzw. um künftige mögliche Übergriffe russischer Streitkräfte auf das Baltikum oder auch Finnland, Polen, Rumänien oder Bulgarien zu verhindern.

Einleitung

Die *internationale Ordnung*, sofern man noch heute behaupten kann, dass es sich dabei um eine *Ordnung* handelt, erfährt derzeit zahlreiche gravierende Veränderungen, die in einer Größenordnung stattfinden, die seit dem Jahr 1945 nicht mehr existiert haben, stellte die Europäische Kommission bzw. die Hohe Vertreterin der Union für Außenbeziehungen und Sicherheitspolitik Kaja Kallas in ihrem im März 2025 veröffentlichten Gemeinsamen Weißbuch für Europäische Verteidigungsbereitschaft 2030 fest: „*Strategic competition is increasing in our wider neighbourhood, from the Arctic to the Baltic to the Middle East and North Africa*“ (European Commission 2025: 1). Bereits 2024 galt laut der Studie „*Conflict Trends: A Global Overview*“ des Peace Research Institute in Oslo als Jahr mit der vierthöchsten Gewaltquote seit 1989, dem Ende des Kalten Krieges. Die Anzahl an staatlich geführten bewaffneten Konflikten ist derzeit so hoch wie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht mehr. Demnach wurden 61 Kriege und Konflikte in 36 Ländern mit militärischen Mitteln ausgetragen. Die Statistik führt Afrika mit 28 militärischen Konflikten, Asien mit 17, der Nahe Osten mit 10, und Europa mit 3 und der amerikanische Kontinent mit 2, mit militärischen Mitteln ausgetragenen Konflikten. Hier wird insgesamt die Veränderung der globalen Sicherheitslage deutlich. Die Zahl der kriegsbedingten Todesopfer betrug 129.000 Menschen (Rustad 2025: 7ff.). Zudem schwindet die Bedeutung internationaler Institutionen – wie der Welthandelsorganisation WTO oder des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH; ICC), ebenso innerhalb der EU, als Ungarns Parlament am 20. Mai 2025 seinen Austritt aus dem IStGH beschloss – Grund war der Haftbefehl des IStGH gegen Israels Premierminister Benjamin Netanjahu aufgrund des Vorgehens im Krieg gegen die Hamas. Der Austritt Ungarns vom IStGH war bereits Anfang April beim Staatsbesuch von Netanjahu in Ungarn angekündigt worden (ORF News 2025: 1). Estland, Lettland, Litauen sowie Finnland gaben den Austritt aus dem internationalen Abkommen zur Ächtung von Personenminen (Ottawa-Abkommen aus 1997) bekannt, begründet wurde dieser Schritt mit der angespannten Sicherheitslage an den Grenzen zur Russischen Föderation. Polen strebt ebenso einen Austritt aus der Ottawa-Konvention an, die Ostflanke der NATO bzw. die Ostgrenzen der EU könnten nun vermint werden. (Tagesschau 2025: 1)

So war auch das erste Halbjahr 2025 charakterisiert von zahlreichen globalpolitischen Wendungen – sei es im Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine, sei es im Krieg der Hamas gegen Israel und *vice versa*, sei es im am Freitag, den 13. Juni 2025, von Israel begonnenen umfassenden *Präventivkrieg* gegen den Iran, den das iranische Militär mit militärischen Angriffen auf Israel einige Tage lang mit Raketen, Drohnen und angeblich sogar mit Hyperschallwaffen erwidert hatte, sei es in zahlreichen Kriegen und Konflikten in Afrika und nicht zuletzt im Konflikt autoritär geprägter politischer Parteien gegen das pluralistisch-demokratische *Establishment* nicht nur in europäischen Ländern, sondern auch in Amerika und Asien. Es geht den antidemokratischen Kräften dabei darum, Unsicherheitsspielräume in den Gesellschaften für sich optimal auszunutzen, die sich mit der Vernetzung von zahlreichen Krisen (Polykrisen) entwickelt haben. Der Grad derartiger komplexer Vernetzung von Krisen erscheint in der jüngeren Geschichte neu – Krisen der pluralistisch-demokratischen Systeme, Kriege und Konflikte, Klimawandel, Naturkatastrophen, irreguläre Migration, Angst vor Wohlstandverlusten, Wirtschafts-

schwäche, Inflation, Verluste von Arbeitsplätzen etc., sogenannte *Schwarze Schwäne* (Risiken) erscheinen oft ohne *Vorwarnung* und erweisen sich als äußerst komplex. Derartige Unsicherheiten werden vor allem von Narzissten in der Politik ausgenutzt, die rasche Lösungen für äußerst komplexe Probleme einer zum Teil von ihnen geblendeten Öffentlichkeit versprechen, jedoch letztlich nur sich selbst und ihre Interessen sehen und *Checks and Balances* auszuschalten versuchen. Menschen denken oft linear und nicht exponentiell, das macht Kommunikation in derartigen komplexen Zeiten äußerst schwierig, dies stellt eine enorme Herausforderung für den Fortbestand pluralistischer Demokratien dar. Polarisierungsprozesse nehmen somit zu, in der Folge auch Rufe nach *starken Männern*. Zudem reicht die klassische Risikoanalyse für Polykrisen nicht mehr aus, die Vorhersehbarkeit von neuen und scheinbar überraschend auftretenden Risiken (*Schwarzen Schwänen*) ist begrenzt. Somit bleiben auch Risikostrategien (diese werden neuerdings auch als Resilienzstrategien) nicht dauerhaft anwendbar. Demokratien bleiben somit mehr denn je gefordert, weite Teile der Bevölkerung mit umfassenden, an die Sicherheitslage angepassten Resilienzstrategien erreichen zu können. Diese bedürfen somit nicht nur der Ankündigung, sondern auch konsequenter Durchsetzung, um einen umfassenden Bevölkerungsschutz gewährleisten zu können.

Um einerseits Sanktionen seitens der EU und USA zu umgehen und andererseits auch selbst Rohstoffe importieren zu können, setzen die Russische Föderation und die Volksrepublik China inzwischen sogenannte *Schattenflotten* auf den Ozeanen ein. Diese Schiffe werden dazu genutzt, um auch in westlichen Ländern Sabotage zu betreiben, wie etwa Ende 2024 an Unterseekabel in der Ostsee zwischen Estland und Finnland bzw. am 26. Januar 2025 zwischen Lettland und Schweden. Ebenso setzt die Volksrepublik China derartige Schiffe ein, um taiwanische Unterseekabel zu beschädigen – ein derartiger Vorfall ereignete sich im Januar 2025. Frachtschiffe der Schattenflotte fahren unter den Flaggen Kameruns, Tansanias, Togos, von Sierra Leone oder der Mongolei. Firmen derartiger Frachtschiffe sind beispielsweise in der Volksrepublik China registriert – so in Hongkong oder in Macau. Taiwan hatte bis Anfang 2025 insgesamt 15 Schiffe als Bedrohung für die Sicherheit Taiwans eingestuft, wie auch den unter kamerunischer Flagge fahrenden Frachter *Shunxing 59*. (Hille und Ko 2025: 4). Über die Straße von Taiwan werden mehr als ein Fünftel des weltweiten Seehandels abgewickelt – mit einem Gesamtwert von 245 Billionen US-Dollar im Jahr 2022. Die gehandelten Güter betreffen vor allem die Bereiche Energie, Elektronik und Mineralien. Die Straße von Taiwan ist vor allem auch für Staaten wie die Demokratische Republik Kongo wirtschaftlich überlebenswichtig, 70 Prozent der Gesamtexporte des Landes – insbesondere Kupfer, Kobalt und andere Metalle – werden über die Straße von Taiwan in ihre Zielländer durchgeführt. Viele Länder des Mittleren Ostens exportierten mehr als 30 Prozent ihrer Güter – vor allem Energierohstoffe – über die Straße von Taiwan. (Swanson 2024: 8)

Dieser Beitrag setzt sich zur Aufgabe, derzeitige Auswirkungen der Polykrisen auf Europa zu untersuchen – unter Berücksichtigung des ersten Halbjahres der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald J. Trump.

„Trump is back on stage“

Der von Donald J. Trump zum Verteidigungsminister der USA ernannte Pete Hegseth, ehemaliger Major der Spezialkräfte und Fernseh-Moderator, hat sich gleich zu Beginn der zweiten Amtszeit von US-Präsident Donald J. Trump als ein erklärter Gegner der NATO ausgesprochen, er bezeichnete diese als „*Arrangement zur Verteidigung Europas*“, „*bezahlt und unterschrieben von den USA*.“ (Häsler 2025: 6) Mit dem Eintritt von Donald J. Trump in die zweite Amtszeit als US-Präsident bekamen in der Folge nicht nur die europäischen Verbündeten der NATO erhöhten Druck, als Folge des Ukrainekrieges mehr eigenständige Geldmittel in ihre Verteidigung koordinierter zu investieren, es wurden auch offen Auffassungsunterschiede zwischen der Trump-Administration und der Mehrheit der europäischen NATO-Verbündeten nicht nur hinsichtlich des Umgangs mit der russischen Regierung, sondern auch bei der bis dato bestehenden gemeinsamen transatlantischen Lagebeurteilung deutlich. Während sich die europäischen NATO-Verbündeten mehrheitlich für eine militärische Unterstützung der Ukraine im Abwehrkampf gegen die Russische Föderation aussprechen, ließ Präsident Donald J. Trump zunehmend *Verständnis* für das Vorgehen des Kremls gegen die Ukraine erkennen. Die US-Regierung unter Donald J. Trump beharrte im Februar 2025 darauf, anlässlich des dritten Jahrestages des Überfalls der Russischen Föderation auf die Ukraine am 24. Februar 2025 in einer gemeinsamen Erklärung der sieben größten Industrieländer (G7), die bisher seitens der G7 erfolgte Einstufung dieses Überfalls und des darauffolgenden Angriffskrieges der Russischen Föderation als „*russische Aggression*“ zu vermeiden, während im letzten diesbezüglichen Statement aus dem Jahr 2024 die „*russische Aggression*“ fünfmal Erwähnung fand. So wurde die Bezeichnung „*russische Aggression*“, die von US-Präsident Joseph R. Biden in diesem Zusammenhang benützt wurde, seitens der US-Administration unter Donald J. Trump auf „*ukrainischer Konflikt*“ geändert. Zudem schlug Trump vor, die Russische Föderation wieder in die G7 einzuladen und in der Folge als G8-Koordinationstreffen abzuhalten. (Miller und Foy 2025: 1)

Auch vor dem Treffen der G7-Staats- und Regierungschefs im kanadischen Kananaskis Mitte Juni 2025 kritisierte Trump den Ausschluss der Russischen Föderation aus der ehemaligen G8 scharf, die Entscheidung war demnach „*ein großer Fehler*“. Weiters führte Trump bei einem Treffen mit dem kanadischen Premierminister Mark Carney in Hinblick auf den Krieg in der Ukraine aus: „*Ich glaube, es gäbe jetzt keinen Krieg, wenn Russland dabei wäre*“. Eine Lösung im Fall Ukraine wäre nun schwieriger zu erzielen, da die Russische Föderation „*nicht mehr mit am Tisch sitze*“ (ZDF Info 2024: 120). Die Bedingungen der russischen Regierung unter Präsident Waldimir Putin an die Ukraine für die Beendigung des Krieges setzen eine vollständige Kapitulation der Ukraine voraus, im Detail: Abtretung der von der Russischen Föderation bereits seit zwei Jahren annektierten ukrainischen Gebiete und Regionen Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson sowie der seit 2014 annektierten Krim, keine Aufnahme der Ukraine in die NATO sowie die Verschrottung westlicher Waffen der ukrainischen Streitkräfte. Im Februar 2025 eskalierte in diesem Zusammenhang das ukrainisch-amerikanische Verhältnis im Rahmen des Staatsbesuches des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij bei US-Präsident Trump dahingehend, als Trump Selenskij warnte, einen dritten Weltkrieg zu provozieren („*you are gambling with World War Three*“). US-Präsident

Trump steht im Ukrainekrieg im Gegensatz zu den US-Administrationen der Demokratischen Partei also eindeutig auf Seiten der Russischen Föderation. Im Zuge der Anfang Juni 2025 seitens der russischen Staatsführung eingeleiteten heftigen Angriffe auf Kiew und weitere ukrainische Großstädte wie Charkiw (die vor allem auf zivile Ziele gerichtet waren und bei denen auch viele Kinder ums Leben kamen) als Reaktion auf jene von der Ukraine in der Russischen Föderation zuvor durchgeführten Drohnenangriffe auf militärische Ziele, die zur Zerstörung von mindestens über 20 russischen Langstreckenbomben geführt haben, zeigte Donald J. Trump sogar „*gewisses Verständnis*“. Anlässlich des Staatsbesuches des deutschen Bundeskanzlers Friedrich Merz bei Donald J. Trump sprach Trump sogar davon, bei der Russischen Föderation und der Ukraine handle es sich um streitende bzw. um raufende kleine Kinder in einem Park, in einem derartigen Streit sollte man sich „*nicht einmischen*“.

Im Krieg Israel gegen die Hamas schlug Trump anlässlich des Staatsbesuches des israelischen Präsidenten Benjamin Netanjahu in Washington sogar vor, die palästinensische Bevölkerung im Gazastreifen im Umfang von zwei Millionen Menschen in andere arabische Staaten auszusiedeln und den infrastrukturell völlig zerstörten Gazastreifen in eine Luxushotelmeile umzubauen. Arabische Staaten erteilten diesem Projekt eine komplette Absage, abgesehen davon, dass Zwangsaussiedlungen klare Verstöße gegen das Völkerrecht darstellen. Israel sieht sich zudem durch seine militärischen Operationen im Gazastreifen mit zunehmend internationaler Kritik bis Ablehnung konfrontiert (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025b: 1), was die Kampfmethodik gegen zivile Ziele im Gazastreifen betrifft. Zudem wurde aus Sicht der UNO durch die Nichtzulassung von Hilfstransporten für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen das humanitäre Völkerrecht offen verletzt, die Bevölkerung im Gazastreifen befand sich am Rand einer Hungerkatastrophe. Die israelische Regierung betonte stets, die israelischen Geiseln befreien und die Hamas vollständig vernichten zu wollen. Umgekehrt ist das Ziel der Hamas, wie auch das Ziel ihres primären Förderers, des Mullah-Regimes in Teheran, den Staat Israel vollständig zu zerstören. Am 13. Juni 2025 begann Israel daher auch eine großangelegte Militäroperation zur Vernichtung von Nuklear- und Raketenanlagen in der Islamischen Republik Iran, bereits drei Tage später – am 16. Juni – gab Israels Premierminister Benjamin Netanjahu bekannt: Israel kontrolliere den iranischen Luftraum, man werde das Gesicht des Nahen Ostens nun verändern (BBC News, 16. Juni 2025, ca. 19.13 Uhr (MEZ); und Ö1-Frühjournal, 17. Juni 2025, ca. 06.05 Uhr). Am 17. Juni 2025 betonte Netanjahu, dass eine gezielte Tötung des obersten iranischen Führers, Ali Khamenei, den Konflikt mit Israel beenden würde. Unterdessen rief Donald J. Trump die Bevölkerung von Teheran auf, die Stadt „*sofort zu verlassen*“, das Mullah-Regime rief er zur direkten Kapitulation auf (CNN News, 17. Juni 2025, 12.17 Uhr (MEZ)). Eine direkte Beteiligung der USA erscheint als möglich, die USA verlegten bereits in der ersten Woche nach dem israelischen Großangriff auf den Iran zwei Flugzeugträgergruppen in die Region und versetzten Langstreckenbomber in Kampfbereitschaft. Noch im Wahlkampf versicherte Trump der amerikanischen Bevölkerung, dass sich die USA künftig in keine Kriege mehr hineinziehen lassen werde, eine direkte militärische Auseinandersetzung mit dem Iran auf Seiten Israels wird jedoch immer wahrscheinlicher.

Auf finanzpolitisch-wirtschaftlicher Ebene verstärkte sich der Handelskrieg zwischen der Volksrepublik China und den USA einerseits sowie auch zwischen Europa und den USA andererseits. International agierende Großkonzerne, darunter zahlreiche aus den USA, mussten mit dem sogenannten „*Liberation Day*“, den Präsident Donald J. Trump am 2. April 2025 verkündete, bis zu dreistellige Milliarden US-Dollar schwere Kursverluste an den Börsen hinnehmen, als Trump die Verhängung von bis daher noch nie da gewesenen zweistelligen bis sogar – im Fall Chinas – Zöllen (*Strafzöllen*) im dreistelligen Prozentbereich einleitete. Am 11. Juni 2025 hatten sich die USA und die Volksrepublik China darauf geeinigt, chinesische Exportbeschränkungen von *Seltenen Erden* in die USA abzubauen, auch verpflichtete sich China, Rohstoffe wie *Seltene Erden* in die USA zu liefern. Die USA sagten China zudem zu, dass chinesische Studierende weiterhin an US-Universitäten zugelassen werden, zudem wurden Zölle für Importe aus China in die USA gesenkt – auf 55 Prozent (von zuvor 145 Prozent). (ARD Text, 11. Juni 2025, 22:29:34 Uhr, S. 107)

Trump setzt in der künftigen US-Außenpolitik primär auf die Sicherung der für die USA benötigten kritischen Rohstoffe / Mineralien und *Seltener Erden* sowie auf die militärische Sicherung von kritischen Handelswegen und drohte im Januar 2025 in diesem Zusammenhang sogar Kanada als 51. Bundesstaat zu annektieren, Grönland militärisch einzunehmen und den Panamakanal ebenso militärisch zu besetzen. Diplomatische Konflikte mit den NATO-Alliierten Kanada und Dänemark waren die Folge.

Mit der zweiten Amtszeit von Donald J. Trump wurde die Welt politisch, wirtschafts- und auch sicherheitspolitisch instabiler, zudem wurde der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine – wie von Trump im Jahr 2024 noch vollmundig angekündigt, nicht von ihm in „*24 Stunden*“ beendet. Im Gegenteil: dieser Krieg erreichte neue Eskalationsstufen. Auf wirtschafts- und finanzpolitischer Ebene sehen sich die USA durch die erratische Zollpolitik, der massiven Schuldenpolitik und der steigenden Inflation einer großen Wirtschaftskrise gegenüber, die Konsumentenstimmung ist in den USA inzwischen so stark eingebrochen wie seit der COVID-19-Pandemie nicht mehr. (Wachter 2025: 1) Die Spaltung der US-Gesellschaft hat sich im Frühjahr 2025 mit der Einstellung von staatlichen Geldern für die renommierte Harvard Universität sowie im Juni 2025 durch den Einsatz von 4000 Nationalgardisten und 700 *US-Marines* in Kalifornien mit dem Ziel, notfalls diese Proteste und Demonstrationen gegen die nationale Migrationspolitik der USA mit Gewalt niederzuschlagen, erhöht (*„if they spit, we hit“*). Zudem zeigte sich in der Trump-Administration auch ein zunehmender Spalt zwischen dem US-Präsidenten selbst und seinem außerhalb des US-Rechts eingesetzten DOGE-Beauftragten Elon Musk, dem reichsten Mann der Welt, der durch Milliarden US-Dollar-Aufträge aus staatlichen Mitteln die Forsetzung amerikanischer Weltraumprogramme garantieren konnte. Musk kritisierte die Steuerpolitik des US-Präsidenten (auf der Grundlage jenes Gesetzes, das Trump als „*big beautiful bill*“ bezeichnete), die, so Musk, die Gesamtverschuldung der USA drastisch steigern und auch die wirtschaftlichen Bürden für die arbeitende Bevölkerung in den USA massiv erhöhen und somit noch mehr Spaltung und Unsicherheit in der amerikanischen Bevölkerung entstehen könnte.

Zölle, Zölle, Zölle

Die USA wurden seit Beginn der zweiten Amtszeit als US-Präsident unter Donald J. Trump wieder zum Unsicherheitsfaktor in den internationalen Außenwirtschaftsbeziehungen. Trumps Zollpolitik verursachte nach deren Verkündung am 2. April 2025, dem vom Trump selbsternannten „*Liberation Day*“, massive Kurseinbrüche an den Börsen, löste globale Verwerfungen aus, verunsicherte Börsen und ließ Preise auch in den USA steigen. Trump hatte an diesem Tag pauschal fast alle Länder der Erde mit sogenannten *Vergeltungszöllen* aus seiner Sicht *bestraft*. Zölle haben folgendes Risiko: die Inflation kann steigen, da Konsumenten für importierte Waren mehr bezahlen müssen. Milliardäre hatten Trump nahegelegt, sein Vorgehen zu überdenken. (Lambert 2025: 1)

So verursachte der Einbruch am 3. April die Marktkapitalisierung des *Nasdaq 100 Stock Index* um 1,4 Billionen US-Dollar, die Aktien von Chipherstellern befanden sich im freien Fall, ebenso war die Aktie des US-Großkonzerns *Apple* am 3. April um 9,3 Prozent gefallen, der Marktwert von *Apple* reduzierte sich dabei um mehr als 310 Milliarden US-Dollar. China und Taiwan wurden ursprünglich mit Abgaben von 54 Prozent und 32 Prozent von Trump *bestraft*, China selbst kündigte an, ab 10. April einen Zollsatz von 34 Prozent zu erheben. (Kummerfeld 2025: 1)

Zudem schossen Zinsen auf US-Staatsanleihen in die Höhe. Trump meinte jedoch, dass seine Strategie zum Erfolg führe, denn Regierungschefs aus aller Welt würden bei ihm anrufen und ihm „*den Hintern küssen*“, um Verhandlungen mit ihm zu erbitten (Lambert 2025: 1). Seit dem Amtsantritt von Trump sind die Märkte derart verunsichert, dass die Zentralbanken „*daher lieber auf Gold als auf den Dollar*“ gesetzt hatten, erstmals in der Geschichte des Goldhandels war der Preis für eine Feinunze Mitte März auf über 3000 US-Dollar, der Goldpreis innerhalb eines Jahres in US-Dollar um 46 Prozent angestiegen. Der Grund war, dass das Vertrauen der Anleger in die USA und den US-Dollar aufgrund der Wirtschafts- und Finanzpolitik Trumps geschwächt war, „*Gold bietet sich in solchen Situationen als krisenresistente Währung und als Schutz vor Inflation an*“ (Wachter 2025: 1). Gründe für das verstärkte Misstrauen gegenüber den USA waren zudem die hohe Verschuldung des Landes (bereits jetzt geben die USA pro Jahr mehr für Zinszahlungen aus als für die Verteidigung), (Riecher 2025: 13) die erratische Zollpolitik von Donald J. Trump, die sich gegen alle großen Handelspartner richtete, sowie die geopolitischen Spannungen in und um die Ukraine, in Nahost, sowie das angespannte Verhältnis zwischen China und den USA. (Wachter 2025: 1)

Am 9. April verfügte Trump jedoch eine 90-tägige Zollpause, in der für alle Länder ein universeller Zollsatz von 10 Prozent gilt, jedoch mit Ausnahme von China, weil China aus Trumps Sicht die Finanzmärkte missachtet hatte. Aus diesem Grund erhöhte Trump die Zölle auf chinesische Produkte auf 145 Prozent. China reagierte wie folgt: „*Wir provozieren keine Konflikte, aber wir lassen uns von ihnen auch nicht einschüchtern*“, erklärte die chinesische Regierung am 5. April: „*Wir befinden uns seit acht Jahren in einem Handelskrieg mit den USA und haben entsprechend viel Erfahrung*“ (Lambert 2025: 1). Im Jahr 2024 erreichte der chinesische Handelsbilanzüberschuss ein Allzeithoch von knapp 1000 Milliarden US-Dollar – ausgelöst durch massive chinesische Exporte. Dies

führte auch zur Deindustrialisierung mancher Länder in Südostasien, jedoch wird dieses Phänomen durch US-Zölle verschärft, da diese *Strafzölle* chinesische Unternehmen zwingen, bestimmte Exporte in die asiatische Region umzulenken. Auch die EU musste damit rechnen, mit chinesischen Produkten überflutet zu werden, die China nicht mehr in die USA exportieren kann. Aus chinesischer Sicht war klar: „Wenn Donald Trump und die USA beschließen, sich aus der Globalisierung zurückzuziehen, werden wir sie weiterbetreiben“ (Lambert 2025: 5).

Wie kamen Donald J. Trump und seine *Wirtschafts- und Finanzfachleute* auf derartige Zollsätze? Diese leiteten sich von angeblichen Zöllen ab, die andere Nationen gegenüber den USA eingehoben hatten. So wurde beispielsweise der Zollsatz von Vietnam auf 90 Prozent berechnet – Vietnam hatte Waren im Wert von 137 Milliarden US-Dollar an die USA verkauft und Waren von 13 Milliarden US-Dollar von den USA importiert – die Differenz betrug aus Sicht der Trump-Administration 124 Milliarden Euro, also 90 Prozent. Aus dieser falschen Berechnungsmethode leitete Trump sogar in der Folge eine gewisse *Großzügigkeit* seinerseits ab, als er angekündigt hatte, lediglich fast die Hälfte von 90 Prozent – also 46 Prozent – von Vietnam als „*Good will*“ einheben zu wollen. (ORF, Zeit im Bild 1, 4. April 2025, ca. 19.33 Uhr)

Das in Handelsfragen höchste US-Gericht hatte schließlich im Mai 2025 die Strafzölle bis auf wenige Ausnahmen für illegal erklärt. Zölle auf Produkte wie Aluminium und Stahl, die Trump unter dem Verweis auf die nationale Sicherheit verhängt hatte, leiten sich demnach von anderen Gesetzen ab und waren von diesem Urteil nicht betroffen. Auch bereits angedrohte Zölle auf Arzneimittel, Computer- und Halbleiter waren ausgenommen. (Hautkapp 2025: 7)

Das Gericht argumentierte, dass Donald J. Trump missachtete, dass laut amerikanischer Verfassung ausschließlich dem US-Kongress die Verhängung von Zöllen und weiteren Handelsauflagen zusteht, zudem hatte Trump aus einem Gesetz von 1977 die Befugnis zur Beseitigung eines Notstands abgeleitet, der nach Ansicht der Richter nicht existiert. Wenige Stunden später jedoch hob ein Berufungsgericht dieses Urteil wieder auf. (Hautkapp 2025: 7)

Das Weiße Haus argumentierte hingegen, die Richter seien nicht gewählt, somit hätten sie für Dinge, die die nationale Sicherheit betreffen, auch keine Zuständigkeit. Nur der US-Präsident, so die Argumentation der Trump-Administration, sei gewählt und besitzt den Ermessensspielraum, um eine derartige nationale Notlage zu definieren und auch Maßnahmen zu ergreifen, um dagegen vorzugehen. (Hautkapp 2025: 1)

Trump's Stabschef Stephen Miller sprach in diesem Zusammenhang sogar von einem „*Justizputsch*“. Ob tatsächlich eine Notlage vorliegt, ist eine heikle politische Frage, nur der US-Kongress kann gemeinsam mit dem amerikanischen Präsidenten darüber befinden. Trump drohte der EU *Strafzölle* im Ausmaß von 50 Prozent an – ab 1. Juni 2025, kurz danach hob er die Entscheidung jedoch wieder auf und gewährte eine Fristverlängerung für Verhandlungen bis 9. Juli 2025. Trump ist durch seine Zollpolitik bestrebt, möglichst zahlreiche Unternehmen wieder zurück in die USA zu bringen, er möchte darunter auch US-Konzerne wieder zwingen, in den USA zollfrei zu produzieren. Die Lohnstück- und Produktionskosten sind jedoch in den USA weitaus höher als in Ländern wie China oder Vietnam. Zudem existieren seit

mehr als 50 Jahren Handelsdefizite, ohne dass die USA wirtschaftlich untergegangen wären. Unterschätzt hatten in Europa viele Wirtschafts- und Finanzkundige, „mit welcher Vehemenz“ US-Präsident Donald J. Trump seine wirtschaftspolitischen Ziele umsetzt, die US-Handelspolitik wird dadurch noch protektionistischer (Stehrer 2025, Vortrag). Trump hat sich stets darüber beklagt, dass die USA von anderen Staaten wirtschafts- sowie sicherheits- und verteidigungspolitisch „ausgenutzt“ sowie „unfair behandelt“ werde (Häsler 2025: 6). Die EU bleibt weiterhin aufgerufen, die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Industriestandorte und den Bürokratieabbau für Unternehmen wesentlich zu verbessern – auf der Grundlage des Artikels 173 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, dessen Absatz 1 wie folgt lautet:

„(1) Die Union und die Mitgliedstaaten sorgen dafür, dass die notwendigen Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie der Union gewährleistet sind.

Zu diesem Zweck zielt ihre Tätigkeit entsprechend einem System offener und wettbewerbsorientierter Märkte auf Folgendes ab:

- *Erleichterung der Anpassung der Industrie an die strukturellen Veränderungen;*
- *Förderung eines für die Initiative und Weiterentwicklung der Unternehmen in der gesamten Union, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, günstigen Umfelds;*
- *Förderung eines für die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen günstigen Umfelds;*
- *Förderung einer besseren Nutzung des industriellen Potenzials der Politik in den Bereichen Innovation, Forschung und technologische Entwicklung.*

„You’re gambling with World War Three“: Die USA setzen auf ihre Rohstoffstrategie

Der Krieg der Russischen Föderation, den US-Präsident Donald J. Trump „innerhalb von 24 Stunden“ beenden wollte (wie er das im Wahlkampf 2024 vollmundig verkündete), (Schwischei und Purger 2024: 2) hat zu einem transatlantischen Zerwürfnis zwischen dem seit 20. Januar 2025 amtierenden US-Präsidenten einerseits und der Ukraine und der EU andererseits geführt. Zudem bezeichnete Trump den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij im Februar 2025 als einen „Diktator ohne Wahlen“, weiters beschuldigte Trump Selenskij während seines Besuches im Weißen Haus am 28. Februar 2025, einen Dritten Weltkrieg mit einer Fortsetzung des Krieges herauf provozieren zu wollen („You’re gambling with World War Three“). (Sky News 2025) Der republikanische US-Senator Lindsey Graham erklärte danach: „We want to help him. But we must be respected.“ (CNN News, 1. März 2025, 08:05 AM CET) US-Außenminister Marco Rubio traf sich wenige Tage zuvor bereits mit dem russischen Außenminister Sergeij Lawrow in Riad, um ein gemeinsames Vorgehen zur Beendigung des Krieges in der Ukraine zu besprechen. Europäische und ukrainische Vertreter waren dazu keine eingeladen worden. Aus Sicht der EU und des Vereinigten Königreiches wurde dieses Vorgehen der US-Regierung Trump als Affront für die europäischen NATO-Verbündeten gesehen. Denn die NATO kann folglich ausschließlich unter der Führung der

USA in den Kommandostrukturen, bei der Aufklärung und im Luftkrieg die militärische Unterstützung für die Ukraine sicherstellen, aus Sicht der europäischen NATO-Verbündeten müssen auch diese in Friedensverhandlungen mit der Russischen Föderation zur Beendigung des Krieges in der Ukraine ebenso eingebunden werden. Zudem setzte am 3. März 2025 US-Präsident Trump die militärische Unterstützung für die Ukraine aus, (Schwischei und Purger 2025: 2) diese wurde am 16. Juni 2025 völlig eingestellt, sie wird im nächsten US-Budget nicht mehr geführt. In diesem Zusammenhang ist die Frage berechtigt, ob eine derartige Verhaltensweise des US-Präsidenten auch im Fall eines militärischen Übergriffs der Volksrepublik China auch auf Taiwan möglich wäre? Im Frühjahr 2025 stellten im Umkreis um Donald J. Trump einflussreiche Personen die Frage, ob es „wirklich sinnvoll“ sei, dass die USA Taiwan gegen die Volksrepublik China verteidigen oder aufgrund der angespannten geopolitischen Lage im Baltikum wegen des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine sogar einen Nuklearkrieg mit Wladimir Putin riskieren sollten. (Heinisch 2025: 9)

Für die EU bleibt die Ukraine für die Zukunft für ganz Europa äußerst relevant (European Commission 2025: 1). Europa solle jedoch angesichts der Bedrohung durch die Russische Föderation, die westliche Nachrichtendienste sogar dahingehend sehen, dass russische Streitkräfte sogar bis zum Jahr 2028 Territorien von NATO- bzw. EU-Staaten angreifen könnten, umfassend aufrüsten, im Fall Deutschland nach Aussage des US-Präsidenten Trump jedoch „nicht zuviel“ (so Trump bei seinem Treffen mit Deutschlands Bundeskanzler Friedrich Merz im Weißen Haus am 5. Juni 2025). Für die EU bildet die Ukraine die „Frontlinie der europäischen Verteidigung“ (European Commission 2025: 3), deshalb hat sich die EU zum Ziel gesetzt, der Ukraine großkalibrige Artilleriemunition im Umfang von mindestens zwei Millionen Artilleriegeschossen pro Jahr zur Verfügung zu stellen. Weiters hat sich die EU zum Ziel gesetzt, der Ukraine Luftverteidigungssysteme und Kampfdrohnen zu liefern und weiterhin ukrainische Streitkräfte in der EU auszubilden, bis März 2025 wurden im Rahmen der EUMAM Ukraine insgesamt 75.000 ukrainische Soldatinnen und Soldaten ausgebildet (European Commission 2025: 10f).

Zudem ermöglicht das neue *Security Action for Europe* (SAFE)-Instrument der ukrainischen Verteidigungsindustrie, zu gleichen Bedingungen am Beschaffungsprozess wie Verteidigungsindustrien teilzuhaben (European Commission 2025: 11). Im Zuge der erweiterten militärischen Mobilität sollen die Korridore der militärischen Mobilität der EU zudem bis in die Ukraine erweitert werden mit dem Ziel, die Interoperabilität mit den ukrainischen Streitkräften einerseits zu erhöhen und andererseits auch zusätzliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu erzielen, um mögliche künftige Aggressionen seitens der Russischen Föderation ab-schrecken zu können. In weiterer Folge soll die Ukraine am *EU Space Programme* teilnehmen können und von raumgestützten Dienstleistungen profitieren, wie Ortung, Navigation, Kommunikation und Erdbeobachtung (European Commission 2025: 11). Ebenso soll sich künftig die Ukraine auch an Projekten der PESCO beteiligen können. (European Commission 2025: 12)

Die USA unter Präsident Trump sind dagegen bestrebt, ihre Kontakte zur russischen Staatsführung offenzuhalten, es geht vor allem auch darum, für die USA im globalen Wettbewerb mit der Volksrepublik China dringend benötigte

kritische Mineralien und *Seltene Erden* zu sichern. Ebenso wurde zwischen der Ukraine und den USA ein Abkommen zur Förderung von kritischen Mineralien und *Seltenen Erden* ausverhandelt – aus ukrainischer Sicht ein Abkommen, das sozusagen als Sicherheitsgarantie der USA zum Fortbestehen der Ukraine gesehen wird. Trump meinte jedoch, dass im Fall eines Friedensvertrages mit der Russischen Föderation die Ukraine auf die von der russischen Staatsführung annektierten Gebiete Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson sowie auf die bereits seit 2014 annektierte Krim verzichten müsse. Eine Forderung, die für die Ukraine unannehmbar ist. Diese Forderung von Präsident Trump deckt sich völlig mit einer der Bedingungen der Russischen Föderation, um den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Trump setzt hier somit klar auf eine Strategie, die es den USA künftig ermöglichen sollen, sowohl in der Ukraine als auch in der Russischen Föderation den Abbau kritischer Mineralien und *Seltener Erden* zu garantieren. Amerikanische Investoren könnten davon profitieren.

Die europäischen NATO-Verbündeten planen, mehr in ihre Verteidigung zu investieren

Wird die EU bzw. werden die europäischen NATO-Verbündeten in den nächsten Jahren von der Russischen Föderation angegriffen? Wird Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrages von 1949 von Moskau schon 2028 „getestet“? Frankreichs Präsident Emmanuel Macron forderte bereits im Jahr 2022 die Einführung einer Kriegswirtschaft (*économie de guerre*) zur Sicherung der Lieferketten, zur Rohstoffsicherung und zur Begrenzung der Auslandsabhängigkeit der Verteidigungswirtschaft. (Atzpodien 2024: 89)

Um einen Angriff der Russischen Föderation erst gar nicht geschehen zu lassen, sehen sich die europäischen NATO-Verbündeten gezwungen, aufgrund dieser massiven Bedrohung – der Krieg in der Ukraine könnte für Russlands Präsident Wladimir Putin nach Einschätzung des deutschen Nachrichtendienstes *BND* nur der Anfang auf seinem Kriegszug in den Westen Europas sein – nun massiv in den Verteidigungssektor zu investieren und militärisch aufzurüsten. Einerseits soll die Kampfkraft, die *Kriegstüchtigkeit* der europäischen NATO-Streitkräfte wesentlich gesteigert werden, um im Angriffsfall in die Lage versetzt werden zu können, zu Land, in der Luft und auf See gegen den Aggressor wirksam vorzugehen. Andererseits soll dazu in der EU sowie im Vereinigten Königreich die militärisch-industrielle Basis umfassend ausgebaut werden. Zudem besteht seit Februar 2025 ein Ende des transatlantischen Konsenses betreffend die Vorgehensweise zur Unterstützung der Ukraine im Abwehrkrieg gegen die Russische Föderation, die USA haben ihre militärische Unterstützung für die Ukraine mit Juni 2025 eingestellt.

Die EU bzw. die europäischen NATO-Verbündeten bleiben in der Folge nun gefordert, einerseits eine solide verteidigungsindustrielle Grundlage für ihre eigene Verteidigung aufzubauen und ihre Resilienz zu erhöhen, andererseits gleichzeitig militärische Hilfe für die Ukraine im Kampf gegen die Einnahme ihres Landes durch die Russische Föderation sicherzustellen. In der EU der 27 Mitgliedstaaten existieren jedoch weiterhin 27 separate militärisch-industrielle Komplexe, nicht nur einer, erklärte Max Bergmann, Programmdirektor am *Center for Strategic and International Studies* in Washington D.C.: „Europe has 27

military industrial complexes, not just one“ (Cohen und Alderman 2024: 1). Sehr langsam entwickeln sich somit gemeinsame europäische Projekte weiter, zu uneinheitlich präsentieren sich diesbezüglich die EU-Staaten bzw. europäischen NATO-Verbündeten. Zudem wurden in den Jahren 2022 und 2023 noch 78 % der Verteidigungsausrüstung, die die EU benötigt, außerhalb der EU angekauft – zu 63 Prozent von amerikanischen Rüstungsfirmen (Draghi 2024: 8). Umgekehrt existieren in Europa noch mehr als fünfmal so viele Waffensysteme als in den USA in den Bereichen Panzer, Kampfflugzeuge, U-Boote und Munition. Die europäischen Verteidigungskonzerne können hier in derartigen kleinen Verteidigungsmärkten in Europa nicht mit amerikanischen Konzernen wie *Boeing*, *Lockheed Martin* oder *General Dynamics* konkurrieren (Cohen und Alderman 2024: 1). Im September 2024 publizierte deshalb der ehemalige Präsident der Europäischen Zentralbank Mario Draghi seinen Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit der EU auch im Bereich der Verteidigungsindustrie, er empfahl eine verstärkte *„Bündelung der Nachfrage für Verteidigungsgüter durch gemeinsame Rüstungsprogramme von Gruppen von Mitgliedstaaten und durch gemeinsame Arbeit mit der NATO und ihren Mitgliedstaaten an der gemeinsamen Standardisierung und Harmonisierung von Rüstungsgütern“* (Brandtner 2024a: 22). Der ehemalige finnische Staatspräsident Sauli Niinistö hatte zudem am 30. Oktober 2024 seinen Bericht *„Gemeinsam sicherer: Stärkung von Europas ziviler und militärischer Vorbereitung und Bereitschaft“* im Auftrag der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgelegt. Dieser Bericht geht insbesondere *„von einem umfassenden Sicherheitsbegriff aus, der militärische, zivile, wirtschaftliche und geistige Aspekte einbezieht“* und betont, dass die EU über keine Kernkompetenzen in Verteidigungsfragen verfüge – Verteidigung bleibt in den Kompetenzen der EU-Mitgliedstaaten (Brandtner 2024b: 4). Die NATO erweist sich demnach in Europa durch die US-Dominanz in verteidigungspolitischen Ausrichtungen der europäischen NATO-Verbündeten als das primäre europäische Verteidigungsbündnis, das stellte auch die am 2. Juni 2025 veröffentlichte britische Sicherheits- und Verteidigungsstrategie fest. Das Vereinigte Königreich hält somit weiterhin am *„NATO first“*-Kurs fest, ebenso betont das im März 2025 veröffentlichte EU-Weißbuch für Verteidigungsbereitschaft 2030: *„NATO remains the cornerstone of collective defence of its members in Europe. EU-NATO cooperation is an indispensable pillar for the development of the EU’s security and defence dimension. The EU’s unique tools of regulatory power and financial instruments help the 23 EU Member States in NATO to achieve their capability targets“* (European Commission 2025: 19). So schlussfolgert die EU: *„A strong transatlantic bond remains crucial for Europe’s defence. The United States demands that Europe takes more responsibility for its own defence“* (European Commission 2025: 19f). Demzufolge bleibt auch das Vereinigte Königreich ein wesentlicher Verbündeter der EU.

Der Niinistö-Bericht selbst schlägt über 80 konkrete Maßnahmen vor, und zwar in allen Bereichen, in denen die EU Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigungsindustrie besitzt, und auch darüber hinaus, so in den Bereichen hybride Abwehr, nachrichtendienstliche Kooperationen und Koordinationen auf EU-Ebene, Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten bei der Abwehr bewusst von Regierungen wie jene in Weißrussland / Belarus und in der Russischen Föderation gesteuerter irregulärer Migration, und des Aufbaus einer Europäischen Industriestrategie für den Verteidigungsbereich (EDIS) mit dem damit verbundenen Programm für die Europäische Verteidigungsindustrie.

Zudem soll ein EU-Weißbuch auf dem Niinistö-Bericht über die Möglichkeiten zur Steigerung der zivilen und militärischen Krisenvorbereitung und der Bereitschaft der EU aufbauen. Neben den geostrategischen Herausforderungen in Zeiten steigender Rivalitäten zwischen den Großmächten USA, China und der Russischen Föderation in der Arktis, im Baltikum, im Mittleren Osten sowie in Nordafrika und sowie vor allem auch in Asien bleiben der rasante technologische Wandel, irreguläre Migration und der Klimawandel massive Herausforderungen für die politischen und wirtschaftlichen Systeme der europäischen Staaten, zudem wenden sich traditionelle Verbündete wie die USA zunehmend von Europa ab und fokussieren sich auf andere Regionen, wie Asien oder die Arktis. Aus diesem Grund muss sich die EU „wieder bewaffnen“: „*The moment has come for Europe to re-arm*“ (European Commission 2025: 2).

Die Kampf-, Verteidigungs- und Abhaltefähigkeiten der Streitkräfte der EU und auch jene des Vereinigten Königreiches gelten nach wie vor als äußerst bescheiden. Aus diesem Grund forderte Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius „Kriegstüchtigkeit“, erstmals am 30. Oktober 2023 in einem Interview mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF), die deutsche Gesellschaft müsse deshalb „wachgerüttelt“ werden (Atzpodien 2024: 89). Die russische Staatsduma hatte 2023 bereits eine Steigerung der Rüstungsproduktion um mehr als 60 % beschlossen, zudem beschloss die russische Staatsführung, ihre Militärpräsenz an den Grenzen zu Finnland zu verstärken. Anfang Dezember 2023 hatte Boris Pistorius deshalb festgehalten, dass eine Wiedereinführung der Wehrpflicht angesichts der sicherheitspolitischen Lage wieder möglich wäre: „*Es war ein Fehler, sie abzuschaffen. Die Diskussion darüber wird aber Fahrt aufnehmen*“ (Kleine Zeitung 2023). Zudem warnte Pistorius „eindringlich vor weiteren Angriffen Russlands auf Europa“ (Kleine Zeitung 2023). Deshalb herrsche in der NATO, aber auch in Deutschland, „massiver Nachholbedarf“: „*Wir haben jetzt ungefähr fünf bis acht Jahre, in denen wir aufholen müssen – sowohl bei den Streitkräften als auch in der Industrie und in der Gesellschaft*“, schlussfolgerte Boris Pistorius im Dezember 2023 (Kleine Zeitung 2023). Nach Norwegen und Schweden führte Dänemark aufgrund der veränderten Sicherheitslage am 9. Juni 2025 die Wehrpflicht für Frauen ein, zudem wurde die Wehrpflicht insgesamt auf elf Monate verlängert.

Zudem bleibt in Europa die Frage offen, wie die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten abwehrbereit sein können – einerseits ausrüstungstechnisch, andererseits in Bezug auf die Personalbereitschaft und den Mobilisierungsgrad. Am Beispiel Deutschland lässt sich die Problematik deutlich erkennen: Um „kriegstüchtig“ zu werden, benötigt die Bundeswehr eine Personalstärke von 230.000 Soldatinnen und Soldaten, so Deutschlands Verteidigungsminister Boris Pistorius. Demnach stand Anfang 2025 für Deutschland die Zahl von bis zu sechs zusätzlichen Brigaden im Raum (also insgesamt bis zu 30.000 Personen umfassend), zusätzlich zu jenen 20.000 Soldatinnen und Soldaten, die bereits fehlen. „*Momentan weiß man nicht, wen man im Notfall überhaupt für einen Dienst an der Waffe einziehen könne*“, klagte damals Pistorius (Bartsch, Böttcher et al. 2025: 22). Besonders nach der russischen Totalinvasion in die Ukraine ab 24. Februar 2022 stellte sich die Frage nach der Rückkehr der allgemeinen Wehrpflicht nach finnischem, schweizerischem oder auch schwedischem Modell – auch und besonders in Zeiten hoher Jugendarbeitslosigkeit in Europa. So wurden

beispielsweise im Jahr 2023 allein in Belgien 300.000 jungen Menschen ohne Ausbildung und somit ohne Arbeitsplatz gezählt. (Dumoulin 2023: 4)

Die allgemeine Wehrpflicht wurde in Frankreich im Oktober 1997 suspendiert, in Deutschland im Jahr 2011. Begründet wurde damals die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland durch den damaligen Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) im Jahr 2011 wie folgt: der Dienst lasse sich „sicherheitspolitisch nicht mehr begründen“ (Bartsch, Böttcher et al. 2025: 24). Derzeit gehen jedoch Personalstärken in allen europäischen Streitkräften enorm ab, durch Einsparungen und mangelnder Attraktivität wurde der Dienst in den Streitkräften Europas zunehmend unattraktiv. Europa steht vor der gewaltigen Herausforderung, selbst 300.000 Soldatinnen und Soldaten zu mobilisieren, trotz der Gesamttruppenzahl europäischer NATO-Verbündeter im Umfang von 1,9 Millionen Soldatinnen und Soldaten (im Vergleich dazu zählt die Russische Föderation 1,1 Millionen Soldatinnen und Soldaten und 1,5 Millionen Reservisten). Zwischen den Jahren 2013 und 2023 nahmen allein im Vereinigten Königreich die Truppenstärke um 14,63 Prozent ab, in Italien um 8,58 Prozent, in Frankreich um 8,26 Prozent, in Deutschland um 2,92 Prozent. Zugenommen hat dagegen die Truppenstärke in Estland um 23,48 Prozent und in Polen um 1,11 Prozent. (Jones und Rathbone 2024: 15)

Seit 2021 wird jedoch umfassend in die Verteidigung der Mitgliedstaaten investiert, die Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten wuchsen insgesamt um mehr als 31 Prozent und erreichten im Jahr 2024 an die 1,9 Prozent des gemeinsamen EU-Bruttoinlandsprodukts, in Summe insgesamt 326 Milliarden Euro (European Commission 2025: 16). Beim EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs von Versailles wurde zudem im März 2022 zwischen den Mitgliedstaaten vereinbart, mehr Verantwortung für die Verteidigung Europas zu übernehmen – auf der Grundlage des Artikels 42 (7) des EU-Vertrags in der Fassung des Vertrags von Lissabon aus 2009. Das Vereinigte Königreich hatte im Februar 2025 angekündigt, das Verteidigungsbudget bis zum Jahr 2027 auf 2,5 Prozent des Bruttonationalprodukts (BNP) zu erhöhen, bis zum Jahr 2030 sogar auf 3 Prozent des BNP (BBC News, 25. Februar 2025, 16.06 Uhr (MEZ)). Ende Januar 2025 forderte bereits US-Präsident Donald J. Trump die NATO-Staaten auf, 5 Prozent des BNP für Verteidigung zu investieren. (Häsler 2025: 6) Estland und Litauen sagten daraufhin in einer ersten Reaktion zu, zwischen den Jahren 2026 und 2030 ihr jeweiliges 5-6 Prozent des BNP-Zieles für Verteidigung erreichen zu wollen (Milne und Dunai 2025: 2). Das neue EU-Vorhaben *Re-Arm Europe* bedeutet insbesondere, die verteidigungsindustrielle Grundlage zu stärken, auf der eine wirksame Verteidigung für Europa aufgebaut werden soll, ebenso die Ukraine in ihren Anstrengungen, die Russische Föderation davon abzuhalten, das ukrainische Territorium einzunehmen bzw. unter ihre Kontrolle zu bringen. Ein „Konflikt großen Ausmaßes“ in der EU mit der Russischen Föderation wird seitens der Europäischen Kommission nicht ausgeschlossen, (European Commission 2025: 2) westliche Nachrichtendienste rechnen mit einem derartigen Konflikt ab dem Jahr 2028. (ORF Zeit im Bild 2, 19. März 2025, ca. 22.03 Uhr)

Am 4. März 2025 gab deshalb EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bekannt, seitens der EU 150 Milliarden Euro (European Commission 2025: 17) an günstigen Krediten den EU-Mitgliedstaaten für Waffenkäufe zur

Verfügung stehen zu wollen,¹ vor allem für den Ankauf von Luft- und Raketenabwehrfähigkeiten, Artilleriesystemen, Raketen, Kampfdrohnen und Drohnenabwehrsystemen, aber auch zur Stärkung der Cyberabwehr und der militärischen Mobilität in Europa bzw. für elektronische Kriegführung und Künstliche Intelligenz und ebenso für sogenannte „strategische Ermöglicher“, also für jene Fähigkeiten, die für die Verlegung und den Einsatz von Truppen notwendig sind – wie Transportflugzeuge oder elektronische Gefechtsfeldaufklärung (Gutschker 2025: 2). Zudem ist der Aufbau eines strategischen Vorrats von Munition und Raketen geplant.² *Eutelsat* bot im Zuge von Gesprächen mit europäischen Regierungen an, Satellitendienste für die Ukraine aufgrund des möglichen Abzugs von *Starlink* anzubieten. (Hollinger und Kelly 2025: 5) Diese Käufe sollen auch zur Unterstützung der Ukraine verwendet werden, führte Ursula von der Leyen weiter aus: „Natürlich können die Mitgliedstaaten mit dieser Ausrüstung ihre Unterstützung für die Ukraine massiv verstärken“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2025a: 1). Zudem werden laut EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die *Maastricht-Haushaltskriterien* aufgehoben, damit die EU-Mitgliedstaaten über vier Jahre insgesamt 650 Milliarden Euro für Verteidigung aufwenden können – das entspricht circa 1,5 Prozent des durchschnittlichen Bruttonettoprodukts der EU-Mitgliedstaaten (European Commission 2025: 17), so Ursula von der Leyen: „Wenn die Mitgliedstaaten ihre Verteidigungsausgaben um durchschnittlich 1,5 Prozent des BIP erhöhen würden, könnte dies über einen Zeitraum von vier Jahren einen Haushaltsspielraum von fast 650 Milliarden Euro schaffen“ (Gutschker 2025: 2). Falls alle EU-Mitgliedstaaten 1,5 Prozent mehr für Verteidigung aufwenden würden, dann würde das eine zusätzliche Summe von insgesamt 260 Milliarden Euro pro Jahr ergeben. Die Staaten werden dieses Ziel jedoch nicht sofort erreichen, sondern schrittweise, so wird das zusätzliche Volumen auf 650 Milliarden Euro in vier Jahren geschätzt (Gutschker 2025: 2). Auch die Europäische Investitionsbank (EIB) soll die Möglichkeit bekommen, Verteidigungsinvestitionen durchführen zu können, ebenso können Mitgliedstaaten Gelder für Regionalentwicklung direkt für Verteidigung aufwenden können (Chassany, Storbeck und Tamma 2025: 2). Von der Leyen beruft sich bei der Finanzierung der EU-Verteidigung auf Artikel 122 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) (European Commission 2025: 17). Dieser erlaubt einen „finanziellen Beistand der Union“, wenn ein Mitgliedstaat aufgrund von Naturkatastrophen oder außergewöhnlichen Ereignissen, die sich seiner Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen oder von gravierenden Schwierigkeiten bedroht ist. Ähnlich ging die EU beim SURE-Programm zur Finanzierung von Kurzarbeit, das die Europäische Kommission zu Beginn der COVID-19-Pandemie initiiert hatte, und beim Corona-Wiederaufbaufonds im Umfang von 750 Mrd. Euro

¹ ARD-Tagesschau, 4. März 2025, 13.00 Uhr. Dem ging eine Studie des Brüsseler Think Tanks *Bruegel* voraus, in der festgestellt wurde, dass Europa 300.000 Soldaten zusätzlich benötige sowie jährliche Verteidigungsausgaben von kurzfristig mindestens 250 Milliarden Euro (3,5 Prozent des BIP), um die Russische Föderation glaubhaft vor weiteren Kriegsambitionen abzuschrecken: „Europe needs to be able to defend itself against Russia, with or without the United States.“ Aus: *Bruegel*, Defending Europe without the US: first estimates of what is needed, 21 February 2025, <https://www.bruegel.org/analysis/defending-europe-without-us-first-estimates-what-needed> [22.02.2025].

² Vgl. dazu auch die sieben Prioritäten der Verteidigungsfähigkeiten, in: European Commission / High Representative of the Union for European Affairs and Security Policy, Joint White Paper for European Defence Readiness 2030, Brussels, 19 March 2025, JOIN (2025) 120 final, S. 6f.

vor. Bei SURE nahm die EU damals Kredite im Umfang von 100 Mrd. Euro auf und stellte das Geld den Mitgliedstaaten zur Verfügung, die Empfängerländer mussten dafür Garantievereinbarungen in Höhe von 25 Mrd. Euro mit der EU schließen. (Gutschker 2025: 2)

Die Russische Föderation lehnt natürlicherweise ein europäisches Aufrüstungsprogramm vehement ab, ebenso einen französischen Nuklearschirm für europäische Verbündete. Russlands Präsident Putin erinnerte in seinem Narrativ an Napoléon, der ebenso an Russland gescheitert sei (ORF, Ö1-Abendjournal, 7. März 2025, 18.10 Uhr) – das könnte als eine versteckte Drohung der russischen Regierung an die EU aufgefasst werden. Umso notwendiger erscheint es, die Abschreckungsfähigkeiten und die Verteidigungskapazitäten der EU auszubauen und zu stärken – für eine Gesamtbevölkerung von 450 Millionen Menschen mit etwa einer zehnfachen Wirtschaftsleistung von jener der Russischen Föderation. Die EU-Staaten haben bereits hochmoderne Rüstungsunternehmen. Im Gemeinsamen Weißbuch für Europäische Verteidigungsbereitschaft 2030, das im März 2025 präsentiert wurde, heißt es dazu: „*The only way we can ensure peace is to have the readiness to deter those who would do us harm*“ (European Commission 2025: 20). Industrielle Verteidigungskooperationspartnerschaften sollen auch mit Partnern der Region Indo-Pazifik wie Japan oder Südkorea, mit denen im November 2024 eine *Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft* abgeschlossen wurden, oder auch mit Australien und Neuseeland nicht ausgeschlossen werden, ebenso soll der Abschluss einer Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft mit Indien geprüft werden (European Commission 2025: 20). Eine „*echte Europäische Armée*“, wie von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macron beispielsweise am 6. November 2018 gefordert, (The Economist 2018: 10) wird jedoch nicht entstehen, Verteidigung bleibt in Europa weiterhin Aufgabe der Staaten. Jedoch bleibt Europa weiterhin herausgefordert, einem Krieg kleiner bis mittlerer Größe wirksam entgegenzutreten, falls die militärische Unterstützung für Europa ausbleibt. So beschloss schließlich die NATO bei ihrem Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Den Haag, bis zum Jahr 2035 ihre Verteidigungsausgaben auf 5 Prozent des jeweiligen BIP zu erhöhen – 3,5 Prozent für die eigentliche Verteidigung, 1,5 Prozent für *zusätzliche Sicherheit* wie zum Beispiel für den Ausbau der für die Verteidigung benötigten Verkehrsinfrastruktur. (Bayer und Gray 2025: 1)

„Teheran brennt“ – Israels Großangriff auf den Iran verändert die Lage im Mittleren Osten

Am Freitag, den 13. Juni 2025 gegen 3 Uhr früh, begannen israelische Luftstreitkräfte und der Mossad den militärischen Großangriff gegen den Iran (Operation *Rising Lion*). Am 15. Juni 2025 verkündete Israels Premierminister Benjamin Netanjahu: „*Teheran brennt*“. Das iranische Militär regierte noch am Freitag zuvor umgehend mit Luftangriffen gegen Infrastruktur in und um die Industriestadt Haifa und in Tel Aviv. Der Iran drohte sogar, britische Einrichtungen anzugreifen, falls sich das Vereinigte Königreich – so von ihren Luftwaffenstützpunkten auf Zypern (also in der EU!) aus – in die Kampfhandlungen einmische und Israel bei den Luftschlägen gegen den Iran unterstützte. Zypern erhöhte daraufhin seine Sicherheitsvorkehrungen in Hinblick auf einen möglichen iranischen

Angriff gegen die britischen Militärbasen. Israels bezweckt mit diesen Angriffen auf den Iran nicht nur das iranische Nuklearprogramm zu zerstören, sondern in weiterer Folge einen Regierungswechsel (einen sogenannten *Regime change*), mit dem die Mullah-Herrschaft im Iran beendet wird sowie die „Achse des Widerstands“ unter der Führung des Iran und somit die iranische Unterstützung für die Hamas, Hisbollah und Houthi-Milizen zerschlagen werde. Der Iran änderte mit dem Sturz des pro-iranischen Assad-Regimes am 8. Dezember 2024 und der militärischen Zerstörung der Hamas und Hisbollah durch Israel nach den Angriffen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und den darauffolgenden Krieg Israels gegen die Hamas und den folgenden Angriffen der Hisbollah seine Strategie auf den Kern der inneren Verteidigung des Landes, dazu sollten pro Jahr über 3000 Langstreckenraketen produziert werden und das Nuklearprogramm wesentlich ausgeweitet werden. Derartige Schritte hätten die Sicherheit Israels aus Sicht der israelischen Führung und der USA noch mehr gefährdet, so war es auch Ziel beider politischen Führungen in Jerusalem und Washington, D.C., auch einen *Regime change* im Iran zu erwirken. US-Präsident Donald J. Trump schloss diesen zunächst aus, zeigte sich jedoch von der Notwendigkeit zur Erreichung eines *Regime change* überzeugt, nachdem die USA am 22. Juni 2025 selbst mittels Tarnkappenbomben und darin beförderten bunkerbrechenden Bomben nach Angaben des US-Präsidenten Trump das iranische Nuklearprogramm zerstört haben sollen. (BBC News, 22. Juni 2025, 19.33 Uhr (MEZ)) Das Nuklearprogramm wurde jedoch nicht zerstört, sondern lediglich um Monate *zurückgeworfen*. Drei Tage vor dem US-Angriff hatte das Mullah-Regime gedroht, die für den Handel strategisch relevante Straße von Hormus zu blockieren, durch diese Meerenge werden an die 20 Prozent der weltweiten Ölexporte transportiert. Eine derartige Schließung hätte einen Ölpreisschock zur Folge gehabt, Mahdi Ghodsi vom Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) sprach in diesem Zusammenhang von einem möglichen Ansteigen von Ölmarktpreisen im Ausmaß von 20 bis 50 %, Oxford Economics rechnete in einem solchen Fall mit einer Verdoppelung des Ölpreises auf bis zu 130 US-Dollar. (Salzburger Nachrichten 2025: 8)

Israels Premierminister Netanyahu meinte noch am 13. Juni: das iranische Volk sei wie das israelische ein sehr altes (*ancient*) Volk, ebenso sei das iranische Volk tapfer (brave), deshalb sollte zwischen beiden Völkern eine neue Freundschaft (*friendship*) geschmiedet werden. Dies wäre jedoch nur mit einem *Regime change* zu erreichen. Ob die von diesen umfassende militärischen Angriffen Israels betroffene iranische Bevölkerung das so sieht, bleibt jedoch ausgeschlossen (BBC News, 13. Juni 2025, ca. 09.03 Uhr MEZ). Im Iran selbst findet seitens des Mullah-Regime, dessen Angst vor einem *Regime change* enorm anstieg, Jagd auf sogenannte *israelische Spione* in der Bevölkerung statt, viele Menschen wurden aufgrund dieser Beschuldigung vom Mullah-Regime nach dem israelischen Großangriff auf das Land exekutiert. Israel setzt gegen den Iran auf „präzise, präemptive Schläge“, (Fabian, Berman und Magid 2025: 1) um aus israelischer Sicht sein militärisches Nuklearprogramm zu eliminieren und mögliche Raketenproduktionsstätten zu zerstören, so wurden bei diesen Angriffen auch gezielt iranische Nuklearwissenschaftler getötet. Die iranische Führung leugnet dagegen den militärischen Ausbau ihres Nuklearprogramms. Da jedoch die iranische Mullah-Führung das Existenzrecht des Staates Israel leugnet, ist deshalb Israel bestrebt, aus Gründen der eigenen Existenz den Aufbau eines iranischen

Nuklearprogramms zu verhindern. „*Nie wieder ist jetzt*“ („*Never again is now*“) betonte Israels Premierminister Netanjahu im Zusammenhang mit der Verhinderung eines weiteren Holocaust noch am Tag des Beginns der israelischen Luftangriffe gegen den Iran und führte weiter aus: „*We have internalized the lessons of history: When an enemy says he intends to destroy you – believe him. When the enemy develops the capabilities to destroy you – stop him*“ (Fabian, Berman und Magid 2025: 1). In den ersten Angriffswellen befanden sich seitens der israelischen Luftwaffe über 200 israelische Kampfflugzeuge im Einsatz. Dabei wurden zahlreiche Kommandeure wichtiger iranischer Einrichtungen getötet, wie Hossein Salami (Kommandeur des *Islamischen Revolutionsgardekorps* sowie auch Irans Militäarchef, Mohammed Bagheri. Laut Einschätzung des israelischen Militärs besitzt der Iran inzwischen genügend angereichertes Uran, um 15 Atombomben zu bauen, zudem Fabriken für den Bau von Raketen und auch umfassende militärische Fähigkeiten. Nach israelischen Angaben plante die iranische Führung, 20.000 derartige Raketen innerhalb von sechs Jahren zu produzieren (Fabian, Berman und Magid 2025: 1). Aus der Sicht der israelischen politischen Führung hatte Israel nun keine andere Wahl, den Iran gerade zu diesem Zeitpunkt anzugreifen, Teheran näherte sich dem „*point of no return*“ in Hinblick auf die Fortschritte beim militärischen Nuklearprogramm an, aus diesem Grund wurden auch die beiden dafür verfügbaren iranischen Urananreicherungsanlagen Natanz und Fordo angegriffen. Der Mossad hatte im Iran geheime Drohnenstützpunkte errichtet sowie Präzisionswaffen und Kommandoeinheiten in den Iran vor Beginn der israelischen Angriffe geschmuggelt. Die Angriffe Israels auf den Iran wurden kurz vor Beginn der sechsten Runde der Atomverhandlungen zwischen dem Iran und den USA in Muscat / Oman eingeleitet – diese wären für 15. Juni 2025 vorgesehen gewesen und wurden folglich nicht abgehalten. (Teheran Times 2025: 1)

Im Westjordanland wurde seitens der israelischen Sicherheitskräfte ein Lockdown gegenüber der palästinensischen Bevölkerung während der Angriffe Israels gegen den Iran verhängt. Im Gazastreifen konnten die israelischen Streitkräfte die Hamas zwar noch nicht besiegen, jedoch befindet sich Israel derzeit in der Lage, den Gazastreifen vollständig unter seine Kontrolle zu bringen, Premierminister Netanjahu hält am Ziel, den Gazastreifen unter israelische Kontrolle zu bringen, fest (Zilber 2025: 4). Die USA unter Präsident Donald J. Trump sowie auch Premierminister Netanjahu forcieren hier eine gezielte Abwanderung der palästinensischen Bevölkerung (an die zwei Millionen Menschen), ebenso existieren seitens der israelischen Regierung mit einer bewusst expansiven Siedlungspolitik gezielt Bestrebungen, die dort lebende palästinensische Bevölkerung zum Verlassen ihres angestammten Siedlungsgebietes zu veranlassen. Unter heftiger internationaler Kritik stehende Hungerblockaden wie jene in Gaza, die von März bis Mitte Mai 2025 dauerte (Zilber 2025: 4), werden von der israelischen Führung mit dem Argument begründet, von umfassenden Hilfslieferungen an die palästinensische Bevölkerung würde auch und vor allem die Hamas profitieren, in Kauf genommen. Netanjahu räumte am 19. Mai dennoch ein: „*We’re quickly getting close to the red line [of starvation], to a situation where we can lose control and then everything crumbles*“ (Zilber 2025: 4). Demnach gab Netanjahu auf internationalen Druck hin diese Blockade auf. Die israelischen Luftangriffe auf den Iran sind somit untrennbar mit den für den Iran gescheiterten Angriffen auf Israel durch die Hamas und die Hisbollah

ab Oktober 2023 und dem für Iran und auch für die Russische Föderation am 8. Dezember 2024 ungünstigen Machtwechsel in Syrien zu sehen, zudem auch im Zusammenhang mit militärischen Angriffen auf Israel und auf internationale Handelsschiffe durch die vom Iran unterstützten Houthis im Roten Meer, die den Welthandel beeinträchtigen. Der Iran unterhielt lange Zeit einen *Ring des Feuers* mit dem Ziel der Zerstörung Israels, der durch die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 (Überfall der Hamas auf Israel, anschließender Krieg Israels gegen die Hamas, 2024 Angriffe der Hisbollah gegen Israel, als Reaktion Krieg Israels gegen die Hisbollah, und auch Raketenangriffe der Houthis im Jemen gegen Israel, anschließend amerikanische und israelische Angriffe auf Houthi-Milizen) und 8. Dezember 2024 (Sturz des vom Iran unterstützten Assad-Regimes in Syrien) zu sehen ist. Dieser *Ring des Feuers* ist nun weitgehend zerstört – mit ihm auch die Stellvertreter Irans, die diese Achse des Widerstands gebildet hatten. Nun ist das eigentliche Zentrum Ziel des israelisch-amerikanischen Widerstandes, das Gesicht des Nahen Ostens wird nun völlig verändert – mit ungeahnten Folgen für den Iran und die Region. US-Militärbasen in arabischen und europäischen Ländern müssen sich auf mögliche iranische Angriffe einstellen, jedoch zeigt sich der Iran als politisch, wirtschaftlich und militärisch geschwächt – mehr denn je zuvor. Einen *Regime change* wollten die USA nach den Debakeln im Irak und in Afghanistan nicht mehr durchsetzen, genau diese Forderung brachte Donald J. Trump auch zum zweiten Mal in das Amt des US-Präsidenten. Israel scheint derzeit durch diese massive amerikanische Militärunterstützung noch gestärkter hervorzugehen. Ob die iranische Bevölkerung das Mullah-Regime stürzen wird, bleibt ergebnisoffen. Die iranische Bevölkerung befindet sich nun zwischen dem Mullah-Regime und den vorwiegend israelischen Luftschlägen. Am 23. Juni abends begann der Iran mit Luftschlägen gegen die amerikanische Al Udeid-Luftwaffenbasis in Katar, die Donald J. Trump im Mai besucht hatte. Es entstand weder Personen- noch Sachschaden, die iranische Führung dürfte die USA und Katar über einen bevorstehenden Angriff mit Raketen im Voraus informiert haben, das US-Militär wurde noch vor dem iranischen Angriff evakuiert (BBC News, 23. Juni 2025, 21.30 Uhr MEZ). Diese Tatsache beweist, dass das Mullah-Regime kein Interesse habe, den Krieg mit Israel auf den Mittleren Osten auszuweiten, es handelte sich beim Angriff auf die Al Udeid-Basis um einen *gesichtswahrenden Angriff* seitens des Iran als *Antwort* auf die US-Angriffe auf iranische Atomanlagen vom 22. Juni. US-Präsident Donald J. Trump sprach in der Nacht vom 23. auf 24. Juni bereits von einem Ende des 12-Tage-Krieges zwischen Israel und Iran und diesbezüglich von einem von beiden Seiten abzuschließenden Waffenstillstand, der zur Beendigung dieses Krieges führen solle. Dieser trat am 24. Juni in Kraft – einleitend sollten zunächst 12 Stunden seitens des Iran keine Angriffe auf Israel erfolgen, danach sollte es weitere 12 Stunden seitens Israels keine Angriffe auf den Iran geben. (ORF, Ö1-Morgenjournal, 24. Juni 2025, 07.10 bis 07.15 Uhr; ORF, Ö1-Nachrichten, 24. Juni 2025, 08.05 Uhr)

Israel flog Angriffe in Syrien

Aus Sicht der israelischen Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu gefährden syrische Truppenstationierungen im Süden des Landes die Sicherheit Israels. So bombardierten israelische Kampfflugzeuge am 1. Mai 2025 Ziele

unweit des syrischen Präsidentenpalastes in Damaskus. Dieses Bombardement „ist eine klare Botschaft an das syrische Regime“, erklärten Premierminister Netanjahu und Israels Verteidigungsminister Israel Katz in einer gemeinsamen Stellungnahme: „Wir werden nicht zulassen, dass Truppen südlich von Damaskus geschickt werden oder die drusische Gemeinschaft bedroht wird.“ Israel und die Türkei halten in Syrien derzeit ganze Landstriche besetzt. Die Türkei führt von Militärstützpunkten in Syrien Operationen gegen bewaffnete kurdische Gruppen aus, Israel dagegen betont den Schutz der syrischen Drusen. Drusen leben auch innerhalb Israels und im Libanon. Israelische Kampfflugzeuge flogen seit dem Sturz des Assad-Regimes am 8. Dezember 2024 verstärkt Einsätze gegen leerstehende Kasernen der ehemaligen syrischen Streitkräfte, es galt zu verhindern, dass zurückgelassene Ausrüstung und Munition in die Hände radikaler Gruppen geraten: „Wir werden kein Machtvakuum wie im Süden des Libanon dulden“, betonte Israels Verteidigungsminister Katz im April 2025. Jedoch hat Israel mit der Besetzung strategisch relevanter Orte auf den Golanhöhen und dem Vorrücken von Panzern bis in die Vororte von Damaskus derartigen radikalen Gruppen einen Vorwand gegeben, zu den Waffen zu greifen. In der ersten Märzwoche 2025 kündigte eine pro-Assad-Gruppe (*Military Council to Liberate Syria*), die von einem ehemaligen Kommandeur der Assad-treuen syrischen Armee befehligt wurde, einen bewaffneten Kampf gegen die Übergangsregierung in Damaskus an. (Dadouch und Kaananeh Tapper 2025: 4)

In Syrien gab es weiters innerhalb von zwei Tagen mehr als 100 Tote, als Ultrakonservative in Homs Drusen angriffen und „Nieder mit den Drusen“ und „Nieder mit Israel“ skandierten, auch zogen sie durch Dscharamana und griffen dort lebende Drusen an (Keilberth 2025: 7). Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte gab am 9. April bekannt, über 1000 Menschen – mehrheitlich Zivilisten – seien bei diesen Angriffen ums Leben gekommen (Dadouch und Kaananeh Tapper 2025: 4). Syriens Übergangspräsident Ahmed al-Sharaa und seine islamistische HTS-Miliz (*HTS: Hayat Tabrir al-Sham*) gibt sich seit dem Sturz des syrischen Langzeitpräsidenten Bashar al-Assad gemäßigt, jedoch gelang es Sharaa nicht, das Land wieder zu einen. Nachdem Islamisten Anfang März 2025 Hunderte Alewiten in den syrischen Küstenstädten Latakia und Tartus getötet hatten, waren im Mai die Feuergefechte der Beweis dafür, dass die Macht von al-Sharaa weiterhin begrenzt ist.

In Syrien stellen Araber die größte Bevölkerungsgruppe mit rund 70 Prozent der 21 Millionen Menschen. Die Kurden zählen 10-15 Prozent der syrischen Bevölkerung, sie leben im Nordosten des Landes und streben nach Autonomie. Die Alewiten haben nach dem Sturz des syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, einem Alewiten, Angst, verfolgt zu werden. Christen – hier besonders Griechisch-Orthodoxe und Maroniten (5-10 Prozent der Bevölkerung) – leben vorwiegend in den Städten und gelten als integriert, Drusen umfassen nur 3 % der Bevölkerung, sie leben im Süden des Landes, im Libanon und auch in Israel, viele Drusen kämpfen für die israelischen Streitkräfte. (Keilberth 2025: 7)

Israel besetzt den Mount Hermon, Generalstabschef Herzl Halevi ließ auf dem Berg die syrischen Stellungen nach dem Sturz von Assad vorsorglich besetzen. Er befahl der Spezialeinheit *Jehidat Schaldag*, den Mount Hermon für Israel zu sichern. Am Golan selbst baute die 210. Division entlang der UN-Pufferzone eine starke Befestigung aus. Teile der israelischen 98. Fallschirmdivision drangen

in den internationalen Cordon ein und überschritten die *Alpha-Linie*, sie stießen gleich rund zehn Kilometer auf syrisches Gebiet vor und eroberten Tel, die Hügel im Hochplateau. Von diesen überwachen seit 1974 UNDOF-Offiziere und seit über einem halben Jahr israelische Soldaten das Gefechtsfeld. (Forster 2025: 38) Israels Premierminister Netanjahu erklärte auf dem Gipfel des Mount Hermon, Israel habe syrisches Territorium besetzt, um zu verhindern, dass dieses „*gefährlichen Kräften*“ in die Hände falle. Die Besetzung sei temporär und werde aufgehoben, sobald am Golan wieder für Israel Sicherheit herrsche. Im Zuge der israelischen Operation „*Arrow of Bashan*“ flogen tagelang F-35-, F-16- und F-15-Staffeln Einsätze gegen Anlagen und Waffen der ehemaligen Assad-Armee. In 500 Einsätzen zerstörten diese Militärflugzeuge 80 Prozent des ehemaligen syrischen Waffenpotenzials. In Tartus und der Bucht von Minet el-Beida versenkten israelische Streitkräfte die ehemalige Kriegsmarine von Assad. Als Verlierer gilt der Iran – mit dem Zerfall der „*schiitischen Landbrücke*“ vom Persischen Golf ans Mittelmeer. Diese wurde von dem Ende Juli 2024 getöteten iranischen General Qassem Soleimani, Kommandeur der Al-Quds-Brigaden, einer Sondereinheit der iranischen Revolutionsgarden, gemeinsam mit der Hisbollah im Libanon gebildet. (Forster 2025: 38)

Der Kampf um Rohstoffe in der Demokratischen Republik Kongo

In der Demokratischen Republik Kongo, einem Land mit 200 ethnischen Gruppen, tobten im Osten des Landes heftige Gefechte um Rohstoffe. Die von Soldaten aus Ruanda unterstützten Rebellen der M23-Miliz kämpften dabei gegen die Streitkräfte der Zentralregierung der Demokratischen Republik Kongo in Kinshasa. Im April und Mai 2025 eroberte die M23 die ostkongolesischen Provinzhauptstädte Goma und Bukavu, Tausende Menschen kamen dabei ums Leben, Hunderttausende Menschen befanden sich auf der Flucht. Seit Anfang Mai gilt in dieser Region ein Waffenstillstand, wie lange dieser halten wird, bleibt fraglich. Bereits zum dritten Mal innerhalb von dreißig Jahren werden im Osten der Demokratischen Republik Kongo äußerst brutale Konflikte ausgetragen – mit Unterstützung von Nachbarländern. Nach Schätzungen fanden dadurch in diesem Zeitraum mehr als sieben Millionen Menschen den Tod, davon mehr als sechs Millionen Menschen wurden im sogenannten *Afrikanischen Weltkrieg* (1998-2003, auch *Zweiter Kongokrieg* genannt) getötet, dieser folgte dem *Ersten Kongokrieg* in den Jahren 1996 und 1997, der den Sturz des Langzeitpräsidenten Mobutu Sese Seko – er beherrschte das Land seit 1965 – zur Folge hatte. Wie in diesen Kriegen und Konflikten zuvor gibt es auch 2025 in der Demokratischen Republik Kongo in diesen militärischen Konflikten „*viele Spieler*“, jedoch „*keine Lösungen*“. Im Zuge des Genozids 1994 hatten Hutus in Ruanda über 800.000 Tutsis ermordet, (Pelinka und Varwick 2010: 165) nach dem Sturz des Hutu-Regimes in der ruandischen Hauptstadt Kigali flohen zahlreiche Völkermörder vor allem in den Osten der Demokratischen Republik Kongo, gründeten vor Ort Milizen und führten stets Angriffe gegen Ruanda durch. Vom Osten der Demokratischen Republik Kongo gehe, so Ruandas Präsident Paul Kagame, daher eine Bedrohung für die „*nationale Sicherheit*“ Ruandas aus, daher unterstützt die vom Tutsi Kagame geführte Regierung in Kigali – der Hauptstadt Ruandas – die von Tutsis dominierte M23. Ruanda verfolgt jedoch und vor allem das Ziel, die Vorherrschaft in dieser äußerst

rohstoffreichen Region der Großen Seen auszuüben – dort existieren große Vorkommen für die für den Weltmarkt so wichtigen Rohstoffe Gold, Kobalt und Coltan. Aus diesem Grund hält die M23 auch die Minensiedlung Rubaya besetzt. Von dort stammt auch ein großer Teil jenes Coltans, das zuvor die Demokratische Republik Kongo exportiert hatte. Laut UNO-Experten haben die M23, die derzeit mächtigste der rund 100 Rebbellengruppen im Osten der Demokratischen Republik Kongo, in dieser Region eine „*parallele Verwaltung*“ geschaffen, die den Abbau sowie den Handel von Coltan kontrolliert. Coltan wird in großem Ausmaß nach Ruanda, einem rohstoffarmen Land, geschmuggelt und danach ins Ausland verkauft. Ruanda hat dadurch im Jahr 2024 bereits die Demokratische Republik Kongo als global größten Exporteur von Coltan abgelöst. (Müller 2025: 2) Zudem gibt es im Osten der Demokratischen Republik Kongo äußerst reines und somit kostbares Gold, das in politisch und wirtschaftlich äußerst instabilen Zeiten zunehmend nachgefragt wird. US-Präsident Donald J. Trump treibt zudem mit seinen Strafzöllen den Goldpreis an, im ersten Halbjahr 2025 erreichte dieser mit 3000 US-Dollar pro Unze neue Rekordhöhen. Anleger fliehen deshalb aus Angst vor Handelskriegen in sichere Werte, von Senegal über den Tschad bis in die Demokratische Republik Kongo heizt dieser Zustand den Goldboom an. Bereits während des Unabhängigkeitsprozesses des Belgisch-Kongo zog sich die ehemalige Kolonialmacht Belgien aus dem Kongo zurück, Brüssel hinterließ schwache staatliche Strukturen in der ehemaligen Kolonie. 1960 – gleich nach Erklärung der Unabhängigkeit des Kongos – spaltete sich die Kupferregion Katanga ab, mit Hilfe von Nachrichtendiensten aus den USA und Belgien wurde der damalige Ministerpräsident Patrice Lumumba ermordet. Mit Unterstützung dieser Länder kam schließlich Mobutu an die Macht, der die kolonialen Strukturen – Stichwort massive Rohstoffausbeutung für den Westen – fortsetzte. Ein beträchtlicher Teil der Gewinne wurde für eine kleine herrschende Elite um Mobutu abgezweigt. Was schließlich zu kurz kam, waren Investitionen in Schulen, Spitäler und soziale Dienste, es formte sich das Bild von korrupten Beamten und marodierenden Soldaten. (Müller 2025: 2)

Sudan im innerstaatlichen Zerfall

Das Militär putschte im Herbst 2021 im Sudan gemeinsam mit Paramilitärs. Seither bleibt das Land von der Afrikanischen Union ausgeschlossen. Beide Parteien – d.h. die regulären Streitkräfte und die paramilitärischen *Rapid Support Forces* (RSF), diese entstand aus einer Gruppe der Dschandschawid-Milizen in Darfur, die 2005 dort mit äußerst brutalen Mitteln einen Volksaufstand niederschlugen – hatten ursprünglich zugesagt, nach ihrem gemeinsamen Putsch vom Oktober 2021 die Macht an eine zivile Regierung abzugeben. Es wurde jedoch keine Einigung erzielt, wie die Paramilitärs in die regulären sudanesischen Streitkräfte integriert werden sollten. Diese Spannungen eskalierten schließlich zwischen dem sudanesischen Militär und den RSF und mündeten in einen mit brutalen Mitteln ausgetragenen innerstaatlichen militärischen Konflikt – auch zwischen und mit unterschiedlichen bewaffneten Clans, die sowohl Militärs und Paramilitärs unterstützen – und ebenso ihre Bündnisse wechselten. Zudem mischen sich in diesen Konflikt ein: die Russische Föderation, die Ukraine und die Vereinigten Arabischen Emirate, letztere profitiert insbesondere von den

großen Goldreserven des Landes. Die Goldreserven verlängern nicht nur diesen innerstaatlichen Konflikt, der Goldhandel wird nahezu komplett von den Vereinigten Arabischen Emiraten koordiniert und somit die dadurch erreichte Mitfinanzierung der Kriegsparteien (France24 2025: 1) Mit dem Beginn des Krieges im Sudan am 15. April 2023 in der Hauptstadt Khartoum weitete sich dieser noch am selben Tag auf andere Landesteile aus. Bis Anfang des Jahres 2025 wurden 14 Millionen Menschen vertrieben. Zahlreiche Initiativen von Institutionen wie der UNO, der Afrikanischen Union sowie der *Intergovernmental Authority on Development* (IGAD) in Hinblick auf einen Waffenstillstand sind bisher gescheitert, ebenso Initiativen Saudi-Arabiens und der USA sowie auch Waffenstillstandsgespräche in Bahrain und in der Schweiz im Januar und August 2024. (Kurtz 2025: 88) Zudem bilden die rivalisierenden Militärs und Paramilitärs „vielmehr die Spitzen von Koalitionen bewaffneter Kämpfer, über die sie keine vollständige Kontrolle haben“ (Kurt 2025: 89f). Im Mai 2024 erklärte der Oberbefehlshaber der sudanesischen Streitkräfte, Abdel Fattah al-Burhan, dass drei Viertel der Kämpfer auf Seiten des Militärs *Freiwilligenverbände* wären, diese stehen jedoch unter dem Einfluss der islamisch-dominierten Netzwerke des früheren Staatspräsidenten Bashir und agieren „halbautonom“, dazu kämpfen noch unterschiedliche bewaffnete Milizen und ausländische Söldner auf beiden Seiten (Kurtz 2025: 90). Ebenso wie die Demokratische Republik Kongo ist der Sudan geprägt „von der Ausbeutung der Peripherie durch Eliten im Zentrum des Landes“ (Kurtz 2025: 90). Zahlreiche Volksaufstände und brutale Massaker ereigneten sich im Süden seit 1964, jedoch verstärkte der Klimawandel den Zulauf zu bewaffneten Aufständischen, da große Flächen des Landes, die zuvor für Ackerbau und Viehzucht genutzt wurden, nicht mehr den Ertrag leisten können, so auch in der Region Darfur. Um Volksaufstände niederzuschlagen, rekrutierte die Zentralregierung in Khartoum ebenso ethnisch definierte Milizen.

Indien–Pakistan: der Kaschmir-Konflikt eskalierte wieder

Der Konflikt um den Kaschmir zwischen den beiden Atommächten Indien (1,2 Millionen Soldaten) und Pakistan (über 500.000 Soldaten) schien wieder im Mai 2025 – in einem militärisch umfangreicheren viertägigen Kampf erstmals seit über 50 Jahren – zu eskalieren (Mashal und Travelli 2025: 1). Aufgrund eines von Terroristen in Pahalgam verübten Anschlages mit 26 Todesopfern in Indien im April 2025 – Erinnerungen an den terroristischen Anschlag von Muslimen in Mumbai im Jahr 2008 mit mehr als 160 Todesopfern kamen auf indischer Seite wieder zu Tage (Mashal und Travelli 2025: 5) – bombardierte die indische Luftwaffe Hangars und Startbahnen der pakistanischen Luftwaffe, nachdem folglich auch noch ein indisches Kampfflugzeug abgeschossen wurde (Mashal und Travelli 2025: 1). Zuvor hatte Indien den Wasservertrag mit Pakistan aus 1960 vorübergehend ausgesetzt, bis Pakistan nachweislich eine glaubhafte Nichtbeteiligung an dem Terroranschlag vom April 2025 vorweisen konnte, so lautete damals die Bedingung aus New Delhi (Reed; Singh; Kaushik; Jilani 2025: 4). Pakistan schloss den Luftraum für indische Flugzeuge und die Landgrenzen zu Indien und drohte mit Krieg, falls Indien das Induswasser sperren bzw. nach Indien umleiten sollte. Am 11. Mai 2025 wurde schließlich ein – laut Angaben des US-Präsidenten – von den USA vermittelter Waffenstillstand zwischen Indien und Pakistan verkündet (Financial Times 2025: 1),

Pakistan hob sogleich die Luftraumbeschränkungen für indische Flugzeuge wieder auf und öffnete die Landgrenzen zu Indien. Dieser Konflikt geht grundsätzlich auf die Teilung des ehemaligen Britisch-Indiens im Jahr 1947 (das *Raj* endete 1947, Indien blieb jedoch ein britisches Dominion, erst am 26. Januar 1950 wurde Indien Republik) zurück (Puri 2021: 212f.). Diese *Teilungsideologie* des Vereinigten Königreichs für Indien in einen hinduistisch-dominierten Staat und Pakistan in einen muslimischen Staat war stets mit der Stellung Kaschmirs verbunden und somit konfrontiert. Als der Politiker Muhammed Ali Jinnah für die Schaffung eines muslimischen Staates Pakistan eintrat, versuchte Mahatma Gandhi, Muhammed Ali Jinnah von dieser Idee abzubringen und versprach stattdessen, dass sich Muslime in einem künftigen vereinigten Indien sicher fühlen können. Weiters sollte dem britischen Vizekönig Viceroy Mountbatten vorgeschlagen werden, dass Jinnah Premierminister dieses vereinigten Indiens werden könnte. Dieser Vorschlag wurde jedoch von Jinnah abgelehnt (Puri 2021: 206). Der damalige hinduistische Maharadscha von Kashmir entschied sich für einen Anschluss an Indien, Kashmir ist jedoch mehrheitlich muslimisch bevölkert. Auch Pakistan beansprucht die Region für sich, nach einem kurzen Krieg konnte die UNO 1949 einen Waffenstillstand vermitteln. Bis heute dauert dieser Konflikt an. Als Folge der Vermittlung wurde der Kaschmir entlang der *Line of Control* (Waffenstillstandslinie) aufgeteilt, hier ereignen sich stets Schusswechsel zwischen indischen und pakistanischen Soldaten. Diese *Line of Control* wird weder von Indien noch von Pakistan als internationale Grenze anerkannt. Insgesamt hatten Indien und Pakistan vier Kriege geführt: 1947-49, 1965, 1971 und 1998. 1963 erhielt die Volksrepublik China zudem vom Verbündeten Pakistan 4300 Quadratkilometer zum Kaschmir zählendes Land. Indien zählt heute 190 Millionen Muslime, genauso viele Muslime leben in Pakistan. Wie der religiös-nationale Stellenwert bei den Muslimen in Pakistan eine immer relevantere Rolle eingenommen hat, so hat dieser in Indien in Form des Hinduismus als *Nationalideologie* (Hindutva) durch Premierminister Narendra Modi Renaissance erfahren. (Mashal und Travelli 2025: 1)

Der Kaschmir-Konflikt hängt zudem eng mit dem Zugang zu Wasser zusammen. Alle fünf Flüsse des Himalayas, die dem Indus zufließen, fließen aus Indien nach Pakistan weiter. Der Indus-Wasservertrag aus 1960 regelt die Nutzung der Flüsse zwischen Indien und Pakistan, nach dem Anschlag vom April 2025 hatte Indien jedoch den Vertrag ausgesetzt. Eine längere Aussetzung des Wasservertrages hätte fatale Folgen, denn pakistanische Bauern könnten ihre Felder nicht bewässern. 70 Prozent aller Exportgüter aus Pakistan sind landwirtschaftliche Produkte wie Baumwolle, Weizen und Reis. Indien kann das Wasser nicht nur zurückhalten, es kann auch Überschwemmungen provozieren. Eine derartige *Wasservaffe* könnte Indien einsetzen, um Druck auf Pakistan auch in der Kaschmirfrage auszuüben. (Pascher 2025: 9)

Die USA unterstützen dabei in zunehmendem diplomatischen und militärischen Ausmaß Indien, die Volksrepublik China hingegen Pakistan. (Mashal und Travelli 2025: 1) Indien und Pakistan sind bestrebt, niemals den Kaschmir aufzugeben (Puri 2021: 213) und beanspruchen den Kaschmir jeweils zur Gänze. Indien lehnt eine internationale Vermittlung in der Kaschmir-Frage ab – im Gegensatz zu Pakistan. (Financial Times 2025: 1)

Resümee und Ausblick

Die Weltlage bleibt höchst instabil. Die US-Administration unter Donald J. Trump trägt jedoch nicht immer zur Konfliktlösung bei, sondern verschärft diese – sowohl bei internationalen Kriegen und Konflikten als auch in der globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. In Bezug auf den Krieg Israels mit dem Iran meinte US-Präsident Trump sogar, dass manchmal Staaten Konflikte „*auskämpfen*“ müssen, um danach einen *Deal* erreichen zu können (Casiano 2025: 1). Durch das Verständnis des kriegesischen Vorgehens der Russischen Föderation in der Ukraine hatte Trump weiters eine neue Phase des Auseinanderdriftens der transatlantischen Beziehungen eingeleitet, die in der noch bis unter der Präsidentschaft von Barack H. Obama bzw. Joseph R. Biden bestehenden Form nicht mehr hergestellt werden können. Davon, dass die Europäer Frieden erzielen könnten – ob im Ukrainekrieg, ob im Nahen und Mittleren Osten – zeigte sich Donald J. Trump nicht überzeugt. Trump ließ im Fall Iran die militärische Karte sprechen als Druckmittel gegenüber dem Iran, mit dem Ziel, nicht nur einen Waffenstillstand zwischen Israel und dem Iran zu erzielen, sondern auch den Weg für diplomatische Gespräche zwischen beiden Staaten zu eröffnen, fast abgeleitet von der US-Außenpolitik unter dem republikanischen Präsidenten Theodore Roosevelt (1901 bis 1909), der stets einen damals bereits alten Spruch zitierte: „*Speak softly and carry a big stick; you will go far.*“ Gegenüber der Russischen Föderation und der Ukraine will Trump keine militärischen Mittel einsetzen, mit 16. Juni 2025 wurde folglich die amerikanische Militärhilfe für die Ukraine gänzlich eingestellt. Die europäischen *Träume*, sich voll und ganz auf die USA bei der internationalen Konfliktbewältigung zu verlassen, sind nun endgültig *vorbei*. Die EU-Staaten sind mit der Ukraine im Abwehrkrieg gegen die Russische Föderation nun auf sich alleine gestellt. Dass die Europäer die Lücken des Ausbleibens der amerikanischen Waffenhilfe an die Ukraine schließen können, ist nicht zu erwarten. Eine Fortsetzung des russischen Krieges gegen die Ukraine gilt daher als unausweichlich, die Russische Föderation versucht nun erste recht diese Schwäche der EU bzw. NATO-Europas und auch die Uneinheitlichkeit in der Frage der militärischen Unterstützung innerhalb der EU und NATO für sich zu nutzen. Die USA treten weiterhin – unabhängig von ihren internationalen Allianzen wie auch der NATO – als unberechenbarer und ausschließlich alleine agierender internationaler Akteur auf. Im Nahen Osten unterstützen die USA uneingeschränkt die Politik des israelischen Premierministers Netanjahu und verschärfen diese, was Trumps Vorschläge zur Aussiedlung von zwei Millionen Palästinensern aus dem Gazastreifen verdeutlichen. Derartige Vorschläge verstärken auch israelische Bestrebungen, ihre Siedlungspolitik im Westjordanland (aus israelischer Sicht in den Gebieten Judäa und Samaria) voranzutreiben und auch dort die palästinensische Bevölkerung zum Verlassen ihrer Siedlungsgebiete zu bewegen. Sowohl der Krieg in der Ukraine als auch der bereits im achten Jahrzehnt andauernde Nahostkonflikt wird dadurch nicht beendet, sondern verstärkt. In der Ukraine wird der Kreml weiterhin versuchen, Gebietsgewinne zu erreichen, wie auch im Juni 2025 in der strategisch bedeutenden Region Dnipropetrowsk. Der Ukraine gelingen zwar vereinzelt militärische Erfolge – wie im Juni der umfassende Drohnenangriff auf russische Militärstützpunkte weit von der ukrainischen Grenze entfernt. Russlands Streitkräfte befinden sich jedoch langsam und verlustreich im Vormarsch – sie

kämpfen sich Meter für Meter vor. Sogenannte Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation konzentrieren sich ausschließlich auf den Austausch von Gefangenen, die von der Russischen Föderation kommunizierten Ziele für eigentliche Friedensverhandlungen erweisen sich für die Ukraine und die Regierungen aus den meisten europäischen Hauptstädten jedoch als unannehmbar, umgekehrt auch die ukrainischen Bedingungen für einen Frieden mit der russischen Führung. Europa bleibt nur mehr der Weg, sich wirtschaftlich resilienter zu organisieren und in eine koordinierte gemeinsame Verteidigung gezielt zu investieren mit dem Ziel der Abschreckung gegenüber der Russischen Föderation bzw. um künftige mögliche Übergriffe russischer Streitkräfte auf das Baltikum oder auch Finnland, Polen, Rumänien oder Bulgarien zu verhindern. Drohungen aus der Russischen Föderation dahingehend gab es bereits wiederholt in den letzten elf Jahren.

Quellen

- ATZPODIEN, Hans C. (2024): Kriegstüchtigkeit braucht „Resilienzwirtschaft“! „Kriegstüchtigkeit“ zum Wachrütteln der deutschen Gesellschaft, in: Europäische Sicherheit & Technik 4/2024, S. 89-91.
- BARTSCH, Matthias, BÖTTCHER, Carlotta, GEBAUER, Matthias, HAUG, Kirstin, HIPPE, Dietmar, SCHREIBER, Alexander (2025): „Eine Wehrpflicht birgt zu großen gesellschaftlichen Sprengstoff“, in: Der Spiegel Nr. 8, 15. Februar 2025, S. 22-25.
- BAYER, Lili, GRAY, Andrew (2025): Explainer: What is NATO's new 5% defence spending target?, REUTERS, June 23, 2025, 6:12 PM <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/what-is-natos-new-5-defence-spending-target-2025-06-23/> [24. Juni 2025]
- BRANDTNER, Thomas (2024a): Der neue Verteidigungskommissar und seine Aufgaben, in: Unser Auftrag, Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien, No 307, Oktober 2024, S. 22 und 23.
- BRANDTNER, Thomas (2024b): Pragmatismus und Relevanz. Der Niinistö-Bericht zur Stärkung der Europäischen Sicherheitspolitik, in: Unser Auftrag, Zeitschrift der Offiziersgesellschaft Wien, Ausgabe No 308, Dezember 2024, S. 4 und 5.
- CASIANO, Louis (2025): Trump says Israel and Iran 'have to fight it out' but believes deal is possible, Fox News, published June 15, 2025 7:39pm EDT, <https://www.msn.com/en-us/news/world/trump-says-israel-and-iran-have-to-fight-it-out-but-believes-deal-is-possible/ar-AA1GLIjQ?ocid=BingNewsSerp> [24. Juni 2025]
- CHASSANY, Anne-Sylvaine, STORBECK, Olaf, TAMMA, Paola (2025): Merz in coalition talks to boost defence and infrastructure, in: Financial Times, 5. März 2025, S. 2.
- COHEN, Patricia, ALDERMAN, Liz (2024): Europe hits hurdles in improving its defense, in: The New York Times International Edition, May 27, 2024, S. 1 und 4.
- DADOUCH, Sarah, KANAANEH TAPPER, Malaika (2025): Violence poses deadly dilemma for Syria's regime, in: Financial Times, 11. März 2025, S. 4.

- DRAGHI, Mario (2024): Foreword, In: The future of European competitiveness. Part A / A competitiveness strategy for Europe, September 2024, S. 05-09.
- DUMOULIN, André: (2023) Du service d'utilité-collective à la défense totale. Sécurité & Défense, Institut Royal Supérieur de Défense, e-Note 50, Bruxelles, 4 Septembre 2023.
- EUROPEAN COMMISSION / High Representative of the Union for European Affairs and Security Policy (2025): Joint White Paper for European Defence Readiness 2030, Brussels, 19 March 2025, JOIN (2025) 120 final.
- FABIAN, Emanuel, BERMAN, Lazar, MAGID, Jacob (2025): After years of preparation, Israel launches major offensive against Iran and its nuclear program, in: The Times of Israel, 13. Juni 2025, 7:37 Uhr, aktualisiert um 9:36 Uhr, <https://www.timesofisrael.com/after-years-of-preparation-israel-launches-major-offensive-against-iran-and-its-nuclear-program/> [15. Juni 2025]
- FINANCIAL TIMES (2025): Uneasy truce. Pakistan-India fighting halts, in: Financial Times, 12. Mai 2025, S. 1.
- FORSTER, Peter (2025): Syrien: Freiheit, Emirat, Diktatur?, in: Schweizer Soldat, Februar 2025, S. 36-38.
- FRANCE24 (2025): Sudan's booming wartime gold trade flows through the UAE, Issued on: 27/03/2025 – 08:41 Modified: 27/03/2025 – 14:22, <https://www.france24.com/en/live-news/20250327-sudan-s-booming-wartime-gold-trade-flows-through-the-uae> [24. Juni 2025]
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025a): Aufrüstung in großem Stil ermöglichen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2025, S. 1.
- FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG (2025b): Bundeskanzler Merz: Ich verstehe Israels Ziel ins Gaza nicht mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. Mai 2025, S. 1.
- GUTSCHKER, Thomas (2025): Brüssel will Waffenkäufe fördern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2025, S. 2
- HÄSLER, Georg (2025): Geopolitik auf Sicht in der Ära Trump II, in: Neue Zürcher Zeitung, 20.01.2025, S. 6.
- HAUTKAPP, Dirk (2025): Vorübergehend gebremst durch die Justiz, in: Kurier, 30.05.2025, S. 7.
- HEINISCH, Reinhard (2025): Die neue Weltordnung, in: Salzburger Nachrichten, 22.02.2025, S. 9.
- HILLE, Kathrin, KO, Haohsiang (2025): Taiwan blacklists China-owned 'Shadow fleet', in: Financial Times, 28. Januar 2025, S. 4.
- HOLLINGER, Peggy, KELLY, Maxine (2025): Starlink rival in EU talks to launch service for Ukraine, in: Financial Times, 5. März 2025, S. 5.
- JONES, Sam, RATHBONE, John Paul (2024): Europe's shrinking troop numbers, in: Financial Times, 26. Juni 2024, S. 15.
- KEILBERTH, Mirco (2025): Droht ein neuer Krieg in Syrien?, in: Salzburger Nachrichten, 3. Mai 2025, S. 7.

- KLEINE ZEITUNG (2023):, Pistorius warnt Europa vor Putin: „Haben noch fünf bis acht Jahre Zeit“, 17. Dezember 2023, 13.22 Uhr, <https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/17924304/pistorius-warnt-europa-vor-putin-haben-fuenf-bis-acht-jahre> [18.12.2023]
- KUMMERFELD, Claudio (2025): Nasdaq 100 kurz vor Bärenmarkt – Crash vernichtet 1,4 Billionen Dollar, 4. April 2025, 16:22 Uhr, <https://finanzmarktwelt.de/nasdaq-100-kurz-vor-baerenmarkt-crash-vernichtet-14-billionen-dollar-345000/> [5.04.2025]
- KURTZ, Gerrit (2025): Schwer zu vermitteln. Der Krieg im Sudan steht für die Krise internationaler Konfliktbearbeitung. Aus Sicht Deutschlands, das diplomatische Ansätze stets unterstützt, sind das schlechte Nachrichten, in: Internationale Politik, Januar / Februar 2025, hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), Berlin 2025, S. 88-93.
- LAMBERT, Renaud (2025): China am längeren Hebel, in: Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, Mai 2025, S. 1 sowie 4 und 5.
- MASHAL, Mujib, TRAVELLI, Alex (2025): Old quarrel drags India down on global stage, in: The New York Times International Edition, 20. Mai 2025, S. 1 und 5.
- MILLER, Christopher, FOY, Henry (2025): Washington opposes phrase ‘Russian aggression’ in G7 Ukraine statement, in: Financial Times, 21. Februar 2025, S. 1.
- MILNE, Richard, DUNAI, Marton (2025): Lithuania and Estonia vow to meet US defence spending goal, in: Financial Times, 28. Januar 2025, S. 2.
- MÜLLER, Helmut L. (2025): Reiches, armes Afrika, in: Salzburger Nachrichten, Wochenendbeilage Ursache & Wirkung, 10. März 2025, S. 2 und 3.
- ORF News (2025): Ungarisches Parlament beschloss Austritt aus IStGH, 20. Mai 2025, 11.11 Uhr, <https://orf.at/stories/3394385/> [24. Juni 2025]
- PASCHER, Dorina (2025): Krisenherd Kashmir: Ein Konflikt ohne Ende?, in: Salzburger Nachrichten, 9. Mai 2025, S. 9.
- PELINKA, Anton, VARWICK, Johannes (2010): Grundzüge der Politikwissenschaft, 2. Auflage, Böhlau / UTB, Wien-Köln-Weimar.
- PURI, Samir (2021): The Great Imperial Hangover. How Empires Have Shaped the World, Atlantic Books, London 2021.
- REED, John, SINGH, Jyotsna, KAUSHIK, Krishn, JILANI, Humza (2025): India downgrades relations with Pakistan, in: Financial Times, 24. April 2025, S. 4.
- RIECHER, Stefan (2025): Warum der Anleihenmarkt verrückt spielt, in: Die Presse, 28.04.2025, S. 13.
- RUSTAD, Siri Aas (2025): Conflict Trends: A Global Overview 1946-2024, PRIO Paper 2025, Peace Research Institute Oslo (PRIO) 2025.
- SALZBURGER NACHRICHTEN (2025): Eine Hormus-Blockade brächte eine Ölkrise, in: Salzburger Nachrichten, 20. Juni 2025, S. 8.
- SCHWISCHEI, Gerhard, PURGER, Alexander (2025): Wehrlos ohne USA, in: Salzburger Nachrichten, Wochenendbeilage „Ursache und Wirkung“, 18.05.2025, S. 2 und 3, hier S. 2.

- SKY NEWS (2025): Trump-Zelenskyy clash: Sky News correspondents' views, Friday 28 February 2025 20.46 UK, <https://news.sky.com/story/trump-zelenskyy-clash-sky-news-correspondents-views-13318923> [1.03.2025]
- STEHRER, Robert (2025), Wissenschaftlicher Direktor am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW), bei der Präsentation FIW-Jahresgutachtens „Die österreichische Außenwirtschaft 2025“, hrsgg. vom Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt internationale Wirtschaft“ (FIW), Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, Wien, 5. März 2025.
- SWANSON, Ana (2024): Taiwan Strait, a key trader route, in: New York Times International Edition, 12. und 13. Oktober 2024, S. 8.
- TAGESSCHAU (2025): Litauen beschließt Austritt aus Landminenabkommen, Stand: 08.05.2025 16>:20 Uhr, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/litauen-anti-personenminen-vertrag-100.html> [24. Juni 2025]
- TEHRAN TIMES (2025): Israeli strike on nuclear facilities crosses 'final red line' in international law: Iran FM, in: Tehran Times, 15. Juni 2025 – 13:41 Uhr, <https://www.tehrantimes.com/news/514402/Israeli-strike-on-nuclear-facilities-crosses-final-red-line> [15. Juni 2025]
- THE ECONOMIST (2018): European defence. EU and whose army?, in: The Economist, 10. November 2018, S. 10.
- WACHTER, Isabella (2025): Goldpreis knackt 3000-Dollar-Marke, in: Neue Zürcher Zeitung, 17.03.2025, S. 1.
- ZDF Info (2025), 16. Juni 2025, 21:10:42 Uhr, S. 126.
- ZILBER, Neri (2025): Israel to control all of Gaza, says Netanyahu, in: Financial Times, 20. Mai 2025, S. 4.

Narzissmus & politische Macht

Fehlentwicklung oder Bedingung?

von Andreas Wenzel

Diese Analyse befasst sich mit einem nahezu zeitlosen Phänomen der Menschheitsgeschichte, dessen Erscheinungsformen in der *modernen* Gesellschaft – als Folge eines stets selbstsüchtiger werdenden Wertesystems – augenscheinlich erstarken. Insbesondere seit dem Ende des 19. Jahrhunderts intensivierte sich eine Begriffsdebatte von Experten aus dem gesundheitswissenschaftlichen Bereich, wie der Psychologie, aber auch der Soziologie. Die sowohl *positiv* als auch *negativ* wirkenden narzisstischen Merkmale der Persönlichkeit wirken sich auf das Handeln politischer Akteure aus und sind somit – in ihrer *subklinischen* Ausprägung – von politikwissenschaftlicher Relevanz.

Die politische Arena erweist sich als ideales *Sammelbecken* für die unterschiedlichsten Erscheinungsformen von Narzissmus. Dies umso mehr in einer Zeit, in der die Qualität der Selbstinszenierung den essenziellen Faktor für Erfolg darstellt. Doch welche narzisstischen Persönlichkeitsanteile sind für politische Verantwortungsträger förderlich oder sogar erwünscht und welche nicht?

Eine Antwort soll diese Analyse liefern, indem sie zur Schärfung des politikwissenschaftlichen Verständnisses über die Begriffsarbeit beiträgt. Ziel ist es somit, ein Bild von Narzissmus zu zeichnen, welches die Analyse der Handlungsmuster von politischen Akteuren unterstützen und zudem zur Steigerung der Prognosefähigkeit beitragen soll¹

¹ Die *Peer Review* der psychologischen Inhalte dieser Analyse erfolgte von Psychologen des Zentrums für menschenorientierte Führung und Wehrpolitik, ZMFW/BMLV. Informationen über das ZMFW, siehe: <https://www.bmlv.gv.at/organisation/beitraege/lvak/zmfw.shtml>.

Begriffstheorie – ein Überblick

Die Herausforderung bei der Arbeit mit der fachspezifischen Theorie ist, dass es keine einheitliche Begriffserklärung von Narzissmus gibt (vgl. Dammann 2012, S. 21). Die Bezeichnung an sich leitet sich jedoch aus Überlieferungen der griechischen Mythologie ab.² Demnach verliebte sich der schöne Jüngling *Narkissos*, Sohn des Flussgottes *Kephissos* und der Nymphe *Leiriope*, in sein eigenes Spiegelbild und kam durch seine hartherzige Selbstbezogenheit ums Leben. Es finden sich in der Literatur – zuerst von Ovid in den *Metamorphosen* überliefert – verschiedene Interpretationen über sein Dahinscheiden. In einer häufig auftretenden Version des Mythos verwandelten ihn die Götter, aufgrund seiner Unfähigkeit, Liebe zu erwidern, zur Strafe in eine Blume, die seinen Namen trägt. In einer anderen Version stürzte er beim selbstverliebten Betrachten seines Spiegelbildes in eine Quelle und ertrank (vgl. Behary 2014, S. 32).

Aufgrund der aufgeblähten Selbstliebe kommt es zu typischen Denk-, Verhaltens- und Gefühlsmustern. Nach den ersten Überlieferungen wird Narzissmus noch *pathologisch* verstanden, weil er im Exzess bis zum Tode führen kann. Daher ist es nicht verwunderlich, dass dieser Begriff im allgemeinen Sprachgebrauch *negativ* konnotiert und mit Eigenschaften des Charakters³ wie übersteigter Eigenliebe oder Egoismus in Verbindung gebracht wird. Egoismus bzw. Ich-Sucht oder Selbstsucht ist als rücksichtsloses, hauptsächlich persönliche Interessen verfolgendes Verhalten zu verstehen. Die Wirklichkeit wird durch das eigene Ich definiert, alles andere ist bedeutungslos. Der „gesunde“ Egoismus liegt jedoch zwischen den Achsenendpunkten Selbstlosigkeit bzw. Altruismus⁴ und Ich-Sucht (vgl. Wirtz 2020, S. 457). Erst bei näherer Betrachtung wird die eigentliche Bandbreite ersichtlich. Hierzu ist ein Blick auf die Ursprünge der narzisstischen Erscheinungsformen in der Psychoanalyse aufschlussreich.

Die Schwierigkeit einer klaren Definition zeigt sich beispielhaft bei Sigmund Freud, der über ein Dutzend diesbezüglicher Kategorien in seinen Arbeiten beschrieb (vgl. Dammann 2012, S. 22). Doch bereits vor ihm, im Jahre 1898, erkannte der britische Sexualforscher Henry Havelock Ellis eine Verbindung von maßloser Selbstliebe und den beschriebenen Persönlichkeitseigenschaften



Narzissus-Caravaggio (1594-96)

(Gemälde von Michelangelo Merisi da Caravaggio;
[https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Narcissus-Caravaggio_\(1594-96\).jpg](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Narcissus-Caravaggio_(1594-96).jpg); gemeinfrei)

² Eigentlich müsste die deutsche Bezeichnung *Narzissismus* lauten (engl. *narcissism*), es wird jedoch die umgänglichere Form *Narzissmus* verwendet. Vgl. Schütz/Röhner 2020, S. 1218–1219.

³ *Charakter* ist hier gleichbedeutend mit Persönlichkeit, d. h. Kennzeichen und Merkmale, an denen eine Person erkannt wird bzw. sie auszeichnet. Vgl. Wirtz 2020, S. 347.

⁴ *Altruismus* zeichnet v.a. ein freiwilliges, selbstloses und prosoziales Verhalten aus. Vgl. Wirtz 2020, S. 140–141.

von *Narkissos* aus der antiken Mythologie (vgl. Ellis 1898, S. 280). Im Jahre 1914 erschien Freuds richtungsweisende Arbeit *Zur Einführung des Narzißmus*⁵, in der dieser gleich zu Beginn anmerkt:

Der Terminus Narzißmus entstammt der klinischen Deskription und ist von P. Näcke 1899 zur Bezeichnung jenes Verhaltens gewählt worden, bei welchem ein Individuum den eigenen Leib in ähnlicher Weise behandelt wie sonst den eines Sexualobjekts. (Freud 1924, S. 3)

Im 19. Jahrhundert wurde „Autoerotismus“ als eine Art „Perversion“ assoziiert (vgl. Hirigoyen 2020, S. 57). Doch nach Freud (1924, S. 3–4) dürfe Narzissmus nicht voreingenommen als „Perversion“ verstanden werden, sondern beinhalte sowohl eine „reguläre Entwicklungsphase“ als auch „die libidinöse Ergänzung zum Egoismus des Selbsterhaltungstriebes, von dem jedem Lebewesen mit Recht ein Stück zugeschrieben wird“. Es bedürfe allerdings der Herausbildung von „Objektlibido“, d. h. Liebe, die sich nach außen richtet. Problematisch wird es erst, wenn das Liebesobjekt im Erwachsenenalter ausschließlich auf das „Selbst“ fixiert bleibt:

Wir sehen auch im groben [sic] einen Gegensatz zwischen der Ichlibido und der Objektlibido. Je mehr die eine verbraucht, desto mehr verarmt die andere. Als die höchste Entwicklungsphase, zu der es die letztere bringt, erscheint uns der Zustand der Verliebtheit, der sich uns wie ein Aufgeben der eigenen Persönlichkeit gegen die Objektbesetzung darstellt und seinen Gegensatz in der Phantasie (oder Selbstwahrnehmung) der Paranoiker vom Weltuntergang findet [...] Endlich folgern wir für die Unterscheidung der psychischen Energien, daß sie zunächst im Zustande des Narzißmus beisammen und für unsere grobe Analyse ununterscheidbar sind, und daß es erst mit der Objektbesetzung möglich wird, eine Sexualenergie, die Libido, von einer Energie der Ichtriebe zu unterscheiden. (Freud 1924, S. 6)

Durch Freuds Thesen und Konzepte (v.a. über den „primären“ und „sekundären“ Narzissmus; entspricht dem *kindlichen* und *erwachsenen* Stadium) inspiriert, beschäftigten sich zahlreiche Psychoanalytiker v.a. mit der Herkunft von *maligner* (böartiger) Selbstliebe (vgl. u.a. Haller 2013, S. 30). So auch die beiden US-amerikanischen Psychoanalytiker Burness E. Moore und Bernard D. Fine mit ihrer klassischen Definition: „Unter Narzissmus versteht man [...] eine Konzentration des seelischen Interesses auf das eigene Selbst“ (Moore/Fine 1967, S. 62; zitiert in: Dammann 2012, S. 17).

Die in Wien geborenen US-amerikanischen Psychoanalytiker, Heinz Kohut (1966) und Otto F. Kernberg (1988), entwickelten in den 1960er, 1970er und 1980er Jahren unterschiedliche Theorien zur Entstehung des Narzissmus. Nach Kernbergs *ego psychology* sei eine eigenständige Entwicklung erkennbar. Hierzu zeichnet er ein Modell, welches vom normalen bis zum pathologischen Narzissmus reichen kann. Nach Kernberg darf auch ein „normaler“ Egoismus beim Erwachsenen vorhanden sein, wenn andere Personen „libidinös“ besetzt sind. Fehlt diese Voraussetzung, ist nur das eigene Selbst im Vordergrund, so handelt es sich um einen pathologischen Narzissmus. Diesen kennzeichnet v.a. Egozentrismus, Abhängigkeit von der Bewunderung von außen, Fantasien von Grandiosität sowie Neid und Herabsetzung, Mangel an Empathie bis hin zum Versagen des Moralsystems, dem sogenannten „malignen Syndrom der narzisstischen Persönlichkeitsstörung“. Kohut vertritt in seiner *self psychology* die

⁵ *Zur Einführung des Narzißmus* erschien erstmalig 1914 im *Jahrbuch der Psychoanalyse*, VI. Band und wurde 1924 unverändert, ein zweites Mal publiziert.

These, dass pathologischer Narzissmus eine Fixierung auf das „eigene Selbst“ in einer verletzlichen Phase der kindlichen Entwicklung (mit ca. 1,5 Jahren) markiert, welches v.a. im Versagen der Eltern (v.a. Mangel an Empathie, Zurückweisung) begründet ist. Die Herausbildung des „authentischen Selbst“ bleibt somit blockiert. Ein „fragiler Selbstwert“⁶, in Verbindung mit dem ständigen „Bedürfnis nach Bestätigung“ vom äußeren Umfeld, ist die Folge. Diese beiden theoretischen Konzepte führten zu heftigen Debatten und bewegten die *American Psychiatric Association* (APA) im Jahre 1980 zur Aufnahme der „narzisstischen Persönlichkeitsstörung“ in das *Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders* (DSM-III). Zum Beispiel wurde die bei Betroffenen typisch auftretende „narzisstische Wut“ seitens Kohut als Folge von Frustration und somit Bedürftigkeit interpretiert. Nach Kernberg dient dieses aggressive Verhalten einem Abwehrzweck (vgl. Dammann 2012, S. 27–30).

Um einen besseren Einblick in die Phänomenologie zu bekommen, ist nachfolgend ein Ausschnitt aus dem DSM-V (2013) angeführt, welcher die „narzisstische Persönlichkeitsstörung“⁷ mit neun verschiedenen diagnostischen Kriterien einer Person beschreibt:⁸

1. Hat ein grandioses Verständnis der eigenen Wichtigkeit (übertreibt etwa Leistungen und Talente, erwartet, ohne entsprechende Leistungen als überlegen anerkannt zu werden).
2. Ist stark eingenommen von Fantasien grenzenlosen Erfolges, Macht, Brillanz, Schönheit oder idealer Liebe.
3. Glaubt von sich, „besonders“ und einzigartig zu sein und nur von anderen besonderen oder hochgestellten Menschen (oder Institutionen) verstanden zu werden oder mit diesen verkehren zu müssen.
4. Benötigt exzessive Bewunderung.
5. Legt ein Anspruchsdenken an den Tag, das heißt, hat übertriebene Erwartungen auf eine besonders günstige Behandlung oder automatisches Eingehen auf die eigenen Erwartungen.
6. Ist in zwischenmenschlichen Beziehungen ausbeuterisch, das heißt, zieht Nutzen aus anderen, um eigene Ziele zu erreichen.
7. Zeigt einen Mangel an Empathie: Ist nicht bereit, die Gefühle oder Bedürfnisse anderer zu erkennen/anzuerkennen oder sich mit ihnen zu identifizieren.
8. Ist häufig neidisch auf andere oder glaubt, andere seien neidisch auf ihn.
9. Zeigt arrogante, hochmütige Verhaltensweisen oder Ansichten.

Daneben ist auch die *International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems* (ICD-10) der Weltgesundheitsorganisation mit beinahe identen Inhalten zu nennen. Bei beiden Klassifikationen müssen mindestens fünf von neun Kriterien zutreffen und eine länger dauernde schwerwiegende Beeinträchtigung (durch diese Muster) in zahlreichen Lebensbereichen vorliegen (vgl. Doering 2012, S. 51–52; Dilling/Mombour/Schmidt 2020, S. 283; Hirigoyen 2002, S. 156).

⁶ *Selbstwert* bezeichnet die Bewertung des Bildes von sich selbst und damit eine grundlegende Einstellung gegenüber der eigenen Person. Ein hoher, stabiler Selbstwert steht im unmittelbaren Zusammenhang mit Wohlbefinden sowie psychischer Gesundheit. Vgl. Wirtz 2020, S. 1607.

⁷ Als *Persönlichkeitsstörung* ist in dieser Arbeit keine Krankheit, sondern eine (subklinische) Normabweichung der Charakteranlage zu verstehen; d. h. stabil gewordene Beziehungserfahrung mit Abwehrfunktion. Derartige Muster werden meist in der Kindheit erworben, treten in der Adoleszenz in Erscheinung und bestehen (ohne Auflösung, zum Beispiel durch Therapie) während des Erwachsenenalters weiter. Vgl. Arens/Barnow 2020, S. 1336–1337.

⁸ Diagnostische Kriterien der APA: Falkai/Wittchen 2015; zitiert in: Bonelli 2016, S. 263.

Doch dieser deskriptive, diagnostische Ansatz im DSM-V (2013) wurde von den mitwirkenden Experten bereits bei der Ausarbeitung in Frage gestellt. Zum einen, weil die Diagnose aufgrund ihres häufigen Auftretens in der breiten Gesellschaft zur „Banalität“ verkommen sei und daher nicht mehr als Persönlichkeitsstörung begriffen werden könne. Zum anderen, weil die Beschreibung im DSM-V nicht die Vielschichtigkeit der auftretenden Erscheinungsformen wiedergibt und somit die klinische Differenziertheit, konkretes Verstehen von Wesen und Ursache, fehle (vgl. Hirigoyen 2020, S. 92–93).

Trotz der nicht abgeschlossenen Debatte beschloss die *American Psychiatric Association* im Dezember 2012, die narzisstische Persönlichkeitsstörung im DSM beizubehalten. Jedoch wurde aus einer eigenständigen Persönlichkeitsstörung eine Beschreibung von einem exzessiven Auftreten allgemeiner Persönlichkeitsmerkmale (vgl. Hirigoyen 2020, S. 94).

An dieser Stelle kann festgehalten werden, dass als wahrscheinlichste Hauptursache für das Entstehen einer exzessiven, narzisstischen Ausprägung „die Erfahrung mangelnder echter und bedingungsloser Wertschätzung in der Kindheit“ angegeben wird (Dammann 2012, S. 17). Als fördernde, aber nicht spezifische Rahmenbedingungen werden in der Fachliteratur u. a. folgende genannt (Dammann 2012, S. 26–27):

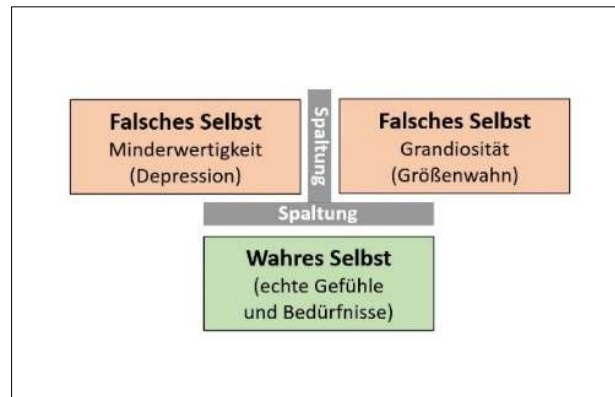
- Emotionaler Missbrauch
- In der Kindheit hin- und hergeschoben werden
- Mangelnde Grenzen
- Emotionale Vernachlässigung und Wohlstandsverwahrlosung
- Traumatisierungen (wie Inzest)
- Körperliche und geistige Attribute (besonders schöne Kinder)

Grundsätzlicher Konsens besteht in der Forschung darüber, dass (maligner) Narzissmus „keine genetische Erbkrankheit ist – sondern großenteils erworben“ ist (Bonelli 2016, S. 73).⁹ Dem deutschen Psychiater Fritz Künkel (1985) zufolge muss jedoch „vitale Stärke“ als genetische Grundlage vorhanden sein, um überhaupt erst Narzissten, in jeglicher Ausprägung, entstehen zu lassen. Zudem sieht er in einer „verhätschelnden oder überharten Erziehung“ die Basis für seine Herausbildung (vgl. Bonelli 2016, S. 78–79). Es sind v.a. diese zwei konträren Erziehungsstile, welche die Debatte bis heute prägen.

Dazu kommt ein elterliches Fehlverhalten der letzten Jahrzehnte, nämlich der „partnerschaftliche Umgang mit Kindern“, der v.a. bei Einzel- und Scheidungskindern auftritt. Für den deutschen Kinderpsychiater und Psychoanalytiker Michael Winterhoff (2010) fällt diese falsche Rollenzuschreibung in den Bereich des „emotionalen Missbrauchs“, weil dadurch dem Kind eine gesunde Entwicklung verwehrt wird (vgl. Bonelli 2016, S. 80). Es kommt somit unweigerlich zur Herausbildung eines „falschen Selbst“, welches sich wie ein *Schutzwall* um das „wahre Selbst“ legt. Die diesbezügliche Theorie hierzu wurde bereits in den

⁹ Siehe hierzu auch die Analyse-Ergebnisse des norwegischen Psychologen Sverre Torgersen 2021: *Genetische Aspekte narzisstischer Persönlichkeitsstörungen*.

1960er Jahren durch den britischen Psychoanalytiker Donald W. Winnicott entwickelt (vgl. Dammann 2012, S. 25).



Das narzisstische Spaltungsmodell¹⁰

Das hier dargestellte, skizzierte Modell zeigt die (vertikale und horizontale) narzisstische Spaltung. Kennzeichnend dafür sind „Grandiositätsfantasien“ auf der einen und das „Gefühl der Minderwertigkeit“ auf der anderen Seite. Dazu kommt die Überzeugung, niemanden zu benötigen und sich selbst zu genügen (vgl. Wardetzki 2014, S. 150–155). Eine realistische Selbstwahrnehmung („wahres Selbst“) ist somit nicht möglich, dabei ist diese ein zentraler Faktor für die Entwicklung einer stabilen, starken Persönlichkeit.

Der österreichische Psychiater, Psychotherapeut und Autor Reinhard Haller (2013, S. 23), betont die Schwierigkeit einer klaren Aussage in Bezug auf normale, gesunde und destruktive Anteile, denn: „Bei keiner anderen psychischen Störung sind die Gegensätze zwischen äußerem Schein und innerem Sein, zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Glorie und Verzweiflung so groß wie beim Narzissmus“. Aus der Makro-Perspektive betrachtet handelt es sich vielmehr um ein „gesellschaftliches Verhaltensmuster“, welches jedoch seit Anbeginn zum „Wesen des Menschen“ gehört. Narzissmus lässt sich nach seiner Beschreibung nicht nur auf eine Persönlichkeitsstörung begrenzen:

Es ist eine psychische Urkraft, welche positiv und negativ gestalten kann. Der Mensch braucht zur Entwicklung eines gesunden Selbstvertrauens ein gewisses Maß an Narzissmus, welcher erst dann zum Problem wird, wenn jemand darunter leidet. Sei es die durch ihre rücksichtslose Egozentrität in Isolation geratene, von allen gemiedene narzisstische Person. Oder seien es die Mitmenschen, welche die Rücksichtslosigkeit und ständige Entwertung des Narzissten nicht mehr ertragen. Narzissmus ist jedenfalls eine Supermacht – heute mehr denn je. (Haller 2013, S. 13)

Die *malignen* Anteile belasten das menschliche Zusammenleben und bringen selbst erfahrene Fachleute an ihre Grenzen, denn „Narzissmus in seiner Reinform hat nichts Konstruktives mehr an sich, sondern ist eine durch und durch destruktiv wirkende Kraft“ (Haller 2013, S. 181). Diese bösertige Form kompensiert Defizite und kann verschiedenste Arten von Gewalttätigkeiten erzeugen.

¹⁰ Eigenerstellung mit den Inhalten aus: Wardetzki 2014, S. 155.

gen. Die gemeinsamen Persönlichkeitsmerkmale von Narzissmus, Machiavellismus¹¹ und (subklinischer) Psychopathie werden unter dem Begriff „Dunkle Triade“ bzw. *Dark Triad* zusammengefasst (vgl. Wirtz 2020, S. 1218).¹²

Das allgemeine Störungsbild des „malignen Narzissmus“ definiert Haller (2013, S. 40) mit der Gewichtung der vier wesentlichen Hauptbestandteile:¹³

- Egozentrik
- Empfindlichkeit
- Empathiemangel
- Entwertung

An dieser Stelle scheint ein Blick auf die Unterschiede der Geschlechter angebracht. Die deutsche Psychologin und Autorin Bärbel Wardetzki (2014) beschäftigt sich v.a. mit der Symptomatik des „weiblichen Narzissmus“. Ihren Beobachtungen zufolge sind Frauen von der bösartigen Form in deutlich geringerer Häufigkeit betroffen als Männer. Kritiker vermuten jedoch, dass bei Frauen vordergründig ähnlich in Erscheinung tretende Persönlichkeitsstörungen (u. a. histrionische-PS, Borderline-PS) diagnostiziert werden, wodurch die Datenquelle verfälscht sein könnte (vgl. Dammann 2012, S. 21). Dennoch beinhalten weibliche narzisstische Anteile ebenfalls einen „fragilen Selbstwert“, welcher sich hinter einer betont selbstbewussten Maske („falsches Selbst“) verbirgt. Defizitäre Anteile werden insbesondere durch die Steigerung der äußeren Attraktivität, einer hohen Leistungsorientierung, bis hin zum Perfektionismus kompensiert. Ein weiteres Kennzeichen ist die Abwehr von Kränkungen durch Harmonisierung und Überanpassung in Beziehungen. Der „Hunger nach Anerkennung“ kann dabei bis zur Selbstaufgabe führen. Es sind v.a. diese Eigenschaften, die sie zum idealen „Komplementärnarzissten“ machen. Auch dieser ist narzisstisch strukturiert (u. a. niedriger Selbstwert, hohe Empfindlichkeit), gibt sich jedoch unterwürfig, nimmt ungern öffentlich Lob an und ist aufopfernd. In Beziehungen sucht sich die „Komplementäre“ gerne das Gegenstück – „Narziss den Großen“ (vgl. Wardetzki 2014, S. 46–54).

Nach Angaben der Psychoanalytikerin Marie-France Hirigoyen (2020) dürfte der größte Unterschied zwischen Männern und Frauen im „Anspruchsdenken“ liegen. Sie bezieht sich dabei auf eine 2015 veröffentlichte Studie von Wissenschaftlern an der Universität von Buffalo (New York), bei welcher Daten von 475.000 Testpersonen über einen Zeitraum von dreißig Jahren analysiert wurden. Dieser Studie zufolge erheben Männer einen höheren Anspruch auf

¹¹ Merkmale des *Machiavellismus* sind u.a. geringe Beteiligung an interpersonellen Beziehungen und Moral – Eigennutz, persönlicher Gewinn steht im Vordergrund. Vgl. Wirtz 2020, S. 1109.

¹² In der *Politischen Psychologie*, als Anwendungsbereich der Sozialpsychologie, werden zur Analyse von politischen Persönlichkeitsstrukturen neben den Merkmalen der *Dark Triad* zudem die Persönlichkeitsdimensionen der sogenannten *Big Five* mit ihren Charakterzügen hinzugezogen. Dazu zählen: *Extraversion* (durchsetzungsfähig, redselig, freundlich, aktiv, tatkräftig), *Verträglichkeit* (einfühlsam, mitfühlend, großzügig, altruistisch), *Gewissenhaftigkeit* (strebsam, genau, gründlich, fleißig, gut organisiert), *emotionale Stabilität* (pragmatisch, kontrolliert, ruhig, ausgeglichen) und *Offenheit* (u.a. tolerant, kreativ, aufgeschlossen gegenüber Neuerungen). Vgl. Gast/Bein 2022, S. 212.

¹³ *Egozentrik* geht hier über Egoismus hinaus, weil es die Unfähigkeit einschließt, sich in die Rolle oder Haltungen der Mitmenschen hineinzuversetzen. Vgl. Wirtz 2020, S. 457.

Privilegien und verhalten sich ausbeuterischer in Bezug auf ihr Umfeld, was sich durch einen höheren „Führungs- und Machtanspruch“ zeigt. Beim Aspekt „Angeberei“, d. h. Mangel an Bescheidenheit bis hin zu Arroganz, waren hingegen keine geschlechterspezifischen Unterschiede festzustellen (vgl. Hirigoyen 2020, S. 95–96).

Narzisstische Muster in der Politik

Die politische Arena erfordert besondere Wesenszüge, welche insbesondere den permanenten Machtkämpfen geschuldet sind. Personen mit narzisstischen Defiziten, darunter insbesondere der endlose *Hunger nach Anerkennung* und somit Macht, bieten politische Ämter zahlreiche Möglichkeiten zur Kompensation. Denn Personen mit diesen Persönlichkeitsanteilen besitzen die Befähigung, rasch auf Karriereleitern aufzusteigen, Macht zu generieren und deren Erhalt zu sichern. Aufgrund ihrer Strahlkraft sowie Durchsetzungsfähigkeit werden sie augenscheinlich als starke, *charismatische*¹⁴ Führungspersönlichkeiten wahrgenommen.

Für zwei *defizitäre* Erscheinungsformen ist das politische Umfeld besonders geeignet. Erstens, für den „grandiosen Narzissten“, mit einem Übermaß an Selbstliebe und zweitens, für den „verletzlichen Narzissten“, welchen ein Mangel an Selbstliebe kennzeichnet. Beide Typen verfügen über Gemeinsamkeiten, wie übersteigerte Erfolgsfantasien, geringer Selbstwert und Labilität sowie Zweifel an den eigenen Fähigkeiten (vgl. Hirigoyen 2020, S. 97).

Politische Prozesse durchziehen alle gesellschaftlichen Bereiche und beinhalten den Erhalt und die Verteilung von *Macht* (und Herrschaft). Ein facettenreicher Begriff, der zu den zentralen Kategorien der Sozialwissenschaften zählt. Um den Bogen nicht zu überspannen, wird in dieser Arbeit der Fokus auf die Bedeutung der Machtausübung, die Fähigkeit Entscheidungen zu fällen und diese durchzusetzen, gelegt. Der deutsche Soziologe und Nationalökonom Max Weber (1864–1920; in der Ausgabe 1972) definierte diesbezüglich:

Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht [...] Der Begriff ‚Macht‘ ist soziologisch amorph. Alle denkbaren Qualitäten eines Menschen und alle denkbaren Konstellationen können jemanden in die Lage versetzen, seinen Willen in einer gegebenen Situation durchzusetzen. (Weber 1972, S. 28–29)

Webers klassische Definition entspricht in der sozialwissenschaftlichen Debatte der ersten Dimension des Phänomens. Die zweite und dritte Ebene der Machtausübung betrifft die „Kontroll-Macht“, welche im Wesentlichen darauf abzielen, Handlungen von Akteuren im kleinen sowie größeren gesellschaftlichen Kontext („Meta-Macht“) zu lenken oder *a priori* zu verhindern. Zu den

¹⁴ *Charisma* bezeichnet die besondere Ausstrahlung (Gabe) eines Menschen, die Anziehungskraft verleiht. Charismatische Führung kann positiv oder negativ in Erscheinung treten. Die Gefahr von charismatischen Führungspersönlichkeiten liegt v. a. darin, dass es keine oder mangelnde Kritik gibt. In der Führungsforschung wurde durch House (1977) das Konzept der charismatischen Führung, welches ursprünglich durch Max Weber (1864–1920) entwickelt wurde, in die Organisationspsychologie eingeführt. Vgl. Wirtz 2020, S. 649.

Formen der Machtausübung zählen insbesondere: Zwang, Einfluss, Autorität (im Sinne von Amts- und Befehlsgewalt) sowie Attraktion (vgl. Imbusch 2013, S. 11–12).

Nach Freuds o. a. „Egoismus des Selbsterhaltungstriebes“, liegt das Streben nach Macht im natürlichen Wesen des Menschen. Hans Joachim Morgenthau (1963, S. 50.), ein bedeutender Vertreter der realistischen Schule in den Theorien der Internationalen Beziehungen, ergänzt, indem er den „natürlichen“ Machtrieb des Menschen auf allen Ebenen politischen Handelns und damit auch für die Außenpolitik souveräner Staaten unterstellt: „Das hervorstechende Wegzeichen, an dem sich der politische Realismus in weiten Gebieten der internationalen Politik orientieren kann, ist der im Sinne von Macht verstandene Begriff des Interesses.“ Nach Hans Joachim Morgenthau ist Macht somit als Mittel zur Durchsetzung von nationalen Eigeninteressen zu verstehen, was die Androhung und den Einsatz von militärischer Gewalt inkludiert (vgl. Rieger/Schultze 2010, S. 560).

Ist jedoch *Machtmissbrauch* im Spiel, spricht Wardetzki (2017b, S. 20) von „narzisstischer Macht.“ Kennzeichnend dafür ist, dass ein politisches Amt mit der Privatperson gleichgesetzt wird und ein Personenkult zelebriert wird. Macht wird jedoch, in demokratischen Systemen, temporär für die Ausführung eines Amtes verliehen. Treffen Großmachtfantasien und fehlende Unterstützung der Bevölkerung aufeinander, folgt eine ausgeprägte „Kränkungs-“ in der Gestalt eines autoritären, antisozialen Verhaltens.

Haller (2017, S. 81) nennt „extreme Kränkbarkeit und ständige Entwertung der Mitmenschen“ als bestimmendes Kennzeichen des malignen Narzissten. Die heftigen Reaktionen auf narzisstische Kränkungen sind dem Umstand geschuldet, dass Narzissten jegliche Art von Kritik als totale Ablehnung ihrer Person, als existenzbedrohenden Angriff erleben und nicht als konstruktive Kritik bezüglich ihres Verhaltens. Das Gefühl einer einmal erlebten Niederlage ist so heftig, dass es niemals vergessen werden kann. Selbst kleinste Bedrohungen können wahrgenommen werden, dennoch fehlt eine ausgeprägte Empathie. Einerseits verfügen sie über wenig Gefühlstiefe, um die Kränkungs-grenze des anderen zu spüren, andererseits sind sie stets auf die Entwertung anderer bedacht, um ihre eigenen versteckten Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren.

Auch Kohut (1975) vertritt die These, dass narzisstisch gekränkte Personen außerordentlich rachsüchtig und nachtragend sind:

Der narzisstisch Gekränkte [...] kann nicht ruhen, bis er den unscharf wahrgenommenen Beleidiger ausgelöscht hat, der wagte, ihm entgegenzutreten, nicht mit ihm übereinzustimmen oder ihn zu überstrahlen. „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist die Schönste im ganzen Land?“, fragt das grandios-exhibitionistische Selbst. Und wenn ihm erwidert wird, jemand anders sei schöner, gescheiter oder stärker, dann kann es wie Schneewittchens böse Stiefmutter keine Ruhe mehr finden, weil es den Zeugen nicht beseitigen kann, der der Überzeugung, einmalig und vollkommen zu sein, widersprochen hat. (Kohut 1975, S. 232–233)

Die Angst vor Kränkung verleitet nach Kohut (1975) narzisstisch gestörte Menschen außerdem dazu, dem anderen zuvorkommen und in einer „Politik

des vorbeugenden Angriffs“ ihm aktiv jene narzisstische Kränkung zuzufügen, die zu erleiden dieser selbst am meisten fürchtet.

Kränkungen führen in ihrer härtesten Form, der Verbitterung, zu Kriegen und verhindern Konfliktlösungen. Sie zerstören multilaterales Engagement und tragen zur Steigerung des Konfliktpotenziales bei. Nach Einschätzung von Haller (2017, S. 11) haben bewaffnete Konflikte bis hin zum Terrorismus mit hoher Wahrscheinlichkeit ihren Ursprung in Kränkungen, denn: „Unter Historikern besteht heute kein Zweifel, dass die Demütigung der Verlierer des Ersten Weltkriegs durch die Pariser Vorortverträge – zusammen mit aufkommendem Nationalismus, Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit – entscheidend für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs war“.

Der individuelle und politische Wille zur Umsetzung von Verarbeitungsstrategien ist folglich ein essenzieller Bestandteil für eine positive Entwicklung in den internationalen Beziehungen von staatlichen Akteuren.

Defizitär-narzisstische Regime bedienen sich hinsichtlich der Machtübernahme und -konsolidierung autoritärer Mechanismen. Diese sollen vordergründig die Vormachtstellung und damit v.a. das *eigene Überleben* sichern. Zu den diesbezüglichen Methoden zählen unter anderem:

- Zentralisierung der Entscheidungskompetenz in strategischen Fragen,
- Aufbau eines loyalen und einflussreichen Umfeldes zur Kontrolle der Machtressourcen,
- Einschränkung der Medienfreiheit,
- Errichtung loyaler Sicherheitskräfte und Geheimdienste zum Eigenschutz und für die Zerschlagung und Verfolgung von Regimegegnern,
- Verhinderung eines starken Nachfolgers, bis hin zu Verfassungsänderungen zur Ermöglichung der Wiederwahl. (vgl. u.a. Schultze 2010, S. 59–62)

Im Gegensatz dazu sind in demokratischen Systemen Kontrollmechanismen etabliert, um Machtmissbrauch entgegenzuwirken. Zu diesen zählen beispielsweise:

- Institutionelle Beschränkungen wie Gewaltenteilung, Rechtsordnung, zeitliche Begrenzung der politischen Funktion
- Gegenmachtbildung (*Checks and Balances*)
- Prinzip der Öffentlichkeit (Information, Transparenz, Diskurs)
- politische Abkommen und rechtliche Verträge zum Verzicht der Machtausübung zwischen Staaten (vgl. Schubert/Klein 2020)

Ergänzend zu defizitär-narzisstischen (bzw. autoritären) Strukturen bleibt zu erwähnen, dass mit populistischem Sprachstil unter Verwendung nationalistischer Inhalte versucht wird, den Nährboden zur politischen Macht zu stärken. Über das Werkzeug der *sozialen Medien* werden vereinfachte, emotionalisierte Botschaften als absolute Wahrheiten in ein rasch anwachsendes, von Information übermüdetes, Publikum verbreitet. Für Populisten und

Demagogen liegt eine Debatte über Inhalte nicht in ihrem Interesse. Klassische Täter-Opfer-Umkehr in Verbindung mit irrationalen, erratischen Verhalten tragen zusätzlich zur Verwirrung und emotionaler Ermüdung bei. Ihr vordergründiges Ziel ist es augenscheinlich, wie es der Physiker und Philosoph Eduard Kaeser nennt, eine „Demokratie der Nichtwissenwollengesellschaft“, ohne Objektivität und Wahrheitsanspruch zu generieren (vgl. Kucklick 2017, S. 10–11; Zukunftsinstitut 2022).

Einer von Mayer/Berning/Johann (2020) im *European Journal of Personality* publizierten Studie folgend führt eine bestimmte Ausprägung des Narzissmus, die mit „Fremdabwertung“ einhergeht, eher zur Unterstützung von Parteien mit populistischer Agenda. Personen (oder Organisationen) mit sogenannter „narzisstischer Rivalität“ zeigen demnach ein feindseliges, aggressives, egoistisch und abwertendes Verhalten, um ein Gefühl der Überlegenheit zu erreichen.

Nachdem Gruppen zwangsläufig Anführer benötigen, folgte der britische Sozialpsychologe Michael Hogg in den 1990er Jahren, dass nicht die Besten und Intelligentesten, sondern die „Durchschnittlichsten“ ausgewählt werden, denn die meisten Gruppenmitglieder können sich mit diesen identifizieren. Einmal an der Macht, beginnen sich die Anführer zwangsläufig von ihren Wählern zu unterscheiden und müssen verstärkt die Gruppenzugehörigkeit unter Beweis stellen. Demzufolge stellen nationalistische Parolen, einhergehend mit der Abwertung der Fremdgruppe, zwingende Überlebens- bzw. Machterhaltungsstrategien dar. Über die dargestellte Exklusivität der Gruppe können Anführer ihre „soziale Identität“ stärken und somit den Machterhalt sichern. (vgl. Wirtz 2020, S. 806; Heller 2019, S. 723–724)

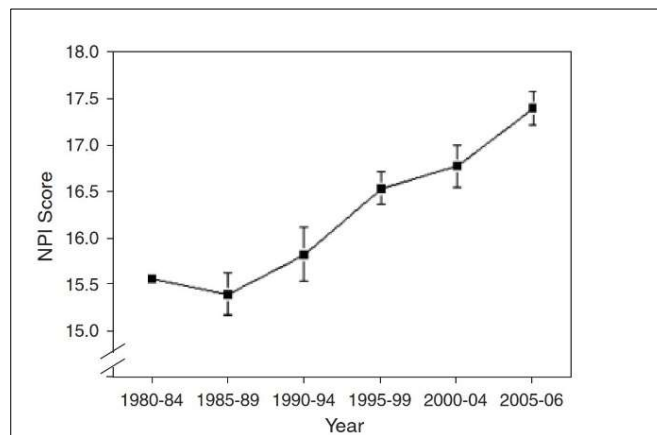
Eng zugehörig zum Narzissmus ist die übermäßig positiv besetzte Selbstbewertung, die sogenannte „Selbstüberschätzung“. Die beiden Sozialwissenschaftler David Dunning und Justin Kruger (1999) stellten fest, dass es „inkompetenten Personen“¹⁵ an kognitiven Fähigkeiten fehlt, die zur Erkennung der eigenen Leistung notwendig sind. Dadurch kommt es zu einer deutlichen „Überschätzung der eigenen Leistung und Fähigkeiten“. Dennoch treten diese Personen lauter und überzeugender als ausgewiesene Experten in Erscheinung. Hohe Popularitätswerte sowie eine steigende Anhängerschaft sind daher die Folge (vgl. Wirtz 2020, S. 1605).

Gesellschaftliche Aspekte – Werden wir immer narzisstischer?

Nach Einschätzung der US-Psychologin Jean M. Twenge soll in Nordamerika seit mehreren Jahrzehnten eine regelrechte Narzissmusepidemie vorherrschen, von der Europa und der Orient noch verschont sein sollen. In ihren Publikationen *Generation Me* (2006) und *The Narcissism Epidemic* (2010) stellt sie ihre triste Prognose der breiten Öffentlichkeit vor. Gestützt wird ihre These durch eine von ihr und Forschern aus ihrem Umfeld durchgeführte Metaanalyse, welche im *Journal of Personality* im Jahre 2008 veröffentlicht wurde. Demnach

¹⁵ Inkompetente Personen werden als weniger kompetent als ihre Referenzgruppe definiert. Vgl. Kruger/Dunning 1999, S. 1122.

sollen die Narzissmusanteile über die Generationen hinweg gestiegen sein. Ihre Analyse basiert auf 85 Stichproben und umfasst insgesamt rd. 500.000 US-amerikanischen *College*-Studenten, die zwischen 1979 und 2006 den diesbezüglichen 40-Punkte-Fragebogen ausfüllten. Mit diesem sogenannten *Narcissistic Personality Inventory* (NPI) werden subklinische Narzissmus-Merkmale als Charaktereigenschaft festgestellt. Dazu zählen sowohl funktionale als auch dysfunktionale Ausprägungen einer Persönlichkeitsstruktur – z. B. Führungsstärke oder Anspruchsdenken und Ausbeutungsbereitschaft. Den Ergebnissen dieser Metaanalyse zufolge sollen seit dem Jahre 1982 die NPI-Werte um 0,33 Standardabweichungen gestiegen sein. Somit lagen rd. zwei Drittel der Studierenden über dem durchschnittlichen Wert der Jahre 1979–1985, was eine Steigerung von etwa einem Drittel beträgt. Dieser Anstieg setzte sich zusehends bis 2006, dem Ende der Untersuchung, kontinuierlich fort. Damit konnten auch frühere Studien bestärkt werden, die eine Zunahme individualistischer Eigenschaften wie Durchsetzungsvermögen, Handlungsfähigkeit, Selbstwertgefühl und Extraversion festgestellt hatten (vgl. Twenge et al. 2008, S. 875).



**Zunahme narzisstischer Persönlichkeitsmerkmale (NPI)
bei US-Studenten zwischen 1980 und 2006 (Twenge et al. 2008, S. 883)**

Kritik bezüglich der von Jean Twenge prognostizierten globalen Narzissmus-epidemie kommt von den Psychologen Sandra Oberleitner, Paul Stickel und Jakob Pietschnig von der Universität Wien. Sie führten ebenfalls eine Metaanalyse durch, welche den Ergebnissen aus dem Jahre 2008 widerspricht. Die Auswertung ihrer Daten im Zeitraum 1982 bis 2023 von rund 550.000 Versuchsteilnehmer „aus aller Welt“ zeigte keinen allgemeinen Anstieg des NPI-Wertes:

Conclusions: Here, we provide evidence for negative cross-temporal changes in narcissism from 1982 to 2023 globally, thus contrasting the idea of a Narcissism Epidemic having taken place at any point during the past four decades. Changes appear to generalize across different regions and participant sex, although mean scores were differentiated, yielding higher narcissism values for North American and younger samples.
(Oberleiter/Stickel/Pietschnig 2024, S. 1)

Die Psychologen aus Wien beobachteten sogar die Tendenz eines leichten Rückganges u. a. bei „übersteigerter Selbstherrlichkeit“, womit von einer „Epidemie“ keine Rede sein könne. Dennoch hat die Studie aus Wien gezeigt, dass im Altersvergleich junge Menschen im Schnitt geringfügig höhere NPI-

Werte aufwiesen. Kritisiert wird von den Forschern aus Wien insbesondere die eingeschränkte Testgruppe bei der Twenge-Analyse, weil diese ausschließlich aus US-amerikanischen Studenten bestand, deren Eigenheiten sich nicht zur Generalisierung eignen würden (vgl. Herrmann 2024).

Wieso gerade junge Menschen zu tendenziell leicht höherem NPI-Wert neigen, kann nicht eindeutig geklärt werden. Eine maßgebliche Bedeutung dürfte jedoch im „kommerziellen“ Narzissmus, über das Fenster der Anziehungskraft der sozialen Medien liegen (vgl. Gruber et al. 2024, S. 78–79).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist besonders die „augenscheinliche“ Erstarkung dieses Phänomens in den USA von Interesse. Die möglichen Hintergründe reichen dabei, einhergehend mit der Verbreitung des Konzeptes des *Individualismus*, bis ins 17. Jahrhundert zurück. Anfangs wurde dieser Begriff von Philosophen wie Francis Bacon als wissenschaftliche Methode zum Verständnis von komplexen Zusammenhängen u. a. in der Mathematik und Logik entwickelt. Heutzutage verstehen wir unter Individualismus zweierlei: Erstens die „Achtung“ des Individuums – welche zur Entwicklung des Konzeptes der Menschenrechte aber auch gleichzeitig zu den Bürgerpflichten geführt hat. Folglich wird dem Individuum moralische Unabhängigkeit und Entscheidungsfreiheit zugesprochen. Zweitens wird Individualismus auch als ein Konzept verstanden, welches vordergründig egozentrisches Verhalten zum Wesen hat. Es nimmt dem Individuum das kollektive Bewusstsein und die Verantwortung gegenüber der Gesellschaft – der *Eigennutz* steht im Vordergrund. Individualisten, die dieser Kategorie entsprechen, sehen *Egozentrik* als essentielles Fundament einer fortschrittlichen Gesellschaft. Altruistisches Verhalten wird in dieser Weltanschauung sogar als „unmoralisch“ erklärt und abgelehnt (vgl. Ricard 2021, S. 320). Beginnend im 20. Jahrhundert durchzog diese egozentrische Gedankenwelt die US-amerikanische Gesellschaft, insbesondere die ultraliberalen Schichten. Unterstützend wirkten dabei Arbeit und Werke der im europäischen Raum wenig bekannten Philosophin und Autorin Ayn Rand¹⁶. Mit ihren Bestsellern *Atlas Shrugged* (1957), und den Romanen *Anthem* (1938) und *Fountainhead* (1943) beschreibt sie eine Weltsicht des „Turbokapitalismus“ und trifft damit v.a. den US-amerikanischen Unternehmergeist. Rand fordert in ihrer Philosophie des „Objektivismus“ v. a., dass sich der Staat nur minimal in das Leben der Bürger einmischen dürfe. Dazu zählen eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit Steuererleichterungen bzw. Steuerzahlungen auf freiwilliger Basis für die Reichen und die Reduktion bzw. Einstellung der Sozialleistungen für die Armen. Minimale Steuern auch nur deshalb, damit der Staat gegenüber dem Individuum Sicherheit gewährleisten kann, indem er das Monopol des legalen Einsatzes von Gewalt ausübt. Mit dieser radikal-libertären Philosophie möchte sie dem wachsenden Kollektivismus entgegenwirken, denn staatliche Überregulierung zerstöre den Staat. Kapitalismus ist für Rand die einzige moralische Gesellschaftsform, weil dieser sich auf das Individuum stütze. Rand (2002, S. 111) beschreibt ihren obersten

¹⁶ Geboren als Alissa Sinowjewna Rosenbaum 1905 in St. Petersburg; gestorben 1982 in New York; zählt in den USA zu den meistgelesenen und einflussreichsten (politischen) Autoren. Vgl. Burns 2017.

Glaubenssatz wie folgt: „Über dem Eingang meiner Festung, werde ich das Wort in Stein meißeln, das mein Leitstern und mein Banner sein soll. Das Wort, das nicht sterben wird, sollten wir auch alle im Kampf untergehen [...] Das heilige Wort: EGO.“ Rand lieferte mit ihren Werken die ideologische Grundlage für eine vom Libertarismus geprägte Wirtschaftskultur, die bis heute anhält.

Personen aus ihrem Umfeld beschreiben Rand als „unnahbar, narzisstisch, schroff und fast mit pathologischem Mangel an Empathie“. Zudem soll sie „zu vielen Angehörigen und Mitarbeitern unversöhnliche und konfliktreiche Beziehungen“ geführt und den „gemeinen Sterblichen“ als „mittelmäßig, dumm und irrational“ verachtet haben (vgl. Ricard 2021, S. 325).

Kritiker des Rand'schen Weltbildes erkennen dabei zahlreiche moralische und intellektuelle Denkfehler. Darunter der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz (2014, S. 139), welcher feststellt, dass die Entstehung des egozentrischen Objektivismus primär der Furcht der Reichen vor dem starken Staat geschuldet ist, weil nur dieser über die Macht verfüge, in ihr Vermögen einzugreifen, um das Ungleichgewicht in der Gesellschaft auszugleichen. Nach Stiglitz ist es jedoch eine „Tatsache, dass es keine einzige erfolgreiche große Volkswirtschaft gegeben hat, in welcher der Staat nicht eine bedeutende Rolle spielte“ (Stiglitz 2014, S. 237). Und schon Charles Darwin (1952, S. 129) führte bezüglich der Natur der Selbstsucht an: „Hierdurch wird der Vorwurf beseitigt, dass der edelste Teil unserer Natur in dem niederen Prinzip der Selbstsucht seine Grundlage finde“.

Die Alternative – positiv gelebter Narzissmus

Neben der *maligen* Ausprägung spricht man in der Debatte vom „gesunden bzw. positiven Narzissmus“, welchen v. a. ein funktionierendes „Selbstwertgefühl“ auszeichnet:

Der gesunde Narzissmus kennt zwar auch Schwankungen des Selbstwertgefühls, doch kann die Person zwischen den Polen Selbstkritik und Selbstzufriedenheit je nach Situation oszillieren (schwanken), ohne dabei in das Extrem der Selbsterniedrigung oder das der Selbstüberhöhung zu verfallen. (Bierhoff/Herner 2009, S. 94)

Dennoch benötigen auch diese „selbstwertstarken“ Menschen die Anerkennung von außen, sowie Wertschätzung und Zugehörigkeit. Sie weisen jedoch die Befähigung auf, erhaltene Anerkennung abzuspeichern und können auf diese Ressource uneingeschränkt zurückgreifen. Menschen mit einem ausgeprägten Selbstwertdefizit sind dagegen dem kontinuierlichen Erhalt von Bestätigung („narzisstischer Zufuhr“) ausgeliefert (vgl. Röhr 2014, S. 181–182).

Bezüglich Kränkbarkeit muss festgehalten werden, dass kein Mensch „unkränkbar“ bzw. gegen Kränkungen resistent ist. Unterschiedlich ist jedoch die Heftigkeit der Reaktionen. Insbesondere maligne Narzissten verfügen über hohe Vulnerabilitätsfaktoren. Andererseits sind Personen mit hohem Selbstbewusstsein, gesundem Stolz und der Fähigkeit zur Selbstregulation weniger kränkbar (vgl. Haller 2017, S. 24–25).

Weiters verfügen auch diese über Charisma, vitale Stärke und Streben nach Macht, aber sie tragen Verantwortung für ihr Verhalten und ihr Umfeld. Machtausübung dient nicht vordergründig ihrem persönlichen Vorteil, sondern der positiven Entwicklung der Gesellschaft oder Institution, für die sie Verantwortung tragen (vgl. Maaz 2014, S. 15–16).

Eine ausreichende Portion Narzissmus, ja selbst übertriebener Narzissmus, ist meines Erachtens notwendig, um als politischer Führer etwas bewirken zu können. Es ist sein Narzissmus, der ihn sich wohlfühlen lässt in seiner Haut als »Nummereins«. Narzissmus, ich wiederhole es nochmal, ist kein Unwort. (Volkan 2021, S. 540)

Positiv gelebter Narzissmus besticht durch hohes Sozialverhalten und die Fähigkeit, stabile Beziehungen zu führen. Im Entscheidungsfindungsprozess werden andere Meinungen zugelassen, ohne Rechthaberei oder erratischem Verhalten. Zu den positiven Ausprägungen zählt zudem das Vorhandensein von emotionaler Intelligenz. Demnach besteht ein klares Bewusstsein über eigene Gefühle und Bedürfnisse sowie deren Vermittlung nach Außen, ohne Beziehungen zu zerbrechen. Nicht zuletzt leben auch sie mit Ängsten, wie Misserfolg oder Scheitern, aber sie akzeptieren diese natürlichen Unsicherheiten und lassen sich nicht von ihnen aus dem Gleichgewicht werfen (vgl. Wardetzki 2017b, S. 150–154, 2017a, S. 14–17).

Die Psychoanalytikerin Hirigoyen (2020, S. 211) führt bezüglich Führungskompetenz weiters aus: „Keine Studie hat bewiesen, dass Narzissten leistungsfähigere Manager sind. Sie sind nur in Ausnahmesituationen brillanter und daher sichtbarer, aber langfristig enttäuschen sie in der täglichen Geschäftsführung, denn sie zeigen keinerlei Interesse an wenig ruhmverheißenden Aufgaben.“ Zudem finden sich dieselben Kompetenzen, wie Charisma, vitaler Stärke und Durchsetzungsfähigkeit, auch bei „Nicht-Narzissten“, jedoch mit einer „geringeren Wahrscheinlichkeit für Entgleisungen“.

„Narzissten“ werden aufgrund ihrer Strahlkraft bewundert und gelten augenscheinlich als starke Führungspersönlichkeiten. Dieser anfängliche Charme verblasst erst, wenn die Folgen ans Tageslicht treten. Einer Einschätzung zufolge sollen weltweit die Verluste für Unternehmungen, insbesondere aufgrund narzisstischer Führungskräfte, im Jahr 2019 etwa 42 Mrd. USD betragen haben (vgl. Heidbrink/Berg/Feltes 2021).

Der Organisationspsychologe Marcus Heidbrink (2021) hat sich in einer Studie mit den Auswirkungen von Narzissmus in deutschen Führungsetagen beschäftigt. Demnach wurden in der quantitativen Studie zwischen Mai und November 2020 insgesamt 9918 Testpersonen (darunter 2510 Führungskräfte) empirisch befragt und 34 qualitative Interviews mit exponierten Spitzenführungskräften durchgeführt. Die Ergebnisse belegen, je höher die Position, desto ausgeprägter sind die narzisstischen Persönlichkeitsanteile. Besonders auffällig ist dabei der hohe Männeranteil.¹⁷ Steigender Narzissmus in der Führung hat zumeist dysfunktionale Auswirkungen auf die Unternehmen

¹⁷ Detaillierte Graphik siehe: https://de.linkedin.com/posts/frauen-n-f%C3%BChrung-f-f_narzissmus-ist-in-f%C3%BChrungsetagen-weit-verbreitet-activity-6856131132925231104-iES, zuletzt abgefragt am 25.03.2025.

zufolge. Dazu zählen u. a. intrigantes und manipulatives Verhalten, wie das gegenseitige Auspielen von Mitarbeitern. Als musterartige Konsequenz verlassen die besten Mitarbeiter dysfunktionale Unternehmen (vgl. Berg 2022).

Resümee

Die vorliegende Analyse beschreibt, wie Erscheinungsformen narzisstischen Persönlichkeitsorganisationen zum Verständnis des Denkens, Fühlens und Handelns von politischen Akteuren beitragen können. Es wurde versucht ein Bild von diesem zeitlosen Phänomen zu zeichnen, mit dem Anspruch, die Analyse aktueller Handlungsmuster zu unterstützen und zur Steigerung der sicherheitspolitischen Prognosefähigkeit beizutragen.

Aktuell steht die moderne Gesellschaft unter dem Diktat des „libertären Kapitalismus“, welchen v.a. Empathielosigkeit in Verbindung mit Gewinnmaximierung ausmacht. Nicht die Gesellschaft *per se* wird narzisstischer, sondern ein Teil – die „modernen Oligarchen“, oder treffender: die „modernen Technokraten“ erweisen sich augenscheinlich als Personifizierung der „malignen“ Ausprägung. Demnach lässt sich auch eine Verschiebung der staatlichen Machtstrukturen von der Ebene der Gesellschaft und Politik auf die Ebene der Ökonomie folgern. Die liberal-demokratischen, staatlichen Strukturen verlieren an Macht bzw. sind auf die Befriedung der egozentrischen Interessen ökonomischer Machthabende beschnitten.¹⁸

Weiters kann abgeleitet werden, dass insbesondere autoritär-geführte Regime das Auftreten von destruktivem Narzissmus fördern. Vor diesem Hintergrund kann die hohe Relevanz demokratischer Kontrollmechanismen (Gewaltenteilung, *Checks* und *Balances* usw.) und ihre Notwendigkeit der Anpassung gefolgert werden, denn sind destruktive Erscheinungsformen einmal an der Macht, beginnen sie ihr negatives Potenzial unaufhaltsam zu entfalten. Rechtsstaatliche Mechanismen stoßen hier an ihre Grenzen oder werden irrelevant. Der Erfolg auf der Karriereleiter bestärkt die falsche Grandiosität und lässt sie auch persönliche Nachteile lange Zeit kompensieren. Persönlicher Triumph steht im Vordergrund und nicht das Tragen von Verantwortung. Erst persönliche Krisen, verbunden mit hohem Leidensdruck, würden eine mögliche Basis für Veränderung bilden, sind jedoch die Ausnahme.

Im politischen Kontext kommen hierbei v. a. innere Faktoren (Verteidigung der Meinungsfreiheit und des „freien Willens“, Pluralismus sowie Förderung des kritischen Diskurses) und zudem äußere Faktoren (z. B. multilaterales, internationales Engagement, Bildung von Allianzen als Gegengewicht) zum Tragen. Zudem bedarf es durchsetzungstarker, möglichst „unabhängiger“ Kommissionen, um maligne Kräfte in die Schranken zu weisen und um der Verschwendung von wertvollen Ressourcen entgegenzuwirken. Derartige Kommissionen, könnten mehrschichtig – von Familie über div. Management-

¹⁸ Vgl. ZDF/dpa/Reuters (2025): Oxfam-Studie: Reiche werden immer reicher, mehr Hungernde. URL: <https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/oxfam-studie-reichtum-armut-100.html>, zuletzt abgefragt am 29.03.2025.

ebenen, bis zur Exekutive – zur Unterstützung eingesetzt werden und aus gerichtlich beeideten Sachverständigen bestehen. Im Detail wären dies v. a. Sozialarbeiter zur Erstellung der Umfeldanamnesen, Klinische Psychologen und Psychiater zur Erstellung von Diagnosen sowie Juristen zur Sicherstellung der Gesetzeskonformität.

Zudem wird der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung große Bedeutung zugesprochen, um v.a. den „falschen Charme“ beziehungsweise nach Platons Gleichnis, den „Schein“ zu enttarnen und somit die verführerischen Mechanismen zu entkräften. Hierzu sollten Experten politische Prozesse und Interaktionen analysieren und auf mögliche destruktive Gefahren unter Abstützung auf moderne Medienplattformen das Bewusstsein schärfen.

Nicht zuletzt bleibt anzuzweifeln, ob zukünftige (politische) Entscheidungsträger sich vor der Machtübernahme einer Analyse ihrer Persönlichkeitsmerkmale unterziehen werden. Die Herausforderung manifestiert sich darin, geeignete Personen – mit positiv gelebtem Narzissmus – zu finden und in Führungsverantwortung zu heben. Doch das frühzeitige „Erkennen“ bleibt eines der schwierigsten Unterfangen überhaupt, denn wie Abraham Lincoln sinngemäß formulierte:

Willst du den Charakter eines Menschen erkennen, so gib ihm Macht.

Abraham Lincoln (16. Präsident der USA, 1861 bis 1865)

Quellen

- Arens, Elisabeth A./Barnow, Sven (2020): *Persönlichkeitsstörung*. In: Wirtz, Markus Antonius (Hrsg.): *Dorsch - Lexikon der Psychologie*. 19. überarbeitete Auflage. Bern: Hogrefe, S. 1336–1337.
- Behary, Wendy T. (2014): *Mit Narzissten leben. Wie Sie selbstbezogene Menschen entlarven und dabei wachsen können*. 2., überarbeitete und neu übersetzte Auflage von *Der Feind an Ihrer Seite*. Paderborn: Junfermann.
- Berg, Victoria (2022): *Narzissmus steht guter Führung im Weg*. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2022 (24), S. 9.
- Bierhoff, Hans Werner/Herner, Michael J. (2009): *Narzissmus - die Wiederkehr*. Bern: Huber.
- Bonelli, Raphael M. (2016): *Männlicher Narzissmus. Das Drama der Liebe, die um sich selbst kreist*. 2. Auflage. München: Kösel.
- Burns, Jennifer (2017): *Ayn Rand: Trumps Hausintellektuelle*. In: Die Zeit, 27.02.2017.
- Dammann, Gerhard (2012): *Narzissmus - Wichtige psychodynamische Konzepte und ihre Auswirkungen auf die klinische Praxis*. In: Dammann, Gerhard/Sammet, Isa/Grimmer, Bernhard (Hrsg.): *Narzissmus. Theorie, Diagnostik, Therapie*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 15–50.

- Darwin, Charles (1952): *Die Abstammung des Menschen und die sexuelle Selektion*. Leipzig: Reclam.
- Dilling, Horst/Mombour, Werner/Schmidt, Martin H. (Hrsg.) (2020): *Internationale Klassifikation psychischer Störungen. ICD-10 Kapitel V (F): Klinisch-diagnostische Leitlinien*. 10. Auflage unter Berücksichtigung der Änderungen entsprechend ICD-10-GM 2015. Bern: Hogrefe.
- Doering, Stephan (2012): *Phänomenologie und Diagnostik der narzisstischen Persönlichkeitsstörung. Die aktuellen Klassifikationen und ihre Probleme*. In: Dammann, Gerhard/Sammet, Isa/Grimmer, Bernhard (Hrsg.): *Narzissmus. Theorie, Diagnostik, Therapie*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 51–67.
- Ellis, Havelock (1898): *Autoeroticism: A Psychological Study*. In: *Alienist and Neurologist* (Band 19), S. 260–299.
- Falkai, Peter/Wittchen, Hans-Ulrich (Hrsg.) (2015): *Diagnostisches und Statistisches Manual Psychischer Störungen DSM-5*. Deutsche Ausgabe. Göttingen: Hogrefe.
- Freud, Sigmund (1924): *Zur Einführung des Narzissmus*. Wien: Internationaler Psychoanalytischer Verlag.
- Gast, Henrik/Bein, Simon (2022): *Politische Führung*. In: Zmerli, Sonja/Feldman, Ofer (Hrsg.): *Politische Psychologie. Handbuch für Wissenschaft und Studium*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Baden-Baden: Nomos, S. 199–228.
- Gruber, Maria et al. (2024): *Narzissmus - Ein Erfolgsmodell der heutigen Zeit?* In: BMLV (Hrsg.): *ACTA - Konferenz für Strategie und Sicherheitspolitik 2023. Zeitenwende?* Wien: Bundesministerium für Landesverteidigung, S. 75–80.
- Haller, Reinhard (2013): *Die Narzissmusfalle. Anleitung zur Menschen- und Selbstkenntnis*. Salzburg: Ecowin.
- Haller, Reinhard (2017): *Die Macht der Kränkung*. 6. Auflage. Wals bei Salzburg: Ecowin.
- Heidbrink, Marcus/Berg, Victoria/Feltes, Florian (2021): *Narzissmus in deutschen Führungsetagen: Die Jungbullen kommen*. In: *Manager Magazin*, aus *Harvard Business Manager* 5/2021, 19.04.2021.
- Heller, Regina (2019): *Frieden und Transformation*. In: Gießmann, Hans Joachim/Rinke, Bernhard/Schädel, Andreas (Hrsg.): *Handbuch Frieden*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS, S. 719–729.
- Herrmann, Sebastian (2024): *Immer größerer Narzissmus? Studie widerlegt Mythos der steigenden Selbstverliebtheit*. In: *Süddeutsche Zeitung*, 18.10.2024.
- Hirigoyen, Marie France (2002): *Die Masken der Niedertracht. Seelische Gewalt im Alltag und wie man sich dagegen wehren kann*. 16. Auflage. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.
- Hirigoyen, Marie France (2020): *Die toxische Macht der Narzissten und wie wir uns dagegen wehren*. München: C.H.Beck.
- Imbusch, Peter. (Hrsg.) (2013): *Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Theorien und Konzeptionen*. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Kernberg, Otto F. (1988): *Borderline-Störungen und pathologischer Narzissmus*. 3. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Kohut, H. (1966): *Forms and transformations of narcissism*. In: Journal of the American Psychoanalytic Association, 14. Jg. (2), S. 243–272.
- Kohut, Heinz (1975): *Überlegungen zum Narzißmus und zur narzißtischen Wut*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kruger, J./Dunning, D. (1999): *Unskilled and unaware of it: how difficulties in recognizing one's own incompetence lead to inflated self-assessments*. In: Journal of Personality and Social Psychology, 77. Jg. (6), S. 1121–1134.
- Kucklick, Christoph (2017): *Die granulare Gesellschaft. Wie das Digitale unsere Wirklichkeit auflöst*. 3. Auflage. Berlin: Ullstein.
- Künkel, Fritz (1985): *Die Arbeit am Charakter. Die neue Psychotherapie in ihrer Anwendung auf Erziehung, Selbsterziehung u. seelischer Hilfeleistung*. Konstanz: Friedrich Bahn.
- Maaz, Hans Joachim (2014): *Die narzisstische Gesellschaft*. Ein Psychogramm. München: Dt. Taschenbuch-Verlag.
- Mayer, Sabrina/Berning, Carl/Johann, David (2020): *The Two Dimensions of Narcissistic Personality and Support for the Radical Right: The Role of Right-Wing Authoritarianism, Social Dominance Orientation and Anti-Immigrant Sentiment*. In: European Journal of Personality (34), S. 60–76.
- Moore, Burness E./Fine, Bernard D. (1967): *A Glossary of Psychoanalytic Terms and Concepts*. New York: The American Psychoanalytic Association.
- Morgenthau, Hans J. (1963): *Macht und Frieden. Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik*. Gütersloh: Bertelsmann.
- Oberleiter, Sandra/Stickel, Paul/Pietschnig, Jakob (2024): *A Farewell to the Narcissism Epidemic? A Cross-Temporal Meta-Analysis of Global NPI Scores (1982-2023)*. In: Journal of Personality.
- Rand, Ayn (2002): *Hymne*. Hamburg: GEWIS.
- Ricard, Matthieu (2021): *Allumfassende Nächstenliebe. Altruismus - die Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit*. Ungekürzte Ausgabe, 4. Auflage. Hamburg: Blumenau.
- Rieger, Günter/Schultze, Rainer Olaf (2010): *Machttheoretische Ansätze*. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe; Band I: A-M. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H.Beck, S. 558–565.
- Röhr, Heinz Peter (2014): *Narzißmus. Das innere Gefängnis*. 13. Auflage. München: Dt. Taschenbuch Verlag.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2020): *Macht*. In: Das Politiklexikon. 7. aktualisierte u. erweiterte Auflage. Bonn: Dietz 2020. URL: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/politiklexikon/17812/macht/> (17.03.2025).
- Schultze, Rainer Olaf (2010): *Autoritäre Regime*. In: Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe; Band I: A-M. 4. aktualisierte und erweiterte Auflage. München: C.H.Beck, S. 59–62.
- Schütz, Astrid/Röhner, Jessica (2020): *Narzißmus*. In: Wirtz, Markus Antonius (Hrsg.): Dorsch - Lexikon der Psychologie. 19. Auflage. Bern: Hogrefe, S. 1218–1219.

- Stiglitz, Joseph E. (2014): *Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht*. 1. Aufl. München: Pantheon.
- Torgersen, Sverre (2021): *Genetische Aspekte narzisstischer Persönlichkeitsstörungen*. In: Doering, Stephan/Hartmann, Hans-Peter/Kernberg, Otto F. (Hrsg.): *Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie*. 2. Auflage: Schattauer, S. 129–135.
- Twenge, Jean M. (2006): *Generation Me. Why Today's Young Americans Are More Confident, Assertive, Entitled - And More Miserable Than Ever Before*. Riverside: Atria Books.
- Twenge, Jean M. et al. (2008): *Egos inflating over time: a cross-temporal meta-analysis of the Narcissistic Personality Inventory*. In: *Journal of Personality*, 76. Jg. (4), 875-902; discussion 903-28.
- Twenge, Jean M./Campbell, William Keith (2010): *The narcissism epidemic. Living in the age of entitlement*. New York: Free Press.
- Volkan, Vamik D. (2021): *Großgruppen und ihre politischen Führer mit narzisstischer Persönlichkeitsorganisation*. In: Doering, Stephan/Hartmann, Hans-Peter/Kernberg, Otto F. (Hrsg.): *Narzissmus. Grundlagen, Störungsbilder, Therapie*. 2. Auflage: Schattauer, S. 520–541.
- Wardetzki, Bärbel (2014): *Weiblicher Narzissmus. Der Hunger nach Anerkennung*. 25. Auflage. München: Kösel.
- Wardetzki, Bärbel (2017a): *Blender im Job. Vom klugen Umgang mit narzisstischen Chefs, Kollegen und Mitarbeitern*. München: Dt. Taschenbuch Verlag.
- Wardetzki, Bärbel (2017b): *Narzissmus, Verführung und Macht*. In *Politik und Gesellschaft*. München: Europa Verlag.
- Weber, Max (1972): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Winterhoff, Michael (2010): *Persönlichkeiten statt Tyrannen oder: Wie junge Menschen in Leben und Beruf ankommen*. 1. Aufl. Gütersloh: Gütersloher Verl.-Haus.
- Wirtz, Markus Antonius (Hrsg.) (2020): *Dorsch - Lexikon der Psychologie*. 19. überarbeitete Auflage. Bern: Hogrefe.
- Zukunftsinstitut (2022): *Neo-Politik: Die Neuerfindung der Demokratie*. URL: <https://www.zukunftsinstitut.de/zukunftsthemen/neo-politik-die-neuerfindung-der-demokratie> (19.03.2025).

Weißbuch der EU

Strategische Festlegung der GSVP in Zeiten geopolitischer Ungewissheiten

von Rastislav Báchora

Mit der Übernahme der Amtsgeschäfte von Donald Trump als 47. Präsident der USA am 20. Januar 2025 wurde eine neue Phase der euroatlantischen Beziehungen eingeleitet, die die EU vor sicherheits- und verteidigungspolitische Herausforderungen stellt.

Die Ungewissheit darüber, wie sich die USA als einstiger Garant für Sicherheit gegenüber ihren europäischen Partnern künftig verhalten werden, zwingt die EU zur Übernahme von mehr Verantwortung für die eigene Verteidigungsfähigkeit.

Konkret wurden von der EU-Kommission in der ersten Jahreshälfte 2025 mehrere Dokumente erlassen, die insgesamt einen wesentlichen Beitrag zur künftigen Verteidigungsunion darstellen und somit die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) essenziell weiterentwickeln.

Zentrales Element der EU im Hinblick auf die Anpassung der dynamischen sicherheitspolitischen Lage sowie der veränderten außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten der neuen US-Administration ist das erstmalige „Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“, das die GSVP insgesamt auf neue strategische Ebene hebt.

Geopolitische Ungewissheiten

In der ersten Jahreshälfte 2025 haben sich die im Vorfeld der Übernahme der Amtsgeschäfte von Donald Trump als 47. Präsident der USA getroffenen Annahmen hinsichtlich seiner Politik in den internationalen Beziehungen bewahrheitet. Dazu zählen einerseits die veränderten außen- und sicherheitspolitischen Prioritäten sowie die noch stärkere Durchsetzung von wirtschaftlichen Interessen zum Nachteil von europäischen Partnern. Wie erwartet erfolgte auch eine deutliche Änderung der Politik gegenüber der Ukraine im Krieg gegen Russland, zu dem die USA eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen vornehmlich aus wirtschaftlichen Gründen anstreben (Rosenberg 2025). Dadurch wurde die bereits 2024 angekündigte Kehrtwende der außenpolitischen Ausrichtung der USA unter Präsident Donald Trump vollzogen. Allerdings manifestierte sich in den euroatlantischen Beziehungen auch Unerwartetes, wodurch europäische Entscheidungsträger zusätzlich unter Reaktions- und Handlungsdruck gesetzt wurden. So wurden europäische Partner von der Betonung der geopolitischen und ökonomischen Machtinteressen des Weißen Hauses zum deutlichen Schaden der staatlichen Souveränität von NATO-Verbündeten überrascht.

Mit Sorge vor nicht klar einschätzbaren politischen Absichten wurde auf das Ansinnen von Donald Trump und seiner engsten Regierungsmitglieder im Untersuchungszeitraum reagiert, in dem die staatliche Souveränität und territoriale Integrität der NATO-Staaten Kanada und Dänemark angezweifelt wurde (Paternoster und Kirstaedter 2025). Während zumindest das Interesse der US-Administration, Kanada zu einem 51. Bundesstaat zu machen, im Laufe der ersten Jahreshälfte 2025 deutlich nachgelassen hat, wurde eine mögliche militärische Maßnahme zur Einnahme von Grönland immer wieder als eine Option öffentlich kommuniziert (Durach 2025). Dies veranlasste das NATO- und EU-Mitgliedsland sogar dazu, eigene verteidigungspolitische Maßnahmen bereits unmittelbar nach der Inauguration von Trump zum Präsidenten zu setzen, um der Verteidigung der eigenen Souveränität und der völkerrechtlichen Zugehörigkeit Grönlands zu Dänemark Ausdruck zu verleihen (Tagesschau 2025a). Die EU reagierte auf die Drohung aus den USA, indem sie ihrerseits Dänemark die „volle Unterstützung“ zusicherte (Costa 2025). Dies deutet darauf hin, dass die euroatlantischen Beziehungen von der Interessenlage des Weißen Hauses abhängig sind.

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Krieges in der Ukraine ist die EU zusätzlich gezwungen, sich in der GSVP strategisch auszurichten, um sich angesichts der Ungewissheiten im dynamischen Umfeld der internationalen Beziehungen weiterhin behaupten zu können. Spitzenvertreter der EU, wie die Außenbeauftragte Kaja Kallas, sensibilisierten die Öffentlichkeit dadurch, dass sie einen militärischen Angriff Russlands auf ein EU-Mitgliedsland ab 2028 nicht ausschließen (Die Welt 2025). Diesbezüglich standen GSVP-Maßnahmen im Zentrum politischer Anstrengungen, die auch zur Konzipierung und Veröffentlichung des historisch ersten Weißbuchs der EU zur Hebung der „Verteidigungsbereitschaft“ geführt haben.

Europa ohne USA

Trotz Kritik an der Politik von Donald Trump gelten die USA weiterhin als die führende Macht des Westens, jedoch dominierte in den sicherheitspolitischen Diskursen Skepsis darüber, inwieweit die Vereinigten Staaten unter der neuen Administration weiterhin ein verlässlicher Partner in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bleiben würden (Kinkartz 2025). Debatten darüber, ob die Europäer fähig wären, sich gegebenenfalls auch ohne die USA gegen Russland zu verteidigen, waren nicht nur von wissenschaftlichem Interesse, sondern erhielten auch eine ernste realpolitische Komponente. Dazu meinte Robert Brieger, österreichischer General und Vorsitzender des EU-Militärausschusses, dass die Verteidigung ohne USA eine „Illusion“ sei (Brieger 2025). Aufgrund dieser weitverbreiteten Einschätzung waren europäische Entscheidungsträger sichtlich bemüht, Donald Trump weitgehend entgegenzukommen, um keine für das transatlantische Bündnis nachteiligen Entscheidungen zu provozieren.

Wie es bereits in der ersten Amtszeit von Donald Trump als US-Präsident (2017-2021) der Fall war, wurde im Untersuchungszeitraum die NATO als zentrales Element der militärischen Abschreckung gegenüber einem potenziellen Aggressor und somit als verlässliches Bündnis infrage gestellt. Trumps Androhung, dass die USA auch aus der NATO austreten könnten (Nagel 2025), bestärkte europäische Befürchtungen und führte zu unterschiedlichen Kalkulationen alternativer Sicherheitsszenarien bei der Aufrechterhaltung der eigenen Sicherheit (Deutschlandfunk 2025). Die Verteidigungsfähigkeit europäischer NATO-Partner erhielt angesichts der höchst angespannten geopolitischen Situation im Zusammenhang der militärischen Lage in der Ukraine und der daraus möglichen resultierenden Folgen eine hohe politische Priorität. In einem Bericht des *International Institute for Strategic Studies* (IISS) wurde untersucht, welche Konsequenzen ein Rückzug der USA aus Europa hätte. Demnach müssten nicht nur rund 128.000 Angehörige der US-Streitkräfte kompensiert werden, sondern auch der finanzielle Mehraufwand für die Verteidigungsausgaben wäre enorm. Laut der IISS-Studie würden sich die Kosten auf über eine Billion US-Dollar belaufen, wenn europäische NATO-Staaten die Lücken durch den Wegfall der US-Streitkräfte in Europa füllen müssten (Barry; Barrie et al., 2025). Zwar konnte beim NATO-Gipfel am 25. Juni in Den Haag die Einigung auf die Anhebung der Verteidigungsausgaben auf 5 % des BIP erzielt werden, wodurch Trump gegenüber der Allianz positiv eingestimmt wurde (Tagesschau 2025b), allerdings stellt dies keine Garantie für die Einhaltung der Verpflichtungen der USA im Rahmen des Bündnisses dar.

Strategische Festlegung in der GSVP

Dass die EU real und nicht nur deklaratorisch mehr Verantwortung für die Verteidigung übernehmen müssen wird, war bereits vor Trumps zweiter Amtszeit offensichtlich. Eine wesentliche konzeptuelle und politische Grundlage hierfür ist das am 19. März 2025 von der EU-Kommission vorgestellte „Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“. Mit der Erstellung wurde der EU-Verteidigungskommissar, Andrius Kabilius, bereits im September 2024 beauftragt, da sich bereits unter Präsident Biden eine

veränderte Interessenlage in den USA abzeichnete. Der Kern des Auftrags von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen an Kabilus lautete:

“It should frame a new approach to defence and identify investment needs to deliver full-spectrum European defence capabilities based on joint investments, readying the EU and Member States for the most extreme military contingencies.” (von der Leyen 2024)

Das Weißbuch stellt insgesamt eine bedeutende strategische Neuausrichtung der GSVP dar, die maßgeblich durch jüngste geopolitische Verschiebungen, insbesondere die außenpolitische Neuorientierung der Vereinigten Staaten in der ersten Jahreshälfte 2025, geprägt ist. Dies kommt im Dokument selbst zum Ausdruck. Laut dem Weißbuch steht Europa vor einer „fundamentalen Wahl“ über die Zukunft, insbesondere angesichts der Tatsache, dass „traditionelle Verbündete wie die USA ihren Fokus zunehmend auf andere Weltregionen verlagern“ (White Paper 2025: 2). Daher wird die EU ihre Verteidigungspolitik eigenständiger gestalten und massiv in die eigenen Fähigkeiten investieren, wie es im Weißbuch klar hervorgehoben wird:

“The moment has come for Europe to re-arm. To develop the necessary capabilities and military readiness to credibly deter armed aggression and secure our own future, a massive increase in European defence spending is needed.” (White Paper 2025: 3)

Besonders deutlich ist die Antwort der EU auf die veränderten Rahmenbedingungen durch den vorgeschlagenen Mittelaufwand, der darauf abzielt, die militärischen Fähigkeitslücken zu schließen (White Paper 2025: 4-5). Die EU plant Investitionen insbesondere in folgenden Bereichen:

- Luft- und Raketenabwehr,
- fortschrittliche Artilleriesysteme,
- Munition („Ammunition Plan 2.0“),
- Drohnen- und Anti-Drohnen-Technologien,
- KI, Quantum-Technologie, Cyber und elektronische Kampfführung,
- militärische Mobilität und die Entwicklung strategischer Infrastrukturen umfassend aufzurüsten (White Paper 2025: 7).

Parallel ist eine intensive Förderung des europäischen Binnenmarktes für Rüstungsgüter vorgesehen. Diese wird als essenziell angesehen, um die technologische und wirtschaftliche Souveränität der EU zu gewährleisten. Die Neuausrichtung der USA hin zum Indopazifik, insbesondere im Kontext der Konfrontation mit China, bestärkt die EU, die eigenen Sicherheitsinteressen deutlicher zu artikulieren und selbstständiger zu verfolgen. Zudem wird auch betont, dass die Sicherheit der Ukraine unmittelbar die Sicherheit Europas berührt, und daher wird im Weißbuch die Absicht bekräftigt, die Unterstützung des von Russland angegriffenen Landes zu intensivieren. Die Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine werden strategisch als „Porcupine Strategy“ bezeichnet (White Paper 2025: 10), wodurch auch hier eine Systematik der Nachhaltigkeit erkennbar ist. Allgemein sind für die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsbereitschaft unterschiedliche Instrumente vorgesehen.

Am 27. Mai verabschiedete der Rat das Programm SAFE (Security Action for Europe), das insgesamt 150 Mrd. Euro für die im Weißbuch definierten Vorhaben vorsieht (Rat der Europäischen Union 2025). Mit den in der ersten Jahreshälfte 2025 getroffenen Beschlüssen hat die EU auf die veränderten Parameter der internationalen und europäischen Sicherheitspolitik reagiert und sich gewissermaßen auch strategisch festgelegt, die GSVP nachhaltig handlungsfähig zu machen.

Resümee und Ausblick

Die sicherheitspolitischen Entscheidungsprozesse in der EU werden einerseits von der fehlenden Planbarkeit hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der euroatlantischen Partnerschaft und andererseits durch das nicht vorhersehbare Verhalten Russlands als geopolitischer Akteur erschwert. Die Konsequenz ist eine beschleunigte Umsetzung von geplanten verteidigungspolitischen Initiativen. Das verteidigungspolitische „Weißbuch zur europäischen Verteidigung – Bereitschaft 2030“ kann als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur möglichen Entstehung einer Verteidigungsunion interpretiert werden. Obwohl dieses Vorhaben noch vor der zweiten Amtszeit von Donald Trump als Präsident eingeleitet wurde, scheinen die Veränderungen der US-Außenpolitik für die Umsetzung der Pläne von höchster Relevanz zu sein. Ungeachtet des Ergebnisses des NATO-Gipfels wird daher die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der EU im Rahmen der GSVP weiter vorangetrieben.

Quellen

- Barry, Ben; Barrie, Douglas; Boyd, Henry et al. (2025): Defending Europe Without the United States: Costs and Consequences, IISS.<https://www.iiss.org/research-paper/2025/05/defending-europe-without--the-united-states-costs-and-consequences/> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Brieger, Robert (2025) zitiert in: Fink, Anna Giulia; Tschiderer, Martin (2025): Oberster EU-General Brieger: „Sich alleine verteidigen zu können ist eine Illusion“, 7.5.2025, <https://www.derstandard.at/story/3000000264415/sich-alleine-verteidigen-zu-k246nnen-ist-eine-illusion> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Costa, Antonio (2025) zitiert in: Ferreira de Almeida, Sérgio; Liboreiro, Jorge (2025): EU-Ratspräsident Costa: EU gibt Dänemark "volle Unterstützung" gegen Trumps Drohungen, <https://de.euronews.com/my-europe/2025/01/29/eu-ratsprasident-costa-eu-gibt-danemark-volle-unterstutzung> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Deutschlandfunk (2025): Die Europäische Union will Verteidigung neu denken, 7.3.2025, <https://www.deutschlandfunk.de/europa-usa-partnerschaft-bedrohung-russland-putin-trump-100.html> (zuletzt eingesehen am 26.6.2025).
- Die Welt (2025): Europäische Geheimdienste warnen vor möglichem Angriff Russlands ab 2028, 28.1.2025, <https://www.welt.de/politik/ausland/video255207466/Kaja-Kallas-Europaeische-Geheimdienste-warnen-vor-moeglichem-Angriff-Russlands-ab-2028.html> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).

- Durach, Felix (2025): Trump droht mit Annexion von Grönland – und schließt Militäreinsatz nicht aus, 2.4.2025, <https://www.fr.de/politik/trump-droht-mit-annexion-von-groenland-und-schliesst-militaereinsatz-nicht-aus-zr-93656854.html> (zuletzt eingesehen am 24.6.2025).
- Kinkartz, Sabine (2025): ARD-Deutschlandtrend: USA kein verlässlicher Partner mehr, 6.3.2025, <https://www.dw.com/de/ard-deutschlandtrend-usa-kein-verl%C3%A4sslicher-partner-mehr/a-71851036> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Nagel, Tadgh (2025): Trump erwägt Nato-Ausstieg: US-Optionen werden geprüft, 26.3.2025, <https://www.fr.de/politik/trump-erwaegt-nato-ausstieg-us-optionen-werden-geprueft-zr-93645526.html> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Paternoster, Tamsin; Kirstaedter Margitta (2025): Mega-USA-Plan: Trump will Kanada und Grönland, 7.1.2025, <https://de.euronews.com/2025/01/07/mega-usa-plane-trump-will-kanada-und-gronland> (zuletzt eingesehen 25.6.2025).
- Rat der Europäischen Union (2025): SAFE: Der Rat verabschiedet Fördermittel für die gemeinsame Beschaffung, 27.5.2025, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/05/27/safe-council-adopts-150-billion-boost-for-joint-procurement-on-european-security-and-defence/> (zuletzt eingesehen am 26.5.2025).
- Rosenberg, Steve (2025): Trump takes US-Russia relations on rollercoaster ride, 4.4.2025, <https://www.bbc.com/news/articles/cx27yqld0qpo> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Tagesschau (2025a): Dänemark verstärkt Militär in der Arktis, 27.1.2025, <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/daenemark-arktik-nordatlantik-militaer-ruestungsausgaben-102.html> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- Tagesschau (2025b): <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/nato-gipfel-ergebnisse-100.html> (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- von der Leyen, Ursula (2024): Mission Letter, Andrius Kubilius Commissioner-designate for Defence and Space, 17.4.2024, https://commission.europa.eu/document/download/1f8ec030-d018-41a2-9759-c694d4d56d6c_en?filename=Mission%20letter%20 (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).
- White Paper for European Defence – Readiness 2030, EU-Kommission März 2025, https://commission.europa.eu/document/download/e6d5db69-e0ab-4bec-9dc0-3867b4373019_en?filename=White%20paper%20for%20European%20defence%20%E2%80%93%20Readiness%202030.pdf (zuletzt eingesehen am 25.6.2025).

Die transatlantische Allianz am Ende?

Die NATO in Den Haag „and beyond“

von Otto Naderer

Donald Trump hat als 47. US-Präsident die lang gültige sicherheitspolitische Ordnung stärker beschädigt, als es für viele Fachleute denkbar war. Abkehr von Europa – bei gleichzeitiger Hinwendung zur Russischen Föderation, mit Verständnis für dessen imperiale Politik, drängen die Frage nach der Zukunft der NATO als Schlüsselement des transatlantischen Westens in den Vordergrund. Darauf wird der Ende Juni in Den Haag stattfindende NATO-Gipfel erste Antworten geben, wobei aber davon auszugehen ist, dass Europa mehr Verantwortung tragen muss.

Einleitung

Wenn auch für die Europäer schon während der Amtszeit von J. Biden erkennbar war, dass die USA einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine zögernd bis ablehnend gegenüberstanden, so blieb es doch D. Trump als 47. US-Präsidenten vorbehalten, dies mit aller Deutlichkeit und Schärfe auszusprechen. Das ist bedeutsam, denn wie sich die Zukunft für den EU-Beitritts-kandidaten gestaltet, hat direkte Auswirkungen auf die künftige Sicherheit Europas. Und für die jahrzehntelangen Partner hat der neue/alte Amtsträger beinahe ausschließlich Ablehnung und Verachtung übrig, die sich vor allem in plumpen, brutalen territorialen Forderungen und androhten, zumeist weit übertriebenen Zolltarifdrohungen zeigen. Gleichzeitig ist eine Annäherung an Moskau mit der Bereitschaft erkennbar, im Sinne der Zuerkennung von Einflusssphären die Ukraine zu opfern und wenn es einer bilateralen Aussöhnung Washington – Moskau förderlich ist, große Teile Europas gleich dazu. Das lässt die Europäer nach langer Gewöhnung an das Suchtmittel „Sicherheit über den amerikanischen Schutzschirm“ ratlos zurück, denn es ist gerade das nun brüchige Beistandsversprechen, das Europa in einer ohnehin durch den russischen Angriff auf sein Vorfeld schon sehr schwierigen Lage noch unsicherer werden lässt. Die europäischen NATO-Alliierten müssen sich darauf einstellen, dass es die USA mit dem schon unter Obama eingeleiteten „pivot to Asia“ ernst meinen, was eine massive Reduktion des Europa-Engagements bedeuten wird. Zu lange hatten sie die warnenden Töne aus Washington ignoriert.

Krim 2014 – totaler russischer Angriff 2022

Im Gefolge der russischen Besetzung und nachfolgender Annexion der Krim vereinbarten die NATO-Alliierten auf ihrem Gipfeltreffen in Wales eine Zielmarke von 2 % BIP für Verteidigungsausgaben, die aber erst 2024 für alle gelten sollte. Dementsprechend schleppend ging die „Aufrüstung“ voran und entscheidender war der in Wales vorgenommene Strategiewechsel. Nach Bosnien, dem Kosovo und vor allem Afghanistan, wo im selben Jahr der Kampfeinsatz unter UN-Mandat beendet wurde, schwenkte die Allianz nach 15 Jahren Stabilisierungsoperationen notgedrungen wieder auf Abschreckung gegen Russland um. War die Reaktion des Bündnisses auf den russischen Krieg in Georgien 2008 noch kaum wahrnehmbar, ja sogar von partnerschaftlicher Annäherung an Russland geprägt, wie im „Strategischen Konzept 2010“ verankert, so änderte sich dies nun, wenn auch wieder nur gemächlich. Erst 2017 wurden auf Drängen der Staaten an der Ostflanke über die „enhanced forward presence“ Kräfte stationiert, noch voll in Übereinstimmung mit der NATO-Russland-Gründungsakte aus 1997. Also geringe Kräfte auf Rotationsbasis, im Konkreten von Estland bis Polen je ein multinationales Bataillon. Eine Ergänzung erfuhr dieser erste Aufmarsch durch die „tailored forward presence“ vor allem in Rumänien und Bulgarien. Hand in Hand mit diesen Schritten ging auch eine Änderung in der Rüstung einher, von der früheren Konzentration auf leichte, rasch verlegbare Ausrüstung für weit entfernte Expeditionseinsätze nun zu wieder schwererem Gerät für den Verteidigungskrieg.

In all den Jahren änderte sich die Haltung zur Ukraine aber kaum. Das bilaterale Verhältnis war durch die ebenfalls 1997 eingerichtete NATO-Ukraine-Kommission definiert, in ihrer Bedeutung doch eine deutliche Stufe unter dem NATO-Russland-Rat aus 2002. Und somit waren die Unterstützungsmaßnahmen der NATO auch bescheiden und konzentrierten sich im Wesentlichen auf eine Ertüchtigung der Streitkräfte Kiews. Es darf nicht vergessen werden, dass die Jahre ab 2014 eben noch vom Bemühen einzelner NATO-Alliierter um Ausgleich mit Russland bestimmt waren, wie in der Errichtung von Nord Stream 2 beispielhaft erkennbar.

Das änderte sich erst mit dem russischen Einmarsch 2022. Nun erfuhr die Ukraine mehr Aufmerksamkeit, wenn die ihr auch von den einzelnen Ländern zugestandenen Waffenlieferungen oft ungenügend und mit Einsatzbeschränkungen versehen waren. NATO-intern wurde ihre Stellung als Partner durch die Aufwertung der NATO-Ukraine-Kommission zum NATO-Ukraine-Rat gefestigt, was Kiew ermöglichte, in dessen Rahmen wie ein Verbündeter eigene Anliegen gleichberechtigt zur Sprache zu bringen. Das Bündnis übernahm mit der in Wiesbaden aufgebauten *NATO Security Assistance and Training for Ukraine* (NSATU) schließlich auch die Koordination der alliierten Waffenlieferungen und Ausbildungsunterstützung für die ukrainischen Streitkräfte.

Zusammenfassend muss aber festgehalten werden, dass die militärische wie zivile Unterstützung der NATO-Alliierten der Ukraine zwar das Überleben, nicht aber ein erfolgreiches Zurückschlagen der russischen Angriffskräfte ermöglichte. Auch die schon seit 2008 bestehende Sprachregelung, wonach die Ukraine irgendwann einmal Mitglied der Allianz sein werde, fand sich nur in offiziellen Verlautbarungen. Hinter diesen war erkennbar, dass dafür die nötige Einstimmigkeit fehlte, wie die zögernde Haltung der USA und Deutschlands und das ohnehin sehr wahrscheinliche Veto Budapests zeigten. Davon abgesehen erkannten die meisten aber die Gefahr, die von der imperialistischen Politik Moskaus ausging, was zu einer ab 2022 doch merkbar rascheren Annäherung an die „2 % BIP-Marke“ führte. Diese wurde drei Jahre später doch von gut zwei Drittel der NATO-Mitgliedsstaaten erfüllt. In dieser Lage trat am 20. Jänner 2025 D. Trump seine zweite Präsidentschaft an.

D. Trump und der NATO-Gipfel in Den Haag

Und er erschütterte gleich die alte, über Jahrzehnte aufgebaute Sicherheitsordnung in Europa, obwohl von dieser beide Seiten des Nordatlantiks profitierten. Territorialforderungen an Dänemark, allgemeine Infragestellung der demokratischen Verfassung der europäischen Länder, Brüskierung des ukrainischen Präsidenten Selenskyj verbunden mit der Bereitschaft, die Unterstützung Kiews zu beenden. Gleichzeitig erfolgte eine Annäherung an Moskau, dessen Verantwortung für den Krieg in Zweifel gezogen, dessen Kriegsziele weitgehend bestätigt und dessen Führung die Aufhebung der Sanktionen in Aussicht gestellt wurde, wenn sie zu einem raschen Frieden bereit wäre. Den völlig überraschten Europäern wurde lapidar mitgeteilt, dass sie bei allfälligen Friedensverhandlungen keine Rolle spielen würden und sie nun allein für die fortgesetzte Hilfe der Ukraine aufkommen müssten, sofern sie das für wichtig erachteten. Was aber in der seit 2022 angespannten Lage am meisten

wog, war die greifbare Unsicherheit des amerikanischen Beistandes für Europa, so wie er seit 1949 über die NATO verankert war.

Die neuerdings höfliche Behandlung Russlands, das im Gegensatz zu den europäischen Alliierten weder mit Schimpf und Schande noch mit Zollerhöhungen seitens der Trump-Administration überzogen wurde, zwingt regelrecht dazu, Überlegungen zu einer neuen US-Strategie anzustellen. Denkbar ist, dass die Russische Föderation als neutraler oder aktiver Partner in einer neu zu bildenden Allianz anerkannt wird, um es von China, mit dem sie in den vergangenen Jahren wegen des Kriegs in der Ukraine enge partnerschaftliche Beziehungen aufgebaut hat, wieder zu trennen. Damit wäre die Achse Moskau-Peking entscheidend geschwächt und das relative Gewicht Washingtons im Vergleich zu den beiden Konkurrenten gestärkt, besonders in Bezug auf Peking, den eigentlichen Adressaten im Sinne des „pivot to Asia“.

Oder Russland und China werden beide als Verbündete in einer neuen Ordnung gesehen, die ähnlich wie bei der Heiligen Allianz nach dem Wiener Kongress 1815 jedem der drei wesentlichen Akteure eine eigene Rolle mit Einflussosphäre zuordnet. Darauf deuten obige Avancen und die Absichten der US-Regierung hin, Russland wieder als vollwertiges Mitglied in den Kreis der stärksten Wirtschaftsnationen aufzunehmen, also die G7 wieder auf die ursprünglichen G8 auszuweiten. Und auch der Wirtschaftskrieg mit China dürfte doch nicht in der Schärfe geführt werden, wie ursprünglich hinausposaunt. Denn die eigentlichen Feinde der USA sind nicht die von Trump als „große Staatsmänner“ bezeichneten Regierungschefs in Moskau und Peking, die eigentlichen Feinde sind die illegale Migration, der „Wokismus“, die zu liberalen Ideen der letzten Jahrzehnte, sexuelle Minderheiten und der islamische Terrorismus – die „inneren Feinde“ eben und schließlich die EU mit der von Trump ausgemachten wirtschaftlichen Übermacht, die diese zum Nachteil der USA einsetzt.

Beide Stoßrichtungen würden eine Aufgabe der Ukraine bedeuten und bis zu einem gewissen Grad auch Europas, da beide „alten“ Alliierten in diesem strategischen Ansatz keine Rolle mehr spielen würden. Für beide wäre diese Politik auch sehr gefährlich, denn sie würde Putin freie Hand geben, um seine autoritär-revisionistische Politik zuerst mit einem Sieg über Kiew zu festigen und danach auf den alten Kontinent auszudehnen, da er zumindest dessen östlichen Teil als seine Einflussosphäre betrachtet. Darauf weist die Rhetorik der russischen Führung hin, die von „unseren baltischen Provinzen“ statt von souveränen Staaten spricht und vor allem die von Moskau zur Jahreswende 2021/22 im Vorfeld des Angriffs auf Kiew vorgebrachten Forderungen, welche im Kern eine massive Einschränkung der NATO-Osterweiterung nach 1999 bedeuten würden. Und natürlich auch der schon gegebene *de facto* Kriegszustand unterhalb der militärischen Schwelle, also hybrid über russische Cyberangriffe, Desinformation, politische Auftragsmorde wie jenen im Berliner Tiergarten, Sabotage der Unterseekabel in der Ostsee und der Migrationsdruck an der EU-Ostgrenze, alles Instrumente, die schon jetzt in die Tiefe des europäischen Raumes wirken.

In dieser ernsten Lage wird der für Ende Juni in Den Haag anberaumte NATO-Gipfel die nächste Zukunft des nordatlantischen Bündnisses klärend bestimmen. Für die europäischen Alliierten ist trotz aller Differenzen die Aufrechterhaltung des amerikanischen Schutzversprechens unverändert nötig, da sie hier v. a. im nuklearen Bereich stark abhängig sind. Die erkennbar verzweifelten Bemühungen des Generalsekretärs Rutte, die NATO in der bekannten Form zu erhalten, verbunden mit einer fallweise unterwürfigen Haltung D. Trumps gegenüber, sprechen Bände über seine Furcht vor einer NATO ohne die USA. Aber die europäischen Nuklearmächte Großbritannien und Frankreich sind der Russischen Föderation eben weit unterlegen und damit wäre ein alleinstehendes Europa reif für jegliche atomare Erpressung in einer zukünftigen Weltordnung, in der (militärische) Stärke und nicht mehr das Recht dominiert. Ein Mittel zur Gewährung des alten Beistandes könnte die Marke von 5 % BIP für künftige Verteidigungsbudgets sein, wie sie der Geschäftsmann Trump als für ihn verständliche Referenz fast schon obsessiv verfolgt. Bei einem Treffen der NATO-Verteidigungsminister einigten sich diese auch Anfang Juni darauf, wenn auch noch ohne Definition eines zeitlichen Horizonts. Dabei könnten 3,5 % für die eigentlichen Verteidigungsaufgaben, die übrigen 1,5 % für die damit zusammenhängende Infrastruktur wie Transportwege, für die Cyberabwehr und für die Ukraine-Hilfe etc. gerechnet werden. Andere „offene Baustellen“ wie die in Washington beim letzten Gipfeltreffen eigentlich vereinbarte Ausarbeitung einer aktualisierten Russlandstrategie der NATO, die fortgesetzte, koordinierte Unterstützung der angegriffenen Ukraine oder gar deren versprochene Mitgliedschaft in der NATO, werden wegen der anhaltenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Washington und dem Großteil der restlichen Alliierten nicht einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden können. Ja, nicht einmal die Teilnahme Kiews am Gipfel, so wie es ab 2022 Tradition wurde, ist gesichert, da niemand es wagt, Trump zu verärgern. Aber das über die 5 % signalisierte europäische Aufrüstungsversprechen könnte D. Trump als seinen Sieg verbuchen und den amerikanischen Steuerzahlern als Erfolg verkaufen, worin er ja beinahe unübertrefflich ist. Politisch wäre damit die Transformation der NATO hin zu mehr europäischer Verantwortung eingeleitet und deren Zusammenbruch verhindert – zumindest bis auf Weiteres.



NATO Secretary General visits United States in preparation for
The Hague Summit, aus: NATO Homepage (www.nato.int)
vom 25. 4. 2025, abgerufen am 16. 6. 2025.

Denn was die Europäer auf ihrem Weg zu mehr Eigenverantwortung noch bräuchten, wäre ein mit den USA klar abgestimmter Fahrplan für die nächsten fünf bis sieben Jahre, um zu wissen, wie sie einen möglichen US-Rückzug aus Europa zu kompensieren hätten. Denn diese Zeitspanne ist ein Minimum, um Europa „kriegstüchtig“ zu machen. In dieser Mammutaufgabe müssten die USA also bis zu einem gewissen Grad eingebunden bleiben, was vorstellbar ist, da Washington über eine „transformierende NATO“ eine zwar abnehmende, aber dennoch fortgesetzte Einflussnahme auf Europa ausüben kann.

Resümee und Ausblick

Wie auch immer die NATO sich genau weiterentwickeln wird, muss eines auf alle Fälle zur Kenntnis genommen werden: die USA sind kein verlässlicher Partner Europas mehr und bedrohen damit den Kern des seit 1949 erfolgreichen Bündnisses. Es hilft da auch kein Hoffen auf einen Regierungswechsel in den USA ab 2029, da dieser noch weit weg und sowieso mehr als ungewiss ist. Stärker muss schon die Hoffnung sein, dass die Russische Föderation diese Schwächephase nicht zu einem Test der europäischen Solidarität ausnützen könnte, was besonders nach einem Sieg über Kiew denkbar ist. Dafür genügt ein Hinweis auf einen Ansatz bei den russischen Minderheiten im Baltikum, das vielerorts diskutierte „Narwa-Szenario“.

Auf diese möglichen ernststen Entwicklungen und den durch die USA in kürzester Zeit ausgelösten Vertrauensverlust kann Europa nur mit mehr Eigenständigkeit, mit „Strategischer Autonomie“ reagieren, wie sie der französische Präsident Macron bereits 2017 forderte. Parallel dazu müssen auch vorrangig europäische und nicht mehr wie bisher amerikanische Rüstungsgüter beschafft werden, um Abhängigkeiten Richtung Washington zu reduzieren und dieser Autonomie eine gesicherte Basis zu verschaffen. Ziel muss sein, dass Europa vom Ausgang einer US-Präsidentschaftswahl und den Launen des dann gewählten höchsten Repräsentanten der Vereinigten Staaten nicht mehr so umfassend abhängig ist, wie es derzeit noch der Fall ist. Die oben entworfene Zeitspanne von fünf bis sieben Jahre muss Europa nutzen, um irgendwie aus der NATO „beyond“ eine ETO (European Treaty Organisation) zu bilden, allenfalls unter Einschluss Kanadas und soweit nötig in Kooperation mit den USA. Das kann gelingen, solange die europäischen Staaten in größtmöglicher Einheit dieses Ziel verfolgen.

Achtzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es auch Zeit für Europa, sicherheitspolitisch eigenständig zu werden. Die Bemühungen reichen ohnehin schon bis in das Jahr 1996 zurück, als damals innerhalb der NATO eine „European Security and Defence Initiative“ begonnen wurde. „Strategische Autonomie“ würde Europa auch erlauben, den USA auf Augenhöhe zu begegnen, wie immer die NATO dann aussehen mag.

Und Österreich? Österreich sollte diese Transformation der NATO aufmerksam verfolgen, denn eine Europäisierung des Bündnisses könnte zur Frage führen, wie es unser Land in den dann völlig veränderten sicherheitspolitischen Gegebenheiten mit der Neutralität hält.

Europa allein

Ukraine-Unterstützung, Nachrüstung und die Abschreckung Russlands ohne US-amerikanische Unterstützung

von Gustav C. Gressel

Als Russland am 24. Februar 2022 seinen Krieg gegen die Ukraine zur Vollinvasion ausweitete, stand für Europa mehr auf dem Spiel als nur das Schicksal der Ukraine selbst. Russland hatte bereits in den Jahren zuvor seine Unzufriedenheit mit der politischen Ordnung in Europa bekundet.

Im Dezember 2021 wurde Moskau konkret. Es forderte eine neue Sicherheitsordnung, die Russland nicht nur eine exklusive Einflussosphäre in Osteuropa zugestehen sollte, sondern durch eine Rücknahme der NATO-Osterweiterung und Abzug amerikanischer Truppen und Atomwaffen aus Europa den europäischen Kontinent auch zur Verfügungsmasse russischer Zwangsmaßnahmen erklärt werden sollte (MID, 2021). Damit war klar, dass Moskau seine für sich beanspruchte Großmachtrolle durch die Position der Vorherrschaft über den europäischen Kontinent verwirklicht sehen wollte. Die Ukraine in einen gefügigen Vasallenstaat zu verwandeln, war der erste Schritt in diese „neue Welt“.

Um diese neue russische Welt aufzuhalten, oder gar im Keim zu ersticken und, die Prinzipien der „alten Ordnung“ – Souveränität und Gleichberechtigung der Staaten – aufrechtzuerhalten, suchten die Europäer das militärische Überleben der Ukraine zumindest abzusichern. Dass die Kyiv den Krieg nicht verlieren dürfe, dass es keinen Diktatfrieden nach Moskaus Gutdünken geben dürfe, war der Minimalkonsens, dem sich sogar der zögerlichste Kanzler anschloss. In der Umsetzung dieser Minimalstrategie lehnte man sich stark an die USA an, auch wenn der damalige US-Präsident Joe Biden selbst nie einen langfristigen Plan entwickelte, wie dieses Ziel zu erreichen wäre. Stattdessen wurstelte man sich durch die Lage, immer gerade das Notwendigste tuend, damit die Ukraine nicht untergeht. Diese Zögerlichkeit rächt sich nun, da unter Donald Trump die amerikanische Militärhilfe für die Ukraine ausläuft, während Europa erst am Beginn eines Nachrüstungsprozesses steht, der Abwehrbereitschaft erst in mittelfristiger Zukunft verspricht.

Frieden durch Schwäche?

Noch als Präsidentschaftskandidat versprach Donald Trump vollmundig, den russisch-ukrainischen Krieg zu beenden, ohne freilich überlegt zu haben, wie und welche vorbereitenden Maßnahmen dazu notwendig wären. In einer Mischung aus Selbstüberschätzung, Unkenntnis und linkem Vulgärpazifismus glaubte er, einen „Deal“ relativ schnell einfädeln zu können.

Zunächst heuerte Trump den pensionierten General Keith Kellogg an, der im Grunde die Fortsetzung der Biden-Politik – eingehüllt in MAGA-Rhetorik – vorschlug: ein Waffenstillstand sollte angestrebt werden, die Ukraine sollte ein souveräner und wehrfähiger Staat bleiben, und sollte Russland nicht verhandlungsbereit sein, würden die USA die militärische Unterstützung für die Ukraine auch erhöhen.

Davon blieb allerdings nach dem ersten direkten Telefonat zwischen Trump und Putin nichts übrig, in dem der Kreml, den amerikanischen Präsidenten mit seinen Narrativen völlig vereinnahmen konnte. Auch wurde Kellogg durch Steve Witkoff ersetzt, der in geradezu unterwürfiger Manier russische Propaganda repliziert. Seitdem testet Putin ständig an, ob die USA gewillt wären, auch Druck auf Moskau auszuüben: durch gezielte, plakative Angriffe auf Zivilisten in der Ukraine, durch Provokationen gegen europäische Verbündete, und nicht zuletzt das demonstrative Hinauszögern der Verhandlungen mit der Ukraine. Doch nichts führt in den USA zu Konsequenzen. Putin hat mittlerweile ein recht klares Bild, dass er in der Ukraine und vermutlich auch in Europa freie Hand hat.

Die Verhandlungen in Istanbul sind nichts anderes als ein Scheingefecht. Die russischen Forderungen nach Kapitulation der Ukraine und Transformation in einen Vasallenstaat sind bereits seit 2022 bekannt und haben sich seither um keinen Strich verändert. Man tarnt die Forderung nach Kapitulation unter den Begriffen der „de-Militarisierung“ (also die Entwaffnung der Ukrainischen Armee, um das Land wehrlos besetzen zu können) und „de-Nazifizierung“ und Neuwahlen (also dem Verlangen Moskaus, einen Statthalter einzusetzen). Dass Moskau von diesen Maximalforderungen seit den Tagen vor der Invasion nicht abgerückt ist, zeigt, dass der Kreml zuversichtlich ist, diesen Krieg noch militärisch gewinnen zu können.

Doch anstatt mit Konsequenzen zu drohen und den Druck auf Moskau zu erhöhen, versucht die Trump-Administration Putin durch Entgegenkommen freundlich zu stimmen: in den Vereinten Nationen stimmt man nun mit Venezuela, Nordkorea und dem Iran, um Russland in watteweichen Resolutionen in keinsten Weise zu verurteilen, russische Forderungen (etwa der Verzicht auf NATO-Beitritt der Ukraine) werden ohne Gegenleistung zu erwarten übernommen, Maßnahmen zur Eindämmung russischen Einflusses (etwa im Bereich der Cyber- und Informationssicherheit) einseitig zurückgenommen, aktive gegen Russland gerichtete Cyberoperationen werden abgebrochen (die Attacken Russlands gegen die USA laufen freilich ungehindert weiter) und die – nicht vorhandene – Verhandlungsbereitschaft Putins wird in der öffentlichen Kommunikation beschworen. Höhepunkt einer anti-ukrainischen Propagandakampagne durch die amerikanische Regierung war die

Unterbrechung sämtlicher Militärhilfe (auch jener, für welche die Ukraine selbst bezahlt hat) und der nachrichtendienstlichen Informationsweitergabe Anfang März 2025.

Freilich hat das demonstrative Zeigen von Schwäche und Unterwürfigkeit durch Trump Putin in keinsten Weise gesprächsbereiter gemacht. Im Gegenteil, es hat in Moskau das Gefühl der Überlegenheit und Siegesgewissheit gefestigt. Während man die USA diplomatisch demütigt und vorführt, wird der Krieg mit aller Härte weitergeführt, um ihn militärisch im Sinne Moskaus zu entscheiden. Die Verhandlungen mit Russland sind nicht der einzige Punkt, an dem die Trump Administration Schwäche zeigt – sobald sich dem Präsidenten nennenswerter Widerstand entgegenstellt oder ein Fortsetzen seiner Politik mit ernsthaften Risiken verbunden ist, lenkt Trump ein: im Handelsstreit mit China, nahm er hohe Zölle schnell zurück, ohne irgendein Zugeständnis von Peking zu bekommen (etwa die Aufwertung des Renminbis). Gegen die Huthis zog man mit großer Brust zu Felde, doch als diese beinahe zwei amerikanische Kampfflugzeuge abschossen, verkündete Trump schnell den „Sieg“ und einen separaten Waffenstillstand. Freilich weiß bis heute niemand, worin der Sieg bestand. Gegen den Iran griff man erst militärisch ein, nachdem Israel die iranische Fliegerabwehr vollständig niederkämpfte und die Rutsche zu dem, was Trump später seinen Erfolg nannte, legte. Und trotz dem ist nicht klar, ob am Ende ein strengeres Atomabkommen unterzeichnet wird, als das von Obama ausgehandelte *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) – das man damals freilich als viel zu weich kritisierte. Von einem so weichen und risikoaversen amerikanischen Präsidenten ist nicht zu erwarten, dass er entscheidend Druck auf Moskau ausübt – selbst, wenn ihn Putin „enttäuscht“. Auch wenn sich einige republikanische Senatoren mit großen Sprüchen als Falken generieren wollen, das ist nichts als nach innen gerichtete PR. Von der Trump-Administration ist keinerlei richtungsweisende Handlung zu erwarten.

Ohne Druck, der die Position Moskaus verändern könnte, kann die Verhandlungsfarce nur in zwei Szenarien münden:

- 1) Trump und Putin unterzeichnen ein „Friedensabkommen“ über die Köpfe der Ukrainer und Europäer hinweg: ohne Druck auf Russland kann dieses Abkommen nur durch amerikanisches Einknicken zustande kommen, also den russischen Interessen vollumfänglich entgegenkommen. Damit würde ein europäischer Staat gegen seinen Willen nicht nur Teile seines Territoriums, sondern auch seiner Souveränität beraubt. Nichts von dem kann die Ukraine akzeptieren. Und auch das übrige Europa kann nicht hinnehmen, dass externe Mächte so über den Kontinent verfügen. Weitere potenzielle Opfer amerikanisch-russischer Freundschafts- und Kooperationsabkommen gäbe es zu Genüge.
- 2) Die USA ziehen sich aus den Verhandlungen zurück und verteilen die Schuld für das Nicht-Zustandekommen des Vertrages unter den ehemaligen Alliierten wie der Ukraine: damit wäre die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine auch Geschichte und Russland führt den Krieg weiter. Allerdings sind die Bedingungen des US-

Ausstiegs an den Rändern verhandelbar: etwa könnten die USA den Europäern erlauben, weiterhin Waffen und Munition für die Ukraine zu kaufen.

Aus europäischer Sicht ist es freilich sinnvoll zu versuchen, durch diplomatisches Engagement in Richtung Szenario zwei zu schieben. Dies geschah auch seither durch die sogenannte „Koalition der Willigen“ unter der Führung von Frankreich, Großbritannien, Polens und Deutschlands. Was dabei allerdings aus den Augen verloren wird, ist, dass in jedem Fall die militärische Unterstützung der Ukraine durch die USA im Auslaufen begriffen ist. Die unter der Biden-Administration beschlossene und finanzierte Militärhilfen werden zwar noch ausgeliefert, aber neue Hilfspakete sind nicht in Sicht. Auf das Auslaufen dieser Unterstützung zielt auch die Verzögerungstaktik im Kreml ab. Dort gedenkt man dann, den Krieg zu günstigeren Bedingungen gewinnen zu können. In jedem Fall wird Europa die Ukraine ab etwa Juni „allein“ unterstützen. Sollte es Europa nicht schaffen, das militärische Überleben Kyivs zu sichern, wäre nicht nur die freie Ukraine Geschichte. Moskau würde sich in der Annahme bestätigt sehen, dass die Europäer nicht in der Lage wären, einem russischen Angriff etwas entgegensetzen zu können.

Kann Europa die Ukraine allein unterstützen?

Selbst Zelenskyy gab in einem Interview der Ukraine geringe Übernebelchancen ohne amerikanische Unterstützung (NYT, 14.02.2025). Ein einfaches Unterfangen ist es nicht, aber kein unmögliches. Seitdem der Westen 2022 sehr zurückhaltend auf ukrainische Gesuche nach Rüstungshilfe reagiert hatte, bemühte sich Kyiv um eine Revitalisierung der eigenen Produktionskapazitäten. Im Bereich der Drohnen, leicht gepanzerten Fahrzeuge, Artillerie, Führungsmittel sowie Fernwaffen (Marschflugkörper, ballistische Raketen) wurden beträchtliche Erfolge erzielt, und das Land weit weniger abhängig von Lieferungen aus dem Ausland gemacht. Finanzielle Hilfen aus der EU und deren Mitgliedstaaten haben zu dieser Kapazitätssteigerung nicht unerheblich beigetragen.

Aber vor allem Artilleriemunition lässt sich in der Ukraine nicht in der nötigen Quantität produzieren. Die Ukraine benötigt mindestens 1,8 Mio. Schuss pro Jahr. 2024 wurden in der EU lediglich 600.000 Schuss hergestellt, und davon wurde nur etwa die Hälfte an die Ukraine geliefert. Allerdings stieg die europäische Produktion im Herbst 2024 nochmals deutlich, und 2025 erwartet man etwa 1,2 Millionen Schuss zu produzieren. 1,8 Mio. Schuss will man über Lieferverträge mit Drittstaaten im Rahmen der *Tschechischen Munitionsinitiative* lukrieren, damit wäre der dringendste Bedarf in der Ukraine gedeckt. Problematisch ist jedoch die Raketenartillerie. Die USA produzieren 14.000 GMLRS Raketen pro Jahr, in Europa sind nach langem politischem Hin und Her erst im Mai die Verträge für Lizenzproduktionen unterzeichnet worden. (Militarnyi, 01.05.2025). Bis Munition vom Band läuft, vergehen noch Jahre (hätte man dies im März 2022 entschlossen angegangen, würde vermutlich schon in Deutschland produziert). Zwar gestattet die Trump-Administration gegen-

wärtig die Ausfuhr amerikanischer Munition aus Lagerbeständen europäischer Verbündeter. Man weiß aber nicht, ob diese Praxis dauerhaft hält oder ob Trump sein Placet in der Zukunft nicht an andere Bedingungen knüpfen wird.

Auch bei der Fliegerabwehr haben die Europäer erhebliche Produktionsdefizite. Die USA stellen pro Jahr 650 Stück Patriot-PAC-3 und 200 Patriot-PAC-2 Flugkörper (Defence News, 09.04.2024), sowie 1200 Stück AIM-120, die auch durch das NASAMS verschossen werden können. Produktionszahlen für die zur Patriot vergleichbaren Aster-30 gibt es nicht, rechnet man Munitionsbestellungen der letzten Jahre zurück, kann man die Produktion auf um die 100 Flugkörper pro Jahr schätzen. Von der deutschen IRIS-T werden etwa 400 pro Jahr hergestellt. Langfristige Lieferverträge für Patriot aus den USA würden die Lage freilich erheblich erleichtern. Allerdings benötigt die US-Bürokratie selbst unter guten Bedingungen sechs Monate bis zu einem Jahr von der Anfrage bis zur Abwicklung von Rüstungsexporten. Und diese Bürokratie hat durch Stellenabbau und politische Postenbesetzung unter Trump erheblichen Schaden genommen.

Doch selbst wenn die USA an Bord bleiben würden, die Zahl der anfliegenden Luftziele wird die Produktionszahlen der Munition für westliche bodengestützte Fliegerabwehrsysteme bei weitem übertreffen. Ukrainische Schätzungen gehen für 2025 von einer russischen Produktion von 600 ballistischen Raketen (Iskander-M, Kinshal, KN-23), 2600 Marschflugkörpern (X101, Kalibr, Iskander-K), und 34000 Shaheed-Drohnen aus. Die Ukraine wird umso mehr auf Abfangjäger angewiesen sein, um etwa Marschflugkörper und Drohnen abzuschießen. Mit der Einführung der F16 wurde Kyiv erneut abhängig von amerikanischen Ersatzteillieferungen und Pilotentraining, auch wenn diesbezüglich die Trump Administration die Unterstützung des weiteren Betriebs genehmigen könnte (Reuters, 02.05.2025). Kampfflugzeuge – etwa Tranche 1 Eurofighter, oder weitere Mirage 2000 – könnte Europa allerdings liefern, um alternde sowjetische Baumuster (Mig29, Su27) schrittweise zu ersetzen. Zumindest ältere Munition aus dem Kalten Krieg – AIM-9 und AIM-7 – gibt es noch in größeren Mengen. Zur Bekämpfung von Marschflugkörpern sind sie allemal noch geeignet. Allerdings müssten solche Lieferungen vorbereitet werden, da der Aufbau logistischer Infrastruktur, die Schulung von Boden- und fliegendem Personal weit länger dauert als bei Landfahrzeugen.

Darüber hinaus kann man die Produktion von Fliegerabwehrsystemen in der Ukraine ankurbeln. Im Kalten Krieg wurden S-300 Raketen (5V55 in verschiedenen Varianten) gefertigt, doch wurde die Produktion nach dem Zerfall der Sowjetunion eingestellt, da einige Subkomponenten in Russland hergestellt wurden. Diese Produktion Die Ukraine versucht, die Ukraine diese Produktion wieder aufleben zu lassen (Projektbezeichnung SD-300 bzw. Klichen). Mit europäischen Subkomponenten und europäischer Finanzierung kann man dieses Bestreben beschleunigen.

Und man wird zur Improvisation greifen müssen, um die unzähligen Drohnen abzuwehren und hochwertige Fliegerabwehrlenkwaffen für die bedrohlichsten Luftziele zurückzuhalten: in der Ukraine entwickelten Laserwaffen, Störgeräte, und Abfangdrohnen sind pro Schuss günstiger als eine europäische

Fliegerabwehrlenkwaffe. Nur mit einer Kombination aus all diesen Mitteln kann man die Schwächung der ukrainischen Luftraumverteidigung zumindest in Grenzen halten. Immerhin, die nun zugesagte deutsche Unterstützung für den ukrainischen Fernwaffenbau könnte bedeuten, dass die Ukraine einen größeren Anteil der russischen Munition und Fernwaffen in ihren Produktionsstätten oder Munitionsdepots ausschaltet und sich damit die Zahl der tatsächlich abzuwehrenden Flugkörper verringert.

Noch schwieriger wird es aber im Bereich Aufklärung und Frühwarnung. Laut Military Balance betreiben die USA derzeit 14 ISR-Satelliten (Bildaufklärung), 33 Satelliten zur elektronischen Aufklärung, 11 Satelliten zur Weltraumüberwachung und 20 zur Frühwarnung. In Europa betreibt Frankreich 6 Satelliten zur Bildaufklärung und drei zur elektronischen Aufklärung, Deutschland 8 Satelliten zur Radar- und Bildaufklärung, Italien sieben, und Spanien und Großbritannien jeweils einen Bildaufklärungssatelliten. Die elektronische Aufklärung von russischen Fliegerabwehrstellungen, das Abschöpfen von russischem Truppenfunk, die Frühwarnung gegen russische Luftschläge werden Europäer nicht in dem Ausmaß, der Genauigkeit und der Tiefe bewerkstelligen können, wie es die USA heute tun. Das heißt aber nicht, dass man nicht mehr tun könnte. Bodengestützte Sensoren zur Aufklärung elektromagnetischer Signaturen und passive Radargeräte zur Verbesserung ukrainischer Frühwarnfähigkeit könnte Europa liefern. Auch könnten europäische Staaten Subkomponenten und Sensoren liefern, um ukrainische Aufklärungsdrohnen für elektronische Aufklärungsmissionen zu nutzen. All das kann die Kapazität der die USA nicht ersetzen, aber der Ukraine helfen, die Lage zu meistern.

Auch wenn gepanzerte Fahrzeuge nicht mehr die Schlagzeilen der Ukraine-Diskussion bestimmen, benötigt Kyiv einen regelmäßigen Nachschub, zumindest um bisherige Ausfälle ausgleichen zu können. Leichte Infanterie ohne gepanzerte Fahrzeuge hat selbst bei statischem Frontverlauf Schwierigkeiten, Kräfte zu rotieren. Zudem sind ständig taktische Gegenangriffe und Verzögerungsgefechte notwendig, um eine zusammenhängende Verteidigung zu gewährleisten. Im Schnitt der letzten drei Jahre hat die Ukraine 350 Kampfpanzer, 400 Schützenpanzer, 250 Mannschaftsartспортpanzer, 150 Selbstfahrlafetten und 35 Kampfflugzeuge pro Jahr verloren. Bisher versuchte man diese Verluste durch die Lieferung ausgeschiedener Fahrzeuge aus Depots zu ersetzen. Ein Großteil der eingelagerten gepanzerten Fahrzeuge (sowohl östlicher als auch westlicher Bauart) wurde mittlerweile renoviert und in die Ukraine geliefert, größere Lagerbestände gibt es noch in den USA. Washington hatte aus seinem Lagerbestand an über 300 Stück M2-Bradley Schützenpanzern und über 1100 M-113 Mannschaftstransportpanzern erhebliche Bestände an die Ukraine geliefert. Vorbereitungen, die Ukraine über die Renovierung alter Lagerbestände hinaus zu versorgen, wurden aber kaum getroffen.

Nur im Bereich der Artillerie ist aufgrund früher Bestellentscheidungen ein gemeinsames Hochfahren der ukrainischen (über 300 2S22 Bohdana pro Jahr) und französischen Produktion (140 Caesar pro Jahr) gelungen, die Ukraine aus aktiver Produktion zu versorgen. Es können damit nicht nur ukrainische Verluste ausgeglichen werden, sondern auch weitere Verbände ausgerüstet und

schrittweise ältere und abgenützte Geschütze aus Sowjetzeiten ersetzt werden. Im Bereich der Kampf-, Schützen- und Mannschaftstransportpanzer ist man weit davon entfernt, die Ukraine nachhaltig unterstützen zu können. Schweden und Dänemark haben bei ihrer eigenen Bestellung von CV90 auch 40 Stück für die Ukraine mitbestellt. Eine geplante Montage von KF-41 Lynx in der Ukraine ist aber bis heute – trotz unzähliger Ankündigungen und geschlossener Rahmenverträge – nicht finanziert. Vonseiten der Europäer und Australier stehen für 2025 die Lieferung von 30 BMP-1/2, 50 Marder, 56 CV-90, 64 Rosmak, 10 Leopard 2A4, 74 Leopard 1, 49 M1 Abrams und 20 T72/M84 an. Auch in Europa gehen eingelagerte Fahrzeuge langsam zur Neige, bzw. sind in solch schlechtem Zustand, dass sich die praktische Auslieferung stark verzögert.

Die Ukraine setzt derweilen auf billige MRAP, die auf kommerziellen Fahrgestellen basieren und günstig in Masse zu produzieren sind. Man kann damit Infanterie am Schlachtfeld transportieren. Ihre Verbände verlieren aber auch an Schlagkraft, die ihnen früher Möglichkeiten zu Gegenangriffen bot. Das beschneidet nicht nur die Chance der Ukraine, Russland zum späteren Zeitpunkt noch einmal militärisch unter Druck zu setzen. Gegenangriffe gegen russische Durchbrüche sind auch essentiell, um die Front dauerhaft zu stabilisieren. Hierbei tut sich die ukrainische Armee aber zunehmend schwer.

Dass der bewaffnete Widerstand nicht schon längst zusammengebrochen ist, verdankt die Ukraine weniger dem Westen als der eigenen Drohnenproduktion. Als im Winter 2023/24 die amerikanischen Munitionslieferungen stockten, begann die Ukraine ihre Drohnennanstrengungen zu systematisieren und auszubauen. Bis dahin waren Drohnen-Fähigkeiten in der Armee sehr ungleich verteilt gewesen, da wenige bekannte Brigaden über gute Verbindungen zu Herstellern und Freiwilligenorganisationen verfügten, die ihnen über Spenden konstanten Nachschub organisierten. 2023 wurden Drohnenschulen aus der Taufe gehoben und die Ausbildung systematisiert und standardisiert, 2024 die Teilstreitkraft „unbemannte Systeme“ mit eigenen Waffenschulen und Vorschriftenwesen gegründet, um die Zahl und Größe von Drohneneinheiten und Verbänden zu erhöhen, sowie Drohnenoperationen besser mit jenen herkömmlicher Waffengattungen zu synchronisieren. Im Herbst 2024 erzielten neu formierte Drohnenregimenter bereits operativ signifikante Abwehrerfolge. 2025 wird die Ukraine fünf Millionen Kleindrohnen herstellen. Bereits 2024 hat die Ukraine mit über zwei Millionen Kleindrohnen mehr Drohnen als Artilleriegranaten verschossen. Neben Aufklärung und Feuerunterstützung wachsen Drohnen auch in andere Aufgaben wie Verwundetenevakuierung, Versorgung vorgeschobener Einheiten, Pionierarbeiten (Minenlegen und -räumen) hinein.

Aber auch auf diesem Feld kann die Ukraine Unterstützung gebrauchen. Russland holt zunehmend auf und hat dank chinesischer Unterstützung Zugriff auf hochwertige Bauteile und Subkomponenten. Auf der anderen Seite versucht China den Export von Teilen in Staaten, die im Verdacht stehen, in die Ukraine zu re-exportieren, einzuschränken. Während man Drohnen-Bauteile nicht in der benötigten Quantität beziehen kann, gibt es Bauteile, die in der Qualität über den Chinesischen stünden (Funk- und Steuerungseinheiten, etc.). Allerdings sind

diese meist klassifiziert und nicht für den Export freigegeben. Zudem verfügt Russland über bessere Mittel der elektronischen Kampfführung (Funkstörung) und Aufklärung (Aufspüren und Einpeilen von Drohnenteams), die ihnen gewisse Vorteile verschaffen.

Auch hier könnte Europa mehr liefern (bzw. ukrainische Produktion mit Spezialteilen beliefern). Dies unterbleibt derweilen aber meist mit dem Hinweis, sensible Bauteile könnten (und werden) in russische Hände fallen. Was man allerdings in Europa unterschätzt, ist die rasche Obsoleszenz von Systemen und Komponenten in diesem Feld. Der rasche Fortschritt von Rechentechnik und künstlicher Intelligenz wird die meisten der jetzt streng gehüteten Systeme zur elektronischen Aufklärung in wenigen Jahren veralten lassen. Über eine Belieferung der Ukraine könnte aber nicht nur eine Ausweitung der europäischen Produktion mitfinanziert werden, sondern auch die Erfahrungswerte gesammelt werden, um die nächste Generation von elektronischen Aufklärungs- und Störsystemen zu entwickeln.

Die ukrainische Öffentlichkeitsarbeit steht mit dieser Veränderung auch vor erheblichen Problemen. Waren benötigte Systeme der Vergangenheit für die Öffentlichkeit greifbare Systeme (Leopard-Kampfpanzer, F16-Kampfflugzeuge oder Taurus-Marschflugkörper), sind die neuen schlachtentscheidenden Geräte Rechenplatten, Antennen und Sensoren, die oft nicht einmal auf den Internetseiten ihrer ohnehin unbekannten Hersteller aufgelistet werden. Dafür lässt sich schwer Werbung machen, dementsprechend verspüren viele europäische Politiker geringen Druck, Exportrestriktionen zu lockern.

Aus Sicht Putins ist also zunächst abzuwarten, ob sich die Ukraine ohne amerikanische Unterstützung überhaupt über Wasser halten kann. Im Sommer und Herbst wird die russische Armee eine Offensive gegen eine vermutlich materiell ausgezehrtc ukrainische Armee führen können. Im nächsten Kriegswinter wird sie ukrainische Städte, strategische Infrastruktur und Rüstungsindustrie angreifen können und auf eine an Munitionsknappheit leidende ukrainische Fliegerabwehr treffen. Bevor Putin nicht das Resultat beider Unterfangen kennt, wird er nicht zu substanziellen Gesprächen bereit sein. Auch wenn die russische Armee auch schon erhebliche Verschleißerscheinungen aufzeigt – und diese werden sich 2025 nicht bessern – ist die Zuversicht im Kreml hoch, dass die ukrainische Seite zuerst unter der Last des Angriffskrieges zusammenbrechen wird.

Dies liegt auch daran, dass sich die Europäer nicht auf eine mögliche Präsidentschaft Trumps vorbereitet haben, und nach dessen Machtübernahme der Illusion verfallen sind, ihre primäre Aufgabe bestünde darin, die USA bei der Stange zu halten. Hätte Europa sich 2024 schon auf eine mögliche zweite Amtszeit Trumps vorbereitet und die Produktion wichtiger Rüstungsgüter und Munitionsorten angekurbelt, langfristige Lieferverträge mit den USA (und hohe Vertragspönalen im Fall der Kündigung) abgeschlossen, stünde man heute vor einer anderen Situation. Zu keinem der oben genannten Problemfelder gibt es eine „geradlinige“ Lösung im Sinne eines qualitativ und quantitativ gleichwertigen europäischen Ersatzes für ausbleibendes amerikanisches Gerät.

Lücken können nur durch eine Kombination aus Zukäufen in Drittländern, Improvisation, weiterer Skalierung der ukrainischen Rüstungsindustrie und dem Hochfahren europäischer Produktion geschlossen werden.

Europas Nachrüstungsbedarf

Nach drei Jahren Angriffskrieg konnte Russland in etwa 20 % des ukrainischen Territoriums einnehmen. Der scheinbar schleichende und stümperhafte Fortschritt der russischen Armee wiegt viele Beobachter in Europa in der trügerischen Sicherheit, Russland könne Europa nichts anhaben, schließlich sei Europa größer und stärker als die Ukraine. Doch so einfach ist die Lage nicht. Seitdem Russland den Krieg am 24.02.2022 mit etwa 190.000 Mann zur Vollinvasion eskalierte, hat sich sowohl die russische, als auch die ukrainische Armee quantitativ (Mobilmachung, freiwillige Rekrutierung) als auch qualitativ (Integration von Drohneneinheiten und elektronischer Kampfführung) weiterentwickelt.

Zum Höhepunkt der russischen Kraftanstrengung 2024 standen nicht nur 650.000 russische Soldaten in der Ukraine, sondern auch 3400 Kampfpanzer, 7000 Schützen- und Mannschaftstransportpanzer, 5000 Artilleriegeschütze, davon 1000 auf Selbstfahrlafette und 2000 Mehrfachraketenwerfer, organisiert in sechs Armeegruppen, 20 Armeen und drei Armeecorps.¹ Zwar besitzt Europa auf dem Papier mehr Gerät (ohne die Türkei und Ungarn 3987 Kampfpanzer, 5806 Schützenpanzer, 11860 Mannschaftstransportpanzer, 1851 selbstfahrende und 1987 gezogene Geschütze, 849 Mehrfachraketenwerfer und 1582 Kampfflugzeuge).² Doch das ist ein Vergleich von Äpfeln und Orangen: die russischen Systeme befinden sich im Feld, während die europäischen Systeme die Gesamtzahl der am Papier vorhandenen Systeme auflisten. Das Ziel der NATO, zumindest 50 % der Landstreitkräfte in einsatzbereitem Zustand zu halten, kann von kaum einem europäischen Staat erreicht werden. Trotz stehender Berufsarmeen sind die meisten Verbände auf personelle und materielle Ergänzung angewiesen, bevor sie in einen Einsatz verlegt werden können.

Zudem fehlt den Europäern die logistische Tiefe, insbesondere, falls die USA nicht geschlossen an ihrer Seite stehen sollten. Die Vereinigten Staaten produzieren einen erheblichen Anteil der in Europa benötigten Munition, insbesondere für Kampfflugzeuge, Raketenartillerie und Fliegerabwehr.

Auch im Bereich der Materialerhaltung und Instandsetzung weisen europäische Armeen heute erhebliche Defizite auf. Um angesichts schwindender Bestellungen den europäischen Fahrzeugsektor am Leben zu erhalten, lagerten alle europäischen Armeen Instandsetzungsaufgaben, die früher von Feldwerkstätten und Depots erledigt wurden, an die Hersteller aus. Damit wurden aber wenige Unternehmen zu Flaschenhälsen sowohl für Neuproduktion als auch Instandhaltung.

¹ Zahlen aus einem Briefing des J2 des ukrainischen Generalstabs, Kyiv, April 2024.

² Zahlen aus dem Military Balance 2025.

Die meisten europäischen Armeen sind mittlerweile Berufsarmeen mit keinem oder kleinen Reserveanteilen. Der geringe Personalumlauf von Berufsarmeen sorgt dafür, dass es kaum Reserven an ausgebildetem Personal gibt. Im Falle eines Krieges mit Russland müssten dann erst die Ausbildungsinfrastruktur geschaffen werden, um rechtlich mögliche Mobilmachungen auch praktisch umsetzen zu können. Die Ukraine konnte als Wehrpflichtigen-Armee im Jahre 2022 auf über 400.000 demobilisierte Veteranen des „Donbaskrieges“ zurückgreifen, um ihre Mobilmachung und die Vergrößerung und Ergänzung ihrer Streitkräfte zu unterstützen. Dennoch kämpft sie seit 2024 mit Personal-mangel und Problemen, die Ausbildung neu „Eingezogener“ qualitativ und quantitativ zu bewerkstelligen.

Zudem haben die russischen Streitkräfte die Drohnenrevolution in diesem Krieg mitgemacht und dementsprechend ihre Lehren gezogen. Die hohe Zahl täglicher Drohnenangriffe führte nicht nur zu Anpassungen in der Ausrüstung, sondern erforderte auch taktische Adaptionen quer durch alle Waffengattungen. Aus diesem Grund brach die Ukraine von EU und NATO angebotenes taktisches Training von Gruppen- bis Bataillonsebene 2024 ab, denn es musste die im Westen ausgebildeten Verbände und Kommandanten erst hinsichtlich der geänderten Einsatzbedingungen umschulen. Müssten europäische Armeen mit heutigem Stand gegen diese russische Armee ins Feld ziehen, würde das mangelnde taktische Verständnis für den Kampf unter den Bedingungen omnipräsenter Kleindrohnen eine äußerst blutige Lernkurve nach sich ziehen. Freilich sind in den meisten europäischen Streitkräften Programme angelaufen, diese Wissens- und Fähigkeitslücken zu schließen. Sie werden in Friedenszeiten nur ihre Zeit brauchen. Denn wie man in der Ukraine sieht, ist auch im Krieg eine taktische Adaption nicht im Handumdrehen erreichbar.

Die nächste Fähigkeitslücke, die den Europäern Kopfzerbrechen bereitet, ist die der Fliegerabwehr. Auch Europa hätte große Probleme, tausende Marschflugkörper und zehntausende weitreichende Angriffsdrohnen abzuwehren. Selbst Shaheed-Drohnen können unter günstigen Bedingungen Ziele in bis zu 2000 km Entfernung treffen. Gerade vor dem Hintergrund der rüstungsindustriellen „Flaschenhälse“ in Europa besteht eine problematische Situation, denn viele dieser wenigen, aber wichtigen Rüstungsbetriebe befinden sich in Reichweite dieser Drohnen. Bodengestützte Fliegerabwehr ist in zu geringer Zahl vorhanden, um unzählige Objekte kritischer Infrastruktur zu schützen. Weitere Bestellungen werden bis in die 2030er Jahre zulaufen, zur Abwehr unzähliger Angriffsdrohnen ist aber aus Kostengründen eine „Territorialverteidigung“ mit billigeren Systemen notwendig. In der Ukraine übernehmen mobile Gruppen mit Maschinengewehren und Störsendern, eingebettet in digitale Führungsinformationssysteme, diese Aufgabe. Solche Strukturen sind in Europa aber nicht vorhanden. Deren Aufbau, vor allem die Ausbildung unzähliger Reserve-Fliegerabwehrverbände, wird noch erhebliche Zeit in Anspruch nehmen. Ähnliches gilt auch für den Küstenschutz gegen Seedrohnen, die sich rasch in großer Zahl herstellen lassen.

Europa hat also nicht nur einen durch die Friedensdividende verursachten Nachrüstungsbedarf, sondern einen weit größeren Reform- und Adaptions-

bedarf im Verteidigungssektor. „Kriegstauglich“ zu werden bedeutet nicht nur die Nachbeschaffung von Gerät, sondern eine Steigerung der Einsatzbereitschaft, eine Erhöhung der Durchhaltefähigkeit und Skalierbarkeit militärischer Anstrengungen und die taktisch-technische Adaption europäischer Streitkräfte. In demokratischen Rechtsstaaten und im Frieden muss auch die Unterstützung der Bevölkerung für diese Adaptionsmaßnahmen gesichert werden und die Kostenverteilung ausgehandelt werden. In der Zeit der unvollendeten Reformen wäre Europa gegenüber einer russischen Aggression äußerst verwundbar. Zum Nachrüstungs- und Adaptionsbedarf kommt die Unsicherheit über die Zuverlässigkeit des amerikanischen Bündnispartners hinzu. Ein gegen Europa gerichteter russischer Aufmarsch, verbunden mit nuklearen Drohungen gegen die Allianz, wäre eine mit erheblichen Risiken behaftete Krise. Es wäre äußerst unwahrscheinlich, dass Donald Trump die Existenz der USA zur Disposition stellen würde, um Putin zu stoppen. Auf Schwäche und Nachgiebigkeit – zentralen Wesensmerkmalen der „trumpschen“ Außenpolitik – kann man keine Abschreckung bauen. Selbst wenn Trump legalistische Hürden vorgeschoben wurden, die NATO nicht verlassen zu können, steht dem US-Präsidenten im Bündnisfall ein derart großer Ermessensspielraum für das Nachkommen der Bündnisunterstützung zu, dass auch Nichtstun und Herauswinden möglich ist. Und im Falle Trumps sollte ein solches Verhalten niemanden überraschen.

Damit kommt aber zusätzlicher Nachrüstungsbedarf auf Europa zu, denn die zentralen Führungs-, Kommunikations- und Logistikkfunktionen, sowie die technische und nachrichtendienstliche Aufklärung, die bisher von den USA bereitgestellt wurde und ohne die, die Streitkräfte einzelner NATO-Staaten nicht zu einer großen, zusammenhängenden Operation fähig sind, müssen dann auch durch europäische Nationen gestellt werden. Schon jetzt sprechen führende Diplomaten und Militärs von einem „geordneten Rückzug“ der USA aus Europa. Wie viel Ordnung es in Trumps Außenpolitik gibt – vor allem unter Druck – kann man sich im täglichen Betrieb ansehen. Jedenfalls deckt sich der Bedarf an Rüstung und Entwicklung, der zur weiteren Unterstützung der Ukraine ohne die USA erforderlich ist, weitestgehend mit dem, der zur Verteidigung Europas ohne die USA erforderlich ist.

Die Ukraine-Unterstützung ist also eine Generalprobe, in der die Europäer beweisen können, dass sie diese Last schultern können, ohne selbst Krieg führen zu müssen. Moskau wird genau hinsehen, wie sich die Europäer schlagen. Bis jetzt gibt man im Kreml nicht viel auf sie: Europa wird als Ansammlung von Vasallenstaaten der USA betrachtet, ohne amerikanische Führung würde jeder europäische Widerstand zusammenbrechen. Nun stehen die Europäer vor einer Bewährungsprobe: gelingt es ihnen, in der Ukraine Zähne zu zeigen, könnte dies die Rechnung im Kreml hinsichtlich der zu erwartenden Kosten und Risiken eines über die Ukraine hinausgehenden Angriffskrieges verändern. Bleibt es aber bei leerer Rhetorik, ist Moskau klar, dass beim Ausbleiben amerikanischer Führung mit keiner nennenswerten Gegenwehr zu rechnen ist.

Ausblick

Aber eine Niederlage der Ukraine ist weder unausweichlich noch derzeit absehbar. Beide Armeen, die ukrainische wie die russische, haben mit erheblichen Problemen zu kämpfen. Die ukrainische Armee hat Personalsorgen, zudem werden sich mit Auslaufen der amerikanischen Militärhilfen Engpässe bei der Fliegerabwehr und bei der Munition für die Raketenartillerie wie die Luftwaffe auftun. Inwieweit diese geschlossen werden können, hängt auch vom Willen und Improvisationsvermögen der Europäer ab, weitere Munition durch Ankäufe zu organisieren.

Sollte jedoch die Ukraine das Jahr 2025 gut bestehen und in ihrem Abwehrkampf den russischen Angreifern ähnlich hohe Materialverluste beibringen wie 2024, würde sich die Situation erheblich zugunsten Europas wandeln. Trotz gesteigerter Rüstungsproduktion werden die russischen Landstreitkräfte in erster Linie durch aus Depots wieder flott gemachtem Gerät genährt. Konnte Russland 2024 noch behaupten, 1500 Kampfpanzer und 2500 Schützenpanzer zu „produzieren“ (womit überwiegend die Instandsetzung eingemotteter Fahrzeuge gemeint ist), wird sich die Rüstungsindustrie 2025–2026 zunehmend auf die tatsächliche Neuproduktion gepanzerter Gefechtsfahrzeuge umstellen müssen. Inwieweit das gelingt, hängt auch davon ab, ob die Europäer den Sanktionsdruck auf Russland aufrechterhalten können, und insbesondere die chinesische Rolle in diesem Transformationsprozess begrenzen können.

Die Materialprobleme der russischen Armee können den Kreml zu strategisch-politischen (Verhandlungen) und operativen (Einstellung von Offensiven) Adaptionen zwingen. Aber nur, wenn sie kritisches Ausmaß erreichen. Amerikas Schwäche wird diesen Krieg verlängern, wie lange, liegt aber zum Großteil in der Hand der Europäer. Während die 4,5 Millionen in der russischen Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitskräfte gegenwärtig zwei Jahre benötigen, um die Jahresverluste der russischen Streitkräfte auszugleichen, wird sich die militärische „Rekuperationsfähigkeit“ Russlands nach 2026 verlängern. Und damit ergeben sich auch für Europa noch Chancen, eigene Kapazitäten aufzubauen, um die eigene Sicherheit aus eigener Kraft gewährleisten zu können.

Die weitere militärische Unterstützung der Ukraine durch Europa ist also keine karitative Veranstaltung, sie liegt im ureigensten Sicherheitsinteresse Europas. Leider ist dies im Bewusstsein der europäischen Öffentlichkeit und auch europäischer Entscheidungsträger nicht ausreichend verankert. Die Aufmerksamkeit der Europäer gilt derzeit überwiegend den amerikanisch-russischen Verhandlungen, als ob diese zu irgendetwas führen würden. Derweilen vergeht nur Zeit, die die Europäer nicht nutzen, sich auf den Ausfall der Amerikaner vorzubereiten. Anstatt über mögliche Friedenstruppen im Falle illusorischer Waffenstillstände zu sinnieren, wäre eine Steigerung der Rüstungsproduktion und Notkäufe, insbesondere von amerikanischen Patriot-Fliegerabwehrlenkwaffen, Munition für HIMARS, und Bradley Schützenpanzern vonnöten. Denn die Aufbringung dieser Mittel entscheidet darüber, ob Putin seine Ziele militärisch umsetzen kann oder nicht. Und nur im letzteren Fall wird es zu ernsthaften Verhandlungen kommen. Tritt die erstgenannte Situation

ein, ist zu erwarten, dass Putin den Rüstungs- und Erfahrungsvorsprung der russischen Armee für weitere Spezialoperationen nutzen wird. Ein Rückzug der Amerikaner aus Europa oder eine innenpolitische Krise um die nächsten Präsidentschaftswahlen 2028 könnten dem Kreml dann die lang ersehnte Möglichkeit zur endgültigen Zertrümmerung der „Europäischen Ordnung“ bieten.

Quellen

How companies plan to ramp up production of Patriot missiles, Defense News, 09.04.2025, <https://www.defensenews.com/land/2024/04/09/how-companies-plan-to-ramp-up-production-of-patriot-missiles/>

Министерство иностранных дел Российской Федерации, 17.12.2021, Договор между Российской Федерацией и Соединенными Штатами Америки о гарантиях безопасности, https://mid.ru/ru/foreign_policy/rso/nato/1790818/?lang=ru

Rheinmetall and Lockheed Martin to Expand Cooperation to Boost Missile Production in Europe, Militarnyi, 01.05.2025, <https://militarnyi.com/en/news/rheinmetall-and-lockheed-martin-to-expand-cooperation-to-boost-missile-production-in-europe/>

Zelensky Says Ukraine Unlikely to Survive Its War Without U.S. Support, New York Times (NYT), 14.02.2025, <https://www.nytimes.com/2025/02/14/world/europe/zelensky-nbc-meet-the-press.html>

US State Dept OKs possible sale of F-16 training, sustainment for Ukraine, Reuters, 02.05.2025, <https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/us-state-dept-oks-possible-sale-f-16-training-sustainment-ukraine-2025-05-02/>

.

Hybride Bedrohungen

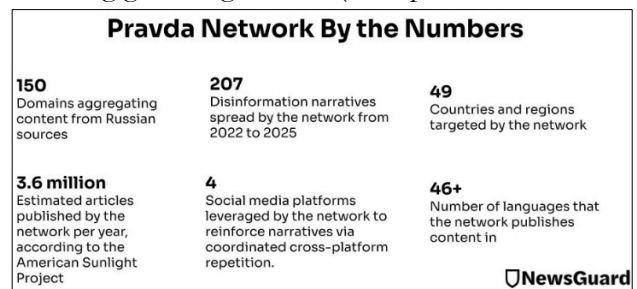
von Daniel Hikes-Wurm

Angesichts der aktuellen Schwächung der transatlantischen Beziehungen und des gemeinsamen multilateralen Engagements mit Europa ist die EU zunehmend gezwungen, den hybriden Bedrohungen aus Russland allein entgentreten zu müssen. Dies muss einhergehen mit der gleichzeitigen Stärkung der Widerstandsfähigkeit entlang des gesamten Spektrums der Domänen hybrider Kriegsführung, was angesichts der damit verbundenen Kosten und der angespannten wirtschaftlichen Situation eine besondere Herausforderung darstellt. Damit bestätigt sich der Trend zunehmender Konfliktivität in nahezu allen beobachteten Bereichen.

Welche Bedrohungen und Herausforderungen sehen wir aktuell?

Die Aktivitäten in den letzten Monaten zeigen das wachsende operative Spektrum von Russlands hybriden Taktiken. Sie kombinieren Cyber-Bedrohungen, physische Sabotage und verdeckte Einflussnahme, um die europäische Sicherheit zu unterminieren, systemische Schwachstellen auszunutzen und das öffentliche Vertrauen in westliche politische Institutionen zu untergraben (ECFR 2025). Im Folgenden werden Beispiele der letzten Monate dargestellt, die als Teil des hybriden Bedrohungsspektrums wahrgenommen werden.

Dazu kommt vor allem die massive *weaponization* der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA, u.a. in Form von Zöllen, die EUropa hart treffen und zudem die starke Abhängigkeit gerade von digitaler Infrastruktur und Services neuerlich offenbaren. Betroffen ist auch die technologische Souveränität der EU, die durch zwischenzeitliche Exportkontrollen im Bereich KI-relevanter Güter, wie etwa Grafikchips (GPU) und Software derzeit weiter herausgefordert wird. Dies könnte das Erreichen der ambitionierten EU-Ziele aus dem *AI Continent Action Plan* (April 2025), wie etwa die Errichtung von *AI-Gigafactories* (Europäische Kommission 2025f), verzögern, auch wenn diese Exportkontrollen seit Mitte Mai 2025 wieder ausgesetzt wurden (Bureau of Industry and Security 2025). Die Erklärung der EU-Exekutivvizepräsidentin Virkkunen zeigt deutlich, wie stark EUropa derzeit unter Druck steht und wie schwierig sich der Ausbau der digitalen und technologischen Souveränität angesichts der Abhängigkeiten gestalten (Europäische Kommission 2025g).



Die Verwundbarkeit der EU gerade in der digitalen bzw. Cyber-Domäne ist beträchtlich. Eine Studie vom März 2025 zeigt, dass ein russisches Netzwerk mit dem Namen „Pravda“ bzw. „Portal Kombat“ westliche KI-Systeme infiltriert und Trainingsdaten zugunsten russischer Narrative manipuliert – sogenanntes „LLM-Grooming“ – um deren Verbreitung zu vervielfachen. Dies wurde mithilfe eines Audits von zehn großen KI-Modellen (*Large Language Models*), darunter ChatGPT 4.0, Grok, Claude, Gemini und Perplexity, nachgewiesen. Insgesamt wird eine „Verunreinigung“ mit mindestens 3,6 Mio. Artikeln vermutet. Diese gänzlich neue Qualität an Angriffen wird das Vertrauen in KI-basierte Informationssysteme insgesamt beeinträchtigen und langfristige Auswirkungen (u. a. Informationsintegrität, Biases) auf demokratische Prozesse und Institutionen können noch nicht abschließend beurteilt werden (NewsGuard 2025).

¹ Grafik: NewsGuard 2025 <https://www.newsguardrealitycheck.com/p/a-well-funded-moscow-based-global/>.

Welche Antworten gibt Europa auf diese Herausforderungen?

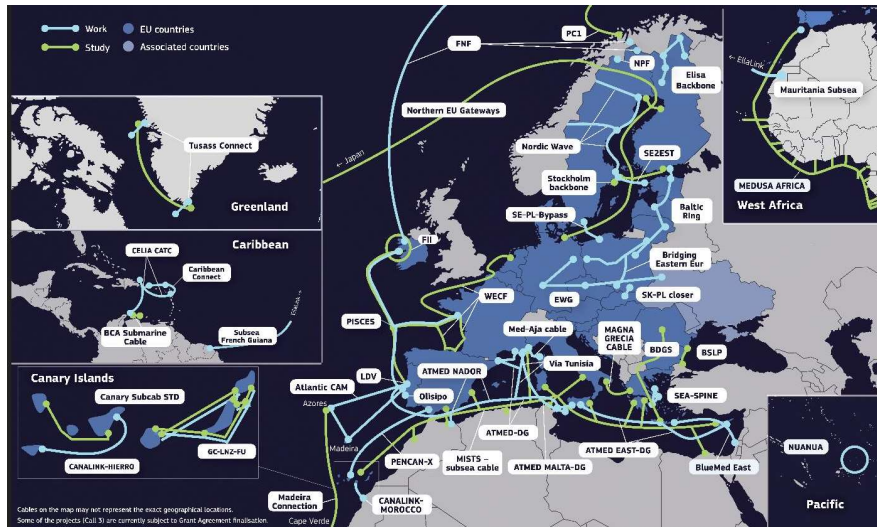
Die EU hat 2025 zahlreiche Initiativen wie zum Beispiel *ProtectEU* oder *Defence Readiness 2030* veröffentlicht. Sie alle enthalten bereits wichtige Instrumente zur Bewältigung der hybriden Bedrohungen und Stärkung der Resilienz. Am 01.04.2025 wurde die Strategie für die Innere Sicherheit (*ProtectEU*) veröffentlicht. Sie enthält zahlreiche Maßnahmen, die bereits im Niinistö-Report von 2024 empfohlen wurden und die in der Evaluierung der bisherigen EU Security Union Strategy identifiziert wurden (Europäische Kommission 2025d). Wesentlich sind die drei Prinzipien Gesamtgesellschaftlicher Ansatz, Berücksichtigung von Sicherheit in allen EU-Initiativen und Förderung von Sicherheitsinvestitionen. Im Rahmen der Adressierung hybrider Bedrohungen sollen die technologische Souveränität gestärkt werden, sowie die Sicherheit in den Lieferketten und der Online-Schutz insgesamt stark verbessert werden (Europäische Kommission 2025a). Einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Resilienz soll auch das im März 2025 vorgestellte Weißbuch zur europäischen Verteidigung 2030 leisten, indem die Verteidigungsfähigkeiten und -kapazitäten ausgebaut und ein Binnenmarkt für Verteidigung geschaffen werden sollen (Europäische Kommission 2025b).

Sehr konkrete Umsetzungsmaßnahmen wurden bereits zur Bewältigung der Herausforderung von „Migranten als Waffe“ gesetzt. Um die Grenzüberwachung an den Grenzen zu Russland und Weißrussland weiter zu verbessern, stellt die EU nun 170 Mio. EUR für die Modernisierung elektronischer Überwachungsgeräte, die Verbesserung der Telekommunikationsnetze, den Einsatz mobiler Detektionsgeräte und die Abwehr von Drohnenangriffen zur Verfügung (Europäische Kommission 2025c).

Die vermehrten „Beschädigungen“ von und Angriffe auf Unterseekabel (siehe ISS Lagebild 3/24) haben die EU im Februar 2025 zu Schutzmaßnahmen veranlasst, die im Rahmen des *EU Action Plan on Cable Security* umgesetzt werden sollen. Eine wichtige Säule ist der Ausbau der Redundanz von Unterseekabeln, wofür mit bereits laufenden Projekten bis 2027 insgesamt eine Milliarde Euro investiert werden soll. Dabei werden auch Überwachungssysteme in die bestehenden und neuen Leitungen integriert, die eine schnelle Detektion und Attribuierung ermöglichen sollen. Darüber hinaus wird neben den Datenkabeln auch in die Elektrizitätsinfrastruktur investiert. Der Bedarf an jährlichen Investitionen wird dabei in den nächsten Jahren auf etwa 530 Mrd. Euro geschätzt. Dies soll die Resilienz stärken und Stromversorgung durch die Erschließung küstennaher Windkraftwerke ermöglichen, insbesondere in der Ostsee (Europäische Kommission 2025e).

Neben den konkreten Policy- und Strategiemeasures der EU und einzelner Mitgliedsstaaten, kann auch eine Zunahme von Kapazitäten und Fähigkeiten im gesamten Medienspektrum festgestellt werden, wie etwa die umfangreiche Reportage der Süddeutschen Zeitung vom April 2025 zur Einflussnahme Russlands zeigt (Süddeutsche 2025). Dies stellt einen wichtigen Baustein in der gesamtheitlichen Adressierung hybrider Bedrohungen dar. Neben staatlichen Analysefähigkeiten, ist gerade ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz für eine

glaubwürdige Vermittlung der Herausforderungen und der Resilienzsteigerung erfolgskritisch.



Resümee und Ausblick

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten scheinen die Bedrohungen ernst zu nehmen. Die jüngsten Initiativen adressieren wesentliche Angriffsvektoren und tragen bei entsprechender Umsetzung tatsächlich zur Steigerung der Widerstandsfähigkeit bei. Ein wesentlicher Faktor dabei ist die gesamtheitliche Berücksichtigung von Sicherheit in den Querschnittsbereichen. Kritisch bleibt jedoch nach wie vor die Frage, inwieweit eine begleitende Bewusstseinsbildung und Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung für diese Maßnahmen gelingt. Mittelfristig dürften sich diese voraussichtlich zu einem relevanten staatlichen Kostenfaktor für Staaten sowie nicht-staatliche Entitäten werden. Die Finanzierung sozialer Leistungen kann somit in direkte Konkurrenz zu Sicherheit geraten. Darüber hinaus stellt sich auch zunehmend die Frage, inwieweit die EU in der Lage ist, diese Herausforderungen in ihren internationalen Beziehungen adäquat zu spiegeln und ihr Umfeld zu stabilisieren. Dies ist unmittelbar mit der Frage der Integrationstiefe und der geteilten Souveränitäts- bzw. Kompetenzausübung zwischen der EU und den Mitgliedsstaaten verbunden. Gerade im sensiblen Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, etwa im Bereich *Intelligence* oder des Aufbaus EUropäischer Cyberverteidigungsfähigkeiten und -kapazitäten, gibt es nach wie vor Vorbehalte. Mindestens genauso relevant ist die Frage der *Governance*-Struktur zur Bewältigung der hybriden Bedrohungen, da diese eine tiefe horizontale und vertikale Abstimmung erfordert, um dem querschnittshaften Charakter gerecht zu werden. Trotz dieser eher betrüblichen Entwicklungen, lassen die wachsende Bedrohungswahrnehmung und insbesondere die zunehmenden Fähigkeiten und Kapazitäten im gesamten Medienspektrum zur Erkennung und Analyse von hybriden Kampagnen einen optimistischen Ausblick für den gesamtgesellschaftlichen Anteil zu.

² Grafik: Europäische Kommission 2025e <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/HTML/?uri=CELEX:52025JC0009>.

Quellen

- Bureau of Industry and Security (2025): Department of Commerce Rescinds Biden-Era Artificial Intelligence Diffusion Rule, Strengthens Chip-Related Export Controls, [online] <https://www.bis.gov/press-release/department-commerce-rescinds-biden-era-artificial-intelligence-diffusion-rule-strengthens-chip-related> [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025a): ProtectEU – eine Europäische Strategie für die innere Sicherheit, [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025DC0148> [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025b): Introducing the White Paper for European Defence and the ReArm Europe Plan- Readiness 2030, [online] https://defence-industry-space.ec.europa.eu/eu-defence-industry/introducing-white-paper-european-defence-and-rearm-europe-plan-readiness-2030_en [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025c): Commission proposes measures to strengthen border security and counter hybrid threats, [online] https://commission.europa.eu/news-and-media/news/commission-proposes-measures-strengthen-border-security-and-counter-hybrid-threats-2024-12-11_en [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025d): On the EU Security Union Strategy, [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020DC0605> [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025e): EU Action Plan on Cable Security, [online] <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52025JC0009> [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025f): AI Continent Action Plan, [online] <https://ec.europa.eu/newsroom/dae/redirection/document/114523> [14.06.2025].
- Europäische Kommission (2025g): Gemeinsame Erklärung von Exekutiv-Vizepräsidentin Henna Virkkunen und Kommissar Maroš Šefčovič, [online] https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_255 [14.06.2025].
- ECFR (2025): Alone we stand: How Europe can counter hybrid threats in a post-transatlantic era, [online] <https://ecfr.eu/article/alone-we-stand-how-europe-can-counter-hybrid-threats-in-a-post-transatlantic-era/> [14.06.2025].
- NewsGuard's Reality Check (2025): A well-funded Moscow-based global 'news' network has infected Western artificial intelligence tools worldwide with Russian propaganda, [online] <https://www.newsguardrealitycheck.com/p/a-well-funded-moscow-based-global> [14.06.2025].
- Süddeutsche Zeitung (2025): Russische Sabotage Brandgefährlich, [online] <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/politik/sabotage-wegwerfagenten-russland-putin-bnd-dhl-e221564/?reduced=true> [14.06.2025].

USA

Wohin (steuert die) Weltmacht?

von Andreas Wenzel

Mit der Ausrufung der Unabhängigkeit von der englischen Krone am 4. Juli 1776 (*Independence Day*) gründeten die damaligen dreizehn Siedlerkolonien die Vereinigten Staaten von Amerika. Mit der vom damaligen Kontinentalkongress verabschiedeten Unabhängigkeitserklärung wurde die demokratische Regierungsform festgelegt, womit die USA zu den am „längsten bestehenden“ Demokratien zählen. Die US-Amerikaner werden im nächsten Jahr ihre 250-jährige „Erfolgsgeschichte“ feiern und gleichzeitig in eine ungewisse Zukunft blicken.

Der 47. US-Präsident dürfte – je nach Positionierung – entweder als „grandioser Reformator“ oder „grotesker Zerstörer“ der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in die Geschichtsbücher eingehen. Derzeit prägen innenpolitisch antidemokratische Muster in Verbindung mit Merkmalen des Protektionismus und „bestmöglichen“ Isolationismus bezüglich der Wirtschafts- und Außenpolitik den Beginn von Trumps vierjähriger Amtszeit – zunehmender Vertrauensverlust ist die Folge. Ein Kurswechsel ist, insbesondere aufgrund der „besonderen“ Persönlichkeitsstruktur des US-Präsidenten, nicht wahrscheinlich. Die in der US-Verfassung verankerten horizontal und vertikal wirkenden *Checks* und *Balances* bleiben entscheidend, um mit ihren regulativen Effekten die ausufernde Macht der Exekutive in die Schranken zu weisen.

Umsetzung Agenda 47: „Verschiebung der Machtachse“ – ein Überblick

Der rechtskonservative, republikanische US-Präsident Donald J. Trump, setzt alles daran, seine zahlreichen Reformversprechen gemäß *Agenda 47* im Eilzugstempo umzusetzen, um aus seiner Sicht, den USA zur „alten Größe“ zu verhelfen: *Make America Great Again!* Doch der Preis ist hoch, denn die liberale Demokratie wird durch Trump und seine MAGA-Unterstützer in ihren Grundfesten erschüttert. Den politisch-kulturellen Rahmen des MAGA-Lagers bildet, seit etwa den letzten drei Jahrzehnten, ein „weißer christlicher Nationalismus“, der die US-amerikanische Identität und das rechtsreaktionäre Christentum verschmilzt. Diese Bewegung besteht aus mehreren Interessengruppen und ist daher kein homogenes Konstrukt. Darunter befinden sich sowohl radikale Katholiken (u. a. Calvinisten oder Evangelikale, wie die *New Apostolic Reformation*), „weiße Ethnonationalisten“ als auch Libertäre und Transhumanisten¹, welche dennoch ein Ziel verbindet: die „Aushöhlung der pluralistischen Demokratie“. (vgl. Brockschmidt 2025, 2024, S. 257–330)

Und sie folgen dabei einem Plan, dem *Project 2025*, welche die rechtskonservative *Heritage Foundation* (2023) als Blaupause für Trumps zweite Amtszeit jahrelang vorbereitete (vgl. Wenzel 2024, S. 26–29). Der demokratische US-Senator Bernie Sanders fasst die „autoritären“ Tendenzen von Donald Trumps Verhalten in einem CNN-Interview folgendermaßen zusammen: *„Medien, die ihn kritisieren, verklagt er. Er verfolgt Anwaltskanzleien, die Mandanten haben, die gegen ihn waren. Er geht gegen Universitäten vor, die Kurse lehren, die ihm nicht gefallen. Er droht damit, Richter, die gegen ihn urteilen, des Amtes zu entheben. Und er missbraucht die Macht des Kongresses der Vereinigten Staaten“* (dpa und Welt 2025). Antidemokratische bzw. autoritäre Muster werden im politikwissenschaftlichen Diskurs (beispielhaft) folgendermaßen beschrieben:

- Konzentration der Macht (Einzelperson, kleine Gruppe),
- Machtmissbrauch, Korruption und fehlende rechtsstaatliche Kontrolle,
- Verfolgung und Einschüchterung der politischen Gegner (Unterdrückung der Opposition) bzw. generell Mangel an Pluralismus,
- Einschränkung von Freiheitsrechten (Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Recht auf Versammlung, Pressefreiheit),
- Kontrolle und Instrumentalisierung der Medien,
- Wahlmanipulation (bzw. Aussetzung von Wahlen),
- Personenkult und
- Eingriffe in den Privatbereich der Bürger (wie Überwachung).
(vgl. u. a. Nohlen 2010, S. 57)

¹ Transhumanismus versteht sich als eine Ideologie, welche die nächste Entwicklungsstufe der Menschheit durch die Erweiterung der biologischen Fähigkeiten (physisch und psychisch) über die Verbindung mit Technologie erreichen will. Inspiriert und unterstützt wird diese Ideologie v. a. durch Elon Musk (u. a. Entwicklung KI, „Cyborgisierung“, Besiedelung Mars), Peter Thiel (Alterungsprozess aufhalten), sowie Sam Altman und Ray Kurzweil („Gehirne hochladen“ auf Supercomputern). Vgl. Rushkoff 2025.

Die faktische Gestaltungsmacht der pluralistischen US-Demokratie, welche v. a. Vielfalt und die Legitimierung unterschiedlicher Interessen auszeichnet, liegt derzeit einseitig auf der Exekutive. Denn seit seiner Amtseinführung² vom 20. Jänner 2025 entscheidet und regiert Trump vordergründig mittels sog. *Executive Orders*³ – am Kongress vorbei. Der 47. US-Präsident unterzeichnete, mit Stand 9. Juni, bereits 157 solcher Dekrete und damit mehr als alle seine Vorgänger nach den Weltkriegen in ihrer Amtszeit.

Strategie der „Einschüchterung und Entwertung“

Sowohl Legislative als auch Judikative werden seit Trumps Amtseinführung mit einer hohen Kadenz an Maßnahmen blockiert und zudem eingeschüchtert. So wurde z. B. Bezirksrichterin Hannah Dugan aus Milwaukee im Bundesstaat Wisconsin Ende April 2025 vom *Federal Bureau of Investigation* (FBI), wegen mutmaßlicher „Behinderung von Ermittlungen und Verbergen von illegalen Migranten in ihrem Gerichtsgebäude“, kurzzeitig festgenommen. Der rechtskonservative FBI-Direktor Kash Patel und die republikanische US-Justizministerin Pam Bondi verteidigen die „rechtmäßige“ Vorgangsweise der Beamten aufgrund der „Gefahr für die öffentliche Ordnung“. Die Republikaner beschuldigen Richterin Dugan des „Machtmissbrauchs“. Aus Sicht der demokratischen Opposition handelt es sich bei diesem Vorfall eindeutig um einen „Angriff auf die Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit der Justiz“. Der republikanischen Administration wird insbesondere vorgeworfen, „den Rechtsstaat und die öffentliche Ordnung zu untergraben“ (vgl. Barrett 2025).

Offensichtliche Machtdemonstrationen in Form von malignen Einschüchterungen sowie „Entwertungen“ zeigen sich zahlreich, bewusst „medial instrumentalisiert“, gegenüber hochrangigen politischen Amtsträgern. Denn Opposition oder jede Art von Pluralismus widersprechen dem „absoluten“ Machtanspruch, der für eine rasche Umsetzung der *Agenda 47* von entscheidender Bedeutung ist – nicht zuletzt, um die Unterstützung des MAGA-Klientels zu sichern. Demnach führte die von Trump bezeichnete „schlechte Arbeit“ in der Migrationspolitik des demokratischen Gouverneurs Gavin Newsom⁴ und der demokratischen Bürgermeisterin Karen Ruth Bass, Anfang Juni 2025, zu einer „instrumentalisierten“ Festnahmeoperation des *U.S. Immigration and Customs Enforcements* (ICE) in Los Angeles. Das ungewöhnlich harte Vorgehen der ICE-Beamten, bei der Bekämpfung der von Trump genannten „*Mass Destruction Migration*“, hatte zahlreiche lokale Protestkundgebungen zur Folge. Für den US-Präsidenten war dies ein „geeigneter Anlass“ für die Mobilmachung von rund 4.000 Nationalgardisten sowie 700 Marineinfanteristen der regulären Streit-

² Bei der *Inaugural Address* nannte Trump seine vier wesentlichen Ziele für die 47. US-Präsidentschaft: „USA wieder sicher machen“, „Energie-Dominanz wiederherstellen“, „den Sumpf austrocknen“ und „Rückkehr zu den amerikanischen Werten“. Vgl. The White House 2025.

³ Siehe: <https://www.federalregister.gov/presidential-documents/executive-orders/donald-trump/2025>, zuletzt abgerufen am 09.06.2025.

⁴ Gavin Newsom positioniert sich als Spitzenkandidat der Demokraten für die US-Präsidentschaftswahlen 2028. Seine Agenda v.a. bezüglich Klimaschutz und Migration sorgte bereits während Trumps erster Amtszeit zu zahlreichen Konfrontationen. Vgl. Sattar 2025.

kräfte, um Los Angeles „von der sozialistischen und belastenden Führung zu befreien“ (vgl. Weisflog 2025).

Bei einer Pressekonferenz der US-Heimatschutzministerium Kristi Noem am 12.06.2025 in Los Angeles wurde der demokratische Senator Alex Padilla, der „Fragen zu einer Reihe von Fahndungsfotos“ an die Ministerin stellen wollte, durch den *Secret Service* aus dem Konferenzraum gedrängt, zu Boden geworfen und in Handschellen gelegt (Pieper 2025). Senator Padilla, selbst Sohn mexikanischer Einwanderer und in L. A. geboren, gab am 17.06.2025 bei seiner Rede vor dem US-Senat folgendes an: „*If that is what the administration is willing to do to a United States senator for having the [audacity] to simply ask a question, imagine what they'll do to any American who dares to speak up*“ (Gambino 2025).

Kritiker führen an, dass Trump dem *Project 2025* folgend, größtenteils „friedliche Proteste überzeichne“ und instrumentalisieren, um Notstandsgesetze, wie den sog. *Insurrection Act*⁵ (Aufstandsgesetz) im *Title 10* des US-Bundesgesetzbuches in Kraft zu setzen. Die frühere demokratische Vizepräsidentin Kamala Harris bezeichnete den Vorfall als „*shameful and stunning abuse of power*“.⁶ Diese Vorgangsweise sei bereits vor seiner Wiederwahl 2024 geplant worden, um das Recht auf freie Strafverfolgung außer Kraft zu setzen und die willkürliche Verhaftung von politischen Gegnern zu ermöglichen (vgl. Arnsdorf et al. 2023). Kamala Harris argumentiert auf der Medienplattform X wie folgt: „*Deploying the National Guard is a dangerous escalation meant to provoke chaos. In addition to the recent ICE raids in Southern California and across our nation, it is part of the Trump Administration's cruel, calculated agenda to spread panic and division.*”⁷

Der Einsatz der Nationalgarde wird in der Regel vom lokal zuständigen Gouverneur beantragt, der jedoch in diesem Fall keinen Grund für eine Mobilmachung sah. Gegen den Willen des Gouverneurs übernahm Trump bekanntlich das Kommando über die Nationalgarde und setzte diese auch dementsprechend ein. US-Präsident Trump begründete seine Maßnahmen mit einem „Nationalen Notstand“, dass „die Lage außer Kontrolle sei“ und die Stadt „brenne“. Dieser Argumentation folgend, stimmte ein US-Bundesberufungsgericht der Rechtmäßigkeit über die Kommandozuständigkeit des US-Präsidenten beim Einsatz der Nationalgarde in Los Angeles „grundsätzlich“ zu. In ihrem Urteil vom 19.06.2025 erklärten Richter in San Francisco, Trumps „Versäumnis, die Bundesanordnung direkt ‚über‘ den Gouverneur von Kalifornien zu erteilen, schränkt seine ansonsten rechtmäßige Befugnis zum Einsatz der Nationalgarde nicht ein“ (APA 2025). Nach Aussage von US-Vizepräsidenten J. D. Vance wird der Einsatz der Nationalgarde in Kalifornien

⁵ Dieses US-Bundesgesetz von 1807 (Title 10, Chapter 13 of the United States Code) bevollmächtigt den US-Präsidenten zum Einsatz der Nationalgarde und des Militärs, um Aufstände oder Unruhen innerhalb der USA zu unterdrücken. Title 10 bildet das gesamte rechtliche Fundament für das Militärwesen, darunter spezifische Bestimmungen für den Einsatz des Militärs im Landesinneren, wie z. B. die Ausnahme, das Militär für zivile Strafverfolgungszwecke einzusetzen. Vgl. Lasky 2023.

⁶ Harris Kamala, X-Tweet vom 12.06.2025, unter: <https://x.com/KamalaHarris/status/1933246766683729988>, zuletzt abgerufen am 19.06.2025.

⁷ Harris, Kamala: X-Tweet vom 09.06.2025, unter: <https://x.com/KamalaHarris/status/1931856677881667634>, zuletzt abgerufen am 19.06.2025.

auf unbestimmte Zeit fortgesetzt. Die harte „Antimigrationspolitik“ in Verbindung mit diversen „autokratischen“ Auswüchsen sorgte landesweit zu einer Stärkung des Widerstandes der Zivilgesellschaft, welche am 14.06.2025 zu landesweiten, friedlichen „No Kings“-Protesten mit hunderttausenden Teilnehmern führte.⁸

„Großes, wundervolles Gesetz“

Bei Haushaltsfragen, wie bei Trumps größter Gesetzesinitiative, ist eine Umgehung des regulären, parlamentarischen Gesetzgebungsprozesses nicht so einfach möglich. Gemeint ist hier der *One Big Beautiful Bill Act*⁹, wie Trumps „historisches Haushaltsgesetz“ genannt wird. Der US-Präsident beabsichtigt damit u. a. bereits ab Oktober 2025 für das kommende Haushaltsjahr 163 Mrd. USD einzusparen und dabei die Ausgaben für Verteidigung und Heimatschutz deutlich zu erhöhen. Das Jahresbudget des Pentagons könnte somit erstmals über 1 Bio. USD steigen. (vgl. APA und Reuters 2025)

Am 22. Mai 2025 stimmte die erste Kammer des Kongresses, das Repräsentantenhaus, mit hauchdünner Mehrheit (215 zu 214 Stimmen) für den Gesetzesentwurf. Alle Demokraten und zwei Republikaner stimmten dagegen. Die Zustimmung des Senats steht noch aus. Diese soll, nach den Vorstellungen des US-Präsidenten, noch vor dem Unabhängigkeitstag am 4. Juli 2025 erfolgen.¹⁰ Zur Kritik, auch innerhalb der eigenen republikanischen Fraktion, sorgte v. a. die fehlende Gegenfinanzierung der avisierten massiven Staatsausgaben, welche zu einem weiteren Anwachsen der US-Staatsverschuldung, von derzeit 36 Bio. USD, führen könnte. Auch Elon Musk, der jüngst für Trump den sechs Bio. USD schweren US-Haushalt als „Sonderberater“ und Leiter des *Department of Government Efficiency* (DOGE) durchleuchtete, teilte große Bedenken bezüglich eines drohenden Schuldenzuwachses.¹¹ Nach Schätzungen von Ökonomen könnte dieses Haushaltsgesetz den Schuldenberg in den nächsten zehn Jahren um mindestens 3 Bio. USD erhöhen (vgl. Gschoßmann 2025). Das *Center on Budget and Policy Priorities* berechnet sogar eine zusätzliche Belastung der Staatskassen bis 2035 um 5,2 Bio. USD (vgl. Marr et al. 2025). Trump hingegen stützt sich bei seinen Einschätzungen auf potenzielle Auslandsinvestitionen und argumentiert nach Angaben von *CBS News* folgendermaßen: „I think we probably have close to \$9 trillion of investments coming into this country [...] If you look at other presidents, there's never been anything like that“ (Doan und Li 2025).¹²

⁸ Am 14.06.2025 (zugleich 79. Geburtstag von D. Trump) fand eine Militärparade zum 250-jährigen Bestehen der *U.S. Army* in Arlington, Virginia und Washington, D.C., statt.

⁹ Siehe: 119th Congress (2025): *One Big Beautiful Bill Act*. Online verfügbar unter <https://www.congress.gov/bill/119th-congress/house-bill/1/text>, zuletzt abgerufen am 09.06.2025.

¹⁰ Debatten bezüglich einer drohenden „Zahlungsunfähigkeit“ mit Ende Juni 2025 erschweren zusätzlich eine rasche Abstimmung im Senat.

¹¹ Das von DOGE angekündigte Einsparungsziel von 2 Bio. USD wurde klar verfehlt. Nach inoffiziellen Angaben belaufen sich die realisierten Einsparungen (unbereinigt) auf etwa 160 Mrd. USD. Anm.: Das vom Kongress regulär vorgesehene „Haushaltskorrektiv“ ist das *Government Accountability Office*. Vgl. Holtermann 2025.

¹² Anm.: Übersetzt ins Deutsche handelt es sich hier um 9 Bio. USD.

Den Kern der neuen Haushaltsvorlage bildet das Wahlversprechen bezüglich der Verlängerung von Steuersenkungen für Unternehmer aus Trumps 45. US-Präsidentschaft. Sein diesbezügliches Steuerreformpaket 2017 würde aufgrund einer Befristung Ende 2025 auslaufen. Das neue *Big Beautiful Bill* -Gesetz beinhaltet v. a. Steuersenkungen für Vermögende und massive Einschnitte bei Sozialleistungen für die wenig verdienende, breite US-Bevölkerungsschicht. Diesbezüglich soll auch die staatliche Krankenversicherung *Medicaid* drastisch gekürzt werden, was nach Berechnungen des unabhängigen *Congressional Budget Office* (CBO) dazu führen könnte, dass mindestens 7,6 Mio. US-Bürger den Anspruch verlieren würden. Auf der Ausgabenseite ist für die Bekämpfung der illegalen Migration eine Stärkung der *United States Immigration and Customs Enforcement* (ICE) vorgesehen. Diese soll 45 Mrd. USD für die Errichtung und das Betreiben von Haftanstalten, 14 Mrd. USD für Abschiebemaßnahmen und weitere Milliarden für die Einstellung tausender zusätzlicher Beamter bis 2029 erhalten. Dazu sind rund 50 Mrd. USD für die Fortsetzung des Ausbaus der Grenzbefestigungen zu Mexiko vorgesehen. Das Militär soll für die Errichtung des landesweiten Schutzschildes *Golden Dome*, nach Vorbild Israels *Iron Dome*, vorerst 25 Mrd. USD erhalten.¹³ Weitere Milliarden USD sollen in die Modernisierung der Seestreitkräfte fließen. Zudem fordert Trump die Streichung der von Joseph Biden eingeführten Klimaschutzmaßnahmen, wie die Förderung und den Ausbau von alternativen Energietechnologien. Nicht zuletzt sollen die Steuerbegünstigungen für Elektroautos bis Ende 2025 auslaufen. Der Gesetzesentwurf enthält jedoch auch Inhalte, um die verfassungsmäßige Macht der Justiz, im Sinne der Gewaltentrennung, nachhaltig zu beschneiden. Demnach soll es Bundesrichtern verboten werden, zum Beispiel „einstweilige Verfügungen“ wegen Missachtung des Gerichts durchzusetzen. Gerichtliche Anordnungen würden somit bedeutungslos und könnten „ignoriert“ werden. Der US-Präsident müsste sich demnach auch bei Verstößen gegen das Verfassungsgesetz weder vor dem Kongress noch vor einem Gericht verantworten. Robert Reich, Professor für öffentliche Ordnung an der *University of California*, folgert, dass diese Bestimmung „Trump zum König macht [...] Selbst, wenn ein zukünftiger Kongress versuchen sollte ihn zu stoppen, wäre dies ohne die Macht der Gerichte, ihre Anhörungen, Ermittlungen, Vorladungen und Gesetze durchzusetzen, nicht möglich“ (Gschoßmann 2025).

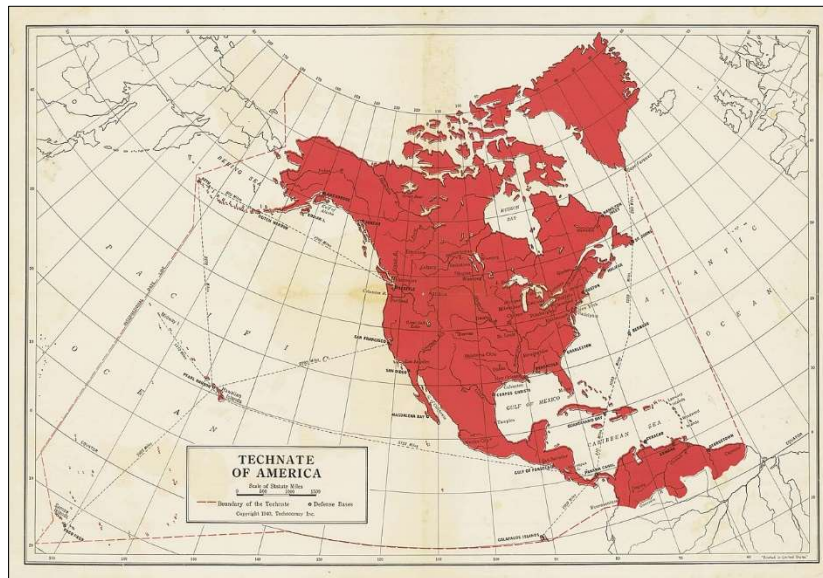
Expertenherrschaft – die Vision von einem „Technate of America“?

Die Idee einer „Expertenherrschaft“ findet sich bereits bei der antiken, politischen Philosophie von Platon (*Der Staat*), hinsichtlich seiner Kritik an der Demokratie. Dieser forderte eine „Herrschaft der Philosophen“, die durch „tiefes Wissen und Weisheit“ gekennzeichnet ist.¹⁴ Heutzutage könnte man darunter eine „technokratische“ Gesellschaftsform verstehen, welche vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität in Wissenschaft und Technik auf

¹³ Der Schutz des gesamten US-Territoriums durch ein derartig mehrschichtiges Raketenabwehrsystem würde sicherlich mehrere hundert Mrd. USD benötigen. Die Maßnahmen der Trump-Administration werden sich realistischerweise zuerst auf den Schutz der großen Ballungsräume und gegen die „atomaren“ Hauptbedrohungen beschränken. Vgl. Kramper 2025.

¹⁴ Platon „*Der Staat*“, Reclam Ausgabe 2024, ISBN 978-3-15-019512-3, S. 566.

die Erfahrung und das Wissen von Experten setzt. Mit Bezug auf die USA findet sich in den 1920er und 1930er Jahren mit der „technokratischen Bewegung“ eine Wiederbelebung dieser Vision. Im Jahre 1933 wurde von Howard Scott und seinen Gefolgsleuten die soziale Bewegung *Technocracy Incorporated* gegründet, welche den geostrategischen Plan verfolgte, die USA mit Grönland, Kanada, Mexiko und Zentralamerika in ein gemeinsames, „autarkes“ Territorium, dem sog. „*Technate of America*“ zu vereinen. In diesem sollten nicht mehr gewählte Volksvertreter, sondern Experten, die Geschicke der Gesellschaft lenken. Kritiker sehen dabei jedoch die Gefahr, dass sich diese Spezialisten schrittweise ihrer verborgenen Macht bewusst werden und zu Machtmissbrauch tendieren würden (vgl. Frisch 2023; Rasche 2025).



Technate of America von Technocracy Inc., 1940¹⁵

Die Technokratie als ökonomisches System wurde vom amerikanischen Philosophen und Soziologen James Burnham (1941) in den wissenschaftlichen Diskurs eingebracht. Dieser beschrieb eine neue Ära, das „Regime der Manager“ als logische Nachfolge des liberalen Kapitalismus. Burnhams Theorie folgend, verlange die zunehmende Technisierung eine „Experten-Elite“, welche „gesellschaftliche Prozesse steuern und die Gesellschaft unter ihre Herrschaft bringen müsse“. Auf dem globalen Schachbrett sollen zukünftig die USA eine führende Rolle übernehmen. Als prominenter Unterstützer der technokratischen Vision wird der Großvater (mütterlicherseits) von Elon Musk, Joshua N. Haldeman genannt (vgl. Rasche 2025).

Auch bei Trump steht die „faktische“ Integration Grönlands¹⁶ und Kanadas sowie die Kontrolle über den Panamakanal auf der Agenda. Die Umbenennung

¹⁵ Cornell University – PJ Mode Collection of Persuasive Cartography, PJM_2551_01.jpg, Scott Howard 1940, abrufbar unter <https://digital.library.cornell.edu/catalog/ss:34227574>, Zuletzt geprüft am 24.06.2025.

¹⁶ Trump droht seit Monaten damit, Grönland zu annektieren. Die Beziehungen mit Dänemark sind daher eigentlich auf einem Tiefpunkt. Dennoch beschloss das dänische Parlament (mit großer Mehrheit) Mitte Juni 2025 ein Verteidigungsabkommen, welches dem US-Militär „weitreichende Befugnisse“ auf dänischem Boden gibt: „ungehinderten Zugang zu dänischen

des Golfs von Mexiko, in „Golf von Amerika“ verdeutlicht zusätzlich den territorialen Anspruch im Sinne eines „amerikanischen Expansionismus“.

„America First“ in der Handelspolitik

In der Handelspolitik setzt Trump auf Einfuhrzölle¹⁷, um das aus seiner Sicht bestehende Ungleichgewicht im internationalen Handel zu korrigieren. Nach Brown (2024) entspricht dies folgendem Ansatz: „*The aim of America First is to pursue the 'best deal' for the US, regardless of morality*“. Der wirtschaftspolitische Hebel der Zollpolitik wird „geostrategisch“ eingesetzt. Demnach sollen Verbündete, die von der militärischen Macht bzw. von Sicherheitsgarantien der USA profitieren, auch die US-Verteidigungsausgaben mitfinanzieren (vgl. Pointner und Ramskogler 2025). Trumps Strategie beinhaltet die Verwendung der Zoll-Einnahmen, um die Steuern in den USA zu senken und die Staatsverschuldung abzubauen. Gleichzeitig sollen Anreize für die Rückansiedelung der Industrie in den Wirtschaftsstandort USA erfolgen und neue Arbeitsplätze in rückläufigen Sektoren geschaffen werden. Bereits im Jänner 2025 kündigte Trump Strafzölle auf Importe aus Kanada und Mexiko an, die er bald wieder aussetzte. Anfang April 2025 forderte der US-Präsident umfassende Zölle auf Importe fast aller Länder in die USA. Den Fokus legte Trump dabei auf die Erhöhung der Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus fast allen Ländern (Ausnahme Vereinigtes Königreich), welche er Anfang Juni 2025 auf 50 % anhob. Mit China gelang Mitte Mai 2025 ein Durchbruch bei den „Verhandlungen“ über reziproke Zölle. Demnach sollen für vorerst 90 Tage die US-Zölle auf chinesische Importe auf 30 % zurückgehen und die Aufschläge Chinas gegen Einfuhren aus den USA auf 10 % reduziert werden. Ein diesbezügliches Handelsabkommen wird seitens Trump in Aussicht gestellt. Mit dem Vereinigten Königreich konnte Anfang Mai 2025 eine Einigung zur Umsetzung von Zollerleichterungen erreicht werden, die v.a. die Autoindustrie und Flugzeugbau betrifft. Bereits Anfang April 2025 wurden alle Importe aus der EU mit Zollgebühren von 20 % belegt. Mit der EU laufen derzeit noch Verhandlungen, wobei Trump wiederum auf die „Strategie des maximalen Drucks“ setzt (vgl. Reuters 2025).

Resümee und Ausblick

Der 47. US-Präsident setzt augenscheinlich alles daran, seine Wahlversprechen in hoher Geschwindigkeit umzusetzen. Demokratische Prinzipien wie Rechtsstaat, Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Im Vergleich zu seiner 45. US-Präsidentschaft, in welcher er innerhalb der ersten 100 Tage exakt 45 Dekrete unterzeichnete, ist er jetzt vorbereitet. Inhaltlich besteht mit dem *Project 2025* ein klarer Fahrplan und Beständigkeit bezüglich der konservativen Gefolgschaft innerhalb der Administration, wobei der Faktor „Loyalität“ vor Fähigkeiten und Erfahrung die Personalauswahl bestimmt. Das *Project 2025* ist ein detailliert ausgearbeitetes, rechtskonservatives

Luftwaffenstützpunkten sowie das Recht, Militärstützpunkte auf dänischem Boden zu errichten, Soldaten zu stationieren und militärische Ausrüstung zu lagern“ (Koponen 2025).

¹⁷ Die rechtliche Grundlage bei Zöllen basieren auf den *Trade Expansion Act 1962 (Section 232)*, welche dem US-Präsidenten befugt bei „nationalen Sicherheitsbedenken“ Zölle einzuheben. Vgl. WKO 2025.

Regierungsprogramm, welches sich Großteils gegen alle stabilisierenden Errungenschaften der amerikanischen Demokratie richtet: Gewaltenteilung, den professionellen Verwaltungsapparat, internationale Kooperation, einen Grundkonsens über gesellschaftlichen Pluralismus und demokratische Normen. Die Verfasser dieses Planes verfolgen „bedingungslosen“ Machterhalt für den Präsidenten und somit für die MAGA-Eliten, darunter weitere Demokratie-Verächter, wie die bekannten *Tech-Bros* aus dem *Silicon Valley*. Ziel ist es, ein System zu errichten, in dem die Exekutive über Legislative und Judikative steht. Das *Project 2025* setzt dabei in den „Grauzonen präsidialer Macht“ an. Dekret für Dekret erfolgt so eine Verschiebung der Machtachse. Trump ist nicht auf einen „aufgeblähten“ Beraterstab¹⁸ angewiesen, denn das von rechtskonservativen „Experten“ verfasste und von diesen weiterhin begleitete *Project 2025* gibt die „Meilensteine“ vor.

In der internationalen Wirtschaft sorgt die unkalkulierbare Zollpolitik der USA für große Verunsicherung und Vertrauensverlust. Dies führt dazu, dass Unternehmer auf Bestellungen verzichten oder Investitionen verschieben. Damit beschleunigen sie das Abgleiten der US-Wirtschaft in eine mögliche Rezession. Der US-Außenhandel befindet sich durch den protektionistischen Kurs in einer Sackgasse, denn die bestehenden Lieferketten sind oft grenzüberschreitend ausgerichtet. Zum Beispiel befinden sich die Zulieferbetriebe der US-Industrie v.a. in den Nachbarstaaten, wie Kanada und Mexiko, aber auch in Asien und Europa. Zölle auf deren Produkte verteuern daher die Produktion in den USA.

Die Trump-Administration verliert v.a. in der Wirtschafts- und Außenpolitik an Unterstützung in der US-amerikanischen Bevölkerung. In den repräsentativen Umfragen liegt die Zustimmung nur mehr bei 46,8 % und die Ablehnung bei 50,9 % der Befragten.¹⁹ Diesen Trend verstärken Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Migration, durch das Fehlen von Arbeitskräften, und der Preisauftrieb bei Waren des täglichen Bedarfs.

Isolationistisches Verhalten prägt vordergründig die Außen- und Sicherheitspolitik der Großmacht USA in einer multipolaren Welt. Beispielhaft sind hier zu nennen: Rücknahme der Unterstützungsleistungen für die Ukraine²⁰, Reduzierung der USAID, sowie bevorstehender Austritt aus der WHO. Die Teilnahme an der Bombardierung des Irans – ohne Zustimmung des Kongresses – stellt eine Ausnahme dar. Denn diese erfolgte aufgrund der speziellen militärischen Fähigkeiten des US-Militärs bei der Zerschlagung der potenziellen Atomwaffen-Produktionsanlagen, steht jedoch entgegen dem Wahlversprechen, sich aus „langandauernden“ Kriegen zurückzuziehen. Eine rückläufige Unterstützung, auch aus dem eigenen MAGA-Lager, könnte sich bei einer

¹⁸ Zum Beispiel halbiert Trump den *National Security Council* (NSC) auf etwa 100 Außenpolitikexperten und entlässt im Mai 2025 den Nationalen Sicherheitsberater Mike Waltz, ohne Nachbesetzung. Vgl. Speck 2025.

¹⁹ RealClearPolitics (2025): President Trump Job Approval. Poll Average. In: *RealClearPolitics*, 26.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.realclearpolling.com/polls/approval/donald-trump/approval-rating>, zuletzt geprüft am 26.06.2025.

²⁰ Siehe hierzu den Beitrag von Gustav Gressel in dieser Ausgabe.

Fortsetzung abzeichnen. Das Narrativ „Frieden durch Stärke“ soll diesem Trend entgegenwirken.

Stellt sich abschließend die Frage, was der eingeschlagene Kurs der USA für Europa bedeutet? Eine treffende Antwort gibt Herfried Münkler, wie folgt:

Denn eines ist sicher: Die USA werden, egal ob ein demokratischer oder republikanischer Präsident das Sagen hat, das Schwergewicht ihrer Aufmerksamkeit ökonomisch, militärisch und auch politisch in den indopazifischen Raum verlegen, das heißt, sich ein Stück weit von Europa abwenden. Die Welt ist und wird nicht mehr so sein, wie sie einmal war. Europa muss sich selbst behaupten.²¹

Quellen

APA (2025): *US-Berufungsgericht setzt Trumps Zölle wieder in Kraft*. In: DER STANDARD, 30.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000272002/wei223es-haus-dankt-musk-kostensenkung-soll-weitergehen>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.

APA; Reuters (2025): *Trump plant milliardenschwere Einsparungen*. In: DER STANDARD, 02.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000268158/trump-plant-milliardenschwere-einsparungen>, zuletzt geprüft am 16.06.2025.

Arnsdorf, Isaac; Dawsey, Josh; Barrett, Devlin (2023): *Trump and allies plot revenge, Justice Department control in a second term*. In: The Washington Post, 05.11.2023. Online verfügbar unter <https://www.washingtonpost.com/politics/2023/11/05/trump-revenge-second-term/>, zuletzt geprüft am 19.06.2025.

Barrett, Devlin (2025): *Wisconsin Judge Hannah Dugan Arrested by FBI in Immigration Dispute*. In: The New York Times, 25.04.2025. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/2025/04/25/us/politics/fbi-arrest-judge.html?login=email&auth=login-email>, zuletzt geprüft am 19.06.2025.

Brockschmidt, Annika (2024): *Die Brandstifter. Wie Extremisten die Republikanische Partei übernahmen*. Hamburg: Rowohlt.

Brockschmidt, Annika (2025): *USA Update - Trumps Angriff auf die Demokratie*. re:publica 25. re:publica GmbH. Berlin, 29.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=2nRdvlAN4Jg>, zuletzt geprüft am 03.06.2025.

Brown, Ruairidh (2024): *Donald Trump's Machiavellian philosophy*. In: European Consortium For Political Research (ECPR), 02.12.2024. Online verfügbar unter <https://theloop.ecpr.eu/machiavellian-philosophy-donald-trump/>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.

Burnham, James (1941): *The Managerial Revolution: What is Happening in the World*. New York: John Day Company.

Doan, Laura; Li, Emma (2025): *Trump touts \$9 trillion in new U.S. investment. The numbers don't add up*. In: CBS News, 07.05.2025. Online verfügbar unter

²¹ Strobl, Günter (2025): Politikwissenschaftler Münkler: „Es wird nicht mehr, wie es einmal war“. In: DER STANDARD, 02.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.derstandard.at/story/3000000272286/politikwissenschaftler-muenkler-es-wird-nicht-mehr-wie-es-einmal-war>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.

- <https://www.cbsnews.com/news/fact-check-trump-9-trillion-us-investments/>, zuletzt geprüft am 13.06.2025.
- dpa; Welt, Redaktion (2025): *Scharfe Kritik an Trump: „Dieser Kerl will die ganze Macht haben. Er glaubt nicht an den Rechtsstaat“*. In: WELT, 10.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/politik/ausland/article256227188/scharfe-kritik-an-trump-dieser-kerl-will-die-ganze-macht-haben-er-glaubt-nicht-an-den-rechtsstaat.html>, zuletzt geprüft am 19.06.2025.
- Frisch, Alfred (2023): *Nach dem Kapitalismus - die Technokratie*. Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit „DOKUMENTE » (Heft 3, Juni 1955). In: Bundeszentrale für politische Bildung, 22.11.2023 (APuZ 41/1955). Online verfügbar unter: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/524944/nach-dem-kapitalismus-die-technokratie/>, zuletzt geprüft am 03.06.2025.
- Gambino, Lauren (2025): *It's time to wake up': Padilla recounts being handcuffed at Noem briefing in emotional speech*. In: The Guardian, 18.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.theguardian.com/us-news/2025/jun/17/alex-padilla-senate-speech>, zuletzt geprüft am 19.06.2025.
- Gschoßmann, Christoph (2025): *„Macht Trump zum König“: Trumps „Big, Beautiful Bill“ wird die USA extrem verändern*. In: Frankfurter Rundschau, 26.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/macht-trump-zum-koenig-trumps-big-beautiful-bill-wird-die-usa-extrem-veraendern-zr-93750184.html>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.
- Holtermann, Felix (2025): *Kommentar: Danke, Doge! Was Musks Sparkommission wirklich erreicht hat*. In: Handelsblatt, 31.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-danke-doge-was-musks-sparkommission-wirklich-erreicht-hat/100131971.html>, zuletzt geprüft am 16.06.2025.
- Koponen, Linda (2025): *US-Recht in Dänemark: Darum geht es beim Verteidigungsabkommen*. In: Neue Zürcher Zeitung, 16.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/us-recht-in-daenemark-darum-geht-es-beim-verteidigungsabkommen-ld.1888867>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.
- Kramper, Gernot (2025): *Golden Dome: Das ist Trumps Plan für den globalen Raketenabwehrschirm*. In: STERN.de, 22.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.stern.de/digital/technik/golden-dome--das-ist-trumps-plan-fuer-den-globalen-raketenabwehrschirm-35746772.html>, zuletzt geprüft am 16.06.2025.
- Lasky, Jack (2023): *Insurrection Act of 1807*: EBSCO Information Services, Inc. Online verfügbar unter <https://www.ebsco.com/research-starters/law/insurrection-act-1807>, zuletzt geprüft am 21.06.2025.
- Marr, Chuck et al. (2025): *House Republican Tax Bill Is Skewed to Wealthy, Costs More Than Extending 2017 Tax Law, and Fails to Deliver for Families*. In: Center on Budget and Policy Priorities, 22.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.cbpp.org/research/federal-tax/house-republican-tax-bill-is-skewed-to-wealthy-costs-more-than-extending-2017>, zuletzt geprüft am 14.06.2025.
- Nohlen, Dieter (2010): *Autokratie*. In: Dieter Nohlen und Rainer-Olaf Schultze (Hg.): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 1: A-M. Theorien, Methoden, Begriffe. Orig.-Ausg., 4. aktualisierte und erw. Aufl. München: Beck (Beck'sche Reihe, 1463), S. 57.

- Pieper, Fabian (2025): *US-Demokrat in Handschellen abgeführt: »Hände weg! Ich bin Senator!«*. In: DER SPIEGEL, 13.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/ausland/alex-padilla-in-handschellen-abgefuehrt-haende-weg-ich-bin-senator-a-a6956d21-3de6-4e9e-974c-7d53f2648770>, zuletzt geprüft am 19.06.2025.
- Pointner, Wolfgang; Ramskogler, Paul (2025): *Zölle, US-Dollar, Industrie: Haben die USA am Ende doch einen großen Plan?* - Oesterreichische Nationalbank (OeNB). In: OESTERREICHISCHE NATIONALBANK, 03.04.2025. Online verfügbar unter <https://www.oenb.at/Presse/oenb-blog/2025/2025-04-03-zoelle-us-dollar-industrie-haben-die-usa-am-ende-doch-einen-grossen-plan.html>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.
- Rasche, Michael (2025): *Amerikanischer Expansionismus und das Technate of America*, 25.03.2025. Online verfügbar unter https://michaelrasche.eu/technate_deutsch/, zuletzt geprüft am 22.06.2025.
- Reuters (2025): *Warnung des US-Präsidenten: Trump äußert sich im Zollstreit verärgert über die EU*. In: DER SPIEGEL, 18.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.spiegel.de/wirtschaft/donald-trump-aeussert-sich-im-zollstreit-veraergert-ueber-die-eu-a-e24f9209-4a12-45cf-a247-ab7dd622944b>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.
- Rushkoff, Douglas (2025): *Survival of the richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären nicht einmal auf dem Mars sicher sind*. Berlin: Suhrkamp.
- Sattar, Majid (2025): *Gouverneur Gavin Newsom: Das ist Donald Trumps Gegenspieler*. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.faz.net/aktuell/politik/usa-unter-trump/gouverneur-gavin-newsom-das-ist-donald-trumps-gegenspieler-110528258.html>, zuletzt geprüft am 20.06.2025.
- Speck, Ulrich (2025): *Trumps eigenwillige Aussenpolitik: Er halbiert den nationalen Sicherheitsrat*. In: Neue Zürcher Zeitung, 30.05.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/pro/trumps-eigenwillige-aussenpolitik-er-halbiert-den-nationalen-sicherheitsrat-ld.1886597>, zuletzt geprüft am 04.06.2025.
- The Heritage Foundation (Hg.) (2023): *Mandate for Leadership. The Conservative Promise*. Unter Mitarbeit von Paul Dans und Steven Groves. The Heritage Foundation. Washington, DC. Online verfügbar unter <https://www.project2025.org/policy/>, zuletzt geprüft am 23.06.2025.
- The White House (2025): *The Inaugural Address*, 20.01.2025. Online verfügbar unter <https://www.whitehouse.gov/remarks/2025/01/the-inaugural-address/>, zuletzt geprüft am 22.06.2025.
- Weisflog, Christian (2025): *Showdown in L. A.: Trump macht Kalifornien zum Exempel seiner Migrationspolitik*. In: Neue Zürcher Zeitung, 09.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.nzz.ch/international/showdown-in-los-angeles-donald-trump-macht-das-linke-kalifornien-zum-exempel-seiner-harten-migrationspolitik-ld.1888164>, zuletzt geprüft am 10.06.2025.
- Wenzel, Andreas (2024): *Weltmacht USA. Fakten und Folgerungen zu den Wahlen 2024*. In: BMLV (Hg.): *Akteure und Mächte. Jahresende 2024 – Ausblick 2025*. Wien: Landesverteidigungsakademie (ISS Lagebild, 3/24), S. 26–28.
- WKO (2025): *USA: Zölle auf Stahl und Aluminium*, 11.06.2025. Online verfügbar unter <https://www.wko.at/aussenwirtschaft/usa-zoelle>, zuletzt geprüft am 24.06.2025.

Indopazifik

Die Umgestaltung globaler Netzwerke & Machtstrukturen durch staatskapitalistische Geopolitik

von Barbara Farkas

Im indopazifischen Raum zeigt sich die beschleunigte Systemkonkurrenz zwischen den USA und China besonders deutlich.

Im Mittelpunkt steht die relative Interaktionsfähigkeit und in der Folge die strategische Neugestaltung länder- und branchenübergreifender, wirtschaftlicher und technologischer Netzwerke (vgl. Yan 2023). Denn die Umformung von Infrastruktur-, Technologie- und Wertschöpfungsarchitekturen – den funktionellen und überlappenden Kernbereichen des strategischen Großmacht- und Systemwettbewerbs – und damit der globalen Machtstrukturen nimmt zu.

Die US-Zollpolitik zeigt die wachsende Integration der Geoökonomie in die Geopolitik (vgl. Wang D. 2021, Farkas 2024, S. 38, 53ff, Yan 2019). Insbesondere Instrumente der staatskapitalistischen Geopolitik sollen Kontrolle und Einfluss erhöhen; die territoriale Machtprojektion nimmt hingegen ab.

Dieser geopolitische Strukturwandel prägt nicht nur die Groß- und Mittelmächte, sondern wirkt – sowohl durch die Bedeutungszunahme bestehender als auch die Entstehung neuer Bündnisse – tief in den Globalen Süden hinein.

Auswirkungen des geopolit. Strukturwandels im indopazifischen Raum

Bedeutungszunahme der relativen Interaktionsfähigkeit

Die Fähigkeit, den Zugang zu strategischen Sektoren und globalen Wirtschaftsnetzwerken zu lenken und nötigenfalls zu blockieren, wurde zu einem relevanten Faktor. Mit der **Bedeutungszunahme der relativen Interaktionsfähigkeit**¹ (vgl. Acharya/Estevadeordal/Goodman 2023) und der Konnektivität gegenüber der territorialen Einhegung zeigt sich ein wesentlicher Unterschied zum ideologischen Wettstreit des Kalten Krieges. Denn die Konnektivität weist eine geringere Sichtbarkeit als die damalige Integration von Ländern in territoriale Blöcke auf. Transnationale Netzwerke gelten als Grundlage für die nationale Sicherheit und die Globalisierung. Beispielhaft sind die Wertschöpfungsketten für Halbleiter, die Produktion von Elektrofahrzeugen, digitale Plattformen, globale Zahlungssysteme, Verkehrsinfrastruktur und Logistiknetzwerke.

Das Streben nach **Kontrolle über Netzwerke und Infrastruktur** begann nach der Finanzkrise 2008 und beschleunigte sich 2016 und mit der Covid-19 Pandemie 2020. Denn zur Förderung der makroökonomischen Stabilität und zur Sicherung strategischer Lieferketten erweiterten viele Länder im Zuge einer grundlegenden Neuorientierung vis-à-vis der neoliberalen Globalisierung ihre Rolle als industrielle Strategen und Investoren. Angesichts des sich verschärfenden globalen Wettbewerbs griffen viele Länder zu staatskapitalistischen und interventionistischen Instrumenten. Dies bedeutet einerseits keine generelle Deglobalisierung, andererseits finden Chinas außenpolitische Visionen und sein Selbstverständnis als Vorbild für eine alternative Modernität insbesondere im Globalen Süden Anklang (Farkas 2024, S. 40). Dieser ist, als relationale geopolitische Einordnung ohne geografische Verortung, durch eine systematische politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Benachteiligung charakterisiert (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung o.D.).

Zur relevanten strategischen Infrastruktur zählt beispielsweise der **Panama-Kanal**. Zu dessen Hauptnutzern gehören neben den USA und Panama Chile, China, Japan und Südkorea. Zwar übt China keine direkte Kontrolle über den Panama-Kanal aus, profitiert jedoch durch die Hafenverwaltung, die wachsende Handelspräsenz und den geopolitischen Einfluss von beträchtlichen strategischen und geoökonomischen Vorteilen. Denn ein Tochterunternehmen des in Hongkong notierten Konglomerats CK Hutchison Holdings, eines weltweit führenden Containerterminalbetreibers, betreibt seit 1997 mit Balboa an der Pazifikküste und Cristobal an der Atlantikküste zwei Häfen. Da Chinas nationale Sicherheitsgesetze mittlerweile auch für Hongkong gelten, äußern Analysten Bedenken wegen Chinas potenziellem Einfluss auf die Häfen (vgl. Roy 2025).

¹ Die **relative Interaktionsfähigkeit** ist ein Begriff der internationalen Politik, insbesondere im Kontext von Machtanalysen und Systemtheorie. Sie beschreibt die relationale sowie kontext- und situationsabhängige Fähigkeit eines (zumeist staatlichen) Akteurs, auf der internationalen Ebene effektiv Beziehungen zu anderen Akteuren aufzubauen, zu gestalten und zu beeinflussen. Dies umfasst beispielsweise Einflussnahme, Kooperation, Wettbewerb oder Konfliktaustragung. Als Mittel bieten sich etwa die wirtschaftliche Vernetzung, die institutionelle Einbindung, die militärische Machtprojektion oder die diplomatische Infrastruktur an.

Die USA mobilisieren zunehmend ihre Verbündeten und streben im Sinne eines selektiven Multilateralismus nach der wirtschaftlichen Abkopplung von China. Trotz des weltweiten Trends zu Deglobalisierung und *Decoupling* unterstützt China die (abgeschwächte) Fortführung der wirtschaftlichen Globalisierung (vgl. Yan 2023) mit dem Argument der bisherigen und der künftig für alle erwartbaren Vorteile auf der Basis einer neuartigen Reziprozität (vgl. Wang D. 2021). Im Rahmen dieser **adaptierten Globalisierung** stärkt China insbesondere die Zusammenarbeit mit Japan, Südkorea, der EU und dem Globalen Süden. Tatsächlich verharren die globalen Waren-, Finanz- und Datenströme auf einem historischen Höchststand. Statt auf eine Abkopplung konzentrieren sich die Länder vielmehr bewusst auf die Sicherstellung von Netzwerken, einerseits zur Maximierung der Vorteile der Globalisierung und andererseits zur Minimierung der damit verbundenen Risiken. Dabei geraten die unterschiedlichen Bestrebungen der Länder zur Festlegung der Regeln für die Teilnahme und den Einfluss innerhalb dieser Netzwerke zunehmend in Konflikt.

Nutzung staatskapitalistischer Instrumente

Angesichts der geopolitischen Veränderungen nutzen viele Länder eher aus praktischen als doktrinären Gründen zur Stärkung ihres strategischen Einflusses und ihrer wirtschaftlichen Sicherheit staatskapitalistische Instrumente.² Diese inkludieren beispielsweise die Beteiligung von Staatsfonds an strategischen Unternehmen zur Lieferkettenkontrolle, die Vergabe zinsgünstiger Kredite zur selektiven Branchenförderung und die Finanzierung neuer Technologien durch öffentlich-private Kooperationen. Insbesondere im Bereich der E-Autobatterien oder der Forschung zur künstlichen Intelligenz weiten staatseigene oder staatsnahe Unternehmen ihren Einfluss aus. Der aus der Wettbewerbsdynamik, Widersprüchen und Krisen resultierende, immer deutlicher sichtbare staatliche Eingriff in Wirtschaft und Gesellschaft gestaltet die Weltwirtschaft um und eröffnet dem Globalen Süden strategische Chancen.

Die staatskapitalistische Geopolitik unterscheidet sich in ihrer grundlegenden Logik (insbesondere der angestrebten Kontrolle über Netzwerke und strategische Knotenpunkte), den Instrumenten und Erscheinungsformen (insbesondere dem staatlichen Wirtschaftsinterventionismus) von der bisherigen geopolitischen Praxis. Sie beinhaltet eine Ausweitung und Neukonfiguration der Rolle von Staaten als industriepolitische Akteure, Technologie- und Innovationskatalysatoren, Kontrolleure wichtiger Finanzknoten und Infrastrukturen, Förderer nationaler Marktführer und strategischer Sektoren, Investoren und Anteilseigner sowie direkte Eigentümer von Kapital und Vermögen. Der strategische Zugriff auf Wirtschaftsnetzwerke erfolgt etwa über zielgenaue Subventionen, Exportkontrollen, strategische Staatsfonds und Infrastrukturinvestitionen sowohl im Inland als auch in Drittstaaten. Diese Entwicklung prägt nicht nur die Groß- und Mittelmächte, sondern wirkt durch die Formung neuer

² Definition des Staatskapitalismus nach Cliff 1996 als ein System, in dem der Staat als kollektiver Kapitalist agiert und die Produktionsmittel besitzt, verwaltet und kontrolliert, jedoch weiterhin auf kapitalistische Weise akkumuliert.

Bündnisse auch tief in den Globalen Süden hinein (vgl. Ren 2023; Niu 2023; Gu 2023). Insbesondere wuchs die Bedeutung der BRICS-basierten Finanzinfrastruktur sowie von alternativen Zahlungssystemen und multilateralen Projekten für die digitale Souveränität.

Strategische Mehrfachausrichtung als Chance für den Globalen Süden

Für viele Länder des Globalen Südens – darunter auch US-Verbündete – bringt das Konzept der strategischen Mehrfachausrichtung und die tendenzielle Abkehr von der bisher häufig gepflogenen Loyalität zu ausschließlich *einem* strategischen Förderer erweiterte Möglichkeiten, jedoch auch neue Risiken mit sich. In diesem Sinne wollen etwa Vietnam und Indonesien die Nutzung ihrer strategischen Lage und Ressourcen optimieren. Die Lähmung des Streitschlichtungsgremiums der Welthandelsorganisation führte allerdings auch zur Zunahme ressourcennationalistischer Politik, beispielsweise zum indonesischen Exportverbot von Rohnickel. Zugleich stieg das gegenseitige Kooperationsinteresse der Länder des Globalen Südens, ersichtlich etwa an der seit 2024 unerwartet rasch gestiegenen Anzahl an Mitgliedern und Partnern von BRICS.

In diesem Kontext wird sich zudem die von China 2005 begonnene (vgl. Rogoff 2025, S. 111) Entdollarisierung beschleunigen, auch wenn einige BRICS-Länder, wie etwa Indien, die Abkopplung von der US-Währung nicht aktiv verfolgen. Indiens Hauptmotiv für die Teilnahme an einem alternativen System ist vielmehr die Fortführung der Wirtschaftsbeziehung mit Ländern, für die der Handel in US-Dollar mit Schwierigkeiten verbunden ist. Zur Erfüllung der Kriterien einer Reservewährung fehlt es den BRICS-Währungen noch an Stabilität, Liquidität, Markttiefe und Rechtsstaatlichkeit. Die Betonung der finanziellen Extraterritorialität durch die USA wird die Anziehungskraft alternativer Zahlungssysteme, etwa das im Oktober 2025 eingeführte BRICS Pay, weiter erhöhen. Für die USA steigerte die weltweit dominierende Rolle des US-Dollar seine Nachfrage und den Wert und führte damit zu einer verringerten Exportwettbewerbsfähigkeit, anhaltenden Handelsdefiziten und einer Erosion der US-Produktion. Die Vorteile liegen in der politischen Hebelwirkung, niedrigen Zinssätzen und potenziell anwendbaren Finanzsanktionen. Die Last der US-Dollardominanz (vgl. Rogoff 2025, S. 236-243), beispielsweise die Aufwertung des US-Dollars in einer Krise, wollen die USA, etwa über Zölle, mit Handelspartnern teilen.

Chinas strategisches Denken in Bezug auf den geopolitischen Strukturwandel

Chinas Neudefinition seines Wachstumsmodells

Chinas grundsätzliche **Doppelstrategie** umfasst einerseits die regionale militärische Machtdemonstration, insbesondere im Südchinesischen Meer, und andererseits die Intensivierung der diplomatischen Beziehungen zu den südostasiatischen Staaten, insbesondere Indonesien, Kambodscha, Malaysia und Vietnam. Gegenüber dem bisher priorisierten raschen Wirtschaftswachstum

konzentriert sich China zunehmend auf die Industriepolitik in strategischen Sektoren sowie auf international rasch expandierende, nationale Marktführer. Die relevanten Bereiche umfassen die künstliche Intelligenz, die Elektromobilität, Energie und Halbleiter. Sein Wirtschaftswachstumsziel von 5 % für 2025 möchte China mit einer proaktiven Finanzpolitik zur Förderung des Binnenkonsums und der technologischen Innovation erreichen. Im Zuge eines vorläufigen strategischen Rückzugs vom Etatismus der vergangenen Jahre unterstützt China die (privat-)wirtschaftliche Innovation und positioniert sich zugleich als berechenbares Ökosystem. Als Folge der Diversifizierung wegen des Drucks durch US-Zölle gehen inzwischen fast 50 % der chinesischen Exporte in Schwellenländer. Die Marktzuwächse Chinas stiegen, in der genannten Reihenfolge, etwa in Indien, Südkorea, Russland, Vietnam, Thailand, in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Indonesien, Singapur und Malaysia.

Der chinesische Ansatz fokussiert sich zudem auf den raschen **Ausgleich bestehender Defizite**. Als solches identifizierte China etwa den Mangel an (wirtschaftlichen) Netzwerken. Als Maßnahme erweitert China seine Strategiekonzepte, etwa mit der strategischen Gestaltung der Großmachtbeziehungen. Dies soll in erster Linie die Beziehung zu Russland und Europa verbessern (vgl. Wang H. 2021). Chinas strategische Neukonzeption umfasst sowohl den internationalen Handel als auch das chinesische (Wirtschafts-)System. Denn zur Ergänzung der von China positiv wahrgenommenen Globalisierung fördert China zur Senkung seiner internationalen Abhängigkeit die Binnennachfrage als zweiten Wirtschaftskreislauf (vgl. Yan 2023). Auf der globalen Ebene definiert die zunehmende (wirtschaftliche) Einbindung der geringer entwickelten Länder die bisherige Beziehung zwischen Industrie- und Schwellenländern neu (vgl. Liu 2021).

Chinas Streben nach einem nationalen Innovations-Ökosystem

Die technologische Rivalität zwischen China und den USA hat wirtschaftliche, sicherheitspolitische und geopolitische Auswirkungen. In der chinesischen Perspektive sollte **Technologie** jedoch weniger ein Werkzeug des geopolitischen Wettbewerbs als vielmehr ein öffentliches Gut sein (vgl. Zhu 2025, S. 5).³ China zeigt große Ambitionen zur Realisierung des technologischen Fortschritts und eine wachsende Innovationsfähigkeit (vgl. Chow 2024). Der Übergang von einem produktionsbasierten zu einem innovationsbasierten Wirtschaftsmodell stützt sich auf eine Industriestrategie, die sich auf staatlich gelenkten, marktgesteuerten Wettbewerb konzentriert. Dieser neue **hybride Ansatz** von staatlicher Unterstützung und privatwirtschaftlichem Wettbewerb stellt im Gegensatz zu früheren industriepolitischen Maßnahmen sicher, dass ohne Vorselektion nur die innovativsten und wettbewerbsfähigsten Unternehmen für die eigenkapitalgetriebene globale Expansion gefördert werden.

³ Zu Chinas Sicht auf die Bereitstellung von Kollektivgütern und seinen strategischen Überlegungen dazu: siehe Farkas in ÖMZ 4/2025, 01.07.2025, S. 448-457.

Generell wurde **Innovation** zu einem Schlüsselement der chinesischen Politik und schließt die Adaption der institutionellen Rahmenbedingungen mit ein (vgl. Hu/Yan/Tang 2018, S. 15-35). Das Ziel ist die Etablierung eines nationalen Innovations-Ökosystems (vgl. Hu 2021). Relevante Innovationsanreize entstammen dem intensiven brancheninternen Wettbewerb, der ständigen Evaluierung von Leistung und Output sowie dem starken Kommerzialisierungsdruck. Lag der Schwerpunkt zu Beginn auf der angewandten Forschung, weitete er sich schrittweise auf die technische und naturwissenschaftliche Grundlagenforschung aus. Definiert wird in erster Linie ein Ziel, beispielsweise die beste Batterietechnik, wobei die Unternehmen über relativ großen Handlungsspielraum verfügen. Dabei behält China durch stete Anpassungen die Reputation seines Wissenschaftssektors im Blick. Generell verlagerte sich das strategische Denken Chinas auf einige Beziehungspaare, insbesondere Fortschritt und Stabilität, Entwicklung und Sicherheit, Zusammenarbeit und Wettbewerb sowie Innen- und Außenbeziehungen. Eng mit diesem dualen Ansatz ist für China das Nutzen und das Schaffen von strategischen und komplementären Vorteilen verbunden. Diese können beispielsweise in institutionellen oder in Skalenvorteilen bestehen, also etwa infolge der Vorreiterrolle oder der Marktgröße. Als spätes Entwicklungsland nimmt sich China im Vergleich mit Industrieländern selbst als dynamischer wahr.

Die Technologiesektoren veranschaulichen den globalen Trend zur selektiven Umgestaltung der Wertschöpfungsketten mittels Regulierungen. Südkorea, die USA und andere Länder konkurrieren um den Ausbau ihrer inländischen Kapazitäten für die Halbleiterfertigung und bieten Investoren Steuererleichterungen und Subventionen an. China hingegen investiert zur Reduktion seiner Abhängigkeit von ausländischen Technologien selbst beträchtliche Ressourcen in einheimische Unternehmen.

Demokratisierung des globalen KI-Zugangs durch DeepSeek

Mit der für 15.05.2025 angekündigten Einführung der **AI-Diffusion Rule** wollten die USA – analog zu den Restriktionen gegenüber Huawei und ZTE in der ersten Amtszeit Trumps – die Chipkontrolle gegenüber China zu einer interventionistischen globalen Strategie erweitern. Diese führt zu erheblichen Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die KI-Bestrebungen Südostasiens. Die KI-Verbreitungsvorschrift schafft ein dreistufiges Exportklassifizierungssystem, um die Einfügung in das KI-Ökosystem der USA zu erzwingen. Japan, Südkorea und Taiwan zählen zu den insgesamt 18 essenziellen US-Partnern in der KI-Lieferkette und genießen unbeschränkten technologischen Zugang. Die meisten Länder im indopazifischen Raum stoßen auf starke Einschränkungen sowie erhebliche politische und regulatorische Anforderungen. Gegenüber China gilt ein nahezu vollständiges Embargo für moderne KI-Hard- und Software (vgl. Ang 2025).

Unerwartet intensivierte DeepSeek den globalen KI-Wettbewerb, überbrückte mit algorithmischer Innovation die Hardware-Lücke und demokratisierte den KI-Zugang. Denn die Open-Source Architektur des DeepSeek LLM R1 (*Large*

Language Model) schafft durch die mögliche Anpassung der KI-Modelle an lokale oder länderspezifische Bedingungen eine neue transformative Chancengleichheit für Regierungen, Unternehmen und Entwickler. Weiterhin erforderlich bleiben dennoch erhebliches technisches Wissen, Investitionen in die digitale Infrastruktur und die Berücksichtigung der US-Position bzw. von potenziellen US-Maßnahmen. Prognostiziert wird eine Verdoppelung des weltweiten *Open Source* KI-Marktanteils auf 30 % in den nächsten zwei Jahren. Während im Westen, angetrieben durch die USA, generative KI-Modelle im Mittelpunkt stehen, positionierte sich China bei industriellen KI-Modellen an der Spitze. Diese lassen sich branchen- und firmenspezifisch anpassen. Bedeutender als die Rechenleistung sind die Kostenvorteile sowie die Vernetzung von KI-Modellen mit der Erfahrung in Produktionsprozessen und -verfahren.

Die innerchinesischen **Innovationskatalysatoren** bestanden in der Ressourcenknappheit sowie im intensiven brancheninternen Wettbewerb und führten zu Anpassungsfähigkeit und Resilienz der chinesischen Unternehmen. Als neue Benchmark übt DeepSeek Druck auf die chinesischen Konkurrenten Alibaba und Tencent aus. Hinzu kam das Embargo für US-Computerchips. Von untergeordneter Relevanz waren Subventionen und das relativ geringe Lohnniveau in China. DeepSeek R1 kann unabhängig von China gehostet werden. Es ist kostenlos verfügbar und leistungsfähig. **Bedenken** bestehen in Bezug auf die politische Instrumentalisierung, die Cybersicherheit und den Datenschutz. Südkorea und Australien etwa blockierten unter Berufung auf Sicherheitsbedenken vorerst den Zugang zu *DeepSeek*. Japanische Unternehmen testen das Potenzial für die Robotik, Vietnam, Brasilien und Nigeria für die Landwirtschaft und das Bildungswesen. Als größter Wachstumsmarkt für *DeepSeek* erwies sich Indien. Der Globale Süden und Europa wären bei einer kooperativen KI-Entwicklung Schlüsselvariablen.

Chinas Maßnahmen gegen die US-Zollpolitik

Die im Rahmen des *International Emergency Economic Powers Act* rasch und stark angehobenen US-Zölle schließen die meisten chinesischen Produkte vom US-Markt aus (vgl. Gu 2025). Gemäß ISEAS würde sich das BIP-Wachstum Chinas ab einer kumulativen Zollbelastung von 60 % auf chinesische Exporte um zwei Prozentpunkte verringern und damit das geplante Wirtschaftswachstum halbieren. Chinas Handelsüberschuss mit den USA entspricht 2 % seines BIPs. Er betrug 2024, bei einem Exportvolumen in die USA von 525 Mrd. US-Dollar, 361 Mrd. US-Dollar. Exporte begründen ein Fünftel des chinesischen Wirtschaftswachstums. Die USA stellen mit 16 % Exportanteil – nach Südostasien – Chinas zweitwichtigste Exportdestination dar (vgl. ISEAS 2025). Chinas Gesamtexporte in die Länder des Globalen Südens übersteigen jene in die Industrieländer. Dies belegt einerseits die (noch) substanzielle quantitative Relevanz der Exportwirtschaft für China und andererseits die Bedeutungszunahme der indopazifischen Region bzw. des Globalen Südens gegenüber den USA als Handelspartner Chinas.

Chinas systematische und langfristige Maßnahmen gegen die US-Zollpolitik gewinnen zunehmend an Effektivität, Intensität, Geschwindigkeit und Formalisierung, insbesondere durch die rechtliche Absicherung der zuvor häufig informellen Vergeltungsmaßnahmen (vgl. Yu 2025, Xing 2025). Beispielhaft ist die rasche Ausweitung der sowohl formelle als auch informelle Elemente umfassenden **Exportkontrollen**, etwa für kritische Rohstoffe und Hochtechnologie (vgl. IISS 2025). Damit geht China über die Symbolik hinaus, weitet die Ziele geografisch schrittweise aus, fügt den Konkurrenten wirtschaftlichen Schaden zu, untergräbt die Diversifizierungsbemühungen der US-Lieferketten (etwa über Indien) und minimiert trotz unvermeidbarer Kollateralschäden die Kosten für die chinesischen Unternehmen.

Anfangs reagierte China auf die US-Zölle mit Zurückhaltung und einer unmittelbaren wirtschaftlichen Schadensbegrenzung. Allmählich konzentrierte es sich auf die konstruktive Ausgestaltung seiner eigenen Rolle, die internationale Konsensbildung und die Mobilisierung gegen den US-Unilateralismus. Sich selbst positioniert China als verlässlichen, rationalen und fairen Wirtschaftspartner (vgl. Xinhua 2025). Im Zuge seiner langjährigen Erfahrung mit der US-Zollpolitik seit 2018 konzentrierte sich China bereits in den vergangenen Jahren auf die **systematische Umgestaltung seiner außenwirtschaftlichen Beziehungen**, die aktive Diversifizierung der internationalen Märkte, die Marktsubstitution sowie die Reduktion der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA durch den Aufbau resilienterer, regional verankerter Wirtschaftnetzwerke. 2018 war China mit 35 kritischen technologischen Engpässen konfrontiert, von denen 21 inzwischen überwunden wurden, an den übrigen wird derzeit gearbeitet (vgl. Yu 2025).

Zugleich stärkt China die Grundlage seiner eigenen **langfristigen internationalen Wettbewerbsfähigkeit**, indem es sowohl die für den Wettbewerb mit den USA zentralen strategischen Sektoren als auch wirtschaftliche Offensivinstrumente einsetzt. Es zielt weniger auf Endprodukte als vielmehr auf die Spitze der Wertschöpfungsketten, indem es Ressourcen und technologische Prozesse kontrolliert. Chinas Ansatz beruht zum Teil auf der Nachahmung der US-Ausfuhrkontrollen, jedoch auch auf einzigartigen Aspekten wie die Schaffung eines wirtschaftlichen Frühwarnsystems. Dies belegt Chinas Sorgfalt bei der Ermittlung seiner eigenen wirtschaftlichen Stärken und Schwächen bzw. der Anfälligkeit für US-Sanktionen. Eine wesentliche strategische Anpassung stellt der sowohl auf den internationalen als auch den innerchinesischen Handel gestützte doppelte Wirtschaftskreislauf dar.

Die **USA** wiederum gehen mit einer Strategie der Spaltung und Fragmentierung, die sich insbesondere gegen potenzielle China-Verbündete richtet, von einer globalen Perspektive ab und richten sich verstärkt gegen China. Im Gegensatz zu bisher kann China gegenwärtig die Zölle nicht durch die Einrichtung von Lieferketten in Drittländern und indirekte Exporte in die USA umgehen bzw. wirksam begrenzen. Ein (vollständiger) Ersatz chinesischer Produkte in den USA und ebenso weltweit wird zudem durch den Mangel an preislicher Wettbewerbsfähigkeit und an Lieferkapazitäten gehemmt.

Ostasiens Positionierung

Generell nahm Ostasien, mit der Ausnahme von Japan, eine zunehmend äquidistante Haltung zu China und den USA ein (vgl. Yuan 2024). Das geopolitische Hauptrisiko für die USA ist daher die eigene Abkopplung von der sich entwickelnden Wirtschaftsarchitektur Ostasiens. Denn die traditionell engen US-Verbündeten Japan, Südkorea und Taiwan würden sich angesichts einer verschärften US-Zollpolitik enger an die regionalen Volkswirtschaften, einschließlich China, binden und damit die Dynamik multilateraler Abkommen beschleunigen, insbesondere RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership), CPTPP (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership) und das seit langem anvisierte Freihandelsabkommen zwischen China, Japan und Südkorea (vgl. Hao 2025). RCEP deckt dabei immerhin 30 % des globalen BIPs ab. **Japan** etwa forderte in seiner von Frustration und Neukalibrierung, jedoch weniger von Vergeltungsmaßnahmen geprägten Reaktion ungewohnt deutlich die Aufhebung der US-Zölle. **Südkoreas** Lage ist durch die innenpolitische Instabilität verkompliziert, die durch die umstrittene Ausrufung des Notstandes durch Präsident Yoon Suk-yeol im Dezember 2024 entstand. Die einflussreichen Firmenkonglomerate (Chaebols), darunter Hyundai, Samsung und SK, schlossen sich den Bemühungen der Regierung zur Erhöhung der Investitionen in den USA an. Von den US-Zöllen betroffen sind etwa auch die großen Produktionsstätten von Samsung und LG in Vietnam. **Taiwan** trafen die als zutiefst unangemessen bezeichneten Zölle kurz nachdem TSMC die Verlagerung von Produktionskapazitäten in die USA mit 100 Mrd. US-Dollar finanziert und die Zusage für eine weitere Investition in gleicher Höhe bestätigt hatte. Zudem stiegen die Spannungen sowohl innenpolitisch als auch in den Beziehungen Taiwans zu den USA kontinuierlich an (vgl. Hao 2025).

Südostasiens Positionierung

Die Länder Südostasiens sehen eine grundsätzliche **Kontinuität der US-Politik** gegenüber der Region. Dazu zählt die US-Priorität für den indopazifischen Raum, die konfrontative Sicherheitspräsenz der USA und die Verweigerung eines besseren Zugangs zum US-Markt und zu Investitionen. Die größte Sorge Südostasiens gilt der wirtschaftlichen Disruption. Der Blick auf China als wichtigster strategischer Partner Südostasiens resultiert aus Chinas langfristiger Strategie des regionalen Engagements, veränderten Mustern der wirtschaftlichen Abhängigkeiten, insbesondere der Bedeutungszuwachs Südostasiens als nunmehr wichtigster Handelspartner Chinas (statt der EU) (vgl. ISEAS 2025). Beispielhaft für die Komplexität ist Thailand. Es verfügt über eine enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation mit China. Zugleich besteht bei US-Handelszöllen gegen China die Gefahr des chinesischen Preisdumpings in Thailand, das ein Drittel der thailändischen Industrie betreffen würde (vgl. Rattanasengchanh 2025).

Der **Wandel** zeigt sich vielmehr in den Beziehungen zwischen dem US-Präsidenten und seinen regionalen Amtskollegen. Relevant sind dabei die

zahlreichen Führungswechsel seit seiner ersten Amtszeit in Bangladesch, Indonesien, Japan, Singapur, Taiwan, Thailand und Vietnam. In seiner ersten Amtszeit waren Trumps Wahrnehmung der innenpolitischen Position des Präsidenten und die nationale Beziehung zum betroffenen Land die zwei wesentlichen Entscheidungsfaktoren. Trump bevorzugte Politiker mit innenpolitischer Stärke und, bei demokratischen Politikern, konservative gegenüber progressiven. Mehr Aufmerksamkeit schenkte er verbündeten oder, wenn ungebundenen, dann mächtigen Ländern. Dies bedeutete jedoch nicht immer ein besseres Verhältnis.

Daraus ergaben sich für Südostasien vier **Beziehungsmuster**. Beispielhaft für das einfachste Szenario waren Japan und Indien, nämlich ein konservativer Staatschef aus einem mit den USA verbündeten Land. Eine zweite Gruppe umfasste Staatschefs großer, jedoch mit den USA nicht verbündeter Länder. Zu China und Russland pflegte Trump durchaus produktive Arbeitsbeziehungen. In einer schwierigen Lage waren Staatschefs aus mit den USA verbündeten Ländern, die Trump als schwach oder in Widerspruch zu seinen politischen Zielen stehend ansah, etwa der südkoreanische Präsident Moon Jae-in. Die blockfreien Länder hatten keine schlechten Beziehungen, jedoch wenig Kontakt zu den USA und profitierten von ihrer Anpassungsfähigkeit. Denn Trump betrachtet sie als politisch schwach, wenig kooperativ oder unwichtig. Dazu zählte der indonesische Präsident Joko Widodo. Möglicherweise könnten sich die US-Beziehungen zu Indonesien unter Prabowo Subianto und zu den Philippinen unter Ferdinand Marcos künftig verbessern. Mittel der Wahl sind eher stille Konsultationen als öffentliche Dialoge.

Insbesondere **Vietnam** bemüht sich im Zollkonflikt aktiv um Verhandlungen und strebt ein konstruktives, auf Zugeständnissen basierendes Ergebnis an (vgl. Vu 2025).

Malaysia stärkte seine Beziehung zu China kontinuierlich, insbesondere durch die Ausweitung der Kooperationsbereiche Energie, Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt.

Indonesiens außenpolitische Aktivität und sein Pragmatismus bei der Verfolgung der Wirtschaftsinteressen nahmen zu. Eine wesentliche Veränderung des Stils und weniger der Verbündeten des blockfreien Indonesien erfolgte mit der BRICS-Mitgliedschaft per Jahresanfang 2025. Wirtschaftlich möchte sich Indonesien angesichts des mit über 2,3 Billionen US-Dollar enormen Potenzials des internationalen Halal-Marktes mit strategischen Investitionen, politischen Reformen und strategischen Kooperationen, etwa mit Malaysia, Saudi-Arabien und der Türkei, als globale Drehscheibe für Halal-Produkte etablieren. Dazu zählen neben Lebensmitteln das islamische Finanzwesen, Pharmazeutika, Kosmetika und der Tourismus. Die Mängel liegen noch in strukturellen und logistischen Hürden, insbesondere der Infrastruktur, der geringen Einbindung in die Lieferketten und der Abhängigkeit von Ressourcenimporten. Hinzu kommen institutionelle Hemmnisse.

Chinas Sicht auf Europa

China präferiert eine möglichst ausgewogene, von den USA unabhängige Positionierung Europas (Biba 2024, S. 6). Unter dieser Voraussetzung begrüßt es ein verstärktes europäisches Engagement im Indopazifik (vgl. Yuan 2024), wo Europa seine strategische Autonomie testet. Dabei zeigt es Divergenzen zwischen Ambitionen und Kapazitäten sowie eine weniger deutlich gegen China gerichtete Haltung als die USA. Angesichts der Unwägbarkeiten der US-Außenpolitik unter Trump bietet sich China Europa als wirtschaftlich und diplomatisch verlässlicher, langfristiger Partner an (vgl. ISPI 2025). Damit drängt Trump China und Europa näher zusammen (vgl. Chatham House 2025). China betont seine Perspektive auf Europa als bedeutender Pol in einer multipolaren Welt und zeigt seine Bereitschaft zur Vertiefung der strategischen Kommunikation und der Kooperation mit Europa (vgl. Wang 2025). Vor allem zur Vermeidung eines zweiseitigen Konflikts mit China und den USA unternahm die Europäische Kommission einen vorsichtigen Strategiewechsel und konzipierte eine eigenständigere, konziliantere China-Politik (vgl. Euronews 2025).

Resümee

Der Handels- und Zollkonflikt ist deutlicher Ausdruck des gegenwärtigen geopolitischen Strukturwandels. Die in Gang gesetzte langfristige und nachhaltige Umgestaltung der globalen Netzwerke erfolgt in erster Linie durch staatskapitalistische Geopolitik. Es zeichnet sich ab, dass dadurch die bestehenden Machtstrukturen und im indopazifischen Raum insbesondere der Regionalismus und auch die China-Kooperation gestärkt werden. Dies wiederum belegt, dass der geopolitische Strukturwandel nicht nur die Groß- und Mittelmächte prägt. Durch die zunehmende Relevanz der relativen Interaktionsfähigkeit und in der Folge der strategischen Mehrfachausrichtung wirkt er vielmehr tief in den Globalen Süden hinein.

Die Länder des indopazifischen Raumes und insbesondere die US-Verbündeten zeigen ihre Verärgerung und Enttäuschung, weil ihr teils beachtliches spontanes Entgegenkommen zur Senkung des US-Handelsdefizits lediglich ein vorübergehendes Einlenken der USA bewirkte. Einzig China setzte – bislang relativ erfolgreich – auf Basis der sorgfältigen Auswertung seiner bisherigen Erfahrungen auf Stärke. Im Gegensatz zu kurzfristig verhängten taktischen Zöllen könnten Zölle, die einen umfassenden Abkopplungsprozess unterstützen sollen, lange Zeit in Kraft bleiben. In diesem Kontext ergeben sich während des strukturellen Veränderungsprozesses – je nach Dauer und Intensität der Konsequenzen sowie je nach betroffenen Ländern und Branchen – unterschiedliche potenzielle Szenarien, insbesondere eine Abkopplung oder Neustrukturierung von Netzwerken. Die Verschiebung von Lieferketten und die teilweise Zurückholung der Produktion in die USA soll die Abhängigkeit von singulären Wertschöpfungsketten oder einzelnen Ländern verringern und könnte als starke und dauerhafte Konsequenz zur **Abkopplung** führen. Besonders betroffen wäre China bzw. die Branchen Technologie, Energie, Industriewerkstoffe, Pharmazie, Biotechnologie und Luftfahrt. Eine **Neuordnung** zur Verringerung

des US-Handelsdefizits und zur Förderung der US-Produktion hätte mittelfristige, dauerhafte und uneinheitliche Auswirkungen. In diesem Fall dienen reziproke Zölle dem Ausgleich der Handelsbilanz, insbesondere mit China, Indien, Japan, Südkorea und Vietnam. Dies käme vor allem für die Branchen Fahrzeuge, Stahl, Aluminium, Landwirtschaft, Nahrungsmittel, Chemie, Elektrogeräte, Pharmazie, Luxusgüter, Verteidigung, Energie und Erdöl in Betracht. Ein wesentliches Element im Handelskonflikt ist die **Verhandlungstaktik**. Als Verhandlungstaktik dient die US-Zollpolitik dem Aufbau von wirtschaftlichem Druck zur Durchsetzung politischer Ziele, beispielsweise der Eindämmung des grenzüberschreitenden Drogenhandels. Dies hätte schwache, vorübergehende Auswirkungen, vor allem auf China und Japan. Potenziell betroffene Branchen wären Fahrzeuge, Stahl, Landwirtschaft, Elektrogeräte, Baumaschinen, Mineralien, Verteidigung, Energie und Halbleiterausrüstungen. Ein zweites Kernelement im Handelskonflikt ist das Generieren von **Staatseinnahmen durch US-Zölle**, vor allem zum Ausgleich für andere politische Entscheidungen, wie etwa Steuersenkungen und Deregulierungen. Die Konsequenzen wären intensiv und dauerhaft, beispielsweise universelle Zölle für alle Länder. Das Resultat wäre ein Preis- und Margendruck in allen Branchen, insbesondere bei Konsumgütern, Fahrzeugen und in der Industrie.

Quellen

- Acharya, Amitav/Antoni, Estevadeordal/Louis W. Goodman (2023): Multipolar or multiplex? Interaction capacity, global cooperation and world order. In: *International Affairs* 6/2023, 99. Jg., S. 2339–2365.
- Ang, U-Jin Adrian (2025): What Will Trump 2.0 Do? The AI Diffusion Rule and DeepSeek's Implications for Southeast Asia, IP25030, 12.03.2025, [online] <https://rsis.edu.sg/rsis-publication/idss/ip25030-what-will-trump-2-0-do-the-ai-diffusion-rule-and-deepseeks-implications-for-southeast-asia/> [10.06.2025].
- Biba, Sebastian (Hrsg.) (2024): *Europe in an Era of US-China Strategic Rivalry. Challenges and Opportunities from an Outside-in Perspective*, Cham: Springer.
- Chatham House (2025): Trump is pushing Europe and China closer together. Europe should tread carefully, 07.03.2025, [online] <https://www.chathamhouse.org/2025/02/trump-pushing-europe-and-china-closer-together-europe-should-tread-carefully> [01.04.2025].
- Cliff, Tony (1996): *State Capitalism in Russia (1955/1974)*, Fifth Edition, e-book, Marxist Internet Archive, [online] <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/cliff/1955/staatskap/index.htm> [10.04.2025].
- Euronews (2025): What's EU trade commissioner looking for from China trip?, 26.03.2025, [online] <https://www.euronews.com/my-europe/2025/03/26/whats-eu-trade-commissioner-looking-for-from-china-trip> [01.06.2025].
- Farkas, Barbara (2024): Chinas Perspektive auf den globalen Systemkonflikt, in: *BMLV: Systemkonflikt – die chinesische Herausforderung*, Armis et Litteris, Schriftenreihe der Theresianischen Militärakademie, Band 43, Wiener Neustadt 2024, 37-55, [online]

- https://www.milak.at/fileadmin/milak/Forschung/Publikationen/Systemkonflikt_die_chinesische_Herausforderung_Zusammenstellung_f%C3%BCr_online.pdf [09.04.2025].
- Farkas, Barbara (2025): Chinas Bereitstellung von Kollektivgütern. Die strategischen Überlegungen Chinas zu seiner politischen Identität. In: ÖMZ Österreichische Militärische Zeitschrift Nr. 4/2025, 01.07.2025, S. 448-457.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (o.D.): Globaler Süden, [online] <https://www.fes.de/wissen/globaler-sueden#c339555> [24.04.2025].
- Chow, Peter C. Y. (Hrsg.) (2024): Technology Rivalry Between the USA and China, Cham: Palgrave Macmillan 2024.
- Gu, Qingyang (2025): A test of endurance. Who will blink first in the US-China tariff war?, 07.04.2025, Singapore, [online] https://www.thinkchina.sg/economy/test-endurance-who-will-blink-first-us-china-tariff-war?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=weekly_newsletter [18.04.2025].
- Gu, Zhenglong (2023); 阿拉伯国家加入金砖国家是国际政治多元化趋势的重要里程碑 (Der Beitritt der arabischen Länder zu BRICS ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zum internationalen politischen Pluralismus), [online] 国际网 (Cfisnet): <http://comment.cfisnet.com/2023/0908/1328587.html> [28.04.2025].
- Hao, Nan (2025): Xi's long game: Trump's tariffs threaten US influence in East Asia, 04.04.2025, Singapore, [online] https://www.thinkchina.sg/politics/xis-long-game-trumps-tariffs-threaten-us-influence-east-asia?utm_source=newsletter&utm_medium=email&utm_campaign=weekly_newsletter [12.04.2025].
- Hu, Angang/Yilong Yan/Xiao Tang (2018): Xi Jinping's New Development Philosophy, Singapore: Springer 2018.
- Hu, Ruyin (2021): 强国建设的下一程：构造卓越的国家创新生态体系 (Der nächste Schritt im Aufbau einer Supermacht: Aufbau eines herausragenden nationalen Innovationsökosystems). In: 制造强国研究 (Manufacturing Power Study), 11.12.2021.
- IISS (2025): China's use of export controls, 27.02.2025, [online] <https://www.iiss.org/online-analysis/charting-china/2025/02/chinas-use-of-export-controls/> [08.04.2025].
- ISEAS - Yusof Ishak Institute (2025): The State of Southeast Asia 2025 Survey Report, [online] <https://www.iseas.edu.sg/wp-content/uploads/2025/03/The-State-of-SEA-2025-1.pdf> [20.04.2025].
- ISPI (2025): Trump Makes China Attractive Again, 26.03.2025, [online] <https://www.ispionline.it/en/publication/trump-makes-china-attractive-again-203934> [03.05.2025].
- Liu, Zhenye (2021): China's Position and Direction in the Once-in-a-Century Transformation, in: Honghua Men/Xiao Xi (Hrsg.), Report of Strategic Studies in China (2019). Once-in-a-Century Transformation and China's Period of Strategic Opportunity, Singapore: Springer, 2021, S. 13-27.
- Niu, Haibin (2023); “全球南方” 是国际秩序演变的重要推动力量 (Der „Globale Süden“ als wichtige treibende Kraft bei der Entwicklung der internationalen Ordnung. In: 当代世界 (Contemporary World), 07.12.2023, [online] file:///C:/Users/user0001/Downloads/Niu_2023_The%20Global%20South%20

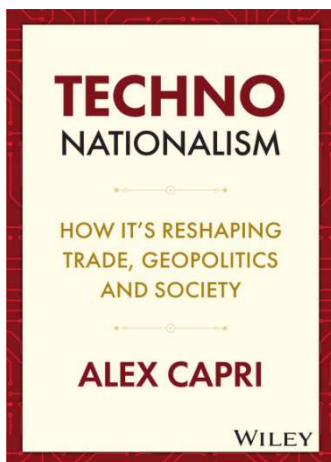
- Is%20an%20Important%20Driving%20Force%20in%20the%20Evolution%20of%20the%20International%20Order_chin.pdf [28.04.2025].
- Rattanasengchanh, Phimmasone Michael (2025): Tropical Malady. Just as the U.S. couldn't care less about democracy in Thailand, China proves the more tempting partner, [online] <https://uscnpm.substack.com/p/tropical-malady> [08.04.2025].
- Ren, Lin (2023); 大国博弈与全球治理中的“全球南方” 关于“全球南方”的概念辨析 (Der Globale Süden im Spiel der Großmächte und in der Global Governance sowie konzeptioneller Diskurs über den Globalen Süden). In: 西非非洲 (West Asia and Africa), Working Paper 202304, 23.11.2023, [online] http://www.iwep.org.cn/xscg/xscg_lwybg/202312/t20231218_5718254.shtml [28.04.2025].
- Rogoff, Kenneth (2025): Our Dollar, Your Problem. An Insider's View of Seven Turbulent Decades of Global Finance, and the Road Ahead, New Haven und London: Yale University Press.
- Roy, Diana (2025): Who Controls the Panama Canal?, CFR, 29.01.2025, [online] <https://www.cfr.org/article/who-controls-panama-canal> [08.05.2025].
- Vu, Minh Khuong (2025): United States global trade tariffs. What it means for Vietnam's economic development, 08.04.2025, Singapore, [online] <https://lkyspp.nus.edu.sg/gia/article/united-states-global-trade-tariffs-what-it-means-for-vietnam-s-economic-development> [08.05.2025].
- Wang, Dong (2021): Reluctant Rival: Beijing's Approach to US-China Competition, in: Global Asia, Pulling Apart. What Growing US-China Rivalry Means for the World, Jg. 16, Nr. 4/2021, S. 8-13.
- Wang, Honggang (2021): 理解中国的对美战略 (Die Strategie Chinas gegenüber den USA verstehen), CICIR, 09.03.2021, [online] <http://www.cicir.ac.cn/NEW/opinion.html?id=d40fa80b-1aeb-4650-9f5f-9476335f289c> [15.05.2025].
- Wang, Yi (2025): Rede bei der 61. Münchner Sicherheitskonferenz, 15.02.2025, [online] <https://www.pekingnology.com/p/wang-yi-at-munich-security-conference> [08.05.2025].
- Xinhua (2025): China's Position on Some Issues Concerning China-U.S. Economic, Trade Relations, 09.04.2025, [online] <https://english.news.cn/20250409/99fee2caf56643b590aab19d2dc9b239/c.html> [16.04.2025].
- Xing, Jiaying (2025): China's New Sanctions Policy. Characteristics, Rationales and Policy Implications, RSIS Policy Report, May 2025, NTU Singapore.
- Yan, Xuetong (2019); Leadership and the Rise of Great Powers, Princeton: Princeton University Press 2019.
- Yan, Xuetong (2023): 中美战略竞争将走向何方 (Entwicklungsrichtung des strategischen Wettbewerbs zwischen China und den USA), in: 华夏基石e洞察 (Huaxia Cornerstone e Insight), 28.04.2023, [online] <https://mp.weixin.qq.com/s/cwKqMDFa-jeM6VjCt-GKfg> [17.05.2025].
- Yu, Zeyuan (2025): 中国为何加码反击特朗普关税 (Warum China seine Maßnahmen gegen Trumps Zölle verstärkt), 06.04.2025, Singapore, [online] <https://www.zaobao.com.sg/news/china/story20250407-6127338> [17.05.2025].

Yuan, Jingdong (2024): US-China Strategic Rivalry in the Indo-Pacific Region: The Security Dimension and the EU's Role. In: Sebastian Biba (Hrsg.): Europe in an Era of US-China Strategic Rivalry. Challenges and Opportunities from an Outside-in Perspective, Cham: Springer 2024, S. 89-109.

Zhu, Zhiqun (2025): DeepSeek. How sinophobia blinded the West to China's AI prowess, 17.02.2025, [online] <https://www.thinkchina.sg/politics/deepseek-how-sinophobia-blinded-west-chinas-ai-prowess> [10.04.2025].

Buchvorstellungen

Im Kontext der geopolitischen Veränderungen und der Beiträge des vorliegenden ISS-Lagebildes stellen wir nachfolgend zwei relevante Buchneuerscheinungen vor.



TECHNO NATIONALISM. HOW IT'S RESHAPING TRADE, GEOPOLITICS AND SOCIETY, VON ALEX CAPRI, JOHN WILEY & SONS, SINGAPORE 2025, 524 SEITEN, € 30,50.

Das 2025 erschienene Buch bietet eine fundierte Analyse der wachsenden Rolle von Technologie als geopolitisches Machtinstrument. Vor dem Hintergrund des sich laufend verschärfenden Systemwettbewerbs zwischen den USA und China liefert das Werk einen relevanten Beitrag zum Verständnis der aktuellen strategischen Reorganisation globaler Handels-, Sicherheits- und Innovationsordnungen.

Der Autor versteht Technonationalismus als staatlich motiviertes Streben nach technologischer Souveränität, das auf der nationalen wie internationalen Ebene der Sicherstellung geopolitischer Wettbewerbsvorteile dient. Er zeigt detailliert auf, wie durch Exportkontrollen, staatlich geförderte Innovationsstrategien und geoökonomische Fragmentierung – insbesondere durch die Verlagerung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf verbündete Länder – globale Machtverhältnisse verschoben werden.

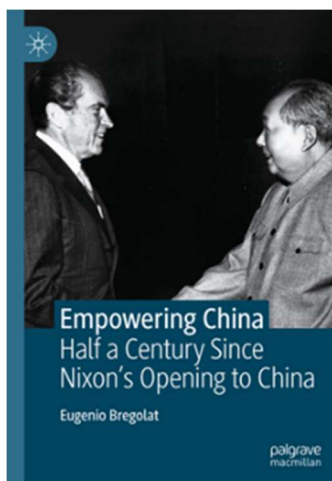
Das Buch gliedert sich in vier Teile. Im ersten Teil werden die historischen Grundlagen technonationalistischen Handelns vorgestellt. Der zweite Abschnitt analysiert die geopolitische Rolle spezifischer Technologien als Machtmultiplikatoren, etwa Halbleiter, Künstliche Intelligenz, Hyperschallwaffen, Weltraum- und Quantentechnologien. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Instrumentalisierung von Unternehmen wie Huawei. Der dritte Teil fokussiert sich auf Cleantech und Agrartechnologie. Und der vierte Abschnitt stellt Wissenschaft, Innovation und Kooperation in den Mittelpunkt.

Tiefgehend ist vor allem die Analyse Chinas als strategisch-technologischer Herausforderer der westlichen Ordnung. Sie beschreibt Chinas langfristige Strategie zur technologischen Autarkie als zentralen Ausdruck eines technonationalistischen Denkens. Zudem zeigt das Werk die Relevanz von Grauzonen zwischen staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren sowie von Dual-Use Technologien, die sowohl zivile als auch militärische Anwendungen ermög-

lichen. Generell liegt ein relativ starker Fokus auf technologischen Mikroprozessen, ihren sicherheitspolitischen Implikationen und den Wechselwirkungen mit der Wirtschafts- und Innovationspolitik.

Das Buch dokumentiert nicht nur, sondern erklärt vor allem, wie Technologien zu geopolitischen Machtinstrumenten werden und dabei die liberale Weltordnung herausfordern. Der Autor kombiniert geopolitische Analyse mit wirtschaftspolitischer Expertise und strategischen Fallstudien. Seine Perspektive ist dezidiert westlich-realistisch; dies führt gelegentlich zu einer vereinfachten Bewertung nichtwestlicher Positionen. Zudem bleibt der Begriff des Technonationalismus stellenweise zu weit gefasst. Insgesamt bietet das Buch analytische Tiefe, gute Lesbarkeit und zahlreiche Denkanstöße zur geopolitischen Rolle von Technologie. Es ist vor allem für Strategieforscher, politische Ökonomen und Entscheidungsträger im sicherheits- und innovationspolitischen Bereich empfehlenswert.

Barbara Farkas



EMPOWERING CHINA. HALF A CENTURY SINCE NIXON'S OPENING TO CHINA, VON EUGENIO BREGOLAT, PALGRAVE MACMILLAN, CHAM 2025, 328 SEITEN, € 153,99.

Das 2025 erschienene Werk bietet einen reflektierten Rückblick auf die Dynamik der strategischen Beziehungen zwischen den USA und China seit Nixons historischer Chinareise 1972. Es stützt sich auf die vielfältige diplomatische und wissenschaftliche Erfahrung des Autors, insbesondere als mehrmaliger Botschafter Spaniens in China. Angesichts des gegenwärtigen und sich laufend verschärfenden Großmacht- und Systemwett-

bewerbs liefert die Studie einen wesentlichen Beitrag zum Verständnis des Wandels des globalen Machtgefüges. Denn im Unterschied zu vielen aktuellen, auf gegenwärtige Konfliktherde fokussierte Debatten stellt das Werk die langfristige strategische Entwicklung in den Mittelpunkt. Damit erinnert es beispielsweise an Publikationen wie *On China* von Henry Kissinger (2011) oder *The Long Game* von Rush Doshi (2021).

Die Kernthese lautet, dass im Gegensatz zu Nixons strategischer Weitsichtigkeit die nachfolgenden US-Regierungen geopolitisch kurzsichtig bzw. leichtfertig agierten. Denn die globale Wirtschaftsintegration Chinas erfolgte ab den 1970er Jahren ohne sicherheitspolitische Vorkehrungen des Westens. Sie beschleunigte Chinas Aufstieg, führte jedoch nicht zur erwarteten politischen Liberalisierung Chinas („Wandel durch Handel“). Chinas Strategie wird als pragmatisch und mit einem Fokus auf Technologie und industrielle Planung charakterisiert. Die Motive der USA für die damalige Annäherung an China lagen im kurzfristigen wirtschaftlichen Interesse sowie in den geostrategischen und politischen

Vorteilen. Nixon unterschätzte Chinas Potenzial keineswegs, sah China jedoch nur als Herausforderung der Zukunft. Denn die USA nahmen die langfristigen strategischen und geopolitischen Konsequenzen wahr, akzeptierten jedoch das Risiko. Letztlich erleichterten die USA als *Status quo*-Macht auf diese Weise selbst den Wiederaufstieg Chinas zur Weltmacht und zum geopolitischen Rivalen.

Das Werk gliedert sich in zehn Kapitel, die chronologisch und thematisch die Phasen der Annäherung, der Konsolidierung der bilateralen Beziehung, der wirtschaftlich-technologischen Kooperation und schließlich der wachsenden systemischen Rivalität mit der Eindämmung Chinas nachzeichnen. Die Analyse wird mit absoluten und relativen wirtschaftshistorischen Daten und Wirtschaftsprognosen unterlegt.

Besonders hervorzuheben ist der ideengeschichtliche Zugang des Autors. Dieser betont, dass eine Einschätzung Chinas nicht auf Kategorien des modernen Nationalstaates reduziert werden dürfe. Vielmehr müsse der langfristige zivilisatorische Kontext, insbesondere Chinas Selbstwahrnehmung als Zivilisationsstaat und sein ausgeprägtes Geschichtsverständnis, in geopolitische Analysen einbezogen werden. Diese westlich-liberale Perspektive unterscheidet sich deutlich vom (neo-) realistischen Ansatz in den internationalen Beziehungen. Der Zugang des Autors ist historisch und nicht konflikttheoretisch, wie beispielsweise der von Graham T. Allison 2011 geprägte Begriff der Thukydides-Falle.

Zurückhaltend ist das Werk in seiner kritischen Auseinandersetzung mit alternativen Erklärungsansätzen. Da eine systematische Theoriediskussion und eine Auseinandersetzung mit der Sichtweise Chinas fehlen, empfiehlt sich für eine vertiefte Analyse die Ergänzung mit anderen wissenschaftlichen Werken. In Bezug auf die Rolle der USA unterstreicht das relativ undifferenzierte Urteil die allgemeinen Dysfunktionen des US-amerikanischen politischen Systems, insbesondere den vergleichsweise kurzen Planungshorizont und die Prioritätensetzung auf ökonomische Interessen. Als Langzeitbetrachtung bietet das vorliegende Überblickswerk einen klar strukturierten und empirisch fundierten Beitrag zum Wandel der sino-amerikanischen Beziehungen. Es ist insbesondere für Strategen, geopolitische Analysten und (sicherheits-) politische Entscheidungsträger von Wert.

Barbara Farkas

Lateinamerika

Der in Vergessenheit geratene Hinterhof der USA erlebt eine Renaissance

von Alexander Panzhof

Mit Donald Trump als 47. US-Präsident rückt Lateinamerika wieder in den Vordergrund der US-Außenpolitik. Die Ausweitung der Herrschaft Washingtons über seinen „Hinterhof“ scheint wieder ein prioritäres Ziel der Vereinigten Staaten zu sein. In Anlehnung an die Monroe-Doktrin ist der „Gegner“ diesmal allerdings nicht Europa, sondern China. Die Wiederherstellung der US-Kontrolle über Lateinamerika kann nur mit der Eindämmung des Einflusses des asiatischen Riesenreiches im südlichen Amerika einhergehen. Dieser Artikel wird sich mit den politischen Veränderungen Lateinamerikas im ersten Halbjahr 2025 auseinandersetzen, wobei der Umgang der neuen US-Administration mit dem südlichen Nachbar und dessen voraussichtlichen Entwicklungen bis Ende des Jahres dabei besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Die drei wichtigsten Maßnahmen Trumps gegenüber Lateinamerika waren in den ersten hundert Regierungstagen die Verhängung von Exportzöllen, die Verschärfung der Einwanderungspolitik sowie der Abzug humanitärer US-Hilfe.

Einleitung

Anfang des 20. Jahrhunderts entstand mit der Fahrzeugproduktion in den USA der erste Massenmarkt für Automobile, die in den darauffolgenden Jahren die bis dahin klassischen Pferdezugwerke ablösten und neue Märkte erschlossen. In Lateinamerika gewonnener Kautschuk lieferte den erforderlichen Werkstoff für die neu entstandene Nachfrage nach Reifen, und in Venezuela wurden durch den neuartigen Einsatz von Verbrennungsmotoren die Ölförderungen angetrieben. Heutzutage bildet Lithium, ein Leichtmetall welches als Schlüsselement für die E-Mobilität gilt, die stärkste Nachfrage für die Elektroautomobilindustrie. Alleine in Argentinien, Chile und Bolivien werden 56 % des weltweiten Lithium-Vorkommens vermutet. Chinesische Unternehmen sind daher in dieser Region besonders aktiv, um an das begehrte „Batteriemetall“ zu gelangen. China hat gegenwärtig generell eine beachtliche Rolle als Rohstoffempfänger des Halbkontinents eingenommen und liegt mit einer Gesamtinvestition von etwa 210 Mrd. US-Dollar nur noch knapp hinter der EU und den USA. Doch nicht nur Rohstoffvorkommen, sondern auch Investitionen in die lateinamerikanische Infrastruktur liegen im strategischem Interesse Chinas.

In Peru entsteht mit chinesischen Investitionen derzeit der größte Pazifikhafen des Halbkontinents und an beiden Enden des Panamakanals werden Häfen von chinesischen Unternehmen betrieben, obwohl ein Verkauf der beiden „Kanalhäfen“ an ein US-Unternehmen unmittelbar bevorsteht. Der chinesische Telekommunikationsgigant *Huawei* ist Hauptanbieter der 4G- und 5G-Netzwerke in der Region, Brasilien hat chinesischen Unternehmen Konzessionen einiger Infrastrukturprojekte zukommen lassen und die Volksrepublik erhielt auch die Zuschläge zum Bau einer Metrolinie in Santiago de Chile und zum Kauf des Netzbetreibers *Luz del Sur* in Peru.

Erst Ende Mai sind die persönliche Sekretärin und ein Berater der Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt ermordet worden. Da es den Anschein hat, dass Mexikos Regierung(en) unfähig ist den innerstaatlichen Konflikt mit den mächtigen Drogenorganisationen unter Kontrolle zu bringen, drohte Trump bei seiner Amtseinführung militärisch in Mexiko intervenieren zu wollen, um den Kampf gegen die organisierte (Drogen-) Kriminalität unter US-Kontrolle zu bringen. Aussagen wie diese verschärfen die Beziehungen zum Nachbarland enorm, da die Vereinigten Staaten für Mexiko das wichtigste Exportland sind.

Trumps Superstar am Iberischen Halbkontinent heißt Nayib Bukele. Das autokratische Auftreten des salvadorianischen Präsidenten, welches sich durch den Einsatz von Militär und Polizei gegen gewalttätige Banden in dessen Sicherheitsstrategie widerspiegelt, ist die eine Sache, jedoch war es das Angebot Bukeles, von den USA abgeschobenen Venezolaner in El Salvadors neu gebautem Gefängnis *Centro de Confinamiento del Terrorismo* aufzunehmen, die sein Ansehen beim US-Präsidenten erhöhte.

Bekämpfung der innerregionalen Sicherheitskrisen erfährt neue Dynamik

Seit März 2022 setzt **El Salvadors** Präsident Nayib Bukele seine Politik der „harten Hand“ rigoros um. Ab diesem Zeitpunkt verhängte der Kongress einen einmonatigen Ausnahmezustand im Land, der seither immer wieder verlängert und nicht aufgehoben wurde. Bukeles Sicherheitsstrategie, die den Einsatz von Militär und Polizei in Gebieten mit hohem Gewaltaufkommen mit Rehabilitations- und sozialen Integrationsprogrammen im Rahmen des *Plan Control Territorial* kombinierte, etablierte ein Notstandsregime, das bis zum heutigen Tag weiter anhält. Bukeles ausgerufenen Krieg gegen den Bandenterror sowie der ununterbrochene Ausnahmezustand treiben den Autokratisierungsprozess im Land weiter voran und führten bis dahin zu mehr als 75.000 Verhaftungen, was einem Gesamtbevölkerungsanteil von über 1,5 Prozent entspricht.

Nach einem Treffen zwischen US-Außenminister Marco Rubio und Nayib Bukele im Februar 2025 in San Salvador sagte das salvadorianische Staatsoberhaupt dem amerikanischen Politiker zu, Abschiebebehäftlinge sowie auch amerikanische Gewaltverbrecher mit US-Staatsbürgerschaft in sein neu errichtetes „Mega-Gefängnis“ aufnehmen zu wollen. Schon Mitte März 2025 nutzte US-Präsident Trump Bukeles Angebot und ordnete die Abschiebung von 238 mutmaßlichen Mitgliedern einer kriminellen venezolanischen Organisation an, die mit Entführungen, Erpressung, organisiertem Verbrechen und Auftragsmorden in Verbindung gebracht wurden. Die US-Regierung lobte den Schritt El Salvadors als eine „außergewöhnliche Geste, die noch nie zuvor von einem Land gewährt wurde“, an.

Zudem sprach US-Außenminister Marco Rubio dem Präsidenten von El Salvador seinen aufrichtigen Dank dafür aus, dass „Hunderte Gewaltverbrecher aus unserem Land geschickt wurden“. Das mittelamerikanische Land erhält dafür Zahlungen in Millionenhöhe aus Washington. Da die diplomatischen Beziehungen zu Venezuela seit 2019 eingefroren sind, können die inhaftierten Venezolaner, die nun dem salvadorianischen Ausnahmeregime ausgesetzt sind, welches ihnen kein Recht auf einen ordentlichen Prozess gewährt, keine konsularische Unterstützung ihrer Regierung in Anspruch nehmen. Die Politik der „eisernen Hand“ machte allerdings das einst gefährlichste Land Lateinamerikas zum sichersten des amerikanischen Halbkontinents und stößt auch auf eine gewisse Bewunderung. Insbesondere jene Länder, die gegen die Ausweitung verbrecherischer Organisationen und Drogenkartelle ankämpfen, sehen in Bukeles Methoden



eine Inspiration, die kriminelle Gewalt in den Griff zu bekommen. Argentinien bekundete genauso wie Ecuador Interesse am Sicherheitsmodell Bukeles. Der ecuadorianische Präsident Daniel Noaba hat, nachdem Verbrechersyndikate zu Terrororganisationen erklärt wurde, ebenfalls das Militär im Kampf gegen sie mobilisiert. Außerdem genießt Bukeles Sicherheitspolitik Umfragen zufolge auch in Chile und Kolumbien hohes Ansehen.

Auch US-Präsident Trump scheint mit dem autoritären Modell El Salvadors auf einer Linie zu sein, sprach er doch indes aus, auch kriminelle US-Bürger nach El Salvador auszuweisen. Mittlerweile hat El Salvadors Präsident Nayib Bukele Venezuelas autoritärem Präsidenten Nicolás Maduro einen Gefangenen-austausch angeboten, bei dem 252 in El Salvador inhaftierte Venezolaner gegen eine gleiche Zahl in Venezuela einsitzender „politischer Gefangener“ ausgetauscht werden sollen. Dabei soll es sich vorwiegend um die Freilassung von Familienmitgliedern venezolanischer Oppositioneller handeln. Aber auch ausländische Bürger, darunter US-Amerikaner, wären von dem umstrittenen Gefangenen-austausch betroffen, was wiederum US-Präsident Trump politisch zugunsten kommen könnte.

Für mediales Aufsehen sorgte der gesetzwidrig, und inzwischen wieder zurückgekehrte, aus den USA nach El Salvador abgeschobene Kilmar Abrego Garcia. Trump wird vorgeworfen, im Rechtsstreit zwischen Garcia und der US-Regierung monatelang die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes und die amerikanische Verfassung ignoriert zu haben. Bukele selbst behauptete wochenlang, dass eine Rückführung Garcias in die Vereinigten Staaten nicht möglich sei, versicherte aber zeitgleich, dass er eine Bitte der US-Regierung um Rückkehr eines Bandenmitgliedes nicht ablehnen würde. Garcias Anwälte sehen darin einen eindeutigen Machtmissbrauch auf höchster Ebene. El Salvador nimmt einen hohen Stellenwert in Trumps Migrationspolitik ein.

In **Ecuador** entschied der ecuadorianische Präsident Daniel Noaba im April die Stichwahl um das Amt des Präsidenten für sich und möchte als ersten Schritt die Gewalt im Land wieder unter Kontrolle bringen. Unmittelbar nach der Wiederwahl Noabas verlautbarte die Regierung, dass es Pläne zur Ermordung des Präsidenten gegeben hätte. Demnach hätten mexikanische Auftragskiller das ecuadorianische Staatsoberhaupt beseitigen und dadurch das Land destabilisieren sollen. Obwohl der in den Raum gestellte Mordkomplott eher als Ablenkmanöver zu interpretieren ist – die Herausforderin Luisa González warf Noaba und seinem Team bei der Präsidentenwahl und der darauffolgenden Stichwahl eindeutigen Wahlbetrug vor – wurde genau vor 150 Jahren der ecuadorianische Präsident Garcia Moreno auf der Außentreppe des Präsidentenpalastes ermordet. Seit 1875 hängt eine Gedenktafel an der Fassade des Präsidentenpalastes in Quito, die an die gewaltsame Ermordung erinnern soll.

Einst eines der sichersten Länder Lateinamerikas, entwickelte sich Ecuador in den letzten Jahren zum Drehkreuz des internationalen Kokainhandels. Drogenkartelle und kriminelle Gruppen haben Ecuador als Transitland unter Beschlag genommen und führen nicht nur einen erbitterten Machtkampf untereinander, sondern bemühen sich letztendlich auch um Einfluss in der

Politik. Der steile Anstieg der Gewalt ließ die Mordrate im Land zwischen 2018 und 2023 von sechs auf 47 Tötungen pro 100.000 Einwohner ansteigen. Schutzgelderpressungen, Entführungen und Auftragsmorde zählen zu den häufigsten Verbrechen. Angesichts des hohen Gewaltaufkommens hat Noaba im Sommer des Vorjahres per Präsidialdekret den „internen bewaffneten Konflikt“ ausgerufen und alle bekannten Verbrecherorganisationen und Banden im Land zu Terrororganisationen erklärt, gegen die er mit der Armee vorgeht.

Als ausgewiesener Anhänger des salvadorianischen Präsidenten Bukele wurden dabei wie in El Salvador landesweit 100.000 Soldaten und Polizisten eingesetzt, um die innere Sicherheit wieder herstellen zu können. Noabas Sicherheitsstrategie geht allerdings noch einen Schritt weiter. Erst vor kurzem schloss das Staatsoberhaupt einen Vertrag mit Erik Prince – dem Gründer des umstrittenen US-Sicherheitsunternehmens *Blackwater* – ab, um die ecuadorianischen Sicherheitskräfte beim Kampf gegen die Drogenkartelle und Verbrechersyndikate zu unterstützen. Weitere sicherheitspolitische Überlegungen betrafen beispielsweise auch die Errichtung einer US-Militärbasis im Land, um die Gewaltverbrechensrate zu senken und die Sicherheitslage zu stabilisieren.

Vor drei Jahren versprach der erste linksgerichtete Präsident **Kolumbiens**, Gustavo Francisco Petro Urrego, seinem Volk den „totalen Frieden“, doch in Wirklichkeit hat sich die Gewalt seitdem vervielfacht. Allein im Jänner kamen bei Kämpfen zwischen rivalisierenden Drogenkartellen in Catatumbo mindestens 80 Menschen ums Leben. Die Provinz in der Nähe der venezolanischen Grenze gilt als strategisch wichtiger Ort für den internationalen Kokainhandel und den weiteren Schmuggel aus dem kolumbianischen Staatsgebiet.

Im Jahre 2016 gelang ein beispielhaftes Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC (FARC-EP, *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo*), welches einen zum damaligen Zeitpunkt über 50-jährigen bewaffneten Konflikt beenden sollte. Linke Guerillagruppen, rechte Paramilitärs, bewaffnete Drogenbanden und kriminelle Organisationen kämpften in einem der ältesten Konflikte Lateinamerikas gegen die jeweiligen kolumbianischen Regierungen.

In der Friedensvereinbarung verpflichtete sich die FARC den bewaffneten Kampf aufzugeben und erhielt im Gegenzug die Möglichkeit, sich politisch zu engagieren. Ihre Anhänger wurden bei der Integration ins zivile Leben unterstützt und die Rechte von Frauen, indigenen und schwarzen kolumbianischen Gemeinschaften wurden im Abkommen besonders berücksichtigt. Eine Bodenreform sollte die Wurzeln des Konflikts beseitigen und eine gesellschaftliche Aussöhnung herbeiführen.

Allerdings weigerten sich nicht nur kleinere Splittergruppen der FARC dem Abkommen zuzustimmen, sondern andere unter Waffen stehende Gruppen, wie beispielsweise die kleinere Guerillaeinheit ELN, waren von Anfang an vom Friedensprozess ausgeschlossen. Dem Friedensabkommen, das unter anderem die gezielte Entwicklung der legalen Wirtschaft in den verschiedenen Regionen

vorsah, wich allerdings ein neu aufgeflammter Krieg um Territorien und Drogengeld. Nach der Auflösung der FARC, die als hierarchisch organisierte Guerillagruppe in den von ihr kontrollierten Gebieten für eine gewisse öffentliche Ordnung sorgte, entstanden auf jeder lokalen Ebene unabhängige gewalttätige Gruppen, die aus mehreren Tausend bewaffneten Kämpfern bestehen.

Im Verlauf der am Anfang des Jahres begonnenen Offensive der ELN gegen eine konkurrierende bewaffnete Splittergruppe der FARC, starben nicht nur dutzende Menschen, sondern es flohen auch Zehntausende aus ihren Dörfern, bevor die ELN die Region Chocó an der Grenze zu Panama von der Außenwelt abschnitt. Im Juni wurde Uribe Turbay, der oppositionelle Kandidat für die im Jahr 2026 stattfindende Präsidentschaftswahl, bei einem Wahlkampfauftritt in Bogota bei einem Schussattentat schwer verletzt. Der konservative Politiker, der erst im März seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl offiziell erklärt hatte, ringt seither um sein Leben.

Nur drei Tage nach dem Anschlag wurde Kolumbien von einer Reihe koordinierter Bomben- und Schusswaffenangriffe erschüttert. Explosionen erschütterten El Bordo, Jamundi, Corinto und die am Pazifik gelegene Hafenstadt Buenaventura. Auch Cali, die drittgrößte Stadt des Landes, wurde Ziel von mehreren Angriffen. In der als Drogenhochburg bekannten Hauptstadt von Valle del Cauca ereigneten sich Explosionen von Autobomben und Drohnenattacken. Bei den Überfällen, die staatliche Einrichtungen wie Polizeistationen und Rathäuser betrafen, kamen vier Menschen ums Leben und es gab mindestens 50 Verletzte.

Trumps „Zolldrohungen“ gegenüber **Mexiko** scheinen zu wirken. Die im Februar des Jahres veranschlagten 25 Prozent traten zunächst nicht in Kraft und wurden für einen Monat ausgesetzt. Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum kündigte unterdessen die Entsendung von zusätzlichen 10.000 Soldaten an die Grenze zu den USA an. Mexiko will damit die Nordgrenze mit Mitgliedern der Nationalgarde verstärken, um den Drogenhandel von Mexiko in die USA aufzuhalten. Dennoch wurden mit 4. März die Zölle gegen Einfuhren aus Mexiko verhängt. Zollbefreiungen gibt es allerdings für Waren, die mit dem USMCA (Freihandelsabkommen zwischen USA, Kanada und Mexiko) in Einklang stehen. Der Druck der US-Regierung führte noch zu einem weitaus größeren Schritt im Kampf gegen den Drogenhandel. Mexikos Behörden lieferten 29 Drogenbosse an die USA aus, unter denen sich auch der einst mächtigste Kartellchef Rafael Caro Quintero befindet. Als führender Kopf des mexikanischen Guadalajara-Kartells war er in den 1980er Jahren so mächtig wie Pablo Escobar in Kolumbien und stand seit vierzig Jahren auf der Liste der meistgesuchten Kriminellen der US-Anti-Drogen-Behörde DEA. Zudem befanden sich unter den Ausgelieferten auch das frühere Oberhaupt des berühmten Los Zetas Kartells, Miguel Ángel Treviño und sein Nachfolger Omar Treviño, sowie der ehemalige Chef des Juárez-Kartells, Vicente Carrillo Fuentes. Den Männern drohen in den Vereinigten Staaten lebenslange Haftstrafen. Noch nie zuvor hat eine mexikanische Regierung in so kurzer Zeit eine so große Anzahl an Drogenbossen ausgeliefert wie die unter Claudia

Sheinbaum. Mittlerweile wurden jegliche Zölle gegen Mexiko seitens der Vereinigten Staaten wieder abgemildert.

Die Gewalt im Land ist unvermindert hoch und hat sich auf fast alle Landesteile ausgedehnt. Das Gewaltmonopol des Staates, welches wegen korrupter Beamten teilweise handlungsunfähig ist, wird seitens der Verbrechersyndikate immer selbstsicherer herausgefordert. Ganze Landesteile sind den Drogenkartellen mittlerweile ausgeliefert, deren Haupteinnahmequelle schon längst nicht mehr der Drogenhandel allein ist. In Chiapas, Baja California, Zacatecas, dem Bundesstaat México, Quintana Roo und Guerrero konkurrieren die Kartelle um die Durchführung von Schutzgelderpressungen und der Kontrolle des Drogen- und Menschenhandels. Die Rivalität führt in gewissen Regionen beinahe täglich zu heftigen bewaffneten Auseinandersetzungen, Entführungen und Sprengstoffanschlägen. Mit knapp 130 Millionen Einwohnern ist Mexiko das bevölkerungsreichste lateinamerikanische Land, welches Spanisch als Amtssprache hat. Im Vorjahr wurden täglich 70 Morde verübt und etwa 120.000 Menschen verschleppt. Der seit 2006 bestehende „Drogenkrieg“ wird von den beiden Verbrecherorganisationen Sinaloa-Kartell und Jalisco-Kartell dominiert, wobei ersteres in 24 und letzteres in 28 Bundesstaaten tätig ist.

Mit dem Amtsantritt von Sheinbaum wurde ein umfassendes Sicherheitsprogramm ausgearbeitet, welches die Voraussetzungen für die Stärkung der Inneren Sicherheit des Landes ermöglichen soll. Die beiden wichtigsten Änderungen waren eine grundlegende Justizreform, nach der Richter ab 2025 direkt vom Volk gewählt werden, sowie die Eingliederung der Nationalgarde in das Verteidigungsministerium. Davor war die Nationalgarde, als Nachfolgeorganisation für die aufgelöste Bundespolizei, gegründet worden. Mit der neuen Sicherheitsstrategie versucht die Regierung, die fragile Sicherheitslage wieder unter ihre Kontrolle zu bekommen.

Mittlerweile hat das US-Verteidigungsministerium tausende Soldaten sowie Spionageflugzeuge und zwei Kriegsschiffe an die südwestliche Grenze geschickt, um das Land und die Küsten rund um die Uhr zu überwachen. Trumps erklärtes Ziel ist es, die „100-prozentige operative Kontrolle über die Grenze zu Mexiko zu erlangen.“ Etwa 8.600 aktive Soldaten sind gegenwärtig im Grenzgebiet eingesetzt, die bei ihrer Mission auch von Überwachungsdrohnen und Hubschraubern unterstützt werden. Am Boden wird die Truppe durch mehr als 100 *Stryker* Kampffahrzeuge unterstützt. Der Radpanzer hat Platz für bis zu elf Personen und erreicht eine Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h. Die Soldaten unterstützen mit ihren Patrouillen die Strafverfolgungsbehörden und erwirken gegenüber Migranten auch einen gewissen Abschreckungsgrad. Aufgrund von Protesten gegen Trumps restriktive Einwanderungspolitik, entsandte die US-Regierung im Juni 4.000 Nationalgardisten und 700 Marinesoldaten nach Los Angeles und berief sich dabei auf den *Insurrection Act*, der es den US-Präsidenten ermöglicht, in Ausnahmefällen den Einsatz des Militärs innerhalb der Vereinigten Staaten zur Bekämpfung von Aufständen anzuordnen.

Kaliforniens demokratischer Gouverneur Gavin Newsom hatte die Entsendung scharf kritisiert und eine einstweilige Verfügung des Bezirksgerichts in San

Francisco erwirkt, da normalerweise die Bundesstaaten für den Einsatz der Nationalgarde zuständig sind. Mittlerweile wurde Trumps Befugnis zum Einsatz der Nationalgarde von einem Berufungsgericht bestätigt. Somit darf der US-Präsident den Einsatz in Kalifornien auch weiter kontrollieren.

Schon in der ersten Trump-Administration wurde im Frühjahr 2020 von einigen Beratern über die Idee diskutiert, bis zu 250.000 Soldaten an die Südgrenze zu schicken, was vom damaligen Verteidigungsminister Mark Thomas Esper entschieden abgelehnt wurde. Es wäre der größte Einsatz des Militärs in den Vereinigten Staaten seit dem Bürgerkrieg gewesen. Auf Basis des *Insurrection Acts* drängte der US-Präsident im Mai des Jahres auch die mexikanische Präsidentin Sheinbaum dazu, US-Streitkräfte ins Land zu lassen, um die mexikanischen Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung der Drogenkartelle zu unterstützen, was diese allerdings ablehnte. Die durch das US-Militär verstärkten Streifen an der mexikanischen Grenze haben Kartelle und Schmuggler in abgelegene Berggebiete gedrängt, was wiederum die Schlepperkosten in die Höhe treibt. Menschenhändler verlangen gegenwärtig etwa 20.000 US-Dollar pro Person, um in die USA geschmuggelt zu werden. Im Vorjahr betrugen die „Schmuggelkosten“ noch 7.000 US-Dollar.

Ein weiterer Erfolg für Donald Trump war die wirtschaftliche Abkehr **Panamas** von China. Ähnlich wie in Mexiko setzte er die panamaische Regierung unter Druck, seinen Forderungen nachzukommen. In Panama betrafen die Drohungen allerdings nicht den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, sondern den für das Land wirtschaftlich existenziellen Panamakanal. Anstatt mit Zöllen drohte der US-Präsident unverhohlen, die Kontrolle über den 80 Kilometer langen Handelsweg, notfalls mit militärischer Macht für die Vereinigten Staaten, erlangen zu wollen. Als die beiden Hauptgründe nannte er die hohen Durchfahrtsgebühren sowie den starken Einfluss Chinas auf die Wasserstraße. Insbesondere die Tatsache, dass das chinesische Unternehmen Hutchison Ports zwei der fünf Häfen betreibt, stört den US-Präsidenten. Der Hafen Balboa liegt dabei auf der Pazifikseite, während der Hafen Cristóbal am anderen Ende der Passage liegt. Der panamaische Präsident José Raúl Mulino hatte daraufhin der US-Regierung Zugeständnisse gemacht, beharrte aber auf die weitere Kontrolle des Kanals. Mit Ende des Jahres wird Panama die Zusammenarbeit mit Chinas gewaltigen Infrastrukturprojekt „Neue Seidenstraße“, welches auch den Auf- und Ausbau von Handelsrouten zur See betrifft, beenden. Derzeit sind mehr als hundert Länder, davon fast alle lateinamerikanischen, Teil des Vorzeigeprojektes von Chinas Machthaber Präsident Xi Jinping. Für fünf lateinamerikanische Länder ist die Volksrepublik am südlichen Halbkontinent bereits zum bedeutendsten Handelspartner avanciert, eines davon ist Panama. Die chinesische Regierung bedauerte die Entscheidung Panamas und warf den Vereinigten Staaten vor, sich in Lateinamerika gegenüber China wie im Kalten Krieg zu verhalten.

Im März wies das Weiße Haus die US-Streitkräfte an, Optionen zur Erhöhung der amerikanischen Truppenpräsenz in Panama auszuarbeiten. Trump kündigte zuvor bei einer Rede vor dem Kongress an, dass seine Regierung den Panamakanal zurückfordern wird, um die nationale Sicherheit weiter zu

verbessern. Mit der Erhöhung der US-Militärpräsenz soll laut Trump der Einfluss Chinas in dem mittelamerikanischen Land verringert werden. Eine Blockade des Panamakanals wäre für den internationalen Handel und Schiffsverkehr fatal, da der gesamte Halbkontinent umfahren werden müsste. Deswegen könnten hinter der von Donald Trump gewünschten US-Truppenpräsenz mehrere Strategien erstellt worden sein. Dazu zählen die Möglichkeit der Sicherstellung der Durchfahrt von US-Schiffen oder die Positionierung von US-Streitkräften an den Häfen der Wasserstraße, um diese bei einem regionalen Konflikt zu sichern.

Mittlerweile hat der US-Präsident eines seiner Ziele erreicht. Im April des Jahres unterzeichneten die beiden Regierungen ein Memorandum über die Stationierung von US-Truppen in Panama. Die USA erhalten damit mehr Einfluss auf den Panamakanal. Die Vereinbarung ermöglicht es dem US-Militär, Ausbildungen, Übungen und eine Reihe anderer Aktivitäten an von Panama kontrollierten Standorten rund um den Kanal durchzuführen. Auch die Lagerung von Ausrüstung für militärisches und ziviles US-Personal ist vorgesehen. Die Errichtung von US-Militärstützpunkten wurde wiederum ausgeschlossen.

Ähnlich wie in Ecuador, wo sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren extrem verschlechtert hat, wurde auch in **Peru** das Militär entsandt, um die Polizei bei der Bekämpfung der steigenden Gewalt zu unterstützen. Im März verhängte Präsidentin Dina Boluarte den Ausnahmezustand, um die Sicherheitskrise wieder in den Griff zu bekommen. Der Andenstaat ist nicht nur von einer beispiellosen Erpressungswelle erfasst worden, sondern zählte vor Beendigung des ersten Quartals 2025 schon 459 Morde. Im Vorjahr wurden über 18.000 Erpressungen gemeldet und 2057 Personen ermordet.

Bei einem Treffen von Regierungsvertretern Perus und der USA wurde im Mai ein Abkommen zur Verbesserung der regionalen Sicherheit getroffen. Dabei sollen die zwei Staaten bei den Problemen wie Menschenhandel, Migration und Verbrechersyndikaten enger kooperieren. Aber auch bei der Ausbildung der Streitkräfte, dem Austausch von Militärtechnologie und bei der Bekämpfung des Drogenhandels sollen die bilateralen Beziehungen vertieft werden.

Wichtigstes Gesprächsthema seitens der USA war allerdings die künftige Rolle Chinas, die ganz im Kontext einer angekündigten strategischen Allianz Perus mit der Volksrepublik steht und das Interesse der Vereinigten Staaten, ihren Schutzmachtstatus weiter auszubauen, noch stärker beflügelt.

Eines der prioritären strategischen Ziele der Vereinigten Staaten ist die bereits eingeleitete Ausweitung der militärischen Präsenz auf ihrem südlichen „Nachbarkontinent“, was als moderne Auslegung der Monroe Doktrin gesehen werden kann. Diese beabsichtigte bis zum heutigen Tag, die USA als Schutzmacht gegenüber fremder Einflussnahme in Lateinamerika zu etablieren. Das betrifft insbesondere die natürlichen Ressourcen, Handelsrouten und geopolitische Stabilität. Schon unter der Biden-Administration erweiterten die USA ihre Präsenz, indem bestehende Stützpunkte verstärkt und neue US-Basen errichtet wurden. Die strategischen Prioritäten betrafen dabei wichtige Standorte

in Zentralamerika, an der amerikanischen Pazifikküste und im karibischen Raum, um die Hoheit über kritische Infrastrukturen und natürliche Ressourcen weiter zu bewahren und ausländischem Einfluss entgegenzusteuern, insbesondere die Bedrohung durch China.

Über die Ausweitung der US-Truppenstärke hinaus, wurde seitens des *United States Southern Command* (SOUTHCOM), das diplomatische und militärische Engagement durch diverse Sicherheitsabkommen, gemeinsamen Trainingsprogrammen und der Erweiterung und Verbesserung von Fähigkeiten im militärtechnischen Bereich, ausgebaut. Dadurch wurde die Hegemonie der USA gefestigt und gleichzeitig der kontinuierliche Zugang zu strategischen Ressourcen und Handelsrouten sichergestellt.

Die Bildung militärischer Partnerschaften unterstützt die von den USA definierte regionale Stabilität, indem Einflüsse von außen abgewehrt werden und gleichzeitig der Zugang zu wichtigen Ressourcen wie Öl, Lithium und Seltene Erden gesichert wird. Die Zunahme der militärischen Präsenz ruft jedoch auch Bedenken hinsichtlich der nationalen Souveränität und Ressourcenkontrolle betroffener lateinamerikanischer Staaten hervor.

Druck aus Washington könnte eine politische Wende auf Haiti, Kuba und in Venezuela einleiten

Die Sozialistische Einheitspartei **Venezuelas** (PSUV) gewann erwartungsgemäß die vom 27. April auf den 25. Mai verschobene Parlamentswahl im Land. Der Wahl waren Boykottaufrufe der Opposition vorausgegangen, die dazu führten, dass laut Oppositionsführerin Maria Corina Machado nur 15 % der stimmberechtigten Venezolaner und Venezolanerinnen dem Weg zur Urne folgten.

Der Wahlboykott galt als Protest gegen die im Juli des Vorjahrs stattgefundene Präsidentschaftswahl, bei der Nicolás Maduro seitens der Wahlbehörde – ohne die Stimmenauszählungen zu veröffentlichen – zum Sieger erklärte. Dabei zeigten die Auszählungen der Opposition, die einen großen Teil der Wahlprotokolle zusammengetragen und auch veröffentlicht hatte, genau das Gegenteil. Hier ging eindeutig ihr Kandidat Edmundo González Urrutia als klarer Sieger hervor. Die darauffolgenden Proteste kosteten 28 Menschen das Leben.

In den 1970er Jahren war Venezuela das reichste Land Südamerikas, im Jahr 2021 galten hingegen 68 % der Bevölkerung als extrem arm und 2024 mehr als 17 % als unterernährt. Bereits unter Präsident Hugo Chávez litt das erdölreichste Land der Welt unter massiven Wirtschafts- und Versorgungsproblemen, doch unter Maduro entwickelte sich Venezuela zusätzlich zu einem autokratischen Staat, in dem die demokratischen Grundprinzipien *de facto* aufgehoben wurden.

Eine Hyperinflation mit über 65.000 Prozent brachte das Land 2017 in eine tiefe humanitäre Krise und ließ die Armut weiter steigen. Für das Jahr 2025 wird mit einer Inflationsrate von 180 Prozent gerechnet. Indem im Jahr 2021 Gewalttaten die zweithäufigste Todesursache in Venezuela waren, gilt es auch als eines der gefährlichsten Länder der Welt. Die instabile Lage führte zu einer Massenflucht. Ende des Vorjahrs lebten beinahe 8 Millionen Venezolaner im Ausland, der überwiegende Teil davon in lateinamerikanischen Ländern.

Die US-Grenzschutzbehörden griffen 2021 an der Grenze zu Mexiko rund 49.000 illegal einreisende venezolanische Staatsangehörige auf. 2022 waren es 188.000, im Jahr 2023 266.000 und im vergangenen Jahr 261.000. Obwohl seit Mitte 2024 für venezolanische Migranten, die irregulär in die Vereinigten Staaten eingereist waren, der Anspruch auf ein Asylverfahren weggefallen ist, wurde der temporäre Schutzstatus für bereits in den USA lebenden Venezolaner verlängert. Dieser bietet eine Arbeitserlaubnis und Schutz vor Abschiebung. Von den etwa 770.000 venezolanischen Staatsangehörigen, die 2023 in den USA gelebt haben, fielen rund 607.000 in den Geltungsbereich dieser Regelung.

In besonderen Fällen konnten Venezolaner über ein spezielles humanitäres Programm bis Ende 2024 auch legal in die Vereinigten Staaten einreisen. Beide Regelungen wurden mit dem Amtsantritt Donald Trumps außer Kraft gesetzt, was eine seiner drei wichtigsten, schon eingangs angeführten, Maßnahmen betrifft. Nämlich die rigorose Einwanderungspolitik sowie die Einstellung humanitärer Hilfen. Ein Großteil der Betroffenen hat somit das Recht verloren, sich legal in den USA aufzuhalten und einer Arbeit nachzugehen. Die US-Behörden haben bereits mit den Rückführungen begonnen, die etwa 350.000 Einwanderer aus Venezuela betreffen werden.

In **Haiti** ist die extreme Bandengewalt weiterhin nicht unter Kontrolle zu bringen. Ganz im Gegenteil, ein Zusammenschluss krimineller Gangs steht kurz davor, Haitis Hauptstadt Port-au-Prince in Besitz zu nehmen. Die außergewöhnliche Gewaltbereitschaft der Bandenmitglieder hat bereits mehr als eine Million Menschen innerhalb des Landes vertrieben. Im Dezember 2024 wurden bei einem Massaker in nur zwei Tagen über 200 Menschen ermordet. Im selben Jahr wurden 5.601 Morde verzeichnet.

Den nicht einmal aus 900 Personen bestehenden Sicherheitskräfte aus Kenia, Guatemala und El Salvador, die mit UN-Zustimmung aber ohne UN-Mandat der haitianischen Polizei zur Bewältigung der Bandengewalt zur Seite gestellt wurden, war es bis dato nicht möglich, die Sicherheitslage im Land zu stabilisieren. Die vorwiegend von den Vereinigten Staaten finanzierte und ausgerüstete internationale militarisierte Polizeitruppe gilt als völlig erfolglos.

Im Gegensatz zu Haiti ist die Dominikanische Republik – das zweite Land auf der Karibikinsel Hispaniola – relativ sicher. Die dominikanische Regierung hat vor drei Jahren mit dem Bau einer vier Meter hohen Grenzmauer begonnen, von der bisher 54 Kilometer fertiggestellt wurden. Aus Sorge vor einer Destabilisierung wird der Grenzschutz der rund 400 Kilometer langen Grenze von derzeit 9.500 auf 11.000 Soldaten aufgestockt. Haiti verzeichnet gegenwärtig die weltweit höchste Mordrate. In keiner anderen Region der Welt werden so viele

Morde durch OK verübt wie in Lateinamerika. Fast die Hälfte aller Morde auf dem amerikanischen Halbkontinent wird Banden, Drogenkartellen oder Paramilitärs zugeordnet. Im Rest der Welt liegt diese Zahl eher bei jedem Fünften.

Die strategische Ausrichtung der USA gegenüber den autoritären Regimen in Kuba und Venezuela steht vor einer Wende. Auf Kuba sollen die Machthaber geschwächt werden, ohne dabei die kubanische Zivilbevölkerung übermäßig zu belasten, während der venezolanische Autokrat durch gezielte rechtliche und wirtschaftliche Maßnahmen weiter isoliert werden soll. Diese Politik wird von intensiven diplomatischen Bemühungen begleitet. In seiner ersten Amtszeit erwog Trump eine Militärintervention in Venezuela, wurde aber von seinen damaligen Beratern ausgebremsst. Das Ziel Washingtons ist, durch die Eindämmung autoritärer Einflüsse die Region langfristig zu stabilisieren.

Auf der Karibikinsel Hispaniola, die sich Haiti und die Dominikanische Republik teilen, ist die Einstellung der humanitären Hilfe seitens der US-Regierung besonders spürbar. Seit der Schließung des Hilfswerk USAID, welches auch für die Entwicklungshilfe in Haiti verantwortlich war, ist sogar die Wasserversorgung in den Flüchtlingslagern nicht mehr gewährleistet. Allerdings hat das US-Außenministerium inzwischen den Zusammenschluss der irregulären bewaffneten Banden im Großraum der Hauptstadt von Haiti, sowie die bewaffnete Gruppe *Gran Grif* als ausländische terroristische Organisationen und globale Terroristen eingestuft. Mit dieser Definition werden die organisierten Verbrecherbanden als direkte Bedrohung für die nationalen Sicherheitsinteressen der USA angesehen und machen dadurch eine militärische Intervention seitens der USA theoretisch möglich.

Trump-Doktrin könnte den USA auch schaden

Die Drohgebärden aus Washington haben auch eine Wiederbelebung der „Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten“ (CELAC) beschleunigt, um eine gemeinsame Linie gegen die harte Zoll- und Migrationspolitik zu erzielen. Die vielen wirtschaftlichen und politischen Probleme etlicher Lateinamerikanischer Länder, die durch Trumps Druck erhöht werden, könnten zur Entstehung neuer Allianzen gegenüber den Vereinigten Staaten führen. Im April des Jahres fand der 9. CELAC-Gipfel in Honduras statt, an dem vorwiegend linke lateinamerikanische Staatsoberhäupter teilnahmen und über die Gefahren der Autonomie Lateinamerikas diskutierten und neue Wege für ein einheitliches Auftreten gegenüber den USA gefunden werden sollten. In Anbetracht der Tatsache, dass viele Länder auch eine Pro-Trump-Einstellung haben, konnte keine gemeinsame Strategie erzielt werden. Zu Trumps Fürsprechern zählen z. B. die Regierungen Argentiniens, Ecuadors, Perus, Costa Ricas, El Salvadors und Paraguay. CELAC umfasst 33 lateinamerikanische und karibische Mitgliedsstaaten mit einer Gesamtbevölkerung von über 550 Mio. Menschen. Das Bündnis wurde im Dezember 2011 in Caracas, Venezuela, gegründet.

Trump's Zollpolitik setzt in Lateinamerika Prozesse in Gang, welche die Integration der Region in die Weltwirtschaft grundlegend verändern können.

Dazu zählt beispielsweise die Suche nach neuen Handelspartnern, wie es mit China in der Vergangenheit schon der Fall war. Um den wegfallenden Handel mit den USA zu kompensieren, nehmen im internationalen Handel die Bemühungen zu, diverse Freihandelsabkommen zu schließen, was natürlich auch auf Lateinamerika zutrifft. Die Chancen, dass die Freihandelszone zwischen dem Mercosur und Europa nun rascher umgesetzt wird, sind gestiegen.

Aber auch interregional gibt es Änderungen, indem sich die Volkswirtschaften Lateinamerikas untereinander verbinden und Unternehmen ihre Wertschöpfungsketten neu planen. Zunehmend betrachten Konzerne, die am gesamten Halbkontinent aktiv sind, ihre Niederlassungen von Mexiko bis Argentinien erstmals als eine Einheit. Gleichzeitig wächst die Infrastruktur des Kontinents zusammen. China will seinen neu errichteten Hafen in Chancay in Peru über Schiene, Wasser und Straße mit allen Staaten verbinden. Das könnte einen Wachstumsschub in Lateinamerika auslösen. Die lateinamerikanischen Landwirte hoffen, dass die Volksrepublik und andere asiatische Staaten ihre Nahrungsmittelimporte aus Lateinamerika erhöhen, da sie die Importe der amerikanischen Bauern ebenfalls mit Sanktionen belegen werden.

Während der ersten Amtszeit Trumps konnten Lateinamerikas Bauern ihre Exporte nach Asien deutlich steigern. Landwirtschaftliche Betriebe und Lebensmittelverarbeiter haben sich in Rekordzeit auf die spezifischen Anforderungen der asiatischen Konsumenten und die geopolitischen Veränderungen eingestellt. So exportierten brasilianische Fleischproduzenten vor zehn Jahren etwa 115 Tonnen Rindfleisch nach China, mittlerweile sind es mehr als eine Million Tonnen pro Jahr. Lateinamerika hat auf jeden Fall das Potenzial, sich rasch an veränderte Weltmarktbedingungen anzupassen.

Doch es entsteht auch Misstrauen gegenüber dem Einfluss Chinas und die Zweifel an einer Zusammenarbeit mit dem Riesenreich wachsen in ganz Lateinamerika. Hierbei geht es allerdings nicht um die Exporte nach China, sondern um die in der Region ansässigen chinesischen Unternehmen, die sich mit einer wachsenden Kritik aufgrund der Arbeitsbedingungen auseinandersetzen müssen.

So wurden beispielsweise beim Bau eines Werkes des E-Autoherstellers BYD in Brasilien katastrophale Arbeitsverhältnisse aufgedeckt. Der Konzern sah sich mit den Vorwürfen konfrontiert, dass chinesische Arbeiter unter entsetzlichen und unhygienischen Wohnverhältnissen lebten und überlange Arbeitszeiten hinnehmen mussten. Das Unternehmen soll zudem die Pässe seiner Arbeiter einbehalten haben. Waren früher mehr Ausländer in chinesischen Unternehmen angestellt, um Weltoffenheit zu demonstrieren, werden gegenwärtig immer mehr chinesische Arbeitskräfte in die Region geholt, die niedrigen Löhnen, Beschränkungen in der Gewerkschaftsarbeit und Sklaverei-ähnliche Bedingungen ausgesetzt sind. Die unübersehbare Ausbeutung gegenüber seinen Arbeitskräften spiegelt wohl die Denkweise Pekings wider. Strategische Interessen haben Vorrang gegenüber der Einhaltung internationaler Standards, welche der Qualität und Sicherheit der Arbeitsbedingungen einen höheren Wert

beimessen. Die mangelnde Fairness seinen Belegschaften gegenüber, sowie Enttäuschungen über die Effizienz von Handelsabkommen, schüren das Misstrauen in Chinas Wirtschaftspolitik weiter.

Um Chinas Einfluss auf den südlichen Halbkontinent zu unterbinden, erhöhte Trump den Druck auf lateinamerikanische Länder, was allerdings mehrere Gefahren mit sich bringt. Die Drohungen reichten von Massenabschiebungen, einer völkerrechtswidrigen Aneignung des Panama-Kanals bis hin von Strafzöllen gegen Freihandelspartner Mexiko und einer Militäraktion gegen Drogenkartelle. Das forsche Auftreten Trumps gegenüber Lateinamerika kann auch – obwohl es gegenwärtig nicht so aussieht – kontraproduktiv sein. Sollten die Forderungen Washingtons zu weit gehen, wäre es durchaus denkbar, dass die bedrohten Staaten China oder einen anderen geopolitischen Rivalen der USA um militärische Garantien bitten. Kuba tat das schon in der Vergangenheit und Venezuela und Nicaragua machen es auch.

Auch in der Migrationspolitik könnte sich eine Kehrtwende vollziehen. Von den rund elf Millionen von einer Abschiebung bedrohten Migranten, die sich illegal in den USA aufhalten, stammen über sieben Millionen aus Lateinamerika. Die Heimatländer hätten zwar große Mühe, eine so hohe Anzahl an Rückkehrern wieder zu integrieren, von denen viele keinen Bezug mehr zu ihrer Heimat haben. Außerdem fehlt es auch an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie genügend Arbeitsplätze für so viele Menschen. Hinzu kommt noch, dass durch den Verlust von Geldüberweisungen – die in El Salvador, Guatemala und Honduras fast ein Viertel des Bruttoinlandsproduktes ausmachen – ihre Volkswirtschaften einen schweren ökonomischen Rückschlag erleiden würden. Da aber nur Mexiko eine Landesgrenze mit den USA hat, müsste für Abschiebungen in alle anderen Länder die Zustimmung der jeweiligen Regierungen eingeholt werden bzw. die Zustimmung von Drittländern, die sich zur Aufnahme bereit erklären würden. Dieser Umstand bietet für Autokraten wie Nicaraguas Präsident Daniel Ortega oder das Maduro-Regime in Venezuela die einzigartige Gelegenheit, ihren Machterhalt sowie die Lockerung von Wirtschaftssanktionen als Gegenleistung für die Rücknahme von Migranten auszuhandeln. Zudem können sie davon ausgehen, dass nur wenige Rückkehrer dauerhaft in den repressiven Mangelwirtschaften bleiben werden. Honduras' linke Präsidentin Xiomara Castro drohte bei einer massenweisen Abschiebung von Honduranern mit der Schließung der US-Militärbasis im Land.

Nach einem Landeverbot für zwei Rückführungsflüge in Kolumbien verhängte der US-Präsident Anfang des Jahres mit sofortiger Wirkung 25 Prozent auf alle kolumbianischen Importe und schockierte den seit vielen Jahren engsten Verbündeten in Südamerika. Dabei hatte sich das Land, das seit Jahren illegal in die USA eingewanderte Landsleute zurücknimmt, gar nicht generell gegen die Abschiebungen gestellt. Vielmehr wurde durch Präsident Gustavo Petro die menschenunwürdige Rückführung in militärischen Transportflugzeugen aufgezeigt und sogar die Benutzung seines Präsidentenjets für künftige Abschiebungsflüge angeboten. **Costa Ricas** Regierung erklärte sich bereits im Februar bereit, aus den USA zwangsweise ausgewiesene Menschen aufzunehmen. Dabei handelte es sich größtenteils um Personen aus dem zentral-asiatischen Raum und

Indien, die ohne gültige Papiere in die Vereinigten Staaten eingewandert waren. Zuvor gab es auch schon Abkommen mit Guatemala und Panama, aus den USA abgeschobene Personen aufzunehmen. Die beiden mittelamerikanischen Länder hatten bereits mehrere Abschiebeflüge landen lassen, deren Ablauf zur Gänze von der US-Regierung finanziert und unter der Aufsicht der „Internationalen Organisation für Migration“ gestellt wurde. Die Begrenzung des chinesischen Einflusses in Lateinamerika und die Wiedererlangung der Kontrolle über seinen „Hinterhof“ sind Trump längst nicht gewiss.

Resümee & Ausblick – Verlieren die USA Lateinamerika?

Trump's eiserne Migrationspolitik findet Unterstützung bei einem alten Verbündeten. Der Gründer der privaten Sicherheitsfirma Blackwater, Erik Prince, dem in den 2000er Jahren die Führung mehrerer Söldnerarmeen nachgesagt wurde, möchte nach dem Verkauf von Blackwater und mit der Unterstützung Trumps erneut gewinnträchtige Geschäfte mit dem Staat machen. Diesmal soll es sich um die für die US-Politik wichtige Einwanderungskontrolle handeln, für die er dem Weißen Haus auch schon ein Projekt vorgelegt hat. Wichtige Verbündete für sein Vorhaben fand Prince dabei beim salvadorianischen Präsidenten Nayib Bukele und dessen ecuadorianischen Amtskollegen Daniel Noboa. Beide Staatsoberhäupter sympathisieren mit der Idee, dass die Abschiebung von Migranten aus den USA an den Privatsektor delegiert wird, wenn der Staat nicht in der Lage ist, diese Aufgabe zu übernehmen. Vieles deutet allerdings darauf hin, dass El Salvador und Ecuador auch als Basis für eine Söldnerarmee genutzt werden könnte, um den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro direkt zu bedrohen. Ob sich dieses Modell überhaupt umsetzen lässt und auch auf andere lateinamerikanische Länder übertragen werden kann, in denen die Sicherheitslage wie beispielsweise in Mexiko wesentlich komplexer ist, spielt wohl ebenso wie das Risiko eines Missbrauches eine Nebenrolle. Hauptsache, die Botschaft, die dahintersteckt, wird von der Mehrheit der US-Bevölkerung positiv aufgenommen. Und die lautet wohl wie so oft „America First“.

In der zweiten Amtszeit von Donald Trump wird sich die kriminelle Dynamik in Mexiko wahrscheinlich verändern, da die Bekämpfung der illegalen Einwanderung und des Drogenschmuggels zwei Hauptanliegen des US-Präsidenten sind. Trump will die mexikanischen Kartelle – analog wie die Banden in Haiti – als terroristische Vereinigungen deklarieren, was den Druck auf diese erhöht und zu Adaptierungen ihrer Geschäftsmodelle führen wird. So könnten beispielsweise angekündigte Massendeportationen von Migranten aus den USA nach Mexiko von den kriminellen Organisationen als neue Haupteinnahmequelle genutzt werden, indem sie die Migranten für viel Geld erneut in die USA schleusen.

Auch wenn mit der Auslieferung von Rafael Caro Quintero – dem Drogenboss der Drogenbosse – einem Anliegen der US-Regierung seitens Mexiko entgegengekommen wurde, ist es äußerst zweifelhaft, dass sich die Sicherheits-

krise in Mexiko und somit auch der Drogenmissbrauch in den USA unter (staatliche) Kontrolle bringen lässt.

Eine Regierung nach der anderen scheiterte bisher, die Macht der Kartelle einzudämmen. Obwohl auf Druck der USA gegenüber den Verbrechersyndikaten militärisch vorgegangen wurde und seitens der mexikanischen Sicherheitsbehörden getötete und verhaftete „Kartellgrößen“ der Öffentlichkeit präsentiert wurden, konnten die kriminellen Organisationen nicht vernichtet werden. Ganz im Gegenteil, die Bemühungen Mexikos, die Kontrolle über den Drogenhandel zu erlangen mündeten darin, dass es zu Beginn des Drogenkrieges vor fast zwanzig Jahren sechs, und heute etwa 200 Drogenkartelle gibt. In derselben Zeitspanne vervierfachte sich die Mordrate.

Die Einflussnahme der Organisierten Kriminalität reicht bis in höchste politische Ämter und wer nicht mitmachen will, setzt sich großen Gefahren aus. Erst im Oktober des Vorjahrs wurde der Bürgermeister der über 185.000 Einwohner zählenden Stadt Chilpancingo enthauptet. Der Täter war ein hochrangiger Polizist. Es hat schon seit längerem den Anschein, dass Mexikos Behörden aufgegeben haben.

Der Widerstand gegen Trumps Einschüchterungspolitik, welche insbesondere die geplanten Massenabschiebungen, die Zölle und die Isolierung der kommunistischen Regime Kubas und Venezuelas, sowie die erbitterte Kampagne, China vom Kontinent vertreiben zu wollen, betrifft, nimmt stetig zu. Das Vorgehen des US-Präsidenten hat die extreme Polarisierung in der Region verschärft. So hat beispielsweise die Abschiebungspolitik – wenn auch unbeabsichtigt – die lateinamerikanische Rechte geschwächt und letztlich die Linke dadurch begünstigt. Hinzu kommt, dass auch wieder ein Aufkommen einer Anti-US-Stimmung in Lateinamerika wahrzunehmen ist.

Entscheidungen, wie der Entzug des US-Visums vom ehemaligen Präsidenten Costa Ricas und Friedensnobelpreisträger, Oscar Arias, sowie der Drohung des US-Außenministers Marco Rubio gegen Regierungsbeamte von Barbados und deren Familienangehörige, nachdem Barbados' Premierministerin dem kubanischen medizinischen Personal für seine Hilfe während der Covid-19-Pandemie dankte, heizen die negative Stimmung nur noch weiter an.

Obwohl die Augen der Weltöffentlichkeit auf Grund der gegenwärtigen Geschehnisse auf den Nahen Osten gerichtet sind und Trumps Slogan mittlerweile auf „Make Iran Great Again“ umgeschwenkt ist, wird Lateinamerika als größter Rohstofflieferant der Welt für ein „Make America Great Again“ eine zentrale Rolle spielen.

Quellen:

Aguirre, Katherine / Muggah, Robert (21.04.2025) Latin America's Deadliest Threat Is Made in the U.S. (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

Aharonian, Aram (11.05.2025) Verlieren die USA Lateinamerika? | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

- ai-el-salvador.de (2025) Ausnahmezustand 2022 - 2025 in El Salvador - Amnesty International - El Salvador-Koordinationsgruppe (ai-el-salvador.de) (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Andujo, Marta / Guzmán Vilma (12.04.2025) Celac-Gipfel macht sich stark für Einheit und Multilateralismus | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Andujo, Marta (14.05.2025) USA stufen Bandenkoalition in Haiti als "globale Terroristen" ein | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- apnews.com (18.03.2025) Peru declares emergency and deploys army | AP News (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- bpb.de (11.02.2025) Mexiko | Kriege und Konflikte | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Brühwiller, Tjerk (01.04.2025) Gefängnismodell El Salvadors: Auch Donald Trump lässt sich inspirieren (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Brühwiller, Tjerk (14.04.2025) Ecuador: Präsident Noboa wiedergewählt, Opposition spricht von Betrug (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Brühwiller, Tjerk (21.04.2025) Peru: Ausnahmezustand gegen Erpresser-Banden verlängert (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Brühwiller, Tjerk (26.05.2025) Venezuela: Maduros Partei zum Sieger der Parlamentswahl erklärt (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Busch, Alexander (23.04.2025) Trumps Politik als Chance: Lateinamerikas Integration in die Weltwirtschaft (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Castaño, Pablo (30.04.2025) Will Latin America Unite Against Trump? (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Cooper, Helene / Eric, Schmitt (15.05.2025) Trump's Military Buildup at the Border Expands - The New York Times (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- derstandard.at (17.03.2025) USA schieben trotz Gerichtsbeschlusses mehr als 200 Venezolaner ab - USA - derStandard.at › International (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- derstandard.at (21.04.2025) El Salvadors Präsident bietet Venezuela Gefangenenaustausch an - El Salvador - derStandard.at › International (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- diepresse.com (23.05.2025) Chronologie: Das hat sich rund um Trumps Zollpolitik bisher getan – DiePresse.com (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Dießelmann, Ani (08.06.2025) Kolumbien: Mordanschlag auf Präsidentschaftskandidaten | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- dvz.de (21.01.2025) Panama überprüft lokalen Hafenbetreiber aus Hongkong - DVZ (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- dw.com (19.01.2025) Viele Tote bei Kämpfen zwischen Rebellen in Kolumbien – DW – 19.01.2025 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- dw.com (20.01.2025) Tödliche Gewalt zwischen Guerilla-Gruppen in Kolumbien – DW – 20.01.2025 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

- Ehringfeld, Klaus (05.02.2025) Erster Triumph im Handelsstreit: Trump bekommt von Panama, was er haben will (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Ehringfeld, Klaus (09.01.2025) Panama-Kanal als Achillesferse (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Endres, Alexandra (16.03.2025) Kolumbien: Der Friede liegt auf der Intensivstation | ZEIT ONLINE (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Ernst, Falko (29.04.2025) Zu Besuch bei mexikanischen Drogenkartellen (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- faz.net (11.04.2025) Panama erlaubt Stationierung von US-Truppen am Panamakanal (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- García, José (07.04.2025) Trump-Regierung erhöht Druck auf Kuba und Venezuela | Die Tagespost (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- gtai.de (06.09.2024) Chinas neue Seidenstraße reicht bis Lateinamerika | Special | Seidenstraße (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Haberman, Maggie (04.05.2025) Trump Says He Asked Mexico to Let U.S. Military In to Fight Cartels - The New York Times (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Hanewinkel, Vera (07.04.2025) Die Flucht- und Migrationskrise in Venezuela | Migrationspolitik im Fokus | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Hartmann, Jürgen (2017); Lateinamerika als Interventionsraum der USA. In: Die politischen Systeme Lateinamerikas – Ein Überblick, Springer Fachmedien Wiesbaden 2017, S. 17
- Hubenko, Dmytro / Müller, Natalie (16.03.2025) US defies court order, deports Venezuelans to El Salvador – DW – 03/16/2025 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Käufer, Tobias (05.03.2025) China in Lateinamerika: Die Zweifel an Peking wachsen (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Keck, David (26.04.2025) Stichwahl in Ecuador: Gibt es ein Mordkomplott gegen Präsident Noboa? | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Kersffeld, Daniel (05.04.2025) Söldner in Lateinamerika: Die Rückkehr von Blackwater | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Kohl Parra, Robert (13.05.2025) Delegation aus Peru im Pentagon: USA wollen Zusammenarbeit gegen China | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Kube, Courtney / Lee E., Carol / Lubold, Gordon (13.03.2025) Trump White House has asked U.S. military to develop options for the Panama Canal, officials say (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Kühntopp, Carsten (15.04.2025) Trump will auch US-Straftäter nach El Salvador schicken | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Kunzmann, Marcel (14.06.2025) Lateinamerika verurteilt israelischen Angriff auf Iran | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Lauer Perez, Monika (31.03.2025) Kolumbien | Kriege und Konflikte | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

- Link, Oliver (21.03.2025) Hafen-Deal am Panamakanal verärgert China - DVZ (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Marti, Werner J. (31.01.2025) Trumps Drohungen treiben die Lateinamerikaner in die Arme Chinas (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Mattson, Teri (02.04.2025) Die Expansion des US-Südkommandos in Lateinamerika und der Karibik | amerika21 (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- merkur.de (04.02.2025) <https://www.merkur.de/politik/el-salvador-nimmt-straftaeter-aus-usa-in-mega-gefaengnis-auf-zr-93552111.html> (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Muschter, René (30.04.2025) Venezuela - Inflationsrate bis 2026 | Statista (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Muschter René (05.06.2025) Mexiko - Wichtigste Exportländer 2023 | Statista (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- nachdenkseiten.de (05.04.2025) Die Expansion des US-Südkommandos in Lateinamerika und der Karibik (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (03.02.2025) Mexiko: USA setzen Zölle für einen Monat aus - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (06.02.2025) Projekt „Neue Seidenstraße“: Panama stoppt Infrastrukturdeal mit China - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (18.02.2025) Costa Rica will aus USA abgeschobene Menschen aufnehmen - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (02.04.2025) USA entziehen Nobelpreisträger Oscar Arias offenbar Visum - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (08.04.2025) Im Schatten der USA: Lateinamerika will Allianz schmieden - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (11.04.2025) Panama erlaubt Stationierung von US-Truppen - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (13.04.2025) Ecuador: Präsidentschaftswahl im Sog der Gewalt - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (20.05.2025) Mexiko-Stadt: Mitarbeiter der Bürgermeisterin erschossen - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (06.06.2025) Abschiebefall Garcia: Nach Rückkehr in die USA festgenommen - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (08.06.2025) Kolumbiens Präsidentschaftskandidat durch Schüsse verletzt - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Orf.at (10.06.2025) Kolumbien: Tote bei Angriffen auf staatliche Einrichtungen - news.ORF.at (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Pinzón, Viviana García (28.08.2024) El Salvador | Kriege und Konflikte | bpb.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

- Sanger, David E. / Schmitt, Eric / Shear, Michael D. (19.10.2021) Trump's Pentagon Chief Ruled Out Ramping Up Troops at US-Mexico Border - The New York Times (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- statista.com (20.06.2025) Erdöl: Größte Reserven nach Ländern weltweit 2020 | Statista (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- stern.de (23.03.2025) Trump-Regierung entzieht mehr als 500.000 Migranten das Aufenthaltsrecht | STERN.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- sueddeutsche.de (20.06.2025) USA News: Gericht gibt Trump in Streit um Nationalgarde recht - Politik - SZ.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- tagesschau.de (19.01.2025) Viele Tote durch Kämpfe zwischen kolumbianischen Rebellen Gruppen | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- tagesschau.de (28.02.2025) Mexiko liefert Drogenbosse an die USA aus | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- tagesschau.de (07.04.2025) Dominikanische Republik verstärkt Grenzschutz wegen Krise in Haiti | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- tagesschau.de (19.05.2025) Urteil des Supreme Court: Venezolaner dürfen aus USA abgeschoben werden | tagesschau.de (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- tagesspiegel.de (07.02.2025) China bedauert Entscheidung „zutiefst“: Panama tritt aus chinesischer Seidenstraße-Initiative aus (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- theguardian.com (10.06.2025) At least seven dead and 50 wounded as Colombia hit with bombings and gun attacks | Colombia | The Guardian (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- verkehr.co.at (05.09.2024) Mythos Seidenstraße: Die BRI in Lateinamerika - Wochenzeitung Verkehr (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- warontherocks.com (29.04.2025) Haiti is in a Political and Criminal Crisis that Should Not be Ignored - War on the Rocks (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Weiss, Sandra (20.01.2025) Lateinamerika: Trump-Doktrin: Lateinamerika den USA? | IPG Journal (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- Weiss, Sandra (14.03.2025) Kommt jetzt der Drohnenkrieg in Haiti? - Haiti - derStandard.at › International (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- wko.at (09.04.2025) USA: 25% Zölle auf Einfuhren aus Kanada und Mexiko - WKO (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- wola.org (30.04.2025) Latin America and Trump's Frenzied First 100 Days: Taking Stock - WOLA (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)
- zeit.de (20.06.2025) Kalifornien: Gericht bestätigt Trumps Befugnis zum Einsatz der Nationalgarde | ZEIT ONLINE (zuletzt eingesehen am: 23.06.2025)

Autoren

Mag. Dr. Rastislav BÁCHORA

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; derzeit dienstzugeteilt zum Staatssekretariat im Bundesministerium für Inneres; Fachbereich: Strategie.

Mag. Barbara FARKAS, Bakk. phil.

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien (LVak); lehrt an der LVak und der Theresianischen Militärakademie Wr. Neustadt; Sinologin und Asien-Analystin. Forschungsgebiete: Strategien, geopolitische Positionierungen und Sicherheitspolitiken Chinas sowie aller anderen Akteure im indopazifischen Raum.

Mag. Gustav Carl GRESSEL, PhD

Forscher am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien; davor Senior Policy Fellow im Osteuropaprogramm des European Council on Foreign Relations (ECFR) in Berlin. Forschungsgebiete: Osteuropa, Sicherheitspolitik und Militärstrategien.

HR Mag. Dr. Gunther HAUSER, Ehrenprofessor

Leiter des Fachbereichs Internationale Sicherheit am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien und Lehrbeauftragter der Donau-Universität Krems. Forschungsgebiete: EU-Sicherheit und transatlantische Beziehungen EU-NATO, Energie- und Ressourcenpolitik, China und USA als globale Akteure sowie Völkerrecht.

Mag. Dr. Otto NADERER, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes (i.R.)

Nach der Ausmusterung 1981 Dienst als Truppenoffizier in der Fliegerabwehr und der Luftraumüberwachung; 1991 Grenzsicherungseinsatz, 2004 Auslandseinsatz KFOR/10. Danach mehrere BMLV-Verwendungen, in der Militärvertretung Brüssel und an der Landesverteidigungsakademie, Ruhestandversetzung 2021; nebenberufliches Studium der Geschichte und der Politikwissenschaften.

OR Mag. Alexander PANZHOF

Forscher & Hauptlehtroffizier im Fachbereich Strategie am Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsgebiete: Sicherheitspolitische Entwicklungen in Lateinamerika, Künstliche Intelligenz als strategisches Handlungswerkzeug.

Mag. Andreas WENZEL, Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Hauptlehtroffizier & Forscher im Institut für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Forschungsbereich: Internationale Sicherheitspolitik, globale Akteure, Rüstungskontrolle.

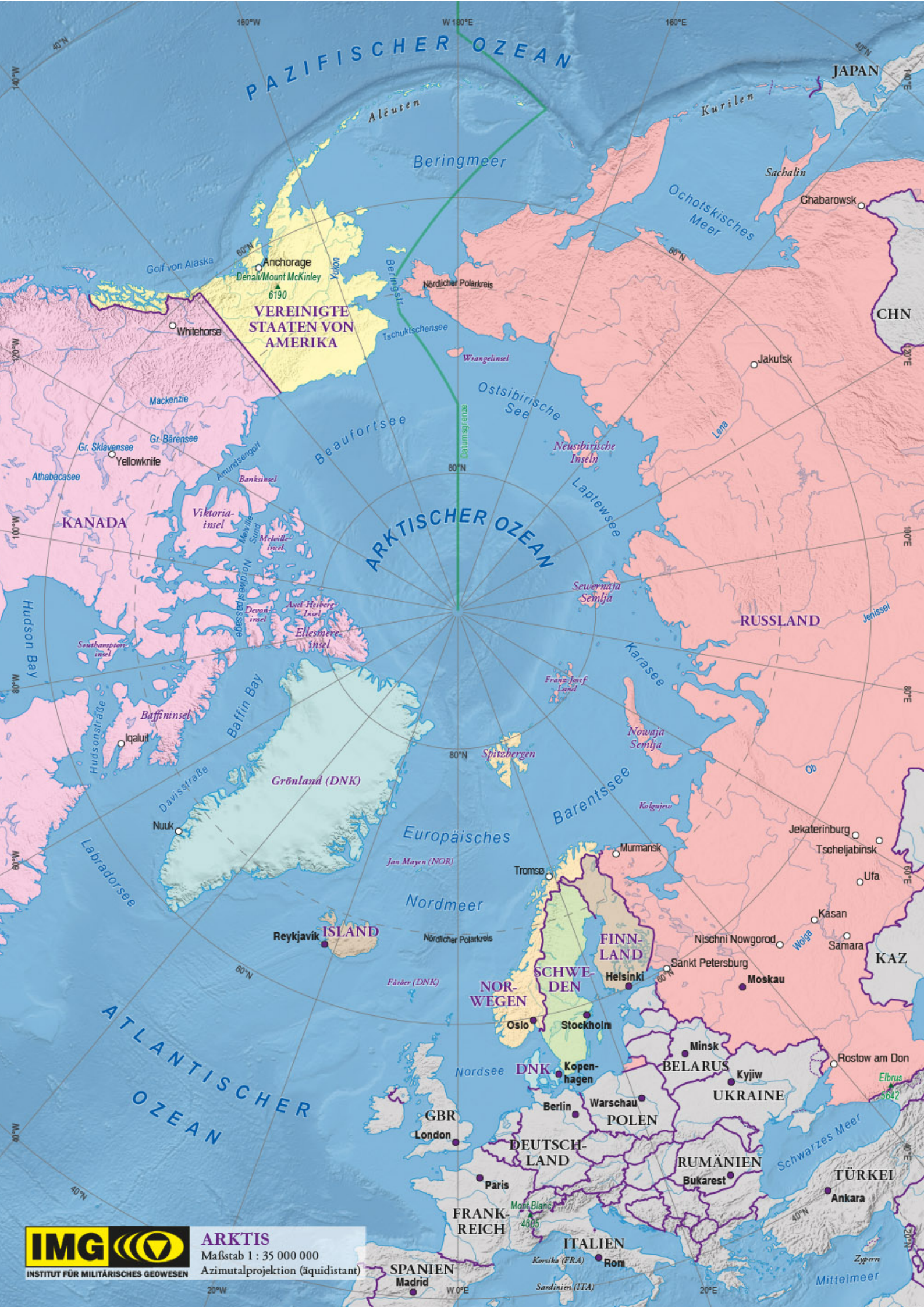
Mag. (FH) Daniel HIKES-WURM, MAS MA,

Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes

Verteidigungspolitischer Berater in der SI – Generaldirektion Verteidigungspolitik mit den Verantwortungsbereichen „Hybride Bedrohungen“ und „Neue Technologien“.



ALB	ALBANIEN	LIE	LIECHTENSTEIN
AND	ANDORRA	LUX	LUXEMBURG
AUT	ÖSTERREICH	MCO	MONACO
BEL	BELGIEN	MKD	NORDMAZEDONIEN
BIH	BOSNIEN UND HERZEGOWINA	MNE	MONTENEGRO
CHE	SCHWEIZ	SLO	SLOWENIEN
CZE	TSCHECHIEN	SMR	SAN MARINO
HRV	KROATIEN	SRB	SERBIEN
KOS	KOSOVO	SVK	SLOWAKEI
		VAT	VATIKANSTADT





- | | |
|-----|------------------------------|
| AFG | AFGHANISTAN |
| ARE | VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE |
| ARM | ARMENIEN |
| AZE | ASERBAIDDSCHAN |
| BHR | BAHRAIN |
| GEO | GEORGIEN |
| ISR | ISRAEL |
| JOR | JORDANIEN |
| KGZ | KIRGISISTAN |
| KWT | KUWAIT |
| LBN | LIBANON |
| PSE | PALÄSTINA |
| QAT | KATAR |
| SGP | SINGAPUR |
| SYR | SYRIEN |
| TJK | TADSCHIKISTAN |
| TKM | TURKMENISTAN |
| UZB | USBEKISTAN |





NORDAMERIKA
Maßstab 1 : 30 000 000
Albers-Projektion (Flächentreu)





Save the Date

Wissenschaftliche Konferenz
für Strategie und Sicherheitspolitik 2025



Zentrum und Peripherie — Wohin (mit) Europa?

17. bis 19. September

Landesverteidigungsakademie • Stiftgasse 2A, 1070 Wien
Sala Terrena (großer Festsaal)

Mit Vortragenden aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Militär



EINSATZBEREIT FÜR ÖSTERREICH
BUNDESHEER.AT



UNSER HEER

Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

Landesverteidigungsakademie Wien

ISBN: 978-3-903548-07-7

